



Landtag Mecklenburg-Vorpommern

29. Sitzung

7. Wahlperiode

Donnerstag, 25. Januar 2018, Schwerin, Schloss

Vorsitz: Vizepräsidentin Beate Schlupp und Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke

Inhalt

	Antrag der Fraktion der AfD Bundratsinitiative zur Wieder- einführung der Länderöffnungsklausel in § 249 Absatz 3 Satz 1 Baugesetzbuch (BauGB) – Drucksache 7/1578 – 12
	Stephan J. Reuken, AfD 12
	Rainer Albrecht, SPD 14
Fragestunde	Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE 17
– Drucksache 7/1654 – 3	Franz-Robert Liskow, CDU 18
Christel Weißig, BMV 3	Minister Christian Pegel 19, 22
Minister Harry Glawe 3	Christel Weißig, BMV 22
Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE 4, 5	Dr. Ralph Weber, AfD 22
Minister Christian Pegel 4, 5	Ralf Borschke, BMV 22
Henning Foerster, DIE LINKE 5	Bert Obereiner, AfD 24
Ministerin Stefanie Drese 5	Philipp da Cunha, SPD 25
	B e s c h l u s s 26
Antrag der Fraktionen der SPD und CDU Unterstützung der regionalen Entwicklungspolitik – Die Vorbereitung Mecklenburg-Vorpommerns auf die Reform der Strukturfonds vorantreiben – Drucksache 7/1592 – 5	Aussprache gemäß § 43 Ziffer 2 GO LT zum Thema Spitzenplatz im Tourismus durch Investitionen in Angebote und Personal verteidigen 26
Jochen Schulte, SPD 5, 11	Jochen Schulte, SPD 26
Dirk Lerche, AfD 7	Minister Harry Glawe 28
Wolfgang Waldmüller, CDU 8	Thomas de Jesus Fernandes, AfD 31, 40
Karsten Kolbe, DIE LINKE 8	Wolfgang Waldmüller, CDU 32
Bernhard Wildt, BMV 10	Henning Foerster, DIE LINKE 36
	Bernhard Wildt, BMV 38
	Minister Dr. Till Backhaus 40
B e s c h l u s s 12	Dr. Ralph Weber, AfD 41

Antrag der Fraktion der BMV	Minister Dr. Till Backhaus	77
Sonderprogramm zur Förderung	Dr. Wolfgang Weiß, DIE LINKE	77
von Auszubildenden	Jörg Heydorn, SPD	79
– Drucksache 7/1595 –	Ralf Borschke, BMV	80
Bernhard Wildt, BMV	Holger Kliewe, CDU	81
Ministerin Birgit Hesse	B e s c h l u s s	81
Bert Obereiner, AfD	Antwort der Landesregierung auf die	
Marc Reinhardt, CDU	Kleine Anfrage des Abgeordneten Jörg Kröger,	
Henning Foerster, DIE LINKE	Fraktion der AfD, gemäß § 64 Absatz 3 GO LT	
Andreas Butzki, SPD	Notsicherungsfonds für Gutshäuser	
Torsten Renz, CDU	– Drucksache 7/1277 –	81
B e s c h l u s s	Jörg Kröger, AfD	81, 82
	Ministerin Birgit Hesse	81
Antrag der Fraktionen		
der SPD, CDU, DIE LINKE und BMV	Antrag der Fraktion der AfD	
Verfassungsgegnern weiterhin entschieden	Gutshäuser erhalten –	
entgegengetreten – NPD von der staatlichen	Denkmalschutz konsequent umsetzen	
Finanzierung ausschließen	– Drucksache 7/1579 –	82
– Drucksache 7/1591 –	Jörg Kröger, AfD	82, 87
Thomas Krüger, SPD	Ministerin Birgit Hesse	82
Minister Lorenz Caffier	Torsten Koplín, DIE LINKE	84
Nikolaus Kramer, AfD	Egbert Liskow, CDU	85
Marc Reinhardt, CDU	Bernhard Wildt, BMV	85
Peter Ritter, DIE LINKE	Patrick Dahlemann, SPD	86
Dr. Matthias Manthei, BMV	B e s c h l u s s	88
B e s c h l u s s		
Aussprache gemäß § 43 Ziffer 2 GO LT	Antrag der Fraktion DIE LINKE	
zum Thema	Strafvollzug zukunftsfähig aufstellen	
Gemeinsame Agrarpolitik nachhaltig	– Drucksache 7/1584 –	88
gestalten – Veränderungen anschieben	Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE	88, 94
Elisabeth Aßmann, SPD	Ministerin Katy Hoffmeister	90
Minister Dr. Till Backhaus	Horst Förster, AfD	91, 98
Jürgen Stroschein, AfD	Dirk Friedriszik, SPD	92
Holger Kliewe, CDU	Sebastian Ehlers, CDU	93
Dr. Wolfgang Weiß, DIE LINKE	Dr. Matthias Manthei, BMV	99
Ralf Borschke, BMV	B e s c h l u s s	99
Jörg Heydorn, SPD		
Beate Schlupp, CDU		
Torsten Renz, CDU		
Antrag der Fraktionen der CDU und SPD	Änderung der Tagesordnung	99
Entwicklung der Mink-, Mardehünd-		
und Waschbär-Population in		
Mecklenburg-Vorpommern	Nächste Sitzung	
– Drucksache 7/1333 –	Freitag, 26. Januar 2018	99
Beate Schlupp, CDU		
Jürgen Stroschein, AfD		

Beginn: 9.00 Uhr

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich begrüße Sie zur 29. Sitzung des Landtages. Ich stelle fest, dass der Landtag ordnungsgemäß einberufen wurde und beschlussfähig ist. Die Sitzung ist eröffnet. Die Tagesordnung der heutigen Sitzung liegt Ihnen vor. Wir setzen unsere Beratungen vereinbarungsgemäß fort.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 19:** Fragestunde. Die Fragen an die Landesregierung liegen Ihnen auf Drucksache 7/1654 vor.

Fragestunde
– **Drucksache 7/1654** –

Ich rufe zunächst auf den Geschäftsbereich des Ministers für Wirtschaft, Arbeit und Gesundheit und bitte die Abgeordnete Christel Weißig, Fraktion der BMV, die **Frage 1** zu stellen.

Christel Weißig, BMV: Frau Präsidentin! Liebes Publikum! Kollegen!

1. Im Rahmen der Aussprache zum Thema „Überbelegung, Personalnot und damit verbundene Probleme in der Patientenversorgung, der Sicherheit und Hygiene im Zentrum für Nervenheilkunde der Universitätsmedizin Rostock, Klinik für Psychiatrie und Psychotherapie, Bereich Akutstationen“ hat die Landesregierung zugesagt, sich vor Ort einen persönlichen Eindruck über die Zustände in der Klinik zu verschaffen.

Ich frage die Landesregierung deshalb, ob ihr dort die von mir beschriebenen oder andere Mängel aufgefallen sind.

Minister Harry Glawe: Guten Morgen, Frau Kollegin Weißig! Wie versprochen hat sich die Landesregierung über die Situation in der Akutstation der Klinik in Rostock unterrichtet. Ich war persönlich am 6. Dezember anwesend und habe auch Ihre aufgeworfenen Probleme hinterfragt.

Einmal ging es ja darum: Ist die Personalausstattung ausreichend im Bereich der Pflege? Das konnten wir mit Ja beantworten. Es sind 19,5 Stellen vorhanden und damit, glauben wir, ist eine ausreichende Besetzung im Bereich Pflege und auch bei Ärzten sichergestellt. Natürlich ist es immer mal so, wenn Krankheit und Urlaub zusammenfallen, dass anderes Personal einspringt oder ersatzweise eine längere Schicht ansteht, aber das wird, so wurde mir versichert, im Einvernehmen mit dem Arbeitszeitgesetz geregelt.

In besonderer Weise geht es darum, die Akutstation behandelt endogene und exogene Psychosen einerseits, dann Delirien oder auch Auslöser durch legale oder illegale Drogen, also verschiedene Krankheitsbilder sind auf dieser Akutstation zu erwarten. Ein Hinweis, den Sie gegeben haben, dass Betten auf den Fluren stehen, das ist in der Regel nicht der Fall, allerdings in Ausnahmefällen durchaus ab und zu angezeigt. Wenn unruhige Patienten in den Zimmern sind, ist es manchmal nötig, dass man zum Schutz des Patienten oder dem Schutz von anderen Patienten auch mal einen Patienten auf dem Flur überwachen muss. Das soll aber deutlich minimiert werden.

Und wodurch? Es ist vorgesehen, dass insgesamt im Fachbereich Psychiatrie und Psychotherapie weitere 14 zusätzliche Betten geschaffen werden durch Baumaßnahmen, und weitere 20 Betten sind umgewidmet worden, sodass eine deutliche Entspannung in diesem und im nächsten Jahr zu erwarten ist. Das wird dadurch erreicht, dass ein Gebäude, das zurzeit noch im ambulanten Bereich eingesetzt wird, freigezogen und umgebaut wird, sodass, denke ich, dann auch eine deutliche Entspannung einerseits für die Patienten und andererseits natürlich für das Pflegepersonal erreicht werden kann, sodass man die akuten Fälle voneinander trennt. Die Unruhigen und die eher Depressiven oder diejenigen, die Ruhe brauchen, kann man dann besser behandeln und andererseits dafür sorgen, dass Unruhezustände nicht auf alle Patienten übertragen werden.

Die Hygienesituation im Krankenhaus auf den Stationen wurde nicht bemängelt, das scheint vielleicht ein Einzelfall gewesen zu sein. Auf alle Fälle konnten wir das nicht verifizieren, dass es dort Probleme gibt, zumal auch die Besuchskommission dort keine Mängel festgestellt hat.

Wir sind also insgesamt mit der Arbeit durch die Ärzte und durch das Pflegepersonal zufrieden. An dieser Aussprache haben teilgenommen der Ärztliche Direktor, dann der Pflegedienstleiter, Psychologen und Ärzte. Zusammen mit allen Beteiligten, die aus dem Ministerium mit dabei waren, haben wir eine örtliche Besichtigung von WCs, Stationszimmern, Behandlungszimmern et cetera vorgenommen.

Christel Weißig, BMV: Ich danke Ihnen. Ihr Ruf ist in Ordnung.

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Einen Moment! Einen Moment!

Frau Weißig, Sie können hier Fragen stellen. Sie dürfen die Antworten des Ministers nicht kommentieren, Sie haben aber die Möglichkeit, Nachfragen zu stellen. Diese Nachfragen müssen sich aber auf die Antwort des Ministers beziehen.

Bitte schön.

Christel Weißig, BMV: Wissen Sie, dass Ihr Ruf in Ordnung ist? Sie kümmern sich.

Minister Harry Glawe: Danke.

Christel Weißig, BMV: Ist das so?

Minister Harry Glawe: Wenn Sie das sagen, dann nehme ich das gerne zur Kenntnis.

(Heiterkeit vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und BMV)

Christel Weißig, BMV: Gut, okay. Vielen Dank.

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Also in weiter Auslegung der Geschäftsordnung lasse ich diese Frage in diesem Zusammenhang mal zu und nutze jetzt die entstandene Heiterkeit dazu, auf der Besuchertribüne die Berufliche Schule Technik der Landeshauptstadt Schwerin, Klasse 11, zu begrüßen, wenn das richtig ist. Es wird genickt, wunderbar. Dann können wir jetzt ernsthaft fortfahren.

Ich rufe auf den Geschäftsbereich des Ministers für Energie, Infrastruktur und Digitalisierung. Ich bitte jetzt die Abgeordnete Frau Dr. Mignon Schwenke, Fraktion DIE LINKE, die **Fragen 2 und 3** zu stellen.

Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE: Guten Morgen, Frau Präsidentin! Guten Morgen, Herr Minister!

2. Ist die Meldung des NDR vom 18. Januar 2018 korrekt, dass sich aufgrund von ungeklärten Eigentumsfragen der Bau der Umleitungsstrecke an der abgesackten A 20 bei Tribsees um mindestens ein halbes Jahr verzögert?

Minister Christian Pegel: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Sehr geehrte Frau Vizepräsidentin! Vielen Dank für die Frage. Der Bau dieses sogenannten Ableiters – oder Umleitung, wie auch immer Sie sagen möchten – als Umleitungsstrecke hat für uns zwei Hauptherausforderungen. Zum einen erfordern die ganz überwiegend in privater Hand befindlichen Grundstücke, dass sich das Land mit den Eigentümern und zum Teil zusätzlich mit den Pächtern, die diese besitzen, verständigt. Zum anderen haben wir naturschutzrechtliche Fragen zu lösen. Beides befindet sich in der Bearbeitung.

Für die Errichtung der Umleitungsstrecke bedarf es allerdings Baumfällungen und Rodungen entlang dieser Trasse, und zwar in dem Naturschutzgebiet. Diese sind naturschutzfachlich möglichst bis Ende Februar zu leisten, ich sage mal ein bisschen salopp, quasi mit dem sicheren Abstand zu den Brut- und Nistzeiten. Deshalb haben wir ein zeitlich sehr forciertes Arbeiten miteinander vereinbart. Und nochmals, das ist mir wichtig, die Kolleginnen und Kollegen sind mittendrin.

Ob und wo wir Ende Februar stehen – das ist in fünf Wochen –, welche Zeitpläne wir dann für realistisch halten dürfen, ist zurzeit in meiner Glaskugel noch nicht drin. Dies hängt nämlich von den Entscheidungen verschiedener Dritter ab. Wir sind als Straßenbauverwaltung weiterhin optimistisch, was die Lösung der Herausforderungen angeht. Wir sind im Übrigen mit nahezu allen Beteiligten in guten Gesprächen, aber das Arbeitsergebnis Ende Februar medial bereits Mitte Januar zu prognostizieren, war nicht ganz erleichternd für die Arbeiten, um das freundlich zu beschreiben. Das kann ich auch heute nicht leisten, sondern ich würde Sie um Erlaubnis bitten, dass ich das gerne in der Märzsitzung verkünden kann, aber zum jetzigen Zeitpunkt sind die Kolleginnen und Kollegen einfach engagiert mittendrin und deshalb ist schwer zu sagen, ob sie bis Ende Februar all das geschafft haben.

Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE: Zweite Frage:

3. Warum wurden die Einverständniserklärungen der Flächeneigentümer nicht ebenso vorsorglich eingeholt, wie die Planung der Umleitungsstrecke vorsorglich erfolgte?

Minister Christian Pegel: Vielen Dank.

Wenn sie Verhandlungen mit Eigentümern führen wollen, müssen sie ihnen oft ziemlich genau sagen, was sie machen und wo genau auf ihren Grundstücken. Wir holen uns auch nur für diesen Abschnitt die entsprechenden Einverständnisse. Deshalb brauchen sie einen gewissen Planungsvorlauf, um das genau einmessen und

beurteilen zu können. Insofern laufen Planungen und Grunderwerb – das ist im Übrigen im gesamten Straßen- und Radwegebau immer so – weitgehend parallel nebeneinander, aber der Planungsvorlauf muss ein bisschen davor liegen, damit sie mit den Grundstückserwerb oder mit den Bauerlaubnissen auf der Grundlage der dann gewonnenen Erkenntnisse auf die Leute zugehen können.

Insbesondere, das ist hier die Hauptherausforderung, müssen sie oft die Eigentümer der Grundstücke erst ermitteln. Das ist bei einem landwirtschaftlichen Gut leichter. An einer Stelle, wo die Grundstücke seit vielen Jahren in Naturschutzgebieten liegen und sie jetzt auch keine Eigentümer haben, die alle nutzen wollen, weil sie gar nicht nutzen können, ist das nicht ganz einfach. Das stellt sich mit dieser Eigentümersuche vor allem bei Erbgemeinschaften als hoch problematisch dar. Schwierig sind auch die Eigentümer, die sich auf Kontaktversuche – sie können die ja zunächst erst mal nur anschreiben – gar nicht zurückmelden.

Die Mitarbeiter der Straßenbauverwaltung sind seit Mitte November mit Hochdruck an diesen Ermittlungen dran, vor allem bei Erbgemeinschaften. Wenn sie das letzte Lebenszeichen im Grundbuch irgendwann im letzten Jahrhundert hatten, also in den 60ern, 70ern, dann müssen sie zum Teil über mehrere Erbgemeinschaften suchen gehen, um herauszufinden, mit wem sie eigentlich heute reden müssen. Aber noch mal, die möglicherweise zugrunde liegende Annahme, dass wir uns so im Vorbeigehen ein relativ breites Einverständnis holen, die ist missverständlich, sondern wir planen sehr genau vor, deshalb braucht man den Planungsvorlauf, sind aber schon seit vielen Wochen in der Eigentümerermittlung. Die ist aber eben zum Teil nicht einfach. Das ist wie ein Puzzle, das falsch herum liegt, und immer, wenn sie ein Teil umgedreht haben, sie freuen sich, sie haben das richtige gefunden, dann kann es gut sein, dass in der dortigen Rückkopplung der öffentlichen Behörden das Signal kommt, auch hier ist jemand verstorben, und dann gehen sie die nächsten Puzzleteile suchen, um wiederum da die Erbgemeinschaft zu erforschen.

Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE: Darf ich eine Zusatzfrage stellen? (Zustimmung)

Wann haben Sie denn mit den Parallelplanungen – das ist ja das, was Sie uns immer gesagt haben –, wann haben Sie denn mit den Parallelplanungen zu der jetzt nicht mehr möglichen Behelfsbrücke begonnen?

Minister Christian Pegel: Mit der Behelfsbrücke ...

Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE: Nein, mit den Parallelplanungen.

Minister Christian Pegel: Mit der Behelfsbrücke haben wir von Anfang an begonnen, in dem Moment, wo wir wussten, dass wir Umleitungen brauchen. Wir haben auch parallel diese Dinge ermittelt. Ich habe ja gesagt, Mitte November schon haben die Kolleginnen und Kollegen angefangen, die vor allen Dingen auf Erbgemeinschaften bezogenen Eigentümersmittlungen Stück für Stück zu eruieren und sich da reinzuhängen. Daran sehen Sie, wenn sie einen gewissen Planungsvorlauf brauchen, dass auch im November diese Dinge näher betrachtet worden sind. Wir waren da zunächst im Oktober von der Hoffnung beseelt, dass wir noch mit den Grün-

dungen arbeiten können, haben uns aber aus damaliger Zeit bestehende Lichtbilder beschafft, und zwar zum Zeitpunkt des Abrisses der Baustraße. Daraus war dann erkennbar, der leichte Rückgriff auf die Gründung ist nicht möglich. Also auch da stand – im Übrigen liegt die Planungsphase quasi in der HOAI, die Grundlagenermittlung – im Vordergrund, zu gucken, was haben wir eigentlich, worauf können wir aufbauen. Auf der Grundlage konnte man sagen, was brauchen wir, was müssen wir selber tun, und dann konnten wir auch feststellen in der Planung, welche Grundstücke wir benötigen.

Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE: Danke schön.

Minister Christian Pegel: Vielen Dank.

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Vielen Dank, Herr Minister.

Ich rufe auf den Geschäftsbereich der Ministerin für Soziales, Integration und Gleichstellung. Ich bitte jetzt den Abgeordneten Henning Foerster, Fraktion DIE LINKE, die **Fragen 4 und 5** zu stellen.

Henning Foerster, DIE LINKE: Schönen guten Morgen, Frau Ministerin!

Ich frage die Landesregierung:

4. Ist der Landesregierung bekannt, aus welchen Gründen die Jugendherberge Zielow geschlossen wurde?

Ministerin Stefanie Drese: Guten Morgen, Herr Abgeordneter Foerster!

Ja. Die Jugendherberge Zielow befand sich seit 1991 in Trägerschaft des Deutschen Jugendherbergswerks DJH Landesverband Mecklenburg-Vorpommern. Nach Aussage des Jugendherbergswerks ist es über einen längeren Zeitraum der Jugendherberge nicht gelungen, eine hinreichende Gästezahl als Grundlage für eine wirtschaftliche Betreuung zu akquirieren. Der Jugendherbergsbetrieb in Zielow war bis zur Schließung am 31.12.2017 über mehrere Jahre defizitär. Der Abwärtstrend ließ sich nach DJH-Angaben nicht mehr aufhalten.

Auch wenn der Landesverband stets seiner Unterhaltungsverpflichtung nachgekommen ist und das Gebäude und auch die gesamte Liegenschaft sich bis zuletzt in einem guten baulichen Zustand befanden, wurden die angebotene Infrastruktur und die Unterkunftsstandards der Jugendherberge von allen Zielgruppen nicht mehr als zeitgemäß akzeptiert. Zudem fehlte für erforderliche Investitionen die Aussicht auf eine zukünftige Wirtschaftlichkeit der Jugendherberge, obwohl der Standort der Jugendherberge in einer attraktiven Lage mit unmittelbarem Zugang zur Müritz und auch in einem wunderschönen Landschaftsbild gelegen ist.

Henning Foerster, DIE LINKE: Darf ich eine Nachfrage stellen? (Zustimmung)

Angesichts dessen, was Sie geschildert haben: Ist Ihnen bekannt, ob es Überlegungen für eine Nachnutzung gibt?

Ministerin Stefanie Drese: Nein, dazu kann ich im Moment nichts sagen.

Henning Foerster, DIE LINKE: Dann die zweite Frage:

5. Fördermittel in welcher Höhe wurden wann und mit welcher Bindungsfrist an die Betreiber der Jugendherberge Zielow ausgereicht?

Ministerin Stefanie Drese: Nach Aussage des Jugendherbergswerks und Recherchen der Landesregierung wurde der Jugendherberge Zielow aus mehreren Ministerien für bauliche Investitionen eine Förderung erteilt. Danach ergeben sich Zuwendungen in den Jahren 1995 bis 1999 in Höhe von 1.404.518 Euro mit einer Zweckbindung von 25 Jahren.

Henning Foerster, DIE LINKE: Vielen Dank.

Ministerin Stefanie Drese: Ich danke Ihnen.

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Vielen Dank, Frau Ministerin.

Damit sind wir am Ende der heutigen Fragestunde.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 20:** Beratung des Antrages der Fraktionen der SPD und CDU – Unterstützung der regionalen Entwicklungspolitik – Die Vorbereitung Mecklenburg-Vorpommerns auf die Reform der Strukturfonds vorantreiben, Drucksache 7/1592.

**Antrag der Fraktionen der SPD und CDU
Unterstützung der regionalen
Entwicklungspolitik – Die Vorbereitung
Mecklenburg-Vorpommerns auf die
Reform der Strukturfonds vorantreiben
– Drucksache 7/1592 –**

Das Wort zur Begründung hat für die Fraktion der SPD der Abgeordnete Herr Schulte.

Jochen Schulte, SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Wenn ich mich nicht irre, ist es ein italienisches Sprichwort, das sinngemäß heißt, wer nach oben will, der muss Treppen steigen. Das gilt natürlich – es ist in Italien, wenn es tatsächlich von dort kommt, vielleicht etwas zweideutig gemeint – in dieser ganz klaren eindeutigen Aussage nicht nur für einzelne Personen, es gilt auch für Länder. Wer nach oben will, wer wirtschaftlichen Erfolg haben will, der muss tatsächlich Anstrengungen machen. Wir haben das in den letzten 20/30 Jahren in diesem Land getan. Es sind nicht vorrangig wir in diesem Parlament gewesen, es ist auch nicht die Landesregierung gewesen, es sind in erster Linie die Menschen in diesem Land gewesen, die Unternehmerinnen und Unternehmer, die Beschäftigten, aber auch alle diejenigen, die hier leben, die sich einbringen, in welcher Form auch immer.

Aber, meine Damen und Herren, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, wenn wir über Erfolg reden, wenn wir über die Gestaltung dieses Landes reden, wenn wir darüber reden, dass dieses Land sich auch in den kommenden Jahren weiterentwickeln soll, dann reden wir ebenso über die Rahmenbedingungen, und die Rahmenbedingung, die dazu gehört, ist immer Geld. Das ist etwas, was schon Julius Caesar in seinem „Gallischen Krieg“ geschrieben hat.

Geld ist der Nerv der ganzen Sache. Geld bedeutet für uns in unserem Land neben den Haushaltsmitteln, die wir

aus eigenen Mitteln zur Verfügung stellen als Landesmittel, neben den Mitteln, die wir über den Länderfinanzausgleich bekommen, neben den Mitteln, die wir vom Bund bekommen, in allererster Linie Geld, das wir als Land aus der Europäischen Union bekommen. Wir führen in Deutschland immer wieder eine Diskussion darüber, dass wir der größte – wir als Deutsche, Deutschland als Staat – Nettozahler, mit einer der größten Nettozahler in der Europäischen Union wären. Das ist richtig, aber, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, in den vergangenen Jahren, in den vergangenen Förderperioden hat Deutschland alleine insgesamt über 26 Milliarden Euro bekommen und wir als Mecklenburg-Vorpommern in allen Förderperioden seit 1991 über 10 Milliarden Euro. 10 Milliarden Euro, das sind – das kann man auch mal umrechnen – pro Kopf der Bevölkerung definitiv mehr als das, was wir als Steuerzahler alle zusammen in diesem Land an die Europäische Union abgeführt haben.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, wir wissen alle, dass wir darüber streiten können, ob das Geld an dieser oder jener Stelle nach den unterschiedlichen politischen Vorstellungen so oder so eingesetzt worden ist, wie sich das der eine oder andere wünscht. Selbst ich, meine Partei, meine Fraktion, hat ja nun lange und sehr positiv für dieses Land Regierungsverantwortung getragen und wir werden sicherlich auch in absehbarer Zeit „20 Jahre SPD-Regierungschefs“ hier in diesem Land und den Erfolg, der damit verbunden ist, feiern. Aber auch ich weiß natürlich, dass nicht jeder Mitteleinsatz den Erfolg gezeigt hat, den wir uns damit gewünscht haben. Ich denke nur an die Vielzahl von Spaßbädern, die in diesem Land mit unterstützt worden sind. Aber, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, das sind negative Beispiele, die wir immer wieder finden können, das ändert nichts an der Grundaussage, diese europäischen Mittel haben dazu beigetragen, dass wir heute da stehen, wo wir stehen, und dieses Land steht gut da.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, wir waren uns auch immer darüber einig, dass wir irgendwann in eine Situation kommen, wo wir uns sagen müssen, wo wir auch gegenüber denjenigen, die uns dieses Geld geben, oder gegenüber anderen, die vielleicht noch nicht ganz so weit sind in ihrer wirtschaftlichen, in ihrer gesellschaftlichen Entwicklung, sagen müssen, ja, wir sehen das ein, diese Höhe der Förderung, die wir über die letzten Jahrzehnte bekommen haben, seit 1991, diese Förderung kann in diesem Umfang so nicht weitergehen. Aber wir haben alle darauf vertraut, unabhängig davon, in welcher Fraktion, in welcher Partei wir sind, dass vom Grundsatz her wir nach Auslaufen dieser Förderperiode, in welcher Form auch immer, weiterhin Unterstützung aus der Solidargemeinschaft der Europäischen Union bekommen.

Ich glaube, das ist auch eine berechnete Forderung und eine berechnete Vorstellung. Aber, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, man muss einfach feststellen, in den letzten zwei Jahren haben grundlegende Veränderungen innerhalb der Europäischen Union stattgefunden, und damit meine ich jetzt nicht den Umstand, dass wir – vielleicht nicht über Nacht, aber doch sehr viel deutlicher – mit Fragen der Migration in dieser Europäischen Union beschäftigt sind, dass wir sehr viel deutlicher auch dafür Geld ausgeben müssen, wie wir, in welcher Form auch immer, die Außengrenzen der Europäischen Union schützen, wie wir mit der Frage umgehen, dass es immer

noch innerhalb der Europäischen Union, und zwar in den Staaten, die eigentlich wirtschaftlich stärker sind, wie Frankreich oder Italien, massive wirtschaftliche Probleme gibt. Das volkswirtschaftliche Defizit Italiens ist deutlich höher, als es bei Griechenland jemals war. Es liegt bei 130/140 Prozent des Bruttoinlandsprodukts.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, auch das ist noch nicht mal die Rahmensituation, mit der wir uns heute konfrontiert sehen. Was noch dazugekommen ist – und ich glaube, es hat vor vier, fünf, sechs Jahren, als diese Förderperiode tatsächlich begonnen hat, niemand damit rechnen können –, ist, dass am Ende dieser Förderperiode, dass am Ende dieses Jahrzehnts, das wird 2019 nun definitiv stattfinden, mit Großbritannien einer der größten Zahler der Europäischen Union ausfallen wird. Der dafür zuständige Haushaltskommissar der Kommission, Herr Günther Oettinger, hat in vielen Gesprächen – ich bin öfter in Brüssel gewesen, habe auch mit ihm persönlich darüber gesprochen – klipp und klar deutlich gemacht und er hat das offiziell für die Kommission am 08.01. dieses Jahres noch mal gesagt, die Europäische Union rechnet deswegen mit Mindereinnahmen von 12 bis 14 Milliarden Euro pro Jahr. Pro Jahr 12 bis 14 Milliarden Euro weniger! Auf der anderen Seite stehen 10 Milliarden Euro, die Mecklenburg-Vorpommern seit 1991 aus Mitteln der Europäischen Union bekommen hat. Das macht deutlich, wie sehr sich die Situation, übrigens nicht nur für Mecklenburg-Vorpommern, für alle Regionen innerhalb der Europäischen Union, verändern wird.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, wir werden uns mit dem Thema auseinandersetzen müssen, nicht, weil wir es wollen, sondern weil die Kommission, die Europäische Union es tut, weil sie klipp und klar gesagt haben, so, wie es bisher war, kann es nicht weitergehen. Die Kommission hat Anfang dieses Jahres nach einem Diskussionsprozess innerhalb der Kommission den Entwurf des nächsten mehrjährigen Finanzrahmens vorgelegt und sie hat deutlich gemacht, wie sie an zwei Stellen die Schrauben anziehen, verändern will.

Auf der einen Seite erwartet sie von den Nationalstaaten zusätzliches Geld. Ob sie das bekommen wird, das kann im Moment noch keiner abschätzen, das wird sich zeigen in Diskussionen zum Beispiel innerhalb der Bundesrepublik Deutschland, wie die Regierungsbildung in Berlin stattfindet. Ich glaube, da sind jetzt zwei Partner, die durchaus erkannt haben, dass die Europäische Union wichtig für Deutschland ist und man da selbst mehr tun muss. Die andere Stellschraube, die von der Kommission ganz klar definiert wurde, sind Kürzungen, Kürzungen in unterschiedlichsten Bereichen, aber auch Kürzungen im Rahmen der Kohäsionspolitik. Wenn die Kommission Mitte letzten Jahres noch gesagt hat, na ja, gut, sie können vielleicht zehn Prozent insgesamt bei den Strukturfondsmitteln kürzen, will sie jetzt einen anderen Weg gehen, der erst mal vernünftig klingt, aber wo wir uns natürlich auch fragen müssen, was hat das für Auswirkungen für die Bundesrepublik Deutschland.

Der Weg, den die Kommission jetzt gehen will, ist, dass nur noch solche Vorhaben gefördert werden, die einen sogenannten europäischen Mehrwert haben. Da muss man sich selbstverständlich erst mal fragen, was ist daran Schlechtes. Erstens ist der Gedanke eines europäischen Mehrwertes gar nicht mal so fernliegend. Wir wollen, dass die Europäische Union in diesem ganzen Pro-

jekt gestärkt wird, in dem Projekt Europa. Wir wollen alle, das wollen wir hier im Landtag, das will der Bund, das will jeder Nationalstaat, aber es ist auch das berechnete Interesse sowohl des Parlaments in Brüssel als auch der Kommission, dass mit dem Geld, das eingesetzt wird, ein Mehrwert entsteht.

Nur, die Frage ist, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, und die müssen wir hier mit beantworten, weil wir in diesem Parlament, in diesem Land müssen uns, die Landesregierung muss sich an der Stelle einbringen und sagen, wie definieren wir denn überhaupt den europäischen Mehrwert. Ist der europäische Mehrwert nur das, was Staaten wie Bulgarien, Rumänien, deren Pro-Kopf-Einkommen weit, weit hinter dem Durchschnitt der Europäischen Union liegt und die ein berechtigtes Interesse daran haben, wenigstens annähernd angehoben zu werden, ist das der europäische Mehrwert, wenn dort die Wirtschaftskraft gestärkt wird, oder ist der europäische Mehrwert umgekehrt eine Tatsache, wenn ich Regionen, die bereits heute sehr stark sind, egal, ob es das Rhein-Ruhr-Gebiet ist in Nordrhein-Westfalen, ob es Teile der Benelux-Staaten sind oder andere Regionen, wie zum Beispiel die Lombardei in Italien, wenn die gestärkt werden, weil man sagt, jeder Cent, der dort eingesetzt wird, wirft volkswirtschaftlich eine höhere Rendite insgesamt ab, als wenn man das Geld, ich nehme mal ein Beispiel aus unserem Land, in einer Region investiert wie der Mecklenburgischen Seenplatte – ich hoffe, das nimmt mir jetzt keiner übel, das ist nicht irgendwie abwertend gemeint, Herr Kollege Ritter macht schon dieses Handzeichen –,

(Heiterkeit vonseiten der Fraktionen
der SPD und DIE LINKE –
Andreas Butzki, SPD: Ich auch! Ich auch!)

die aber im Verhältnis dieses Landes strukturschwächer ist als andere Regionen? Dort kann natürlich die Rendite eines eingesetzten Euros nicht so hoch sein wie die möglicherweise in Mailand. Wer also definiert den europäischen Mehrwert?

(Am Rednerpult leuchtet die rote Lampe.)

Vielen Dank, Frau Präsidentin, ich komme zum Ende meiner Einbringung.

Wer definiert diesen Mehrwert? Wir haben die einmalige Chance, dass am 25. März – und damit beende ich diese Einbringung – die Ministerpräsidenten der Länder, inklusive unserer Ministerpräsidentin, sich in Brüssel zu diesem Thema verständigen. Deswegen ...

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Herr Schulte, ...

Jochen Schulte, SPD: ... haben wir heute diesen Antrag, ...

Vizepräsidentin Beate Schlupp: ... jetzt ist es eine halbe Minute mehr.

Jochen Schulte, SPD: ... und deswegen, werte Präsidentin, haben wir heute diesen Antrag eingebracht, weil wir von Ihnen hoffen ...

(Der Abgeordnete Jochen Schulte beendet seine Rede bei abgeschaltetem Mikrofon. – Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Da das heute die erste Redezeitüberschreitung ist, belasse ich es bei der Androhung eines Ordnungsrufes. Aber wenn ich hier eine halbe Minute mehr gebe, dann erwarte ich, dass danach auch wirklich Schluss ist. Ich habe rechtzeitig die rote Lampe angemacht, damit man in einer halben Minute zum Schluss kommen kann. Ich bitte, das zukünftig zu beachten.

Im Ältestenrat ist vereinbart worden, eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 120 Minuten vorzusehen. Ich sehe und höre dazu keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat für die Fraktion der AfD der Abgeordnete Herr Lerche.

Dirk Lerche, AfD: Wertes Präsidium! Werte Abgeordnete im Saal! Liebe Bürger im Lande Mecklenburg-Vorpommern! Werte Gäste und Gästinnen!

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion der SPD –
Andreas Butzki, SPD: Liebe Salzstreuer
und liebe Salzstreuerinnen!–
Thomas Krüger, SPD: Liebes Mikrofon!)

„Der Landtag möge beschließen“, lese ich in diesem Antrag, und wir haben uns im Vorfeld überlegt, was ist die Intention dieses Antrages. Wenn dieser Antrag von einer Oppositionspartei gekommen wäre, wäre es ein Zeichen, dass die Regierung aufgefordert werden soll, Sachen zu tun, die eigentlich selbstverständlich sind.

(Andreas Butzki, SPD: Reine Verleumdung!)

Wenn dieser Antrag jetzt von den Regierungsparteien kommt, dann verstehe ich den so, als wenn Sie Ihren Wirtschafts- und Landwirtschaftsminister beschädigen wollen oder die aufwecken wollen oder so, also bis jetzt.

Herr Schulte hat gerade gesagt, es ist die Landesregierung gewesen, die immer vorbildlich gehandelt hat

(Jochen Schulte, SPD: Herr Lerche, sind Sie eigentlich schon wach so früh?)

und so weiter. Ist sie das jetzt auf einmal nicht mehr?

(Andreas Butzki, SPD: Haben Sie der Einbringung zugehört?)

Auch in der Begründung und so weiter ...

(Andreas Butzki, SPD:
Ob Sie zugehört haben?!)

Natürlich ist es doch ganz logisch,

(Andreas Butzki, SPD: Ich habe immer noch keine Antwort, ob Sie zugehört haben! – Zuruf von Stephan J. Reuken, AfD)

dass die Regierung Mecklenburg-Vorpommern hier in den Verhandlungen das Bestmögliche für unser Land rausholen soll. Deswegen verstehe ich den Antrag nicht.

(Jochen Schulte, SPD: Na, dass Sie den Antrag nicht verstehen ... – Zuruf von Andreas Butzki, SPD)

Natürlich stimmen wir dem zu, aber wir betrachten den als Beschädigung unserer Regierung. – Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall Christoph Grimm, AfD)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Das Wort hat jetzt für die Fraktion der CDU der Abgeordnete Herr Waldmüller.

Wolfgang Waldmüller, CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich denke, die Intention des Antrages ist völlig unstrittig. Ich sehe das so, dass wir heute hier im Parlament unserer Ministerpräsidentin bei den Verhandlungen ein breites Votum geben, das Bestmögliche auszuhandeln. Da weiß ich nicht, wovon Sie hier reden.

(Zuruf von Dirk Lerche, AfD)

Sie verkennen die Intention des Antrages komplett. Da bleibt man einfach nur sprachlos hier stehen und fragt: Was soll uns das sagen?

Meine Damen und Herren, Herr Schulte hat schon den großen Wurf gemacht, deswegen kann ich mir da einiges sparen. Ich versuche das jetzt zu verkürzen.

(Andreas Butzki, SPD: Das ist gut.)

Mecklenburg-Vorpommern erhielt von 2014 bis 2020 2,3 Milliarden Euro an EU-Fördermitteln – das muss man sich mal auf der Zunge zergehen lassen – für den ELER, für den ESF, für den EFRE. Um das zu veranschaulichen: Das bedeutet, das sind 29 Prozent unseres Landeshaushaltes. Wir haben in dieser letzten Wahlperiode Beschlüsse darüber gefasst, wie wir diese Fonds anwenden wollen. Sie alle wissen sehr genau, das ist auch in dem Operationellen Programm verfasst. Wir wissen auch, weil wir erst vor Kurzem den Haushalt beschlossen haben, welche Dinge in dem Haushalt eingeschlossen sind, was wiederum die Maßgabe ist, das Operationelle Programm so umzustellen, dass die EU-Mittel, die wir alle erhalten, für das Land Mecklenburg-Vorpommern bestmöglich verwendet werden. Die Ministerien setzen dann die im Landesparlament gefassten Haushaltsbeschlüsse um.

Ich möchte insbesondere auf den EFRE eingehen, weil ich diesen für ein ganz wichtiges Instrument halte, um wirtschaftlich zu prosperierenden Bundesländern aufzuschließen, also einen Anpassungsprozess zu beschleunigen. Das ist, glaube ich, mit das Wichtigste, was wir mit diesen EU-Mitteln machen können, noch dazu, wenn man weiß, dass sie zurückgehen, dass wir einen Anpassungsprozess bis 2021 und hoffentlich darüber hinaus machen, damit wir in Mecklenburg-Vorpommern eigenständig und selbstbestimmt handeln können, um wettbewerbsfähig zu bleiben, damit keine Abhängigkeit besteht und die Wertschöpfungslücke, die wir heute noch haben, nachhaltig und aus eigener Kraft geschlossen werden kann, und das in der Folge so bleibt. Dafür wollen wir die EU-Mittel im Land Mecklenburg-Vorpommern einsetzen.

Die Crux dabei ist, je erfolgreicher wir sind, desto weniger Mittel stehen uns zur Verfügung. Mecklenburg-Vorpommern wurde für die Förderperiode 2014 bis 2020 als mittlere der drei Förderregionen eingestuft. Jetzt nimmt auch der Koalitionsvertrag, zum Beispiel in den Punkten 9 und 14, bereits vorweg, dass dieser Zustand

nicht ewig Bestand haben kann. Sie wissen ebenfalls, wegfallende EU-Mittel sollen und können nicht einfach mit Landesmitteln kompensiert werden. Das eben genannte Volumen der EU-Strukturmittel im Verhältnis zum Gesamthaushalt habe ich verdeutlicht. Daran ist ersichtlich, warum das kaum funktionieren kann. Aber gerade deswegen müssen wir dafür werben, auch zukünftig so viele Mittel wie möglich aus den EU-Töpfen zu bekommen. Allein deshalb ist der Antrag wichtig. Nicht, dass die Landesregierung hier anderer Auffassung wäre, aber natürlich stellt es die Exekutive am 15. März noch besser, wenn sie auf eine möglichst breite Zustimmung aus der Legislative verweisen kann.

Meine Damen und Herren, um eines ganz klarzumachen: Trotz der vielen Erfolge ist Mecklenburg-Vorpommern kein Bittsteller, der mit prall gefüllten Taschen bei der EU um noch praller gefüllte Taschen wirbt. In unserem Land gibt es weiter strukturelle Unterschiede und deswegen gibt es auch den Bedarf. Beispielhaft nenne ich nur die zeitlich verzögerten Aufholprozesse hinsichtlich der Arbeitsmarktentwicklung in Vorpommern-Rügen, in der Mecklenburger Seenplatte und Vorpommern-Greifswald im Vergleich zum Westteil des Landes. Auch hier gibt es eine Beschlusslage des Landtages, ich verweise da auf die Drucksache 6/293. Es bestehen statistisch nachweisbar strukturelle Herausforderungen in unserem Land und das rechtfertigt den Wunsch nach weiteren hohen Mittelausstattungen.

Mir geht es heute nicht darum, dass sich das Landesparlament wegen der zurückliegenden Beschlusslagen beziehungsweise zurückliegender positiver Entwicklungen zur Steigerung von Innovation und Ausgestaltung auf dem Arbeitsmarkt auf die Schultern haut. Vielmehr zeigen diese Beispiele, dass es Bedarfe gibt, die wir Mecklenburger und Vorpommern vor allem vor Ort erkennen. Das ist der zweite Grund. Das ist, glaube ich, ein ganz wichtiger und auch für uns als CDU ein sehr wichtiger Grund, weswegen wir um breite Zustimmung zu diesem Antrag werben, denn neben der hohen Mittelausstattung, der Höhe nach, sollten wir unbedingt um flexible Einsatzmöglichkeiten ringen, Einsatzmöglichkeiten abseits von Direktiven aus Brüssel.

Die regionalen Unterschiede in den einzelnen Ländern, in den Regionen sind so unterschiedlich, dass, je flexibler die Mittel einsetzbar sind, wir umso genauer vor Ort oder für das Land reagieren können. Deswegen muss das Landesparlament diesen Antrag abseits parteipolitisch geleiteter Interessen betrachten. Dem Landesparlament muss es um die Interessen Mecklenburg-Vorpommerns gehen. Grundlegendes Interesse unseres Landes muss es sein, eine hohe Mittelausstattung mit EU-Strukturmitteln flexibel einsetzen zu können. In diesem Sinne muss der Landesregierung für die Verhandlung in Brüssel der Rücken gestärkt werden. Deswegen ist dieser Antrag heute richtig und gut. Ich bitte um breite Zustimmung.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Das Wort hat jetzt für die Fraktion DIE LINKE der Abgeordnete Herr Kolbe.

Karsten Kolbe, DIE LINKE: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete! Plenardebatten können manchmal dazu dienen, The-

men in die öffentliche Wahrnehmung zu tragen. Ich glaube, mit dem vorliegenden Antrag greifen Sie zweifelsohne ein wichtiges Thema auf, das auch meine Fraktion umtreibt und das auch uns einige Sorgen mit Blick in die Zukunft bereitet, denn die Kluft zwischen den armen und den reichen Regionen in Europa ist trotz aller Fortschritte der Annäherung noch immer riesig. Daher bleibt die EU-Regional- und Förderpolitik aus unserer Sicht unerlässlich. Sie ist bisher und sicherlich auch künftig das einzige solidarische Instrument zur Angleichung und Verbesserung der Lebensbedingungen der Menschen in allen 27 EU-Mitgliedsstaaten. Eine ausgeglichene soziale und wirtschaftliche Entwicklung überall in Europa ist nach unserer festen Überzeugung entscheidend für den sozialen Frieden und nicht zuletzt für die Zustimmung zur europäischen Integration.

Neben den ärmsten Regionen insbesondere in Ost- und in Südeuropa bedürfen aber auch die sogenannten Übergangsregionen, also Regionen mit einer mittleren Wirtschaftskraft, weiterhin Unterstützung, um nicht den Anschluss wieder zu verlieren. Mecklenburg-Vorpommern, das wissen Sie, gehört wie fast alle anderen ostdeutschen Bundesländer zu diesen Übergangsregionen. Der 7. Kohäsionsbericht der EU-Kommission hat verdeutlicht, dass es gerade die Übergangsregionen sind, die es besonders schwer haben, mit den vielfältigen Herausforderungen zurechtzukommen, denn das Wirtschaftswachstum liegt gemessen am Bruttoinlandsprodukt noch immer unter dem EU-Durchschnitt, der verarbeitende Sektor ist verhältnismäßig kleiner und schwächer und auch die Innovationskraft ist in Bezug auf Technologien und Bildung geringer als in reichen Regionen – ein Befund, der, denke ich, auch auf Mecklenburg-Vorpommern zutrifft.

Große Entwicklungsunterschiede führen aber letztlich sichtbar nur zu einer Polarisierung zwischen den und innerhalb der Mitgliedsstaaten. Doch diese Entwicklung kann sich die EU noch viel weniger leisten als eine ambitionierte Politik des Ausgleichs zwischen den Regionen. Daher steht für mich und meine Fraktion fest: Kohäsionspolitik muss auch weiterhin der wichtigen finanziellen Rolle entsprechend ausgestattet werden, die die EU-Verträge ihr zuweisen. Fördermittel müssen auch künftig allen Regionen offenstehen, denn, das wurde hier schon gesagt, die Herausforderungen sind sehr unterschiedlich. Deswegen brauchen wir eine Flexibilität.

Doch wie steht es nun um die Finanzen auf europäischer Ebene? Wenn man sich die Diskussionen dazu ansieht und sich die Ausführungen aus der Kommission, insbesondere des Haushaltskommissars Oettinger, anhört – und mein Kollege Herr Schulte hat es ja auch schon ausgeführt –, dann muss man unweigerlich zumindest konstatieren: kritisch. Auf der einen Seite sind neben den klassischen Aufgabenbereichen weitere dazugekommen. Neben Fragen der Migration, der Sicherheit und der Außenbeziehungen ist dies insbesondere die engere Kooperation im Bereich der Verteidigung. Allein für den EU-Rüstungshaushalt sollen entsprechend dem sogenannten Verteidigungsaktionsplan zwischen 2021 und 2027 38,5 Milliarden Euro für die Rüstungsforschung und in die Beschaffung von Rüstungsgütern investiert werden. Zum Vergleich: Die vollständigen Mittel für alle Übergangsregionen betragen in der gegenwärtigen Finanzplanung mit 37,9 Milliarden Euro 600 Millionen weniger. Ich sage es ganz klar: Wir brauchen keine weitere Aufrüstung in Europa. Was wir brauchen, ist eine Entwicklung aller Regionen.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Neben den erhöhten Ausgaben werden insbesondere durch den Brexit geringere Einnahmen von circa 12 bis 14 Milliarden Euro erwartet, auch das hat hier schon eine Rolle gespielt. Selbst für den Fall, dass es gelänge, den wegfallenden Beitrag Großbritanniens aufzufangen, sei es über erhöhte Zuweisungen anderer Mitgliedsstaaten oder sei es, dass Fortschritte in der Debatte zu EU-Eigenmitteln erzielt werden können, scheinen Kürzungen in den Bereichen der Gemeinsamen Agrarpolitik und in der Kohäsionspolitik doch festes Ziel der Kommission zu sein. Wir sind uns, glaube ich, einig, dass beides für Mecklenburg-Vorpommern höchst fatal wäre.

Die Aussagen im Reflexionspapier der Kommission über die Zukunft der EU-Finanzen aus dem Sommer 2017, aber auch Aussagen von Kommissar Oettinger im Regionalausschuss des Europäischen Parlaments im November vergangenen Jahres sprechen da eine klare Sprache. So hielt er Einsparungen bei der Förderpolitik zwischen 10 und 14 Prozent selbst bei einer erhöhten Finanzausstattung für kaum ausreichend. Ob die so kommt, steht heute noch in den Sternen. Auch wenn Herr Oettinger – Herr Schulte hat es bereits erwähnt – mittlerweile gemäßigte Töne anschlägt, lassen Sie es mich ganz klar sagen: Wer fordert, die Regionen sollen künftig mit weniger Geld möglichst mehr erreichen, der sollte auch offen zugeben, dass ihm der soziale, wirtschaftliche und territoriale Zusammenhang, der klar als politisches Ziel in den Verträgen ausgewiesen ist, gelinde gesagt, am Allerwertesten vorbeigeht.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Hier gilt es daher, auch als Land ganz klare Kante zu zeigen und für eine vernünftige Mittelausstattung der Kohäsionspolitik über 2020 hinaus zu streiten. In diesem Sinne werden wir dem Antrag der Koalitionsfraktionen heute zustimmen, weil bei diesem Thema eine starke und möglichst geschlossene Position des Landtages wichtig ist.

Dennoch lassen Sie mich zwei zusätzliche Punkte erwähnen, die sich nicht im Antragstext widerspiegeln, aus unserer Sicht hier aber wenigstens benannt werden sollen, um sie im Rahmen der Verhandlungen mit auf die Agenda nehmen zu können:

Erstens wird es für Mecklenburg-Vorpommern essenziell sein, dass es mit dem Austritt Großbritanniens aus der EU bei der Wirtschaftskraft nicht einfach zu einem statistischen Effekt kommt, der unser Bundesland benachteiligt, denn in dem Moment, wo die wirtschaftsstarken Regionen die EU verlassen, wird auch Mecklenburg-Vorpommern im Vergleich zu weniger entwickelten Regionen durchschnittlich besser dastehen. Hier ist es aus Sicht meiner Fraktion unerlässlich, dass hier angemessene Übergangszeiträume definiert werden, weil wir sonst statistische Verzerrungen haben, die überhaupt nicht der sozioökonomischen Wirklichkeit entsprechen. Das wäre nicht gut.

Zweitens ist uns eine klare Positionierung zum Europäischen Fonds für strategische Investitionen wichtig, in der Öffentlichkeit oft besser bekannt – nach dem EU-Kommissionspräsidenten Herrn Juncker benannt – als der sogenannte Juncker-Fonds. Nach dem Willen der Kommission sollen demnach Finanzprodukte künftig

vermehrt in der Regionalpolitik eingesetzt und mit Zuschüssen kombiniert werden. Die engere Verzahnung zwischen EU-Strukturfonds mit Finanzinstrumenten betrachten wir allerdings sehr kritisch, denn während der Juncker-Fonds ausschließlich auf die Ankurbelung von Investitionen setzt, sind die Regionalfonds auf langfristige und planvolle Entwicklungsprozesse und auf die Begleitung von Strukturreformen mit den entsprechenden zielgerichteten Investitionen vor Ort ausgerichtet. Der Investitionsfonds ist demgegenüber weder regional, noch ist er programmatisch gesteuert.

Ich möchte es plastisch machen, damit man es besser versteht. Wir haben im Innen- und Europaausschuss das Brüsseler Informationsbüro gefragt: Wie viele der Vorhaben bei einem Gesamtvolumen von über 100 Milliarden Euro, die bisher über den Investitionsfonds geflossen sind, sind in allen ostdeutschen Ländern inklusive Mecklenburg-Vorpommern finanziert worden? Kennen Sie die Antwort? Kein einziges. Null! Daher stellt er aus unserer Sicht überhaupt keine Alternative zur Kohäsionspolitik dar.

In diesem Punkt ist uns eine klare Positionierung auch deshalb so wichtig, weil sie für die ostdeutschen Bundesländer von essenzieller Bedeutung ist. Ich hoffe daher, dass Frau Schwesig, die heute, glaube ich, in Berlin weilt und dort verhandelt, sich im Interesse Ostdeutschlands hier klar positionieren wird. Ich bin mir sicher, mit Brandenburg, Berlin und insbesondere auch Thüringen hat sie da Partner an ihrer Seite, auf die sie sich verlassen kann. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Das Wort hat jetzt für die Fraktion der BMV der Fraktionsvorsitzende Herr Wildt.

Bernhard Wildt, BMV: Ja, vielen Dank.

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Landtagsabgeordnete! Werte Gäste und liebe Mitbürger! Wenn man auf Ihren Antrag schaut, kann man im ersten Moment, wenn man nur sehr grob, sehr oberflächlich und sehr kurz auf diesen Antrag schaut, dann kann man tatsächlich sagen, Sie fordern eine Selbstverständlichkeit, denn logischerweise wird die Landesregierung sich für die Interessen Mecklenburg-Vorpommerns einsetzen bei diesem Treffen am 15. März in der Bayerischen Landesvertretung in Brüssel und selbstverständlich wird man dort versuchen, ein gutes Ergebnis für Mecklenburg-Vorpommern vorzubereiten. Entscheidend ist allerdings eher, was herauskommt. So können wir uns das Thema später noch mal vornehmen. Im Mai 2018 wird der erste Entwurf dann vorgelegt.

Gut, das ist, wenn man so will, die Selbstverständlichkeit. Wenn man aber etwas genauer auf Ihren Antrag schaut, stellt man fest, dass es Ihnen um etwas anderes dabei geht, nämlich um den Mehrwert der Europäischen Union, um den Mehrwert der Europäischen Union gerade auch für Mecklenburg-Vorpommern und, wie Herr Kollege Waldmüller schon ausgeführt hat, um die möglichst hohe Mittelausstattung mit der möglichst flexiblen Einsatzmöglichkeit.

Auf diesen Punkt möchte ich zuerst kommen. Das ist schon interessant, denn wir haben gestern über das

Finanzausgleichsgesetz bei uns im Lande gesprochen und da ist es genau das, was die Kommunen von uns, von der Landesebene fordern: möglichst viel Geld, das sie möglichst flexibel einsetzen können. Heute stellen Sie selbst diesen Antrag sozusagen für eine Ebene oder für zwei Ebenen höher. Eigentlich kann man sagen, dieser Antrag hält uns allen den Spiegel vor, wie man sich fühlt, wenn man auf der unteren Ebene ist. Dann möchte man nämlich möglichst viel Geld haben und das möglichst selbstständig und flexibel einsetzen können. In dem Sinne bitte ich Sie, Ihren eigenen Antrag immer im Kopf zu behalten, wenn es um die Interessen unserer Kommunen geht, dann kann man sich vielleicht ein bisschen besser hineinversetzen, was die sich eigentlich wünschen.

(Beifall Dr. Ralph Weber, AfD)

Ja, das Zweite ist der Mehrwert der Europäischen Union. Wenn man da auch nur sehr holzschnittartig vorgeht, kann man natürlich sagen, Deutschland zahlt sehr viel Geld in die Europäische Gemeinschaft ein und bekommt etwas weniger wieder heraus. Wir sind eben Nettozahler. Klar, irgendjemand muss auch Nettozahler sein, sonst würde das ganze System überhaupt keinen Sinn ergeben. Man könnte natürlich auch zu dem Schluss kommen, ach, dann zahlen wir lieber gar nichts ein und behalten das Geld für uns, dann haben wir insgesamt mehr. Das ist in doppelter Hinsicht ein Irrtum. Zum einen kann es Deutschland langfristig nur gut gehen, wenn es unseren Nachbarn und unseren umgebenden Staaten auch gut geht.

(Thomas Krüger, SPD: Richtig!)

Das ist eine absolut zwingende Bedingung. Wir können nicht hier allein in einer Wohlstandsinsel leben, wenn zum Beispiel Osteuropa und Südeuropa keinen Anschluss halten können. Das ist das eine.

Das andere ist – und vielleicht könnte der Herr Glawe das bei Gelegenheit mal insgesamt ein bisschen stärker verdeutlichen –, immer dann, wenn man Fördermittel ausreicht, hat man auch einen Eigenanteil und dadurch einen Multiplikatoreffekt, das heißt, das Geld, was einmal über die Förderung in ein Projekt hineinläuft, ist nicht eins zu eins die Summe, die tatsächlich investiert wird, sondern es beteiligen sich noch andere Ebenen und es beteiligen sich auch private Ebenen daran, sodass der Nettoeffekt viel größer ist, wenn es über mehrere Ebenen läuft, als wenn es, sagen wir mal, einfach nur im Lande geblieben wäre.

Das fehlt mir so ein bisschen, Herr Schulte, das haben Sie gar nicht so richtig herausgestellt. Das ist der eigentliche Mehrwert, wenn man Geld abgibt und nur einen Teil wieder zurückbekommt, dass man auf diesem Wege mobilisiert und privates Geld in erheblichem Umfang mobilisiert für Investitionen in Mecklenburg-Vorpommern.

Dann möchte ich noch mal auf die Investitionsprioritäten zurückkommen, die wir in den vergangenen Jahren hatten, also von 2014 bis 2020. Das sind vier Stück: Forschung und Innovation, digitale Agenda, Unterstützung für kleine und mittlere Unternehmen und die Ausrichtung auf eine CO₂-emissionsarme Wirtschaft. Mir hätte es heute besser gefallen, wenn wir über diese Schwerpunkte mal sprechen würden. Sind das die richtigen Schwerpunkte, die wir unterstützen möchten? Sie fordern zu Recht die breite Unterstützung des Landtages ein für die

Landesregierung. Das ist richtig, aber dann sollte man etwas genauer noch sagen, wofür. Wofür sollen sich der Landtag und die Landesregierung starkmachen und welche Prioritäten wollen wir setzen?

Bei Forschung und Innovation kann unsere Fraktion, glaube ich, uneingeschränkt zustimmen. Es ist sehr wichtig für unser Land, dass wir dort stärker werden, denn das sind die zukunftsweisenden Industrien, die da angesprochen werden, die auch Arbeitsplätze, hoch produktive und hoch bezahlte Arbeitsplätze für die Zukunft ermöglichen.

Digitale Agenda steht, glaube ich, für sich selbst im unmittelbaren Zusammenhang, wenn man von Forschung und Innovation spricht.

Die Unterstützung für kleine und mittlere Unternehmen ist im Grunde genommen auch selbstverständlich für Mecklenburg-Vorpommern, denn wir haben fast nur kleine und mittlere Unternehmen, und gerade die benötigen Unterstützung, mehr als die großen Unternehmen, die sowieso schon sehr stark sind.

Bei der CO₂-emissionsarmen Wirtschaft dagegen werden Sie, wenn wir darüber sprechen wollen, schon wieder merken, dass es dort Differenzierungen gibt, dass man das auch infrage stellen kann. Ist das ein großer Schwerpunkt oder ist das vielleicht eher ein kleiner Schwerpunkt? Das wäre noch mal eine interessante Debatte. Oder gibt es vielleicht sogar noch ganz andere Schwerpunkte, die wir setzen möchten? Auch das wäre eine interessante Debatte gewesen.

So, damit möchte ich schließen. Ich wünsche selbstverständlich der Landesregierung sehr viel Glück bei den Verhandlungen. Ich bin gespannt auf das Ergebnis. Wir werden sicherlich anschließend darüber beraten, was es für die nächsten Jahre für Mecklenburg-Vorpommern bedeuten wird. – Danke schön.

(Beifall vonseiten der Fraktion der BMV)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Ums Wort gebeten hat für die Fraktion der SPD der Abgeordnete Herr Schulte.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Aber immer schön auf die Uhr gucken!)

Jochen Schulte, SPD: Herr Ritter, ich muss nicht auf die Uhr gucken, ich verlasse mich da auf die Präsidentin.

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Es freut mich, wie die Debatte hier stattgefunden hat. Ich komme gleich noch zu dem Redebeitrag des Kollegen Lerche, das ist der Sonderfall heute früh. Es ist vielleicht auch der Uhrzeit geschuldet, dass Herr Lerche das noch nicht richtig gelesen hatte oder verstanden hatte, was hier gemeint worden ist und von allen anderen Kollegen offensichtlich auch so verstanden wurde.

(Zuruf von Thomas Krüger, SPD)

Aber, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie mich zwei grundsätzliche Dinge sagen:

Herr Kollege Kolbe, ich bin Ihnen dafür dankbar, dass Sie das an der Stelle noch mal angesprochen haben. Ich wäre vielleicht ansonsten in diesem Redebeitrag auch

darauf eingegangen, aber Sie haben es mir quasi vorweggenommen. Das ist gut so, dass es bestimmte Punkte gibt, die über die Fraktionen hier und auch über die politischen Parteien hinaus von Gemeinsamkeit zeugen.

Sie haben das mit den Strukturfondsmitteln und der Differenz oder den Unterschieden zu den Mitteln aus dem sogenannten Juncker-Plan angesprochen. Ich möchte noch einen anderen Punkt herausheben, der eben nicht so deutlich geworden ist, der aber aus unserer Sicht für dieses Land mindestens genauso von Wichtigkeit ist. Natürlich ist es so, dass die Europäische Kommission für Ihre Strukturfondsmittel die Rahmenbedingungen vorgibt. Das ist etwas, was der Kollege Wildt eben angesprochen hat, worüber man diskutieren muss: Wo sind eigentlich die Schwerpunktsetzungen bei der Europäischen Kommission?

Ich bin zumindest in einem Punkt bei Ihnen: Ich würde mir durchaus an der einen oder anderen Stelle im Interesse unseres Landes eine andere Schwerpunktsetzung oder eine andere Ausdifferenzierung wünschen. Aber es gibt noch einen grundlegenden Unterschied, Herr Kollege Kolbe, und das möchte ich an dieser Stelle auch noch mal deutlich machen. Ja, die Europäische Kommission definiert die Rahmenbedingungen der Strukturfondsmittel, aber wir, wir als Empfängerland, haben nachher die Chance, über unsere Operationellen Programme, die wir natürlich bei der Kommission vorstellen müssen, damit dort geprüft wird, dass die deckungsgleich sind oder sich zumindest innerhalb der Vorstellungen der Kommission bewegen, zu definieren, wie dieses Geld tatsächlich ausgegeben wird.

Das ist ein qualitativer Unterschied zu dem Geld, was aus dem sogenannten Juncker-Plan kommt. Das definiert die Europäische Union. Herr Kollege Kolbe, ich bin da ganz bei Ihnen, die Definition, die dort stattfindet, ist in einem globalen, will ich es jetzt nicht nennen, aber in einem überstaatlichen Interesse der Europäischen Union vielleicht sogar nachvollziehbar, aber ob es an der Stelle immer genau das ist, was wir in diesem Land oder was die strukturschwachen Regionen, die ja nicht nur in Ostdeutschland vorhanden sind, sondern auch in westdeutschen Regionen durchaus vorhanden sind, wollen, ob das genau immer die Punkte sind, ist eine ganz andere Frage. Deswegen haben wir, glaube ich, alle diejenigen Regionen in Europa, die noch nicht an der Spitze der Entwicklung stehen – da komme ich noch mal zu dem Bild mit dem Treppensteigen –, im Vergleich zu denen, die oben schon angekommen sind, ein anderes Interesse, weil wir Solidarität brauchen. Wir brauchen auch die Unterstützung aus anderen Teilen Europas, übrigens ebenfalls aus den innerdeutschen Teilen von Europa, um diesen Weg zu gehen.

Sehr geehrter Herr Kollege Wildt, zu Ihrer, na ja, Kritik will ich das gar nicht mal nennen, Sie hatten gesagt, Sie hätten sich an der einen oder anderen Stelle noch eine andere inhaltliche Schwerpunktsetzung bei der Einbringung gewünscht. Ich kann Ihnen gerne mein Redemanuskript geben. Ich habe hier eben doch relativ frei geredet, auch wenn ich mir bestimmte Dinge aufgeschrieben habe. Wenn ich auf das eingegangen wäre, was ich gerne getan hätte, was Sie angesprochen hatten, wäre mir von der Präsidentin wahrscheinlich nicht nur angedroht worden, dass das Mikrofon abgestellt wird, dann hätte ich vielleicht sogar noch mit anderen, handgreiflicheren Attacken rechnen müssen, damit ich hier das Rednerpult räume!

(Heiterkeit vonseiten der Fraktionen
der SPD, CDU und BMV)

Das ist natürlich immer das Problem bei einer Einbringung, Herr Kollege, das werden Sie auch kennen, irgendwo ist man in seiner Zeit limitiert und alles das, was man gerne sagen würde, was man deutlich machen würde, kann man in dem Moment nicht tun. Deswegen ist das auch so wichtig und deshalb werbe ich – und ich habe den Eindruck, dass es eine breite Unterstützung, zumindest inhaltlich, für diesen Antrag gibt – an dieser Stelle noch mal dafür, dass wir Ihnen diese Unterstützung durch unser Stimmverhalten nach außen signalisieren.

Sinn und Zweck dieses Antrages ist es nicht nur – und da komme ich zu dem Herrn Kollegen Lerche –, dass wir von der Landesregierung eine Selbstverständlichkeit einfordern, und zwar, dass sie sich für die Interessen dieses Landes einsetzt. Was ich erwarte, was meine Fraktion, was die Regierungsfaktionen von der Landesregierung erwarten, ist nicht nur, dass der Input in den Landtag wieder reinkommt, sondern dass die Diskussion, die Sie, Herr Kollege Wildt, die Sie, Herr Kollege Kolbe angesprochen haben, und die natürlich auch der Kollege Waldmüller angesprochen hat, hier geführt wird, damit die Menschen mitbekommen, welche Positionen vertreten die politischen Parteien und die Fraktionen in diesem Land im Interesse dieses Landes.

Wer sich hier hinstellt, Herr Kollege Lerche, mit einem, ich sage mal, Gestus, wo ich mir noch nicht sicher war, ob er überhaupt schon aus dem Bett rausgekommen ist,

(allgemeine Heiterkeit)

und sagt, ja, das ist doch alles im Grunde völlig lapidar, was wir hier tun,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Wir können ja froh sein, dass er nicht geschossen hat heute.)

dann frage ich Sie nur einfach mal: Warum haben wir eigentlich gestern Abend an dieser Stelle über einen seltsam formulierten Antrag über Genderausformung der Sprache und die entsprechenden Auswirkungen in Frankreich diskutiert? Also da bin ich der Meinung, bei allem Respekt für die Gleichstellung von Mann und Frau, die Art und Weise, wie die Diskussion von Ihnen gestern Abend geführt wurde, war diesem Thema nicht angemessen.

(Thomas Krüger, SPD: Sehr richtig! Genau so.)

Sich hier heute früh hinzustellen und das, wovon dieses Land wirtschaftlich über 20 Jahre gelebt hat, wovon wir die Arbeitsplätze in diesem Land mit geschaffen haben, wovon die Unternehmerinnen und Unternehmer die Förderung bekommen haben, wovon wir die Infrastruktur geschaffen haben, wovon wir für soziale Teilhabe Geld zur Verfügung gestellt haben, zu benennen mit „das ist ja alles nicht so entscheidend für dieses Land“, das ist natürlich etwas, dafür habe ich überhaupt kein Verständnis mehr.

(Zuruf von Karsten Kolbe, DIE LINKE)

Und weil ich eben etwas länger geredet habe, höre ich jetzt etwas früher auf. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD, CDU und DIE LINKE)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor.

Aber lassen Sie mich trotzdem klarstellen, dass ich hier keinesfalls zu irgendwelchen Handgreiflichkeiten schreiten werde, sondern dass ich durchaus Möglichkeiten habe, andere darum zu bitten.

(allgemeine Heiterkeit –
Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Ich schließe die Aussprache.

(Heiterkeit bei Jochen Schulte, SPD:
Das ist das am meisten Unfaire
bei der Sache!)

Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktionen der SPD und CDU auf Drucksache 7/1592. Wer dem zuzustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Gibt es Stimmenthaltungen? – Damit ist der Antrag der Fraktionen der SPD und CDU auf Drucksache 7/1592 einstimmig angenommen.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 21:** Beratung des Antrages der Fraktion der AfD – Bundesratsinitiative zur Wiedereinführung der Länderöffnungsklausel in Paragraf 249 Absatz 3 Satz 1 Baugesetzbuch, Drucksache 7/1578.

**Antrag der Fraktion der AfD
Bundesratsinitiative zur Wiedereinführung der Länderöffnungsklausel in § 249 Absatz 3 Satz 1 Baugesetzbuch (BauGB) – Drucksache 7/1578 –**

Das Wort zur Begründung hat für die Fraktion der AfD der Abgeordnete Herr Reuken.

Stephan J. Reuken, AfD: Sehr geehrtes Präsidium! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Liebe Mecklenburger! Liebe Vorpommern! Windenergieanlagen werden kontrovers diskutiert, nicht nur in den politischen Debatten hier im Landtag, viele unserer Bürger lehnen Windenergieanlagen aus Sorge um das Landschaftsbild ab. Andere befürchten wiederum die Auswirkungen auf Mensch und Natur oder sie beschwerten sich über Belästigungen durch Geräusche oder Infraschall. Doch die Bedenken der Bürger werden oft gefühlt im Keim erstickt. Bürgerinitiativen werden nicht ernst genommen, glaubhafte Unterstützung und das Prüfen von alternativen Lösungsvorschlägen sucht man oft vergebens.

(Rainer Albrecht, SPD: Falsch!)

Man zieht sich zurück und behauptet, zur Häufigkeit und zu den Ursachen möglicher Belästigungen von Anwohnern durch Emissionen von Windenergieanlagen gäbe es bisher nur wenig wissenschaftlich belastbare Studien. Dabei gibt es gute Nachweise und Studien, die zum Beispiel Zusammenhänge zu gesundheitlichen Schäden beweisen. Sie wollen diese eigentlich in der Regel nur nicht zur Kenntnis nehmen und auch nicht für Ihre Betrachtungen heranziehen.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD –
Zuruf von Rainer Albrecht, SPD)

Schließlich ist die Nutzung von Windenergie an Land eine zentrale Säule der Strategie Deutschlands für den weiteren Ausbau der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien. Im Energiekonzept der Bundesregierung wird kurz- und mittelfristig das wirtschaftlichste Ausbaupotenzial im Bereich erneuerbarer Energien, insbesondere Windenergie, gesehen.

Beim Ausbau der Windenergie kommt der Akzeptanz durch die Bevölkerung eine wachsende Bedeutung zu. Das Verständnis für einen weiteren ungehinderten Ausbau der Windkraft in Mecklenburg-Vorpommern stößt aber in den betroffenen Regionen zunehmend an Grenzen. Viele Bürger fühlen sich von den baulichen Anlagen und ihren Wirkungen bedrängt und verstehen nicht, dass ihre unmittelbaren Lebensbedingungen, ihre Gesundheit und vor allem auch ihre schöne Heimat aus allein wirtschaftlichen und politischen Interessen geopfert werden sollen.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Wenn Anwohner sich belästigt fühlen durch Windkraftanlagen in ihrem unmittelbaren Lebensumfeld, dann ist es ihr gutes Recht, ihren Unmut zu äußern und für bessere Umstände zu kämpfen. Geplante neue Gebiete müssen sich daher kritischen Prüfungen von allen Seiten unterziehen. Dabei dürfen nicht nur die Energieversorgung aus erneuerbaren Energien und Klimaschutzziele eine entscheidende Rolle spielen. Umweltbelange, Abstandsregelungen und Beeinträchtigungen der Anwohner müssen ernst genommen werden. Es muss ein angemessener Interessenausgleich zwischen den Anforderungen der Energiewende und den zu berücksichtigenden Interessen der örtlichen Wohnbevölkerung geschaffen werden.

Dabei müssen die rechtlichen Rahmenbedingungen regelmäßig an die gesellschaftlichen und technischen Entwicklungen angepasst werden. Wurden bis Ende der 90er-Jahre noch Anlagen mit einer maximalen Höhe von bis zu 100 Metern gebaut, so ist die Gesamthöhe der aktuellen Generation teilweise doppelt so hoch. Und auch bei der Größenentwicklung des Rotordurchmessers gab es eine Steigerung. Im Jahre 2008 betrug der durchschnittliche Durchmesser von Rotoren 79 Meter, im Jahre 2015 waren es bereits 104 Meter.

(Rainer Albrecht, SPD: Ja. –
Thomas Krüger, SPD: Das ist auch gut so.)

Die Gesamthöhe ...

(Zuruf von Rainer Albrecht, SPD)

Es geht um die Auswirkungen.

Die Gesamthöhe und Größe einer Anlage ist im Hinblick auf die als bedrängend empfundene Wirkung von entscheidender Bedeutung für die Akzeptanz in der Bevölkerung. Der gültige Rechtsrahmen für den Ausbau der Windenergie kennt zwar bau- und emissionsschutzrechtliche Regelungen, in gewisser Weise findet auch ein Schutz der Betroffenen vor schädlichen Umwelteinwirkungen, wie etwa vor Lärm, statt, doch das ist aus Sicht der Betroffenen oftmals nicht genug.

Auch in den Hinweisen zur Festlegung von Eignungsgebieten für Windenergieanlagen legt die Landesregierung fest, dass die Anforderungen an geeignete Flächen für Windenergieanlagen durch die Raumordnung, durch die Gewährleistung gesunder Wohn- und Arbeitsbedingungen und durch den Natur- und Umweltschutz bestimmt werden.

(Rainer Albrecht, SPD: Ja.)

Doch ob die in den regionalen Entwicklungsplänen festgelegten Abstände der Windkraftanlagen zur Wohnbebauung von durchschnittlich 800 bis 1.000 Metern tatsächlich ausreichen, das ist die Frage.

(Rainer Albrecht, SPD: Ja.)

Die Angaben basieren eben nicht auf einer gesetzlichen Vorgabe, sondern sie sind ein Minimalkompromiss, den die zahlreichen Bürgerinitiativen vor Ort den Planungsgesellschaften und Genehmigungsbehörden abgetrotzt haben.

(Rainer Albrecht, SPD: Richtig!)

Und von diesen kann jederzeit nach unten abgewichen werden. Die 800 bis 1.000 Meter sind in unmittelbarer Nähe – da fragen Sie mal die betroffene Bevölkerung vor Ort – viel zu wenig. Insbesondere wenn eine Anlage 200 Meter hoch und der Rotordurchmesser über 100 Meter ist, dann sind diese Abstände zu gering,

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

denn es besteht ein nachweisbarer Zusammenhang zwischen Infraschall von Windkraftanlagen und gesundheitlichen Beschwerden von Anwohnern.

(Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE:
Das stimmt überhaupt nicht! – Zurufe von
Rainer Albrecht, SPD, Philipp da Cunha, SPD,
und Thomas Krüger, SPD)

Die Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe hat von 2004 bis 2016 Infraschallmessungen an einem Windrad nördlich von Hannover durchgeführt und festgestellt, ich zitiere aus dem Bericht: „Der durch die Flügelerhebung hervorgerufene Lärm beschränkt sich ... nicht nur auf den hörbaren Bereich, denn auf Grund ihrer Größe und geringen Rotationsgeschwindigkeit wird ein erheblicher Energieanteil unterhalb von 20 Hz, als Infraschall abgestrahlt.“ Zitatende.

(Thomas Krüger, SPD:
Ja, und wie weit? Wie weit? –
Rainer Albrecht, SPD: Ja, wie weit?)

Auch bei unserem nördlichen Nachbarn hat man das zur Kenntnis genommen.

(Zuruf von Rainer Albrecht, SPD)

In Dänemark werden kaum noch Windkraftanlagen genehmigt

(Bernhard Wildt, BMV: Stimmt.)

und die Ursache dafür sind die Erkenntnisse zum Thema Infraschall.

(Bernhard Wildt, BMV: Absolut richtig.)

Mit diesen medizinischen und auch wissenschaftlichen Befunden empfiehlt dann das deutsche Ärzteforum Emissionsschutz in einem Schreiben vom 2. Februar 2014 an die Bayerische Staatskanzlei eine Abstandsregelung von wenigstens der 10-fachen Höhe. Das ist weitaus mehr als die 800 bis 1.000 Meter bei uns.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD –
Zuruf von Rainer Albrecht, SPD)

Bei der Bemessung pauschaler Abstände zwischen Windenergieanlagen und Siedlungsbereichen handelt es sich schlichtweg um eine politische Entscheidung über das Maß dessen, was der Bevölkerung zum Zweck des Klimaschutzes zugemutet werden soll. Die Entscheidung wird durch die derzeitigen Regelungen auch für Mecklenburg-Vorpommern weitgehend bundesrechtlich getroffen, sicherlich auch, um eine Verminderung der für die Windenergie nutzbaren Flächen und einen Rückgang von Genehmigungsanträgen für Neuanlagen zu vermeiden.

Nach dem Auslaufen der Umsetzungsfrist in Paragraph 249 Absatz 3 Baugesetzbuch Ende 2015 steht den Landesgesetzgebern der Regelungsspielraum für landeseigene Abstandsregelungen nicht mehr offen. Der den Ländern verbleibende Regelungsspielraum beschränkt sich dabei im Wesentlichen auf zahlungsrechtliche Festlegungen unter der Beachtung höherrangigen Rechts, insbesondere der Vorgaben der Privilegierungsregelung in Paragraph 35 Absatz 1 Satz 5 Baugesetzbuch.

Bei der planerischen Festsetzung von Abstandsgeboten durch die Landesplanung steht also das Gebot, der Windenergie substanziell Raum zu verschaffen. So entstehen dann Abstandsregelungen von 800 bis 1.000 Metern, denn nur so verbleiben ausreichend Flächen, um Windenergieanlagen in einem Maße zu verwirklichen, das der bundesrechtlichen Privilegierung auch noch genügt. Wir fordern deshalb die unbefristete Wiedereinführung der Länderöffnungsklausel und die Streichung der Frist in Paragraph 249 Absatz 3 Baugesetzbuch.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD
und Holger Arppe, fraktionslos)

Die Landesregierung soll wieder eigene Handlungsmöglichkeiten haben und durch Landesgesetze regional passende Abstandsregelungen für Windenergieanlagen festlegen können. Nur so können wir einen angemessenen Ausbau der Windenergie, der eine breite Befürwortung und Akzeptanz bei der Bevölkerung genießt, voranbringen, so und nicht anders!

(Zuruf von Rainer Albrecht, SPD)

Weiterführend sollen die neuen Abstandsregelungen so flexibel geregelt werden, dass sie sich an die technischen Entwicklungen, insbesondere in Bezug auf Größe und Höhe der Anlagen anpassen. Erfahrungsgemäß hängt die Zustimmung für Windkraft bei den betroffenen Anliegern in erster Linie sowohl von der Höhe als auch von der Entfernung zur jeweiligen Windkraftanlage ab. Es bietet sich daher auch zur Wahrung gesunder Wohn- und Arbeitsverhältnisse an, diese beiden Parameter bei der Ausweisung von Sondergebieten durch höhenbezogene Abstandsregelungen miteinander zu verknüpfen. Je hö-

her eine Anlage ist, umso größer sollte auch der Abstand zur Wohnbebauung sein.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD –
Zuruf von Horst Förster, AfD)

Mittlerweile sind Windräder üblicherweise 220 Meter hoch und die technische Entwicklung schreitet weiter voran, sodass ihre Höhe weiter zunehmen wird. Ob wir dann am Ende eine 10H-Regelung in Mecklenburg-Vorpommern haben, so, wie es in Bayern ist, oder ob wir andere, individuelle, flexible Lösungen brauchen, das wird noch mit Experten zu klären sein.

(Zuruf von Rainer Albrecht, SPD)

Wir sollten jetzt erst einmal die Voraussetzungen dafür schaffen, länderspezifische Regelungen herbeizuführen, und vom Bund die Wiedereinführung der Länderöffnungsklausel fordern. Meine Fraktion freut sich auf eine angeregte Diskussion und hoffentlich auch Ihre Zustimmung. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD
und Holger Arppe, fraktionslos)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Im Ältestenrat ist vereinbart worden, eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 120 Minuten vorzusehen. Ich sehe und höre dazu keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat für die Fraktion der SPD der Abgeordnete Herr Albrecht.

Rainer Albrecht, SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Abgeordnete!

Sehr geehrter Herr Reuken! Einmal mehr stellt die AfD das Thema Windenergie in den Mittelpunkt.

(Horst Förster, AfD: Zu Recht.)

Heute bekommt diese Debatte einen historischen Zungenschlag. Der Bundesgesetzgeber hatte den Ländern bis zum 31. Dezember 2015 die Möglichkeit eingeräumt, die Mindestabstände von Windenergieanlagen zu anderen Formen der Bebauung per Landesgesetz festzulegen. Der Landtag Mecklenburg-Vorpommern hat sich deshalb bereits 2015 intensiv mit dieser Problematik befasst. Die Volksinitiative des Aktionsbündnisses gegen den unkontrollierten Ausbau der Windenergie „Freier Horizont“ hatte 2015 einen entsprechenden Gesetzentwurf vorgelegt. Der Landtag und der Energieausschuss haben sich grundlegend damit beschäftigt. Im Ergebnis dieser umfassenden und intensiven Auseinandersetzung mit den Argumenten der Initiative und nach einer öffentlichen Expertenanhörung im zuständigen Fachausschuss wurde beschlossen, von der Klausel keinen Gebrauch zu machen. Alles dazu können Sie, meine Herren von der AfD-Fraktion, in den entsprechenden Landtagsdrucksachen nachlesen.

Meine Damen und Herren ...

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD:
Das brauchen wir nicht.
Wir wollen das ja jetzt klären.)

Sie werden das gleich hören.

Windenergieanlagen waren zu diesem Zeitpunkt bereits etabliert und gut erforscht, sodass im Interesse von Planungssicherheit ...

(Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

Hören Sie einfach mal zu,

(Zuruf von Dr. Ralph Weber, AfD)

Herr de Jesus Fernandes!

(Zuruf von Dr. Ralph Weber, AfD)

Windenergieanlagen waren zu diesem Zeitpunkt bereits etabliert und gut erforscht, sodass im Interesse von Planungssicherheit auch für die Windenergiebranche eine zeitliche Befristung dieser Ländergesetzgebungskompetenz sinnvoll war und auch ist.

In Mecklenburg-Vorpommern haben wir uns im Landtag nach intensiver Debatte dafür entschieden, diese Möglichkeit einer landesgesetzlichen Regelung nicht zu nutzen, denn entgegen dem, was die AfD hier auf formaljuristischem Wege zu konstruieren versucht, ist die Sachlage bei Windenergieanlagen und ihren Abständen zur Wohnbebauung in Mecklenburg-Vorpommern sehr gut geregelt.

(Zuruf von Stephan J. Reuken, AfD)

Bereits im Jahr 2014, als die Umsetzung der Öffnungsklausel des Baugesetzbuches in Mecklenburg-Vorpommern erwogen wurde, hat der Regionale Planungsverband der Region Rostock im Auftrag des Energieministeriums verschiedene Planungsszenarien mit höheren Schutzabständen bis zu 2.000 Meter durchgespielt. Wenn wir den heutigen Entwurfsstand mit circa 3.000 Hektar Eignungsfläche heranziehen, wie zuletzt im Vorstand des Regionalen Planungsverbandes Region Rostock beraten wurde, sieht das Ergebnis für die verschiedenen Szenarien mit 1.200, 1.500 und 2.000 Metern Abstand zu den Ortschaften wie folgt aus, hören Sie genau zu:

Eine Erhöhung des Abstandes auf 1.200 Meter hat eine Verringerung der Eignungsfläche um mehr als die Hälfte, 60 Prozent, zur Folge, eine Erhöhung des Abstandes auf 1.500 Meter eine Verringerung der Eignungsfläche um 9 Zehntel, also von 3.000 Hektar blieben 300 Hektar übrig.

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD:
Das wäre auch genug.)

Eine Erhöhung des Abstandes auf 2.000 Meter hat eine Verringerung der Eignungsfläche auf null zur Folge, das heißt, nichts mehr.

(Zurufe von Thomas de Jesus Fernandes, AfD,
und Horst Förster, AfD)

Ja.

Eine mögliche Erhöhung des Schutzabstandes zu Einzelhäusern und Splittersiedlungen im Außenbereich, wie sie von Bürgern im Sinne einer falsch verstandenen Gleichbehandlung auch immer mal wieder gefordert wird, wurde in den Szenarien noch gar nicht berücksichtigt.

Meine Damen und Herren, Schutz...,

(Dr. Ralph Weber, AfD: Also doch wirtschaftliche Nutzung vor Gesundheitsschutz, ja?)

Schutz...

(Zuruf von Dr. Ralph Weber, AfD)

Hören Sie einfach mal zu, Herr Professor!

Schutzabstände von mehr als 1.000 Metern werden in der Planung sonst nur für wenige Kategorien von sehr großen Industrieanlagen wie zum Beispiel Hüttenwerke und Ölraffinerien angewandt, die im Vergleich zu Windenergieanlagen ein wesentlich höheres Emissions- und Gefahrenpotenzial aufweisen. Eine optisch bedrückende Wirkung von Windenergieanlagen auf die Nachbarschaft kann gemäß der Rechtsprechung verschiedener Verwaltungsgerichte in der Regel erst angenommen werden, wenn der Abstand weniger als das Zweifache der Anlagenhöhe beträgt. Das Zweifache der Anlagenhöhe! Auch unter diesem Gesichtspunkt haben die Bestrebungen zur Einführung von höheren Schutzabständen also keinen erkennbaren Bezug zu den tatsächlichen Wirkungen, die von Windenergieanlagen ausgehen.

(Dr. Ralph Weber, AfD: Märchenstunde!)

Wir haben schlicht keinen Anlass gesehen – und die Geschichte gibt uns ja auch recht –, dass es einer gesetzlichen Regelung bedarf. Wenn die AfD in ihrer Begründung ausführt, dass die Festlegung der Mindestabstände von Windenergieanlagen zur Wohnbebauung in Mecklenburg-Vorpommern lediglich ein Minimalkompromiss sei, den Bürgerinitiativen auch Planungsgesellschaften und Genehmigungsbehörden abgerungen hätten, dann ist das schlichtweg falsch, meine Damen und Herren Abgeordnete, aber es ist die übliche Erzählung der AfD. Da behauptet man immer mal gern, dass die Regierung schlecht arbeitet und dem Bürger immer nur Böses will.

Fakt ist aber, dass wir in Mecklenburg-Vorpommern als eines der ersten Bundesländer in der Richtlinie zur Aufstellung der regionalen Raumentwicklungspläne die Mindestabstände zur Wohnbebauung – übrigens auch zu Gebieten, die der Erholung und Gesundheit oder dem Tourismus dienen – auf 1.000 Meter festgesetzt haben. Der Mindestabstand zu Einzelgehöften – und ich betone hier ausdrücklich „Einzelgehöften“ – wurde auf 800 Meter festgesetzt. Wir haben damit frühzeitig die Entwicklung bei Windenergieanlagen aufgegriffen und vorausschauend Abstände in die raumordnerische Planung eingeführt.

Die Festlegung von Windeignungsgebieten in den regionalen Raumentwicklungsprogrammen ist ein schlüssiges gesamtträumliches Planungskonzept, in dessen Ergebnis gemäß Bundesgesetzgebung und Rechtsprechung der Windenergienutzung substanzieller Raum zu verschaffen ist. Sie sind sowohl im Hinblick auf die Emissionen von Windenergieanlagen als auch ihre optische Wirkung ein guter Kompromiss zwischen den Interessen von Anwohnern sowie dem übergeordneten Ziel einer erfolgreichen Energiewende.

(Zuruf von Stephan J. Reuken, AfD)

Selbst wenn ein Raumentwicklungsprogramm im Hinblick auf die Ausweisung von Windeignungsgebieten erfolg-

reich beklagt wird, führt dies nicht zu Windkraftanlagen im Vorgarten. Seitens der AfD werden trotzdem Ängste geschürt, wie beispielsweise mit Geschichten vom bösen Infraschall, das haben wir gerade wieder gehört. Das Forschungs- und Messprojekt „Tieffrequente Geräusche inkl. Infraschall“ des Landes Baden-Württemberg, das zwischen 2013 und 2015 mehrere Messreihen mit Windenergieanlagen durchgeführt hat, kam zu dem Ergebnis, dass der Infraschall einer Windenergieanlage, also jene Frequenzen unterhalb von 20 Hertz, in 200 Metern Entfernung den gleichen Schalldruck hat wie der Infraschall, der entsteht, wenn Sie bei mäßigem Wind auf einer Wiese liegen. So viel zum Infraschall, meine Damen und Herren der AfD!

(Zuruf von Jürgen Strohschein, AfD)

Meine Damen und Herren, 1.000 Meter Abstand zur Wohnbebauung sind also ein sehr guter Kompromiss, mit dem ein vernünftiger Ausbau der Windenergienutzung möglich ist. Im Übrigen ist noch kein einziger Raumentwicklungsplan im Land vor Gericht gescheitert, weil die Abstände zwischen Wohnbebauung und Windenergieanlagen zu klein gewesen wären. Einer der Hauptgründe für das Scheitern von Raumentwicklungsplänen ist, dass die Entwicklung der Windenergienutzung durch die Pläne zu stark eingeschränkt wurde.

Womit wir beim Kern Ihres Antrags ankommen: Raumentwicklungspläne, mit denen wir hier im Land hervorragende Erfahrungen gemacht haben und sehr gute Bürgerbeteiligung ermöglichen, können beklagt werden, wenn die in ihnen festgesetzte Planung einer Verhinderungsplanung gleichkommt. Eine 10H-Regelung, die den Abstand einer Windenergieanlage mit 200 Metern auf zwei Kilometer festlegen würde, hätte im Raumentwicklungsplan keine Chance. Die Einführung höherer Schutzabstände zwischen Windenergieanlagen und Wohnorten ist, wie Sie wohl wissen, auch im Rahmen der Fortschreibung des Fachkapitels Wind des Regionalen Raumentwicklungsprogramms des Planungsverbandes Region Rostock von verschiedenen Einwendern angefragt worden. Sachliche und fachliche Gründe für solche höheren Abstände wurden jedoch in keinem Fall vorgebracht.

In dem letzten Jahr sind zahlreiche neue Windparks in der Region Rostock genehmigt worden. Die im Rahmen der Genehmigungsverfahren durchgeführten Berechnungen zur Schallausbreitung machen deutlich, dass die maßgeblichen Richtwerte für Dorf- und Mischgebiete nach der TA Lärm in der Regel erst innerhalb eines Entfernungsbereiches von 400 bis 600 Metern um den Windpark überschritten werden.

Meine Damen und Herren Abgeordnete, die von uns angewandten Abstände von 1.000 Metern zu Ortschaften und 800 Metern zu Einzelgehöften im Außenbereich enthalten somit einen sehr großzügigen Vorsorge- und Sicherheitszuschlag im Sinne einer möglichst geringen Beeinträchtigung der Anwohner. Die Abstandszonen um Wohnhäuser und Wohngebiete decken in der Region Rostock allein 85 Prozent der Regionsfläche ab. Jede weitere Erhöhung der Schutzabstände würde tendenziell zu einem völligen Ausschluss der Windenergienutzung auf dem Festland führen.

(Dr. Ralph Weber, AfD:
Wirtschaft vor Gesundheit!)

Ist das Ganze aber gesetzlich festgelegt, so, wie die AfD das gern möchte, so, wie das Bayern getan hat, dann kann man von einer Windenergieverhinderungsgesetzgebung sprechen. So kann man auch gezielt Arbeitsplätze und Wertschöpfung im Land vernichten.

(Dr. Ralph Weber, AfD: Ja, weil so viele Leute auf den Windenergieanlagen sitzen. –
Zuruf von Horst Förster, AfD)

Dann kann man gezielt eine Erfolgsgeschichte in Grund und Boden reden und für die Windenergie verbrannte Erde bereiten. Sie wollen Windenergieanlagen nicht reduzieren, Sie wollen sie verhindern.

(Dr. Ralph Weber, AfD:
Wenn wir das können, ja.)

Das ist das Ziel der AfD. Genauso ist das, Herr Professor. Sie wollen das verhindern.

(Dr. Ralph Weber, AfD: Wenn wir das können. –
Zuruf vonseiten der Fraktion der AfD:
Einschränken.)

Ich empfehle Ihnen, meine Herren der AfD-Fraktion, das Buch der SPD-Fraktion „Jobmotor Energiewende“,

(Der Abgeordnete Rainer Albrecht zeigt ein Buch.)

welches von der SPD-Fraktion ...

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Herr Albrecht!

Rainer Albrecht, SPD: ... 2015 herausgegeben wurde ...

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Herr Albrecht, einen Moment!

(Dr. Ralph Weber, AfD:
Märchenstunde, Teil 2. –
Zuruf von Christoph Grimm, AfD)

Unsere Geschäftsordnung verhindert, dass Sie hier irgendetwas hochhalten. Von daher haben Sie ja gestern erlebt, was passiert, wenn man etwas hochhält im Plenarsaal,

(Heiterkeit bei Horst Förster, AfD)

und ich erteile Ihnen einen Ordnungsruf.

Rainer Albrecht, SPD: Mea culpa.

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Ich erwarte auch, dass es keine Wiederholung gibt.

(Zurufe von Patrick Dahlemann, SPD,
Jochen Schulte, SPD, und
Wolfgang Waldmüller, CDU)

Jetzt können Sie fortfahren.

Rainer Albrecht, SPD: Meine Herren der AfD-Fraktion, aber wenn Sie keine Windenergie ...

Ach so, zu dem Buch, das ich nicht hochhalten darf, aber noch ein Hinweis: In diesem Buch wurde durch das

HIE-RO der Universität Rostock ganz klar eine Istanalyse zu den Arbeitsplätzen und zur Wertschöpfung im Sektor erneuerbare Energien wissenschaftlich aufgezeigt. Herr Reuken, ich schenke Ihnen das nachher, dann können Sie das mal lesen.

(Dr. Ralph Weber, AfD: Jetzt sind wir bei
Gebrüder Grimm, Teil 2, Märchenstunde. –
Zuruf von Horst Förster, AfD)

Meine Herren der AfD-Fraktion, das sollten Sie mal lesen. Sie sind doch auch Wissenschaftler, oder nicht?

Aber wenn Sie keine Windenergienutzung wollen,

(Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

dann müssen Sie den Menschen auch sagen, woher Sie den Strom nehmen wollen. Wollen Sie in der Griesen Gegend Braunkohle fördern? Wollen Sie abhängig sein von Energieimporten aus Russland und dem Nahen Osten? Wollen Sie Atomkraftwerke im Land bauen und wie und wo wollen Sie die Brennelemente entsorgen?

(Dr. Ralph Weber, AfD: Ja. –
Zuruf von Horst Förster, AfD)

Sie als selbsternannte Alternative erzählen immer gern, was Sie nicht wollen. Aber wirkliche Alternativen haben Sie nicht vorzulegen.

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD: Doch.)

Meine Damen und Herren Abgeordnete, wer Windenergieanlagen in 1.000 Meter Abstand nicht mag, der mag sie auch nicht in 2.000 und auch nicht in 3.000 Meter Abstand. Die SPD-Fraktion lehnt diesen Antrag ab. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Das Wort hat für die Fraktion DIE LINKE die Abgeordnete Frau Dr. Schwenke.

Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich will mal zunächst sagen, Herr Reuken, es war zumindest nicht so eine dümmliche Vorstellung, die Sie hier abgeliefert haben, wie wir auch schon gehört haben.

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD:
Das ist unparlamentarisch! –
Peter Ritter, DIE LINKE: He! –
Zuruf von Horst Förster, AfD)

Es war ja eben keine Beschimpfung, Herr Förster.

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion DIE LINKE –
Zuruf von Patrick Dahlemann, SPD)

Nun aber zum Antrag.

(Zuruf von Jochen Schulte, SPD)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich habe nicht nachgezählt, wie oft wir uns in der vergangenen Legislaturperiode und in der laufenden mit dem Ausbau der Windenergie im Land beschäftigt haben, sowohl im Ple-

num als auch im Ausschuss. Es war sehr oft. Und das ist auch gut so, denn es gehört zu den strategischen Zielen des Landes, die Chancen zu nutzen, die sich aus dem Umbau der Energiewirtschaft hin zu erneuerbaren Energien für die Entwicklung unseres Landes ergeben.

(Patrick Dahlemann, SPD: Sehr richtig!)

Und ich sage es auch hier wieder: Vieles läuft dabei nicht rund und trotzdem dürfen wir dieses strategische Ziel nicht aus den Augen verlieren.

Nun legt die AfD einen Antrag vor, der zwei Aspekte suggeriert: erstens, dass wir in Mecklenburg-Vorpommern einen unkontrollierten Ausbau der Windenergie hätten, und zweitens, dass wir mit einem Landesgesetz endlich Rechtssicherheit schaffen könnten, die bisher nicht da sei. Der Kollege Albrecht ist schon darauf eingegangen, die Volksinitiative „Gegen unkontrollierten Ausbau der Windenergie“ hatte in der vergangenen Legislaturperiode auf der Grundlage der Länderöffnungsklausel sogar einen Gesetzentwurf zur Festlegung der sogenannten 10H-Regelung vorgelegt. Aber weder haben wir jetzt Rechtsunsicherheit noch einen unkontrollierten Ausbau der Windenergie. Das zu behaupten, war damals wie heute kompletter Unsinn.

(Zuruf aus dem Plenum: Sehr richtig!)

Es ist richtig, Herr Kollege Reuken, dass Bayern von der Länderöffnungsklausel Gebrauch gemacht hat,

(Zuruf von Bernhard Wildt, BMV)

aber es ist das einzige Bundesland.

(Dr. Ralph Weber, AfD:
Vielleicht das einzige vernünftige.)

Und verzeihen Sie mir, insbesondere Kollege Waldmüller, ich bin nicht immer geneigt – auch nicht nur in diesen Fragen –, bayerischen Positionen zu folgen.

(Zurufe von Rainer Albrecht, SPD,
und Egbert Liskow, CDU)

Es geht Ihnen, meine Kollegen aus der AfD-Fraktion, darum, den Ausbau der Windenergie zu stoppen, denn die 10H-Regelung ist ja nur ein Vehikel, um das zu erreichen. Eine 10H-Regelung wäre das Ende des Ausbaus.

(Zuruf vonseiten der Fraktion der AfD:
Was für ein Segen!)

95 Prozent der zur Verfügung stehenden Flächen würden wegfallen, auch wenn man bedenkt, dass 10H ja eigentlich keine Abstandsregelung, sondern eine Höhenbegrenzung ist. Deshalb wäre vielleicht sogar ein anderes Szenario denkbar. Das ist zumindest eines, was uns Branchenvertreter ins Spiel gebracht haben, als wir zu der Anhörung zur bereits erwähnten Volksinitiative zusammensaßen, nämlich stufenförmige Windparks. Das ist ja auch das, was Sie gesagt haben. In Abhängigkeit von der Höhe oder von den Abständen und Höhe sollte dann sozusagen ein Windpark entstehen können. Niedrige Windräder in 1.000 Meter Entfernung von der Wohnbebauung, höhere weiter hinten.

Das Szenario scheint mir ziemlich realistisch,

(Dr. Ralph Weber, AfD: Ja.)

denn die Energiewende ist beschlossen und notwendig und dafür ist die Windenergie unverzichtbar. Ich bezweifle allerdings sehr stark, dass eine solche Anordnung die Akzeptanz von Windrädern erhöhen würde, denn es müssten dann deutlich mehr kleinere Windräder aufgestellt werden, um die gleiche Energieleistung zu erreichen. Richtig ist, dass es auch andere Möglichkeiten zur Energiegewinnung gibt: Sonne, Wasser, Biomasse. Die Energiewende wird nur mit einem Energiemix zu schaffen sein,

(Dr. Ralph Weber, AfD: Ohne Kohle.)

ein Energiemix, bei dem aber von vornherein keine Form per se ausgeschlossen wird. Das würde bei der Windenergie mit einer 10H-Regelung allerdings passieren.

Ich möchte nicht einfach unter den Tisch kehren, dass es mit dem Ausbau der Windenergie zu Belastungen der Bevölkerung kommt. Das wäre unehrlich. Allerdings möchte ich gern zurückweisen, Herr Professor Weber, dass wir Wirtschaft vor die Gesundheit der Menschen stellen.

(Dr. Ralph Weber, AfD: Doch!)

Ich bin selbst im Planungsausschuss von Vorpommern. Wir befinden uns jetzt in der dritten Beteiligungsrunde, in der dritten Runde der Öffentlichkeitsbeteiligung, und es wird wahrscheinlich auch noch eine vierte Runde geben. Also es ist ein ganz langer Zeitraum, in dem wir mit vielen verschiedenen Betroffenen und Akteuren sowie Interessenten in der Diskussion sind und uns die Abstimmung, die Abwägung überhaupt nicht leichtmachen, zu jedem einzelnen Eignungsgebiet.

Windräder haben eine optische Wirkung, das ist so. Die einen mögen sie, andere finden sie einfach nur grauenhaft und unglaublich störend. Die Landschaft verändert sich.

(Zuruf von Dr. Ralph Weber, AfD)

Ich verstehe, dass die Menschen nicht in Jubel ausbrechen, wenn in der näheren Umgebung ein Windpark entsteht, und ich stelle auch nicht in Abrede, dass wir weiteren Forschungsbedarf in puncto Infraschall haben, aber so, wie Sie das hier darstellen, Herr Reuken, dass die Untersuchungen völlig eindeutig sind, so ist es nicht. Es gibt genauso viele, vielleicht sogar noch mehr Untersuchungen und Studien, die genau das Gegenteil beweisen, nämlich, dass ab einer Entfernung von etwa 400 Metern Infraschall überhaupt nicht mehr wahrnehmbar ist für Menschen.

Ich möchte auch betonen, dass Menschen, die Windräder als große Belästigung empfinden, sich trotzdem die Frage nach den Alternativen stellen müssen. Herr Albrecht ist auch schon darauf eingegangen. Ist ein Atom- oder ein Kohlekraftwerk in der Nähe schöner, besser, erträglicher und vor allem umweltfreundlicher? Das mag der eine oder andere bejahen, aber ich kann mich noch gut daran erinnern, dass wir im Landtag Mecklenburg-Vorpommern über die Fraktionsgrenzen hinweg alles dafür getan haben, dass die MIBRAG in der Griesen Gegend nicht Braunkohle fördert.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und DIE LINKE)

Und in Vorpommern, auch daran werden sich sicherlich einige noch erinnern, gab es eine große Volksbewegung gegen die Pläne von DONG Energy, ein Steinkohlekraftwerk in Lubmin zu errichten.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Sehr richtig!)

Mit den Hinterlassenschaften des Atomkraftwerkes in Lubmin haben wir auch so unsere Probleme und ein atomares Endlager will schon gar keiner vor seiner Haustür haben.

(Zuruf von Rainer Albrecht, SPD)

Wo sind dann die Alternativen?

(Thomas Krüger, SPD: Herr Strohschein hat das schon mal gefordert.)

Der Strom muss ja zunächst erst mal in die Steckdose, ehe man ihn herausziehen kann.

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Auch beim Erneuerbare-Energien-Mix heißt aus unserer Sicht Ausgewogenheit das Zauberwort. Eine 10H-Regelung ist kein verträglicher Kompromiss.

Das andere Extrem wäre, keine Regelungen zum Ausbau der Windenergie zu haben. Das sei die Situation, wollen Sie uns ja jetzt weismachen. Die Empfehlungen der Landesregierung zu den Abständen zur Wohnbebauung sind kein Minimalkompromiss, der den Behörden abgerungen werden musste. Die 1.000 beziehungsweise 800 Meter sind schon weit mehr, als durch Bundes-Immissionsschutzgesetz und durch Gerichte bestätigt als Mindestabstände vorzusehen sind. Da geht es um 400 bis 600 Meter. Die regionalen Planungsverbände weisen bei uns die Eignungsflächen aus und ich frage mich, wann Sie denn endlich begreifen, dass das ein Instrument zur Begrenzung von Windenergie ist.

(Rainer Albrecht, SPD: Aha! –
Dr. Ralph Weber, AfD: Ist es nicht.)

Nach dem langen Beteiligungsprozess und dem Beschluss der Verbandsversammlungen wird der Regionalplan festgestellt und ist dann Gesetz. Ohne diese Steuerung würde nur die im Bundesgesetz festgelegte Privilegierung im Außenbereich Grundlage sein.

Meine Damen und Herren, eine letzte Bemerkung noch: DIE LINKE wird immer dafür streiten, wie die Energiewende am besten zu schaffen ist, damit alle Menschen davon profitieren können. Da gibt es eine ganze Menge Baustellen. Wir werden uns auch weiter vor Ort den kritischen Fragen stellen und versuchen, Lösungen zu finden, aber wir werden keine Diskussion darüber führen, ob die Energiewende notwendig ist. – Danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und DIE LINKE)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Das Wort hat jetzt für die Fraktion der CDU der Abgeordnete Franz-Robert Liskow.

Franz-Robert Liskow, CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die CDU hat sich immer für einen moderaten Ausbau der

erneuerbaren Energien hier im Land ausgesprochen. Dazu stehen wir auch weiterhin. Wenn man sich den Antrag der AfD anschaut, hat er eigentlich nur zur Folge, dass es einen Stopp des Ausbaus geben wird. Ich bin da meinem Kollegen Herrn Albrecht sehr dankbar, denn er hat das hier sehr ausführlich ausgeführt. Das möchte ich gar nicht alles wiederholen, weil es eigentlich die Istsituation auf den Punkt gebracht hat.

(Heiterkeit bei Rainer Albrecht, SPD:
Gern geschehen, Herr Kollege.)

Da wollen wir jetzt ein bisschen Zeit einsparen, denn wir haben heute auch noch eine lange Regelung.

(Zuruf von Patrick Dahlemann, SPD)

Es ist ein Trugschluss, wenn die AfD hier sagt, wir brauchen diese Regelung, weil wir im Land verschiedene Kriterien wieder einführen können. Das ist längst Sache, das haben auch die Vorredner alle erwähnt. Wir können im Land selbstverständlich abweichen von anderen Regelungen.

(Stephan J. Reuken, AfD:
Es gibt keine Rechtssicherheit.)

Es ist im Bundes-Immissionsschutzgesetz geregelt, dass eine Windkraftanlage zur Wohnbebauung einen Abstand von etwa 600 Metern einhalten muss. Wir sind dort weit darüber mit 1.000 Metern, und selbstverständlich könnten wir im Land auch Regelungen treffen, die das noch mehr ausweiten.

Ich möchte auch noch mal kurz auf die 10H-Regel eingehen. Da hat ja die Kollegin Schwenke gesagt, man könnte sich ein stufenweises Modell vorstellen. Wenn wir uns das aktuelle EEG anschauen, das seit 2017 in Kraft ist, wissen wir eigentlich auch alle, dass das eben nicht mehr möglich ist, weil nur noch die ganz großen Anlagen tatsächlich wirtschaftlich zu betreiben sind. Und wenn man über Anlagen redet, die jetzt, sage ich mal, eine Gesamthöhe von 100 Metern haben, die erstens teilweise gar nicht mehr hergestellt werden und im zweiten Fall auch gar nicht mehr wirtschaftlich darstellbar sind, dann wäre es so, dass eine 10H-Regel automatisch heißt, es werden keine Windkraftanlagen mehr in Mecklenburg-Vorpommern gebaut.

Aus den genannten Gründen lehnt die CDU diesen Antrag ab. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU
und Thomas Krüger, SPD)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Ich begrüße auf der Besuchertribüne Bürgerinnen und Bürger aus dem Landkreis Vorpommern-Greifswald und darunter passend zum Thema Vertreter der Bürgerinitiative „Freie Friedländer Wiese“.

Das Wort hat jetzt nicht der Finanzminister,

(Heiterkeit bei Rainer Albrecht, SPD –
Heiterkeit und Zuruf von
Sebastian Ehlers, CDU)

sondern der Minister für Energie, Infrastruktur und Digitalisierung Herr Pegel.

Minister Christian Pegel: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Finanzminister möge mich gern hinterher ergänzen, ich würde aber zumindest einmal vorweg aus der Fach- und Ressortsicht einiges beitragen wollen.

Schade, dass Herr Professor Weber davon ist. Ich würde ihm gern gleich zwei, drei direkte Fragen stellen, weil man vorhin möglicherweise nicht alle Antworten zu Protokoll nehmen konnte. Ich finde das schon beachtlich, was da in Zwischenrufen an wesentlichen politischen Botschaften, von denen ich glaube, dass die Menschen sie kennen sollten, mittransportiert wird.

Aber vorneweg, der Antrag hat ja in der Einbringung das Bemühen unternommen zu sagen, wir sind die Guten. Ich würde mal einen anderen Gegensatz aufbauen: Dieser Antrag ist aus der Kategorie „Hauptsache ich und jetzt“, und die Mehrheit in diesem Parlament ist aus der Kategorie „Wir und unsere Kinder“. Genau das ist nämlich das Ziel von Klimaschutzpolitik und damit auch davon, dass wir Windkraftausbau moderat und strukturiert in diesem Lande betreiben.

(Jürgen Strohschein, AfD:
Aber am verkehrten Ende.)

Um es mal an Ihrem Papier und Ihren Begründungen festzumachen ...

Wer verkehrt ist, entscheiden ja zum Glück die Wählerinnen und Wähler in diesem Lande.

(Stephan J. Reuken, AfD: Richtig, richtig!)

Um es mal an Ihrem Papier festzumachen, meine sehr geehrten Damen und Herren, da ist in der Einbringung behauptet worden, die 800 Meter zu Einzelgehöften und die 1.000 Meter Mindestabstand bei der Windeignungsgebietsplanung seien „abgetrotzt“. Meine Damen und Herren, das ist vor vielen Jahren von dieser Landesregierung als Empfehlung in die Planungsverbände gegeben worden, da haben wir über diese Distanzen noch lange nicht diskutiert, und da waren sie damals bundesweit ziemlich einmalig, weil sie schon mit einem deutlichen Sicherheitsabstand, eben nicht als Minimalkompromiss, sondern mit deutlichem Sicherheitsabstand geplant worden sind. Wenn Sie die reinen Abstände, die das Bundes-Immissionsschutzgesetz typischerweise vorgibt, sehen, liegen sie im Durchschnitt bei etwas über 600 Metern. Das sind die für den Gesundheitsschutz zwingend erforderlichen Abstände, die etwas mit Schlagschatten zu tun haben, mit tatsächlich hörbarem Schall, also mit Lärmemissionen und den Dingen, die damit zusammenhängen.

Meine Damen und Herren, dieser Abstand des Bundes-Immissionsschutzgesetzes hat im Übrigen nichts mit der Höhe der Anlagen zu tun, sondern die gucken sich einfach für jede einzelne Anlage an, welche Emission sie erzeugt. Und ich finde diese Einzelfallprüfung – ich bin ein Freund des Rechtsstaates, ich finde, das ist eine schöne Erfindung – auch sehr überzeugend, denn Sie können eine unglaublich laute Anlage auf einen sehr kurzen Mast stellen, dann werden Sie trotzdem mehr Sicherheitsabstand für die Menschen brauchen, als wenn Sie eine sehr emissionsarme moderne Anlage auf einen sehr hohen Mast stellen. Meine Damen und Herren, auch für die 200-Meter-Anlage gilt das eben Gesagte.

Dann haben Sie ja versucht, einen einzigen echten Kronzeugen herbeizuziehen, und das ist das große Schwert des Gesundheitsschutzes. Und weil beim Gesundheitsschutz beim Thema „Normaler Lärm – hörbare Schallwellen“ und beim Thema „Schlagschatten“ mit den Sicherheitsabständen, mit den in den letzten 20 Jahren geschaffenen rechtlichen Instrumentarien alles abgeräumt ist, muss es dann dieses drohende Ungetüm Infraschall sein. Das geistert in ganz vielen Debatten umher.

Erstens gibt es eine herzliche Einladung: Wenn man eine ernsthafte Auseinandersetzung damit will, das ist die Voraussetzung, dann lade ich Sie herzlich ein auf unsere Internetseite. Wir haben mal eine Veranstaltungsreihe mit externen Dozentinnen und Dozenten gemacht, wo wir uns nicht Kolleginnen und Kollegen aus dem Haus geholt haben. Das ist klar, die sagen nur, was der Minister braucht und will. Wir haben ganz bewusst Externe genommen, in diesem Fall im Übrigen für das Thema Infraschall eine Mitarbeiterin des Bayerischen Gesundheitsamtes. Bayern ist nun nicht bundesweit bekannt dafür, dass sie die Speerspitze der Windkraftbewegung seien, eher deutlich kritisch draufgucken, aber okay, das ist doch ein lauterer Zeugnisgeber für eine seriöse Einschätzung des Themas. Das Video dieses Vortrages ist noch heute auf unseren Seiten zu sehen. Die sehr klaren Hinweise der Kollegin, die sie dort vorgetragen hat, gebe ich gleich gern wieder. Das ist der Stand der Wissenschaft entgegen allen hier vorgetragenen Behauptungen. Der Infraschall wird erst dann zu einem Problem – um es mal einzuordnen, Infraschall sind Schallwellen unterhalb der Hörbarkeit von Menschen, weit unterhalb dessen, was wir hören können, was klare wissenschaftliche Erkenntnisse sind –, Infraschall kriegt erst dann gesundheitsgefährdendes Potenzial für Menschen, wenn er so doll ist, so stark auftritt, dass er in den hörbaren Bereich kommt.

Ich übersetze das mal in Ihren hörbaren Bereich: Sie brauchen mindestens Presslufthammerqualität neben sich von der Intensität des Infraschalls, damit er überhaupt in Ihren Hörbereich kommt. Dann allerdings hat er in der Tat die Gefahr, gesundheitsgefährdend zu werden. Davon sind wir bei Windkraftanlagen meilenweit entfernt.

Zweitens. Infraschall klingt immer mindestens wie Atomstrahlung, etwas, das nie da ist und nur von diesen Anlagen ausgeht. Infraschall ist eine der natürlichsten Begleiterinnen und Begleiter, die wir haben. Jeder, der Auto fährt und im Sommer die Scheibe ein bisschen auflässt, erzeugt deutlich mehr Infraschall in der Nähe seines Körpers, als es eine Windkraftanlage mit halbwegs vernünftiger Distanz jeweils vermag.

Meine Damen und Herren, selbst, wenn Sie das nicht überzeugt und Sie sagen, wer weiß, was die in 40 Jahren alles herausfinden – wenn man das im Übrigen zur Maßgabe macht, legen wir uns bei allen Neuerungen in diesem Lande auf den Rücken, das nur am Rande –, aber selbst, wenn man diese Gefahr hat, kann man ja mal eine umgekehrte Frage stellen. Die haben die Baden-Württemberger gestellt, eine schwarz-grüne, grün-schwarze Landesregierung, die ganz verschiedene Kräfte vereint. Die haben ihre Gesundheitsämter auch noch mal losgeschickt und gesagt: Messt doch mal! Messt doch mal in einem immer größer werdenden Abstand, und zwar einmal bei eingeschalteter Windkraftanlage und dann an gleicher Stelle bei abgeschalteter Windkraftanlage! Dann gucken wir mal, wie viel sich eigentlich der gemessene Infraschall für die Menschen erhöht, die betroffen sind bei „an“ und „aus“.

Noch mal im Hinterkopf: Infraschall kommt in der Natur ständig vor, die Frage ist also, wie viel tue ich obendrauf durch die technischen Einrichtungen. Und siehe da, ab einem Abstand von etwas über 600 Metern ist bei eingeschalteter Windkraftanlage der Infraschall an dem Punkt, wo er ankommt, nicht mehr höher als bei ausgeschalteter Anlage, weil offenbar dann Effekte eintreten ab einer gewissen Distanz, dass der natürliche Infraschall den Rest schluckt beziehungsweise sich Dinge auch verlieren. Sie kommen dann also auf ein Niveau, wo es keinen Unterschied mehr macht: knapp über 600 Meter.

Noch mal kurz zur Erinnerung unsere für die Windeignungsplanung vorgegebenen Abstände: 800 Meter zum Einzelgehöft, der Regelabstand zur Bebauung 1.000 Meter. Kleine mathematische Übung mit meiner Tochter, zweite Klasse, die unterscheiden momentan Einer, Zehner, jetzt kommen wir irgendwann zu Hundertern und Tausendern. Bei dem Mindestabstand sind wir im Tausenderbereich, bei dem Abstand ab dem Infraschall, wenn er sich überlagert, also nicht mehr verstärkt wird, sind wir noch in den Hunderterstellen, einer kleineren Größe, wir haben also keine Situation. Selbst, wenn Sie Sorge hätten, dass es bei demjenigen, wo es ankommt, ein gesundheitliches Problem auslöst und vielleicht erst in 40 Jahren festgestellt wird, es kommt keine stärkere Emission vom Infraschall mehr an in der 1.000-Meter-Distanz. Von daher finde ich es schwierig, weiterhin zu behaupten, es gäbe hier ein signifikantes gesundheitliches Problem und eine große Sorge.

Ich würde gern noch einen Punkt aufgreifen, der ebenfalls anklang. Es war bisher die Formulierung, es habe eine Umsetzungsfrist gegeben im Paragraphen 249 BauGB. Es gab keine Umsetzungsfrist. Eine Umsetzungsfrist lautet so, dass der Bundesgesetzgeber sagt, ihr 16 Länder macht bitte Folgendes! Und wer es nicht macht, der würde einen Rechtsverstoß begehen. Das ist keine Umsetzungsfrist, sondern das war in der letzten Großen Koalition eine kurze, von Anfang an mit einem Zeitfenster vereinbarte Möglichkeit. In der Zeit erlauben wir den Ländern ausnahmsweise für eine ganz kurze Zeit – es ist eine ausschließlich dem Bundesgesetzgeber obliegende rechtliche Möglichkeit –, Handlungsanweisungen zu geben und durch die Landesgesetze einzugreifen. Die Frist ist abgelaufen, das Handlungsfenster ist wieder zu und wir haben sie hier bewusst – bewusst entschieden – nicht ergriffen. Darauf ist schon hingewiesen worden, meine Damen und Herren.

Ihre Begründung versucht da aber so eine schöne Suggestion. Da steht drin, da konnte man umsetzen, unter anderem hätte zum Beispiel Bayern das gemacht. Die normale deutsche Sprache würde, wenn man „zum Beispiel“ sagt, davon ausgehen, es gäbe noch einen ganzen Sack voll anderer. Wir versuchen das mal zurückzuführen auf die Wahrheit. 15 Bundesländer haben es nicht getan, ein Bundesland, zum Beispiel Bayern, hat es gemacht, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Heiterkeit bei Rainer Albrecht, SPD,
und Sebastian Ehlers, CDU)

Meine Damen und Herren, was passiert denn eigentlich, wenn wir da radikal reingehen und sagen, 10-fache Höhe? Sie können auch das 9-Fache oder 11,5-Fache nehmen. Wenn Sie die Abstände, die wir jetzt wählen, deutlich erhöhen – und zurzeit sind wir bei knapp 0,6 Prozent der Landesfläche, die ausgewiesene Flächen für Windeignung

nungsgebiete sind, das sind immer größere Bereiche, da stehen dann auch nur auf einzelnen Punkten die Windkraftanlagen und wir hoffen, dass wir auf knapp unter einem Prozent sein werden, wenn denn die Fortschreibung der Gebiete jetzt wie vorbereitet voranschreitet –, wenn Sie die deutlich erhöhen, werden Sie auf einen Bruchteil davon kommen. Es war schon angesprochen worden, selbst in einem Flächenbundesland wie Mecklenburg-Vorpommern wird faktisch der Windkraftausbau weggestoppt, genauso, wie es die Bayern gemacht haben. Einer Ihrer Abgeordneten nickt mir fleißig zu.

Es ist in Ordnung, das politisch zu fordern, aber dann lassen Sie uns doch nicht von hinten durch die Brust ins Auge argumentieren, sondern da stellt man sich hier hin und sagt, ich will Windkraft nicht. Dann wird die Gegenfrage kommen, die immer alle scheuen: Was will ich dann? Deswegen die Frage auch noch mal gern an den Parlamentarischen Geschäftsführer, vorhin war Ihre Antwort möglicherweise nicht zu verstehen: Wollen Sie Atomkraft stattdessen? Ich glaube, Sie hatten geantwortet: Ja.

(Dr. Ralph Weber, AfD:
Nicht noch mehr Windkraft.)

Nicht noch mehr Windkraft allein ist nicht zu lösen, weil ich leider eine Alternative brauche an der Steckdose, wenn ich 50 Hertz halten möchte, so leid es mir tut.

(Zurufe von Rainer Albrecht, SPD,
Andreas Butzki, SPD, und
Patrick Dahlemann, SPD)

Ich hätte gern mal ein klares Bekenntnis gehabt, was stattdessen dann genau die Alternative ist, damit die Menschen wissen, was da alternativ, entweder/oder, gegeneinander steht.

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Meine Damen und Herren, die Frage ist doch,

(Thomas Krüger, SPD: Was ist denn
die Alternative von der Alternative?)

warum denn immer die Gesundheit erhalten muss, um zu begründen, warum man es braucht. Weil Sie wissen, dass der Klimaschutz für viele Menschen in dieser Republik ein so zentrales Thema ist, dass ich allein mit dem Möchte-ich-aber-nicht im Regelfall politisch unterliegen werde, brauche ich eine Drohgebärde, die viele, viele Menschen vielleicht doch noch mal überlegen lässt zu sagen, ob wir dann nicht lieber Klimaschutz weglassen, wenn das wirklich so gefährlich ist. Das ist der Versuch, einen politischen Gegenpol aufzubauen, weil Sie wissen, dass es breiteste Mehrheiten dafür gibt, dass wir Energiewende betreiben und dass wir damit verbunden dann auch Klimaschutz betreiben.

Meine Damen und Herren, wir werden um die CO₂-Minderung nicht umhinkommen, wir werden die Klimaschutzziele 2020 nicht erreichen. Ich finde das auch dramatisch, wenn man sich trotzdem weiter bemüht, insgesamt auf dem Pfad zu bleiben. Aber wir werden sie nur schaffen, wenn wir weiterhin versuchen, den Energiebereich stärker CO₂-freier zu machen, und dafür ist Windkraft eine der günstigsten und im Übrigen in diesem Bundesland auch naheliegendsten Varianten für die alternative Energieerzeugung.

Wir können derartig die Frage aufrufen: Ändern wir damit überhaupt etwas, gibt es menschlichen Einfluss auf Klimawandel? Ich persönlich bin nicht derjenige, der das wissenschaftlich vertieft untersuchen kann. Ich schaue mir aber die große Breite weltweiter Wissenschaftshinweise an und alle rufen uns zu: Jawohl, ihr habt massiven Einfluss. Und wenn ihr nicht aufpasst, habt ihr das 1,5-Prozent-Ziel schon 2040 erreicht und nicht erst 2100. Wir haben also Anlass zu handeln, denn in diesem Bundesland – und da schaue ich auf Till Backhaus – ist Küstenschutz ein Riesenthema, und der Küstenschutz wird schwerer und schwerer, je stärker wir im Klimawandel voranschreiten.

(Minister Dr. Till Backhaus:
Der Hochwasserschutz genauso.)

Meine Damen und Herren, wenn es ein Bundesland gibt, ...

Hochwasserschutz.

... wenn es ein Bundesland gibt, wo es danach schreit, dass wir ein eigenes Interesse daran haben, dann ist es dieses norddeutsche Bundesland.

Und wenn Sie rausschauen, es ist gerade Winter, nur damit Sie es wissen: Meine Frau behauptet weiterhin vehement, in diesem Bundesland geboren und aufgewachsen, sie könnte sich in ihren Kindheitstagen an keinen Winter erinnern, wo sie nicht viel Schlitten gefahren sei. Unseren Kindern haben wir dieses Jahr wenigstens einen einzigen Tag kurz den Schlitten in die Hand gedrückt, damit sie mal wissen, was Schlittenfahren ist.

(Minister Dr. Till Backhaus: Wir können
ja mit Ihnen mal Schlitten fahren.)

Also um mal die Bandbreiten aufzuzeigen,

(Zuruf von Bernhard Wildt, BMV)

Sie können sagen, Zufallswinter, schauen Sie sich einfach die Winter der letzten Jahre an, schauen Sie sich die Sommerspitzenwerte an! Wir sind erkennbar in einem veränderten Klima, was Sie auch im Wetter und vor allen Dingen in Wetterereignissen abbilden können, und wir tun gut daran, dem vorzubeugen.

(Zuruf von Dr. Ralph Weber, AfD)

Wir stellen nicht Wirtschaft gegen Gesundheit, meine Damen und Herren, denn die Gesundheit ist nicht betroffen, wenn man die Sicherheitsabstände einhält, wie eben gesagt, sondern wir bauen sehr moderat aus, um genau das zu erreichen. Im Übrigen sind wir bei dem Ausbau im Regelfall im Mittelfeld in Deutschland von den Größenordnungen her. Es wird ja manchmal kritisiert, wir seien zu langsam. Wir sind moderat im Mittelfeld, wir strukturieren das mit dem Plan.

(Dr. Ralph Weber, AfD: Wir produzieren doch viel
mehr Windenergie, als wir weiterleiten können.)

Wir stellen nicht Gesundheit gegen Wirtschaft, Herr Professor, sondern wir stellen die Zukunft der kommenden Generationen vor kurzfristige Gewinne aus Kohle und Atom. Genau das ist das Ziel dieser Politik, meine Damen und Herren.

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Abgeordneten Weißig?

Minister Christian Pegel: Sehr gern, nur zu.

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Bitte schön.

Christel Weißig, BMV: Herr Minister, wie halten Sie das denn mit den Naturschutzgebieten?

(Minister Dr. Till Backhaus:
Das haben wir ganz klar geregelt.)

In Naturschutzgebieten, wie zum Beispiel den Friedländer Wiesen, wie wollen Sie da vorgehen? Das hätte ich gern gewusst. – Danke.

Minister Christian Pegel: In Naturschutzgebieten gibt es klare Regeln und an den Naturschutzgebieten gibt es ebenfalls Regeln, überwiegend von den jeweiligen Planungsverbänden mit Mindestabständen untersetzt. Das macht es im Übrigen, je mehr Ziele Sie drauf tun, umso schwerer. Wenn ich ein Naturschutzgebiet habe und einen Mindestabstand dazu definiere, packe ich den Zirkel auf die Karte und schlage den Kreis drum herum. Dann packe ich den Zirkel auf die Karte der Ortschaft und schlage einen Kreis drum herum. Das mache ich mit ganz vielen Verbotskriterien. Und nur das, was am Ende übrig bleibt und wo keine Zirkellinie erfasst ist, sind die Bereiche, wo ich überhaupt noch rankomme. Deswegen sind wir bei 0,6 Prozent, weil wir an vielen Stellen andere Dinge vorgehen lassen.

(Andreas Butzki, SPD:
Müritzer Nationalpark – kein Windrad.
Feldberger Seenlandschaft – kein Windrad.)

Klare Regeln, Sie können aber gern auf den Umweltkollegen zugehen, der kann das sogar noch viel besser als ich.

Christel Weißig, BMV: Danke.

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Herr Minister, gestatten Sie eine weitere Anfrage ...

Minister Christian Pegel: Sehr gern.

Vizepräsidentin Beate Schlupp: ... des Abgeordneten Herrn Professor Dr. Weber? (Zustimmung)

Bitte schön.

Dr. Ralph Weber, AfD: Danke schön.

Herr Minister Pegel, haben Sie zur Kenntnis genommen, dass wir schon viel mehr Energie, Windenergie produzieren, als wir überhaupt weiterleiten können, und dass das eine Menge Geld kostet zurzeit, sodass jedenfalls im Moment, bevor die Weiterleitung gesichert ist, ein gestoppter oder nicht mehr weiter geförderter Ausbau auch wirtschaftlich und nicht nur gesundheitlich sinnvoll für dieses Land wäre?

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD –
Andreas Butzki, SPD: Stehen bleiben!)

Minister Christian Pegel: Es tut mir leid, Sie müssen auf eine Antwort warten.

Erstens – also in der Annahme, dass die Frage ernst gemeint war –,

(Der Abgeordnete Dr. Ralph Weber
spricht bei abgeschaltetem Mikrofon.)

der Gesundheitshinweis, noch mal, ist verkehrt.

Zweitens. Ja, wir haben immer mal wieder Überkapazitäten im Netz. Deswegen arbeiten wir an verschiedenen Netzstellen daran, die Engpässe auszumergen. Da sind die jeweiligen Unternehmen gut dabei. Sie können die Hotspots, das sind ganz wenige im Lande, festmachen, wo sozusagen der Knoten ist, wo die Mengen nicht durchpassen, und an den Knoten sind die Verteilnetzbetreiber mit 50 Hertz als Übertragungsnetzbetreiber dabei.

Das ist wie mit dem Verkehr. Wenn Sie damals gesagt hätten, wir bauen keine Autos, bis das ganze Straßennetz da ist, auf das wir im Zweifel sechs Millionen Autos drauf kriegen, wären wir nie vorangekommen, sondern das sind auch parallele Entwicklungen gewesen und genauso verhält es sich hier auch. – Vielen Dank.

Meine Damen und Herren, als Wirtschaftsfaktor spielt das eine Rolle, aber noch mal: Wir stellen Wirtschaft nicht vor Gesundheit, sondern wir schützen die Gesundheit mit genau den vorhandenen Regeln, aber wir stellen – das ist wichtig – künftige Generationen und deren Zukunft ein ganzes Stück weit davor, dass wir heute kurzfristige Gewinne oder Vorteile aus Atom und Kohle haben. Herzlichen Dank. Der Sicherheitsabstand ist ausreichend definiert. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Das Wort hat jetzt für die Fraktion der BMV der Abgeordnete Herr Borschke.

Ralf Borschke, BMV: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kollegen! Liebe Gäste!

Sehr geehrter Herr Minister! Sie sprachen von der Akzeptanz. Da möchte ich mal darauf hinweisen, auch das Wahlergebnis und die letzten Umfragen zeigen ganz eindeutig, dass die Zustimmung bröckelt, denn das ist ein Zeichen.

(Zuruf von Martina Tegmeier, SPD)

Dass Ihre Wahlergebnisse ständig sinken, hat auch damit zu tun, dass diese Energiewende in weiten Teilen der Bevölkerung nicht akzeptiert wird.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD
und Bernhard Wildt, BMV)

Gerade der Bereich Windpark findet eben enormen Widerspruch in der Bevölkerung.

(Patrick Dahlemann, SPD: Widerspruch?)

Widerspruch, richtig,

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD:
Sehr richtig!)

und Widerstand auch.

Herr Albrecht, Ihre Broschüre kenne ich, sie liegt bei mir auf dem Schreibtisch.

(Patrick Dahlemann, SPD: Sehr gut!)

Leider musste gestern die Aussprache ausfallen,

(Der Abgeordnete Jörg Heydorn bittet um das Wort für eine Anfrage.)

aber ich freue mich, im März ist sie wieder drauf und dann können wir uns darüber sehr gern unterhalten. Und ...

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Herr Borschke, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Ralf Borschke, BMV: Nein, meine Zeit ist immer knapp.

(Andreas Butzki, SPD: Im wahrsten Sinne des Wortes. – Heiterkeit vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU)

Herr Albrecht, Sie sagten, es gab keine Untersuchung 2015 zu den Auswirkungen der Windkraft. Da muss ich Ihnen sagen, es gab welche. Oder umgekehrt, Sie sagten, es ist sehr gut erforscht.

(Zuruf von Rainer Albrecht, SPD)

Es war noch nicht sehr gut erforscht, es gab Untersuchungen, die von Ihnen allen ignoriert wurden. Sie hatten gar kein Interesse an diesen Ergebnissen der Untersuchungen.

(Patrick Dahlemann, SPD: Welchen Beauty-Channel haben Sie denn da geguckt?)

Ich muss auch sagen ...

(Andreas Butzki, SPD: Trump hat getwittert.)

Sie sagten, Sie machen keine schlechte Arbeit in der Regierung. Das ist alles relativ, das ist alles relativ, ja.

(Heiterkeit bei Rainer Albrecht, SPD – Zuruf von Andreas Butzki, SPD)

Nein, es ist alles,

(Thomas Krüger, SPD: Was möchten Sie uns sagen?)

Sie setzen ganz einfach Prioritäten.

(Andreas Butzki, SPD: Richtig!)

Das ist der ganze Grund.

(Zuruf von Andreas Butzki, SPD)

Aber kommen wir zurück auf die Abstände.

(Zuruf von Rainer Albrecht, SPD)

Meine Damen und Herren, Demokratie verlangt, dass man Fehler auch korrigiert. Ja, sie müssen sogar korrigiert werden, wenn man sie erkannt hat.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Im vorliegenden Fall bestand der Fehler darin, die Frist vom 31.12.2015 versäumt zu haben.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Ob bewusst oder unbewusst geschehen, sei mal dahingestellt, aber nun wissen wir ja, das ist bewusst geschehen.

Das Land hat darauf verzichtet, gesetzlich verbindliche Regelungen zu erlassen, und deswegen haben wir heute – und das ist so – nur Minimalkompromisse. Bayern hat es damals gemacht und hat die 10H-Regelung eingelassen.

(Thomas Krüger, SPD: Die haben doch auch gesetzliche Regelungen. – Zuruf von Rainer Albrecht, SPD)

Aber wie gesagt, diese Minimalkompromisse, eigentlich haben Sie nicht mal die, sonst hätten wir nicht so einen Widerstand in der Bevölkerung zum Bau von Windkraftanlagen. Man kann ja bald sagen, Windkraftanlagen und Windparks werden in einigen Gebieten direkt vor die Haustür gebaut. Ich selbst habe mir ein Bild gemacht vor Ort, ich habe eine Familie besucht und habe mir das angeguckt, wo jeden Tag die Jagdtrophäen an einer anderen Stelle hingen im Haus.

Herr Pegel, ich lade Sie mal ein. Gehen Sie doch mal mit mir dorthin und besuchen Sie so eine Familie, die betroffen ist! Tun Sie mir den Gefallen, fahren Sie mit mir mal dahin!

(Patrick Dahlemann, SPD: Der Minister ist regelmäßig vor Ort.)

Und, Herr da Cunha, ich lade Sie auch ein. Wir gucken uns das mal an und fahren dort mal hin.

(Andreas Butzki, SPD: Und wer fährt?)

Mit der derzeitigen Handhabung erhöht niemand die Zustimmung für Windenergie, ganz im Gegenteil. Abstandsregelungen gibt es in Mecklenburg-Vorpommern nur für Autobahnen und Landstraßen, gesetzlich verbindliche Abstandsregeln. Alle anderen sind Empfehlungen. Und das gibt es auch nur im Bundesfernstraßengesetz, das sind die 30 und die 40 Meter an Autobahnen. Dafür hatte man ausschließlich oder hauptsächlich Gebäude und Werbetafeln im Auge, sogenannte Anbauverbotszonen außerhalb geschlossener Ortschaften. Sie dienen unter anderem dem reibungslosen und gefahrlosen Verkehr. Da stellt sich dann schon die Frage: Ist das leichtsinnig, wenn ich eine Windkraftanlage nur in einer Entfernung von 90 Metern zur Autobahn baue und aufstelle, die 200 Meter hoch ist?

Aber wir können ja bei den Abständen erst mal ansetzen. Es wäre schon ein Fortschritt, wenn zum Beispiel die Empfehlungen beim Repowering erhöht werden oder wenn wir die Empfehlungen für die Wohnbebauung erhöhen. Dann gehen wir bei der Wohnbebauung höher als die 800 Meter. Da ist es ja möglich, wenn der Wille da ist, höhere Abstände einzuhalten. Dies wäre auch in Hinsicht auf die Höhe der heutigen Anlagen sinnvoll.

Meine Damen und Herren, es ist nicht hinnehmbar, dass aus ideologischen Gründen Belastungen auf die Bevölke-

rung umgelegt werden, indem wir hier einfach untätig bleiben.

(Patrick Dahlemann, SPD:
Wer macht denn die Ideologie?)

Und da wäre noch ein Thema, ein wichtiges Thema – die rote Lampe ist wieder an –,

(Martina Tegtmeier, SPD:
Das wird aber auch Zeit.)

die Zielabweichungsverfahren.

(Zuruf von Patrick Dahlemann, SPD)

Über die Zielabweichung, über ein Zielabweichungsverfahren kann ich natürlich auch die Abstände unterschreiten, das ist möglich, und das Gleiche, ich habe es schon angedeutet, haben wir beim Repowering. Es kann nicht sein, dass beim Repowering Anlagen, die eine Höhe von 60 und 70 Metern haben, in einer Ferne – und es gibt Anlagen, die stehen keine 500 Meter weg ...

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Herr Borschke, ich habe Ihnen eine halbe Minute gegeben. Ihre Redezeit ist jetzt definitiv abgelaufen.

(Der Abgeordnete Ralf Borschke beendet
seine Rede bei abgeschaltetem Mikrofon. –
Beifall vonseiten der Fraktionen
der AfD und BMV)

Das Wort hat jetzt für die Fraktion der AfD der Abgeordnete Herr Obereiner.

Bert Obereiner, AfD: Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich möchte hier mal auf einige Punkte eingehen, die insbesondere der Kollege Albrecht ansprach, aber auch der Kollege Liskow.

Zur Öffnungsklausel: Es ist ja im Prinzip ein Weg, wo man regional unterschiedliche Wege vereinbaren kann, egal, ob man nun ein Küstenland ist, ob man ein Binnenland ist und Ähnliches. Man kann es natürlich auch über die regionalen Planungsverbände machen, das ist im Prinzip durchaus ein geeigneter Weg. Aber wir wollen das eben subsidiär haben, dass jedes Bundesland dort seine eigenen Entscheidungen treffen kann, und zwar auch über diese Öffnungsklausel. Jetzt habe ich dazugelernt, dass das in der letzten Legislaturperiode lange diskutiert wurde und der Landtag sich dort anders entschieden hat.

Jetzt sagte Herr Kollege Albrecht, wenn Sie diese Abstandsregelungen machen und so eine 10H-Regelung, dann können Sie kein Windrad mehr bauen. Das muss ich einschränken, onshore ja, offshore trifft das natürlich nicht zu.

(Zuruf von Rainer Albrecht, SPD)

Das haben Sie sicherlich auch nicht so gemeint.

Ich hatte eine Kleine Anfrage an die Landesregierung gestellt, diese hat sich auch sehr viel Mühe gemacht und eine präzise Antwort gegeben. Ich habe mal gefragt, wie hoch die Volllaststundenzahl von Windenergieanlagen ist, onshore und offshore. Offshore ist sie um den Faktor

1,7 bis 1,8 höher und liegt bei etwa 3.500 Betriebsstunden im Jahr, also fast ein halbes Jahr nicht ganz bei 40/45 Prozent. Die Frage ist, warum Sie eigentlich Windenergieanlagen an Land bauen wollen, wenn es doch auf See von den Betriebsbedingungen her viel geeigneter ist.

(Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE:
Fragen Sie mal die Küstenbewohner!)

Wir haben jetzt, das werden wir auch noch diskutieren, die Ausschreibungsregelung, wo sogar Bieter gesagt haben, wir brauchen keinen zusätzlichen Aufschlag, wir können das offshore auch ohne Förderung machen. Warum dann weiter Windenergieanlagen an Land bauen? Das erschließt sich mir einfach nicht.

Der Minister hat davon gesprochen, wie Sie die Energieversorgung sichern wollen, was die Netzbetreiber sagen. Das ging gestern durch die Medien. Die vier großen Übertragungsnetzbetreiber, die wir in Deutschland haben, veröffentlichen den Bericht der deutschen Übertragungsnetzbetreiber. Gestern habe ich das auf T-Online im Internet gelesen. Und was sagen diese? Sie sagen in ihrem Bericht, dass Extremsituationen im deutschen Stromnetz bald nicht mehr zu bewältigen sind, und prognostizieren für das Eintreten dieses Falles das Jahr 2020. Der Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft sagt das Gleiche, prognostiziert aber das Jahr 2023. Irgendwann wird die Reserveleistung nicht mehr ausreichend sein und wir sind dann auf Stromimporte angewiesen. Das muss man doch bei der ganzen Sache auch mal berücksichtigen. Man kann nicht einfach so weitermachen.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Sie haben sicherlich auch ihre eigenen Interessen, aber ich denke mal, dass das schon eine durchaus berechtigte Warnung ist, die diese dort aussprechen. Das saugen die sich ja nicht aus den Fingern. Letzten Endes läuft das darauf hinaus, dass wir dann Atomstrom und Kohlestrom aus anderen Ländern importieren. Aber das ist doch nicht das Ziel der Energiewende, zumindest nicht das, was Sie vertreten.

Also ich bin da äußerst skeptisch und gegen den weiteren Ausbau von Windenergieanlagen an Land. Ja, okay, auf See macht das Sinn, da habe ich nichts dagegen. Wir sind also keine pauschalen Gegner der Windenergieanlagen.

In der Antwort auf meine Kleine Anfrage hatte ich übrigens nach Biomasseanlagen gefragt. Diese haben eine sehr große Verlässlichkeit und sind auch bedingt grundlastfähig. Ich denke, vielleicht sollte man den Weg etwas stärker gehen.

(Andreas Butzki, SPD: Da freuen
sich die Leute auch alle.)

Dass das nicht völlig unproblematisch ist, ist sehr richtig, Herr Butzki, da haben Sie recht. Aber warum weiter Windräder an Land aufstellen? Ich würde überhaupt kein einziges mehr in Mecklenburg-Vorpommern aufstellen. – Danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Ums Wort gebeten hat für die Fraktion der SPD der Abgeordnete Herr da Cunha.

Philipp da Cunha, SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete! Werte Gäste! Ich wusste nicht, dass wir heute schon wieder eine Energiewendedebatte haben, nachdem es gestern ausgefallen ist. Wir hatten uns zwar vorbereitet, ich hoffe, es geht jetzt wieder ganz gut. Gute Besserung, Herr Borschke.

Ich glaube, als Regierungsparteien haben wir auch in den letzten Jahren immer wieder gezeigt, dass wir die Sorgen der Menschen wirklich ernst nehmen. Es ist kein Prozess von oben gewesen, dass wir gesagt haben, wir brauchen jetzt Windräder, um die Menschen vor Ort zu ärgern. Das geht alles ein bisschen länger zurück. Wir wissen alle, wir haben es eben auch schon gehört, wir müssen Klimaziele erreichen, und das nicht zum Spaß. Mecklenburg-Vorpommern ist im großen Maße auch davon betroffen, wenn der Meeresspiegel steigt. Große Teile von Usedom werden wahrscheinlich überflutet werden in 100/200 Jahren.

Dieses ganze Szenario wollen wir nicht, deswegen hat sich auch die Bundesregierung in verschiedenen Phasen dafür entschieden, dass wir gerade diesen Prozess der Energiewende, ein Projekt, was noch niemand vorher abehen konnte, angehen. Natürlich sind nach aktuellen Erkenntnissen die Windenergie, die Solarenergie einer der großen Bereiche in dem Moment, wo wir unsere Energieversorgung der Zukunft stemmen können. Und wir sprechen da nicht nur von den Strommärkten, wir sprechen da insbesondere auch von Wärme und Verkehr, die einen ganz großen Teil des CO₂-Ausstoßes hinnehmen.

Die Regierungsparteien, die Landesregierung, haben immer den Kontakt vor Ort gesucht. Wir haben gerade gehört, wie wir in der letzten Legislatur darüber diskutiert haben, ob es solche Regelungen geben soll, was das Beste ist.

(Patrick Dahlemann, SPD: Auch in den kritischen Orten des Landes.)

Wir haben die Planungsregion im Land, die es ermöglichen soll, dass wir nicht von oben herab sagen, dort soll etwas entstehen, sondern nach Kriterien entscheidet, wonach eine Region abgesucht werden soll, welche Voraussetzungen geschaffen werden müssen. Diese sollen einheitlich sein und auch die Akzeptanz erhöhen.

Wenn wir uns andere Bereiche der Energieversorgung angucken, in der Vergangenheit haben wir natürlich auf besonders fossile Energieträger gesetzt, andere Bundesländer haben ganz andere Probleme. Wenn wir von Brandenburg reden, dann ist in einigen Bereichen der Lausitz das Windrad, was am Ende der Fläche steht, das geringste Problem. Da haben sie ganz andere Probleme mit Dörfern, die möglicherweise umgesiedelt werden müssen, einen ganz anderen Prozess.

Am 1. Januar dieses Jahres – heute vor 24 Tagen – war ein ganz besonderer Tag, mehr oder weniger ein Meilenstein für die Energiewende, denn um 6.30 Uhr morgens war es das erste Mal so, dass in der Bundesrepublik Deutschland zu 100 Prozent die Energieversorgung aus erneuerbaren Energien erreicht wurde. Natürlich können wir 6.30 Uhr am Neujahrstag sicherlich darüber streiten, ob das der Tag ist, wo die meiste Energie verbraucht

wird. Die meisten haben wahrscheinlich geschlafen. Ich habe gerade gesagt, es war ein Meilenstein. Es ist ein ganz großer Schritt dahin zu zeigen, dass wir es hinkriegen, die Energie wirklich zu erzeugen und zu verbrauchen.

Wir haben gehört, dass es 2020 einen Blackout geben könnte. Ich glaube aber, da sagen die Übertragungsnetzbetreiber 50Hertz ein bisschen was anderes. Vielleicht wäre das auch mal ein Anstoß, vielleicht sollten wir in den Energieausschuss 50Hertz als Übertragungsnetzbetreiber einladen und uns mal der Thematik annehmen, was gerade die Koppelpunkte betrifft. 50Hertz hat gerade erst wieder erfolgreiche Pressemitteilungen veröffentlicht, was zum Beispiel mit der Thüringer Strombrücke ist, die in den letzten Jahren fertiggestellt wurde. Es ist eine Nord-Süd-Trasse, die allein in 2015 oder 2016 die Kosten um 70 Millionen reduziert hat,

(Zuruf von Dr. Gunter Jess, AfD)

was dann natürlich auch dazu führt, dass wir es vor Ort merken.

(Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke übernimmt den Vorsitz.)

Natürlich wäre gestern Abend der Punkt gewesen, was Anspruch und wirklich Energiewende ist. Wir haben ein Problem damit, dass wir diesen Bereich der erneuerbaren Energien nur den Privatkunden aufbürden, vor allem die Industrie rauslassen und dadurch natürlich Preise abbilden, die deutlich zu hoch sind. Da hat sich am Neujahrsmorgen auch gezeigt, dass wir für 76 Euro pro Megawattstunde Strom ins Ausland verkaufen mussten, weil wir vor allem die unflexiblen Kohlekraftwerke hatten und andere Kraftwerke, die wir nicht einfach abschalten können. Das heißt, der Strom ist da und wir müssen ihn irgendwo verkaufen.

(Dr. Ralph Weber, AfD:
Eine Milliarde Kosten im Jahr!)

Am 5. Januar dieses Jahres hatte Munich RE als größter Rückversicherer ihren aktuellen Bericht gehalten zum vergangenen Jahr, was insbesondere Naturkatastrophen, Sturmschäden und so weiter betraf. Da haben sie 337 Milliarden als Kosten angegeben. Das ist ungefähr das Doppelte vom Zehnjahreshoch. 337 Milliarden kosten allein Naturkatastrophen. Viele haben gesagt, das kann nicht unmittelbar nur auf den Klimawandel zurückgeführt werden, aber sie gehen davon aus, dass es in Zukunft sich gerade durch diesen Effekt verstetigen wird.

(Zuruf von Dr. Gunter Jess, AfD)

Deswegen ist die Idee der Landesregierung oder das Ziel der Landesregierung, dass wir weiterhin einen Ausbau auf Augenhöhe haben, dass wir uns anschauen, was kann ausgebaut werden, dass wir Klimaschutzziele über 1,5 bis 2 Grad in den nächsten Jahren erreichen, dass wir etwas für unsere nachkommenden Generationen machen, denn wir müssen an die kommenden Generationen denken. Es bringt uns nichts, wenn wir jetzt auf Pump leben, alle fossilen Energien verbrauchen und dann in ein paar Jahren auf einmal beim großen Blackout kein Öl und Ähnliches mehr haben. Deswegen muss es ein langfristiges Ziel unserer Generation sein, für die Nächsten da zu sein.

Wir hatten gerade zu dem Antrag gesprochen. Der Landtag hat in der letzten Legislaturperiode schon ausführlich darüber gesprochen und deswegen werden wir das auch ablehnen. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Danke, Herr Abgeordneter.

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe damit die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion der AfD auf Drucksache 7/1578. Wer dem Antrag zustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Danke. Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Damit ist der Antrag der Fraktion der AfD auf Drucksache 7/1578 bei Zustimmung der Fraktion der AfD, des fraktionslosen Abgeordneten, der Fraktion BMV und ansonsten Ablehnung aller anderen Fraktionen abgelehnt.

Meine Damen und Herren, vereinbarungsgemäß rufe ich jetzt den **Tagesordnungspunkt 14** auf: Aussprache gemäß Paragraf 43 Ziffer 2 der Geschäftsordnung des Landtages zum Thema – Spitzenplatz im Tourismus durch Investitionen in Angebote und Personal verteidigen, auf Antrag der Fraktion der SPD.

**Aussprache gemäß § 43 Ziffer 2 GO LT zum Thema
Spitzenplatz im Tourismus durch Investitionen in Angebote und Personal verteidigen**

Im Ältestenrat wurde vereinbart, eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 120 Minuten vorzusehen. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Als Erster erhält das Wort für die Fraktion der SPD der Abgeordnete Herr Schulte.

Jochen Schulte, SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Der eine oder andere von Ihnen wird im Zusammenhang mit diesem Tagesordnungspunkt meine Kollegin Frau Wippermann als tourismuspolitische Sprecherin an dieser Stelle erwartet haben.

(Andreas Butzki, SPD:
Du machst dich auch ganz gut!)

Sie ist es nicht. Das kann ich Ihnen versichern. Sie hat sich nicht über Nacht äußerlich zu ihrem Schlechteren verändert. Sie ist leider krank und deswegen muss ich ihren Part hier übernehmen.

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Sie haben sich äußerlich auch nicht verschlechtert, Herr Kollege!)

Ich hoffe, Sie haben Verständnis dafür, dass ich das sicherlich nicht in derselben qualitativ hochwertigen Weise machen kann, wie sie es an dieser Stelle als tourismuspolitische Sprecherin getan hätte. Ich versuche gleichwohl, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, mein Bestes.

Dass wir für heute dieses Thema als Aussprache auf die Tagesordnung gesetzt haben, hat einen ganz einfachen

Grund: Sie selbst, sehr geehrte Kolleginnen, sehr geehrte Kollegen, haben in der Vergangenheit, in den letzten Wochen, auch heute in der Presse verfolgen können, wie sich der Tourismus im Land weiterentwickelt vor dem Hintergrund der in vielen Bereichen längere Zeit zurückliegenden Investitionen in die gewerbliche Infrastruktur dieses Landes, aber auch vor dem Hintergrund der Situation von Fachkräftemangel und Fachkräftebezahlung – das eine kann man sicherlich nicht vom anderen trennen – beziehungsweise wie diese Entwicklung, das muss man sagen, momentan stagniert. Wir haben das erste Mal im Jahr 2017 keinen entsprechenden Zuwachs wie in den vergangenen Jahren.

Nun kann man sich hinstellen und sagen, das mag auch mit den Wetterbedingungen zusammenhängen. Das Wetter war im letzten Sommer nicht ganz so toll, wie man sich das hier im Lande gewünscht hätte. Vor- und Nachsaison waren vielleicht auch nicht für den einen oder anderen so erquicklich.

(Zuruf von Patrick Dahlemann, SPD)

Aber, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, das betrifft natürlich nicht nur Mecklenburg-Vorpommern. Wenn ich mich nicht irre, wird das Wetter in Schleswig-Holstein oder im Norden Niedersachsens nicht grundlegend anders gewesen sein als in diesem Land, auch wenn der Kollege Dahlemann da nicht hundertprozentig mitgehen will.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Das ist zu vermuten. –
Zurufe von Patrick Dahlemann, SPD,
und Bernhard Wildt, BMV)

Aber, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, was wir hier ...

(Peter Ritter, DIE LINKE: Er ist ja die Sonne von Vorpommern!)

In Vorpommern scheint immer die Sonne, wenn der Kollege Dahlemann da ist.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Er ist die Sonne von Vorpommern!)

Er ist die Sonne von Vorpommern.

(Zuruf von Patrick Dahlemann, SPD)

Aber, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, selbst der Kollege Dahlemann kann

(Patrick Dahlemann, SPD:
Nicht übers Wasser gehen.)

nicht überall sein und so die Rahmenbedingungen hier für den Tourismus sichern.

(Bernhard Wildt, BMV: Das ist schon peinlich.)

Was wir natürlich sehen müssen, und damit komme ich jetzt auch mal wieder zum Kern der Diskussion zurück, ist, wir haben das in diesem Haus öfter diskutiert, aber ich glaube, es ist sinnvoll, das jetzt zu diskutieren, weil das Wirtschaftsministerium, das ist auch durch die Presse gegangen, einen Paradigmenwechsel, will ich es mal

nennen, im Zusammenhang mit seiner Landestourismus-konzeption – übrigens wohl in Abstimmung mit dem Tourismusverband – verfolgt, sodass dieses Thema nun eine neue Dimension hat.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, wir haben sehr viel Geld – und da nehme ich ein bisschen die Debatte von heute früh noch mal auf im Zusammenhang mit den Strukturfondsmitteln –, wir haben in diesem Land sehr viel Geld aus der öffentlichen Hand in die gewerbliche touristische Wirtschaft, auch in die entsprechende touristische Infrastruktur investiert. Das ist gut so. Jeder Euro, der dort investiert worden ist, die meisten Euros, die dort investiert worden sind, sind sicherlich im Interesse dieses Landes gewesen.

Man muss zwei Dinge sagen: Hotels, die in den 90er-Jahren gebaut worden sind, sind heute nicht mehr auf dem allerneuesten Stand, weder auf dem Stand der Technik noch auf dem normalen gewerblichen Immobilienstand. Wir haben ebenfalls die Situation, dass andere Bundesländer, die in der Vergangenheit etwas geschwächt haben, wie zum Beispiel Schleswig-Holstein, in den letzten Jahren massiv aufgeholt haben. Das ist etwas, mit dem wir uns auseinandersetzen müssen, und damit müssen sich auch die Hoteliers und das Gewerbe in diesem Land auseinandersetzen.

Dann kommen wir zum Kernpunkt. Da gibt es zwei Aussagen. Deswegen ist auch die Überschrift für die heutige Aussprache: „Spitzenplatz im Tourismus durch Investitionen in Angebote und Personal verteidigen“. Beides kann man nicht voneinander trennen. Wir brauchen – und ich habe das ebenso gegenüber der Presse gesagt, Sie können es heute nachlesen –, wir brauchen natürlich auch in diesem Land hochwertige Tourismusangebote. Das bedeutet nicht, das will ich an dieser Stelle ausdrücklich klarstellen, dass wir nicht für alle Teile der Bevölkerung, für alle Teile der Gäste, die in unser Land kommen wollen, die alle willkommen sind, entsprechend adäquate Angebote machen wollen. Aber wir müssen vor dem immer härter werdenden Konkurrenzkampf, der immer härter werdenden Konkurrenzsituation auch im Tourismus deutlich machen, dass wir in diesem Land in der Qualität mit unseren Angeboten nicht stehenbleiben und entsprechende Investitionen sowohl in die Häuser als auch in die Angebote hier im Land erfolgen müssen. Und da, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, sind in erster Linie diejenigen gefordert, die die Einrichtung, die Hotels, die Gastronomiebetriebe betreiben. Das ist nicht vorrangig Aufgabe des Landes.

Ich fand es schon etwas befremdlich, wenn ich das hier noch mal zum Besten geben darf, dass, als ich mich, das muss so drei, vier Monate her sein, mit dem Staatssekretär im Wirtschaftsministerium sehr angenehm unterhalten habe, er zu mir von einer Begegnung mit einem Hotelier sprach. Sie hätten das Hotel besucht, wären da durchgegangen. Das Hotel wäre durch das Land gefördert worden. Entsprechende Investitionen wären damals auch getätigt worden. Da sagte Herr Staatssekretär Rudolph sinngemäß, ich kann es jetzt nicht wortwörtlich wiederholen, dass er dann zu dem Hotelier gesagt hätte, na ja, da müsste jetzt vielleicht auch mal das eine oder andere investiert werden. Darauf hätte sein Gesprächspartner als Erstes gesagt, na dann lassen Sie uns doch mal im Anschluss an den Rundgang noch mal zusammensetzen, dann sprechen wir gleich über Fördermittel. Das kann es natürlich nicht sein.

Wir fördern, wir haben gefördert, um eine entsprechende erste Investition zu tätigen, aber nachher zu sanieren und zu renovieren, das ist originärer Auftrag eines jeden wirtschaftlich Tätigen, egal, ob das im Tourismusgewerbe ist oder in anderen Bereichen. Dafür gibt es, hoffe ich jedenfalls, bei den entsprechenden Häusern die entsprechende Rendite

(Tilo Gundlack, SPD: Dafür ist auch Convenience Food ganz toll.)

und aus der Rendite müssen die Rücklagen gebildet werden, um später die entstehenden Folgeinvestitionen zu tätigen. Wenn zusätzlich oben etwas draufkommt, wenn zusätzlich ein neues Angebot gemacht wird, dann kann man über entsprechende Förderung gegebenenfalls noch mal reden, aber es kann nicht die Grundlage für das wirtschaftliche Handeln, egal welches Wirtschaftszweiges, sein.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie mich an der anderen Stelle auch gleich noch mal deutlich machen, was allen Beteiligten in diesem Land klar sein muss. Man kann seinen Gästen kein qualitativ hochwertiges Angebot bieten, wenn man nicht bereit ist, denjenigen, die vor Ort dieses Angebot tatsächlich in persona erbringen sollen, eine adäquate Leistung zu geben. Ich kann nicht gute Leistung für schlechtes Geld erwarten,

(Tilo Gundlack, SPD: Sehr richtig!)

weil, das ist ganz normal, wenn ich einen Mitarbeiter nicht gut bezahle, dann ist der nicht übermäßig motiviert, und das zeigt sich dann auch in der Leistung, die er bringt.

Ich finde es deswegen sehr bedauerlich, dass in diesem Land immer noch die Diskussion geführt wird, ob Geld für Personal der richtige Weg wäre. Es gibt keinen anderen Weg, als Personal, als Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter entsprechend zu bezahlen. Natürlich ist das in erster Linie Aufgabe der Unternehmen, der Verbände, der Gewerkschaften, aber es ist auch Aufgabe von Politik. Dass es offensichtlich an der einen oder anderen Stelle – ich will das nicht für alle Unternehmerinnen und Unternehmer in diesem Land sagen – Defizite gibt, ist, glaube ich, selbst im Verband der DEHOGA nicht strittig.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie uns doch mal schauen, wie die Situation ist. Das habe ich nun nicht selbst erlebt, das muss ich zugeben, das hat Frau Kollegin Wippermann mir aufgeschrieben. Sie hat selbst Beispiele erlebt, wo junge Leute in diesem Land im touristischen Bereich eine Ausbildung erhalten haben und auch bereit waren, in diesem Land in dem erlernten Beruf, sei es Koch oder sei es per Dienstleistungspersonal, zu arbeiten, nach der Ausbildung zu ihrem Arbeitgeber gegangen sind und gesagt haben, das, was du mir an Arbeitsvergütung anbietest, liegt nur etwas oberhalb dessen, was ich als Ausbildungsvergütung bekommen habe. Das kann nicht funktionieren, davon kann ich keine Familie gründen, davon kann ich nicht leben, davon kann ich nicht meine Existenz auf Dauer anbieten. Im Ergebnis des ganzen Diskussionsprozesses, will ich es mal nennen, ist der junge Mensch, der junge Mann, die junge Frau in dem konkreten Fall, den mir Frau Wippermann geschildert hat, nach Hamburg gegangen, um dort in einem Fernsehgeschäft Fernseher zu verkaufen.

So können wir nicht mit dem Personal, mit den Menschen in unserem Land umgehen. Wenn wir das nicht deutlich sagen, dann werden wir eine Spitzenposition in unserem Land nicht halten können und auch nicht für die Zukunft weiterentwickeln.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, damit möchte ich auch enden. Ich möchte aber in dem Zusammenhang auf den Zeitungsartikel – ich meine, es ist die „Ostsee-Zeitung“ vom heutigen Tag gewesen, ich habe es jetzt nicht genau im Kopf –, auf die Diskussion, die offensichtlich von dem einen oder anderen Gewerbetreibenden in den Raum gestellt wird, mit „Roboter“-Personal heißt es da, glaube ich, verweisen. Ich habe erst überlegt, was damit eigentlich gemeint ist. Das ist eine relativ einfache Sache. Es gibt das wohl auch in Fast-Food-Einrichtungen schon. Man geht an einen Automaten, gibt ein – entweder über Sprachsteuerung oder auch über Tastatur –, was man möchte,

(Tilo Gundlack, SPD: Da musst du aber nüchtern sein!)

der gibt das weiter nach hinten in den Küchenbereich und irgendwann geht man in einen „Servicebereich“, das Wort will mir in dem Moment schon gar nicht mehr über die Lippen gehen, und holt sich da selbst sein Essen, seine Getränke ab.

(Dr. Ralph Weber, AfD: Hamburger.)

Das, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, ist nicht das Bild von einem Tourismusland Mecklenburg-Vorpommern, das meine Fraktion und ich haben.

(Thomas Krüger, SPD: Sehr richtig!)

Wir wollen Menschen, die Menschen bedienen, die ihren Job gerne machen, die ihn verantwortungsvoll machen, und die wissen, dass sie dafür entsprechende Anerkennung bekommen. Aber sie wollen nicht nur Anerkennung, sie wollen auch eine angemessene Bezahlung, weil dafür bringen sie eine Arbeitsleistung. Wenn der Kunde dann sagt, ich bin zufrieden, und ihm möglicherweise auch noch Trinkgeld gibt, ist das okay, aber das ersetzt nicht die Arbeitsvergütung, die vorher schon entsprechend mit dem Arbeitgeber vereinbart sein sollte. Das muss klar werden und dieses Signal, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen – damit ende ich dann auch –, dieses Signal sollte aus Sicht meiner Fraktion heute noch mal aus diesem Haus in die Öffentlichkeit gehen.

Wie gesagt, ich bitte nochmals um Entschuldigung, dass ich die Rede heute hier gehalten habe und nicht Frau Kollegin Wippermann, aber ich hoffe, ich habe Sie nicht zu sehr gelangweilt. – Danke schön.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Danke, Herr Abgeordneter.

Jetzt hat ums Wort gebeten der Minister für Wirtschaft.

Aber ehe der Minister sein Wort direkt in Anspruch nimmt, möchte ich gerne neue Besucher auf unserer Tribüne begrüßen. Das sind Neuntklässler aus der Don-Bosco-Schule in Rostock. Das ist richtig, ja? – Herzlich willkommen euch!

Bitte, Herr Minister, Sie haben das Wort.

Minister Harry Glawe: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Sehr geehrte Gäste! „Spitzenplatz im Tourismus durch Investitionen in Angebote und Personal verteidigen“ – ich denke, das ist ein wichtiges Anliegen. Warum sage ich das? Das Land Mecklenburg-Vorpommern hat sich in den letzten 27 Jahren gerade im Bereich Tourismus toll entwickelt. Wir haben gut aufgestellte Hotels, wir haben Campingplätze. Insgesamt ist die Bevölkerung für den Tourismus sensibilisiert und wir haben tolle Urlaubsregionen an der Küste, auf Rügen, auf Usedom, natürlich auch an der Mecklenburgischen Seenplatte

(Marc Reinhardt, CDU: Sehr richtig!)

und im Küstenvorland. Das sind Themen, die besonders auch die Landesregierung veranlassen, darüber nachzudenken, eine neue Tourismuskonzeption auf den Weg zu bringen, denn wir müssen uns den neuen Herausforderungen stellen.

Wir haben insgesamt im letzten Jahr immerhin 30,3 Millionen Übernachtungen zu verzeichnen. In diesem Jahr werden wir das zweitbeste Ergebnis nach 27 Jahren erreichen. Wir rechnen mit einem Minus von circa zwei Prozent. Das sagt einerseits, wir müssen vor allen Dingen mit dem Landestourismusverband, mit den Betreibern von Hotels, Gaststätten, dem DEHOGA-Bereich et cetera reden, wie wir die Qualität in Mecklenburg-Vorpommern verbessern können. Wir müssen andererseits erreichen, dass die Verkehre gesteuert werden – gerade bei den Problemen, die wir im Land zurzeit bei Autobahnen haben –, um dafür zu sorgen, dass wir für eine Entzerrung von Anreise und Abreise Ziele definieren. Wir müssen dafür sorgen, dass Umleitungsangebote sehr schnell bekannt werden, damit die Urlauber relativ staufrei an ihre Zielorte kommen. Das ist eine der herausragenden Forderungen. Außerdem geht es darum, dass wir nicht immer nur an Quantität denken dürfen, denn Quantität ist die eine Seite. Die andere Seite ist die Qualität und darum geht es in besonderer Weise, um die Wertschöpfung pro Gast und die Erhöhung der Qualität in touristischen Angeboten.

Dies wird sich auf die volkswirtschaftlichen Effekte beziehen müssen. Da geht es um Bruttowertschöpfung, Beschäftigungseffekte, Einkommenseffekte, Steuereffekte, aber auch Kulturangebote, Dienstleistungen und natürlich die Infrastruktur sind hier in den Fokus zu nehmen. Tourismus ist eine Querschnittsaufgabe, eine ressortübergreifende Aufgabe und das sehen Sie auch daran, dass die Landesregierung mit allen Ministerien an der Tourismuskonzeption feilt und sich dort einbringen wird.

(Henning Foerster, DIE LINKE:
Das erzählen Sie schon zwei Jahre.)

Auf der anderen Seite ist es wichtig, dass die Partner, gerade die Unternehmen, aber auch die Beschäftigten, mit dafür sorgen müssen, dass eine gute Gästezufriedenheit erreicht wird und dass wir immer eine gute Weitervermittlungsempfehlung bekommen, denn Querschnittsthemen sind einerseits Wirtschaftsthemen für die Unternehmen und andererseits Aufgaben für die Verwaltung, von der Landesebene über die Kreisebene bis in die Kommunen. Da, glaube ich, sind noch Reserven, denn häufig wird immer nur – in Anführungsstrichen – auf das

Wirtschaftsministerium gezeigt. Alle anderen halten sich oftmals zurück.

(Patrick Dahlemann, SPD:
Gehen wir alle zu Harry!)

Meine Damen und Herren ...

Ja, Herr Dahlemann, so ist das auf Usedom zu beobachten.

(Heiterkeit bei Peter Ritter, DIE LINKE)

Meine Damen und Herren, das Urlaubsland ...

(Dr. Ralph Weber, AfD:
Das Interesse Ihres Regierungspartners
an diesem Punkt scheint nicht vorhanden,
die quatschen nur dazwischen.)

Die Aussprache hat die SPD beantragt. Die reden wahrscheinlich jetzt immer schon mit – sozusagen Kommunikation über die Bande. Von daher kann ich das ertragen, das ist alles in Ordnung.

Meine Damen und Herren, natürlich ist es so, dass wir im Dezember ...

(Jochen Schulte, SPD:
Gut, dass du den Koalitionspartner
noch ertragen kannst!)

Ich kann alles ertragen.

(Jochen Schulte, SPD:
Dann bin ich ja beruhigt!)

Sie wissen ja, wer Psychologie elf Jahre im Studium hatte, der kann das ertragen, glauben Sie mir!

(Heiterkeit bei Patrick Dahlemann, SPD)

Im Dezember dieses Jahres haben wir einerseits Diskussionen mit dem Tourismusverband, mit dem DEHOGA-Landesverband, den IHK und der Bürgerschaftsbank geführt. Es wird weitere Arbeitsgespräche jetzt im Februar geben, wo wir darüber sprechen wollen, ob wir eine Kampagne auf den Weg bringen. Gerade mit dem DEHOGA haben wir die Dinge besprochen, weil wir glauben, dass wir neben einer Fachkräftekampagne auch die Bewerbung des Berufes, der in besonderer Weise im Tourismus natürlich auf Freundlichkeit, aber auch auf Verlässlichkeit ausgelegt ist, brauchen. Am Ende geht es außerdem um die Bezahlung. Ich will aber klar sagen: Die Bezahlung müssen die Unternehmen schon selbst richten. Aber wir müssen feststellen, dass wir natürlich insgesamt dafür sorgen müssen, dass eine Ganzjahresbeschäftigung stattfindet, dass die Löhne gerade im Tourismusbereich steigen und dass Familienfreundlichkeit und Aufstiegsmöglichkeiten durch die Unternehmen aufgezeigt werden müssen.

Meine Damen und Herren, das Land Mecklenburg-Vorpommern hat mithilfe der GRW, aber auch der europäischen Mittel in den letzten Jahren erhebliche Anstrengungen unternommen, um einerseits die Infrastruktur auszubauen und andererseits dafür zu sorgen, dass wir die Qualität bei den saisonverlängernden Maßnahmen weiter vorantreiben. Alleine in den letzten Jahren ist über

1 Milliarde Euro investiert worden durch die Unternehmen. Auch im Bereich der Infrastruktur haben wir über 1 Milliarde in den letzten Jahren – Jahrzehnten, kann man sagen – umgesetzt.

Zurzeit liegen 34 Investitionsvorhaben im Bereich der GRW vor. Das sind Investitionen, die 350 Millionen Euro schwer sind. Davon werden 50 Millionen als Förderung bereitgestellt. Damit wird weiterhin dafür gesorgt, dass Unternehmen investieren können. Andererseits geht es um die Infrastruktur. Dort wird in diesem Jahr natürlich auch weiter investiert. Ich will nur darauf hinweisen, dass wir am Königsstuhl zum Beispiel den Fahrradweg und die Busverbindung zum Königsstuhl deutlich ausbauen werden. Es gibt weitere größere Vorhaben bei der Frage der saisonverlängernden Maßnahmen. Ich will hier als Beispiel nur das Polarium in Rostock nennen oder die historische Burganlage in Plau am See.

Meine Damen und Herren, es geht ebenso darum, dafür zu sorgen, dass wir LandArt weiter im Auge haben, um einerseits im Küstenvorland Angebote für Urlauber zu schaffen und andererseits dafür zu sorgen, dass die Beschäftigung im Küstenvorland sichergestellt wird.

Insgesamt können wir feststellen, dass wir seit 1990 132 Wasserwanderrastplätze und Sportboothäfen im touristischen Bereich gefördert haben. Natürlich sind auch Investitionen durch Kommunen oder private Anbieter geflossen. Insgesamt gab es Investitionen in Höhe von 230 Millionen Euro, davon sind 184 Millionen Förderung.

Meine Damen und Herren, wir haben die Aufgabe klar verstanden: Tourismus ist eine entscheidende Größe für Mecklenburg-Vorpommern. Ich habe vorhin schon gesagt, 7,7 Milliarden Euro werden jährlich an Einnahmen registriert durch Urlauber in Mecklenburg-Vorpommern. Immerhin 170.000 Menschen in Mecklenburg-Vorpommern leben vom Tourismus, direkt oder indirekt, wenn man Beschäftigte und Zulieferer oder Dienstleister nimmt. Wir haben in den letzten Jahren immer wieder Investitionen registrieren können, die ohne Förderung stattgefunden haben. Ich will das DOCK INN, das vor Kurzem einen Preis bekommen hat, nennen, alles paletti. Ein weiteres Beispiel ist in Rövershagen Karls Erlebnisdorf. Es gibt noch weitere Dinge, die man vortragen könnte, aber meine Zeit ist ja irgendwie auch begrenzt.

Ich will darauf hinweisen, dass wir bei den Flughäfen deutliche Zuwachsraten haben. Immerhin ist in Rostock/Laage jetzt ein Passagieraufkommen von 290.000 Passagieren pro Jahr erkennbar, im Vergleich zum letzten Jahr eine Steigerung von fast 17 Prozent. Es ist natürlich immer noch vieles möglich. Auch Heringsdorf ist ein Flughafen, der dafür sorgt, dass Gäste aus der Schweiz und aus Österreich nach Usedom auf die Insel kommen. Es wird ja immer behauptet, Usedom sei die schönste Insel Deutschlands und Rügen ist die größte – von daher, Herr Dahlemann, ein Lob an Ihre Region!

(Zurufe von Patrick Dahlemann, SPD,
und Dr. Ralph Weber, AfD)

Wir haben ...

Bitte?

(Zuruf von Dr. Ralph Weber, AfD)

Ich weiß, ist klar. Sie sind ja auch Greifswalder. Die Greifswalder gucken mehr nach Usedom, was ich so erlebe. Von daher ...

(Dr. Ralph Weber, AfD:
Aber nicht zu Herrn Dahlemann!)

Ja, deswegen will ich es jetzt auch erwähnen.

Meine Damen und Herren, was weiterhin ausgebaut werden müsste, sind die ICE-Verbindungen, obwohl da jetzt eine leichte Besserung eingetreten ist. Es muss zum weiteren Ausbau und der Anbindung des Fischlandes Darß kommen. Da müssen Erweiterungen stattfinden an der B 105. Das sind Dinge, die in nächster Zeit mit dem Bund zu besprechen sind, um da Abhilfe zu schaffen. Meine Damen und Herren, der Lückenschluss ist eine weitere Herausforderung.

Wir wollen uns jetzt aber darauf vorbereiten, dass wir in den nächsten Jahren die Qualität nach oben bringen müssen. Das sind Herausforderungen, die alle akzeptieren und wo wir neue Wege gehen müssen. Wir müssen außerdem die eine oder andere neue Einnahmenseite akquirieren, um insgesamt die Infrastruktur weiter auszubauen und die jeweiligen Kommunen in die Lage zu versetzen, den Erhalt der Infrastruktur zu sichern, denn am Ende ist es so, dass das Land die Erstinvestition fördert. Dann geht es natürlich um die Fragen der Unterhaltung der jeweiligen Bausubstanz. Barrierefreie Strandzugänge will ich hier noch kurz einwerfen.

Meine Damen und Herren, ein wichtiges Ziel und ein wesentliches Thema wird in den nächsten Wochen und Monaten die ITB sein, die größte Tourismusmesse der Welt. Wir sind das erste Bundesland, das es geschafft hat, Partnerland der ITB zu werden. In dem Zusammenhang will ich in besonderer Weise den Kollegen Waldmüller loben, der das sehr intensiv mit betrieben hat.

(Beifall und Zuruf von Marc Reinhardt, CDU)

Er hat natürlich als Tourismuspräsident die Dinge mit begleitet. Ich denke, wir haben ein gutes Verhandlungsergebnis auf den Weg gebracht. Wir können damit rechnen, dass am 6. März 3.500 Gäste bei der Eröffnung dabei sein werden. Wer von Ihnen noch eingeladen werden möchte, kann sich an mein Büro wenden. Wir können den einen oder anderen durchaus noch auf die Gästeliste bringen. Insgesamt werden wir 180.000 Besucher erwarten. Es ist auch so, dass fast 90.000 Einkäufer weltweit unterwegs sind.

Meine Damen und Herren, diese Veranstaltung wird, denke ich, dazu beitragen, dass Mecklenburg-Vorpommern international bekannter wird. Das ist eine der entscheidenden Zielmarken auch für die Zukunft, dass wir mehr ausländische Gäste hier in Mecklenburg-Vorpommern begrüßen wollen, und andererseits natürlich dafür sorgen, dass Gäste, die aus dem deutschsprachigen Raum nach Mecklenburg-Vorpommern kommen, uns weiter treu bleiben. Das sind Herausforderungen, die man nicht über Nacht und schon gar nicht im Spaziergang erledigen kann. Gerade im Tourismus muss man immer dafür sorgen, dass der Standort in den Köpfen bleibt, dass die Qualität stimmt, dass die Freundlichkeit der Aufnahme der Urlauber und der Gäste in Mecklenburg-Vorpommern insgesamt auf einem hohen Niveau zu verzeichnen ist. Von daher will ich nur sagen, wir haben

im nächsten Jahr den Deutschen Tourismustag in Mecklenburg-Vorpommern und Travel Award ist im Jahre 2020 wichtig für das Marketing, für die Aufstellung des Landes Mecklenburg-Vorpommern.

Wir stehen natürlich im Wettbewerb mit anderen Bundesländern in Deutschland, aber wir scheuen diesen Wettbewerb auch nicht. Wenn man positiv denkt,

(Andreas Butzki, SPD: Machen wir!)

dann sind wir immer allen Herausforderungen der Gegenwart und der Zukunft gewachsen. Lassen Sie uns positiv denken! Lassen Sie uns darüber diskutieren, welcher Weg der richtige ist! Wo umgesteuert werden muss, muss umgesteuert werden, da, denke ich, sind wir im Wirtschaftsministerium die Letzten, die sich einer positiven Kritik verweigern. In dem Sinne, vielen Dank an die SPD, dass sie dieses Thema heute aufgesetzt haben.

(Jochen Schulte, SPD: Für dich immer!)

Das hat uns die Gelegenheit gegeben, über das eine oder andere Thema noch mal öffentlich zu reden. Sofern die Ministerien ...

(Heiterkeit bei Andreas Butzki, SPD:
Und der Werbeblock war auch mit dabei!)

Genau, für die SPD ist das immer wichtig, dass man sie bewirbt.

(Heiterkeit bei Wolfgang Waldmüller, CDU)

Sie müssen ja jetzt auch ein bisschen Kurs halten. Es geht um Koalitionsverhandlungen auf der Bundesebene,

(Andreas Butzki, SPD: Genau.)

die will man ja nicht stören.

(Heiterkeit bei Wolfgang Waldmüller, CDU –
Jochen Schulte, SPD: Mit wem wollen
Sie noch mal auf Bundesebene koalieren?!
Mit wem wollen Sie noch mal auf
Bundesebene koalieren?!)

Von daher, alles Gute und vielen Dank für Ihr Zuhören.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU –
Heiterkeit bei Jochen Schulte, SPD:
Das war schon zu lange!)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Also meine sehr geehrten Herren!

Einen Moment, Herr Minister! Einen Moment bitte!

Herr Schulte, wenn Sie eine Zwischenfrage an den Redner stellen, gehen Sie bitte ans Mikrofon, und dann kann der Minister darauf auch antworten.

(Jochen Schulte, SPD:
Sehr geehrte Frau Präsidentin,
vielen Dank für den Hinweis!)

Minister Harry Glawe: Herr Schulte, wir haben uns beide verstanden, denke ich.

(Heiterkeit bei Jochen Schulte, SPD)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Davon gehe ich auch aus. Okay.

Aber trotzdem hat der Minister fünf Minuten seiner Redezeit überschritten und die kommen den Fraktionen – der AfD drei Minuten und der LINKEN zwei – zusätzlich zu gute.

Jetzt hat das Wort für die Fraktion der AfD der Abgeordnete de Jesus Fernandes.

Thomas de Jesus Fernandes, AfD: Sehr geehrtes Präsidium! Werte Abgeordnete! Liebe Gäste! Herr Minister Glawe hat es schon richtig ausgedrückt, ...

(Andreas Butzki, SPD: Oh, ein Lob!)

Ja, ein Lob, na selbstverständlich. Wenn er mal was Gutes sagt, kann man ihn auch loben.

... Rahmenbedingungen sind die Grundvoraussetzungen für alles. Haben wir gute Rahmenbedingungen, kommt die Qualität von alleine, dann muss man auch nicht mehr fördern, dann folgt nämlich auch die Quantität.

Nun mussten wir heute Morgen der „Ostsee-Zeitung“ oder zumindest unserem „Medienspiegel“ entnehmen, dass es wieder ein Geheimpapier gibt. Also arbeitet das Wirtschaftsministerium hier wieder mit Hoheitswissen. Wir lesen in der Zeitung, es gibt eine Tourismuskonzeption.

(Wolfgang Waldmüller, CDU: Das ist alles allgemein bekannt! Das ist alles allgemein bekannt und im Wirtschaftsausschuss schon öfter zur Sprache gekommen.)

Die Presse ist besser informiert als dieses Parlament hier.

(Zurufe von Andreas Butzki, SPD, und Patrick Dahlemann, SPD)

Wir haben uns auch in Verbindung gesetzt mit dem DEHOGA, dem Gaststättenverband,

(Andreas Butzki, SPD: Und?)

und selbst denen liegt dieses Konzept noch nicht vor, haben sie zumindest gesagt. Sie haben jetzt gesagt, Sie haben das mit dem Tourismusverband entworfen. Es macht doch aber in meinen Augen nur Sinn, da es hier auch um die Steuergelder geht, wenn man das zusammen mit den Verbänden und mit den Abgeordneten der anderen Parteien und auch der Opposition bespricht.

(Wolfgang Waldmüller, CDU: Das wird alles kommen.)

Nur so kann doch was Vernünftiges wachsen. Das möchte ich hier kritisieren. Anscheinend haben Sie eine undichte Stelle im Ministerium, weil sonst würde die Presse davon gar nicht erfahren.

(Patrick Dahlemann, SPD: Ein Leck. – Heiterkeit bei Elisabeth Aßmann, SPD)

Der Spitzenplatz im Tourismus sollte für unser Land eine Selbstverständlichkeit sein. Unser Ziel ist es auch nicht,

grundlegend auf irgendwelche Rankings scharf zu sein, sondern wirklich etwas Konstantes für unsere einheimischen und regionalen Unternehmen und Beschäftigten zu schaffen und zu erhalten. Nur so kommt am Ende der gewünschte zufriedene Tourist in unser Bundesland, von dem unser Land und unsere Leute auch profitieren. Wenn diese Maßnahmen zielführend sind und diese dann gegebenenfalls ein positives Fazit hinterlassen, sind wir als AfD in keiner Weise abgeneigt, ein positives Ergebnis in einem Rang zu erzielen.

2016 waren wir vor Bayern das Bundesland mit den meisten Touristen, ein Rekordjahr. Wir verzeichneten einen Marktanteil von 5,6 Prozent an allen 2016 angetretenen Urlaubsreisen der Deutschen und lagen damit 0,1 Prozent vor Bayern. Zudem hielt Mecklenburg-Vorpommern den deutlichen Abstand zu den Küstenländern Niedersachsen und Schleswig-Holstein, die mit jeweils 4,2 Prozent folgten. Auch im Vergleich mit den internationalen Reisezielen der Deutschen behauptete sich Mecklenburg-Vorpommern gut. Hinter dem unangefochtenen Spitzenreitern Spanien mit 14,8 Prozent und Italien mit 8,2 Prozent erreichte unser Urlaubsland gleichauf mit der Türkei erstmals einen Podestplatz. So schlecht steht es also mit unserem Tourismus nicht, denn auch für das Jahr 2017 sind die Zahlen nicht zu verachten, wenn man berücksichtigt, dass wir einen miserablen Sommer hatten und unter anderem auch einen Jahrhundertregen. Vielleicht kann Herr Dahlemann in Zukunft Regenschirme verteilen,

(Andreas Butzki, SPD: Macht er schon! – Zuruf von Patrick Dahlemann, SPD)

dann ergibt sich das Problem auch auf Usedom zum Beispiel.

Der Tourismus ist für unser Bundesland sehr wichtig und daher ein Wirtschaftsfaktor, dem wir von der politischen Seite aus beste Voraussetzungen schaffen müssen. Hierfür sagen wir von der AfD jedem unsere Unterstützung zu. Uns geht es nicht um das parteipolitische Gezank. Wir wollen in erster Linie vernünftige Politik für unsere Bürger in Mecklenburg-Vorpommern machen. Das ist unser Auftrag, den uns unsere Wähler gegeben haben. Wir sollten daher primär keinen Rekorden oder Rankings nachjagen, sondern an die Beschäftigten in unserem Land denken und die Qualität unserer Angebote in diesem Segment verbessern. Ebenso ist es wichtig, Angebote abweichend von der Hauptsaison im Sommer anzubieten

(Andreas Butzki, SPD: Konkret?)

und Angebote für Senioren zu schaffen. Damit schafft man ebenfalls sichere Arbeitsplätze für unsere Bürger, wenn man denn nicht auf Roboter zurückgreifen möchte.

Insbesondere das vergangene Jahr hat gezeigt, dass wir sehr wetteranfällig sind. Mag man den Hiobsbotschaften von vornhin folgen, dann steht uns ganz Schlimmes bevor. Wenn wir keine Windräder mehr bauen, ist halb Mecklenburg-Vorpommern überflutet.

(Zuruf von Andreas Butzki, SPD)

Dass es ein Küstenland ...

(Andreas Butzki, SPD: Das hat doch mit Überflutung nichts zu tun!)

Hat er doch gesagt!

(Andreas Butzki, SPD: Ach!)

Er hat doch hier Ängste geschürt. Er hat doch gesagt, das nimmt katastrophale Ausmaße an.

(Zurufe von Rainer Albrecht, SPD,
Andreas Butzki, SPD, und
Dr. Ralph Weber, AfD)

Wir können daraus nur lernen und ein breiteres Angebot im Inland, verschiedene Aktivitäten sowie wetterunabhängige Projekte begrüßen. Ebenso muss die Infrastruktur deutlich besser werden. Ganz vorne in der Priorität ist hier auch der Breitbandausbau zu nennen. An dieser Stelle hätte ich mir eine Aussprache zum Beispiel im Ranking zum Breitbandausbau gewünscht.

(Henning Foerster, DIE LINKE:
Können Sie doch aufsetzen! –
Peter Ritter, DIE LINKE: Können Sie
doch beantragen. Wir sind doch hier nicht bei
„Wünsch dir was“! Können Sie doch beantragen! –
Heiterkeit und Zuruf von Andreas Butzki, SPD)

Zur Wahrheit gehört auch dazu, dass in Mecklenburg-Vorpommern bundesweit der Breitbandausbau immer noch auf dem vorletzten Platz liegt, meine Damen und Herren. Das ist ein Hauptgrund, warum wir Entwicklungshemmnisse haben in diesem Land. Das können Sie doch nicht bestreiten.

(Andreas Butzki, SPD: Das stimmt. –
Zuruf von Patrick Dahlemann, SPD)

Stattdessen ist ein neues Werbevideo schon im Internet zu sehen,

(Andreas Butzki, SPD:
Das ist gut, ne?! Das ist doch gut!)

wo man wirbt für den Tourismus in Mecklenburg-Vorpommern und auch noch stolz ist, wenn man keinen Handyempfang hat.

(Dirk Friedriszik, SPD:
Dann bringen Sie doch mal Anträge! –
Heiterkeit bei Peter Ritter, DIE LINKE:
Weil es hier so schön ruhig ist, weil man die
Sachsen ruhiggestellt hat, das ist das Positive! –
Heiterkeit und Zuruf von Andreas Butzki, SPD)

Auch mit unseren kaputtgesparten Straßen im Land können wir keine Lorbeeren und erst recht keine Touristen gewinnen, auch nicht mit der Verschandelung der Landschaft durch Windräder, die keinen Mehrwert an Touristen erzielen. All dieses wären politische Voraussetzungen, die für unser Land wichtig sind.

Eine Studie des Landes M-V von 2013 kommt zu dem Ergebnis, dass die Ferienwohnungen von großer Bedeutung sind und Land und Kommunen für Ausgewogenheit der Quartierformen sorgen sollten. Unser Land könnte also mehr gewerbliche Ferienwohnungen fördern in Absprache mit den Gemeindevertretern beziehungsweise den Gemeinden in einer grundsätzlich attraktiven Lage.

(Zuruf von Rainer Albrecht, SPD)

Hinzu kommen Gemeinden mit einer attraktiven, erhaltungswürdigen und baufähigen Bausubstanz. Hier sei schon mal auf unseren Antrag „Guthäuser erhalten, Denkmalschutz konsequent umsetzen“ verwiesen, denn auch das ist ein Angebot für Touristen, wenn sie die Historie von Mecklenburg-Vorpommern kennenlernen wollen.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten da Cunha?

Thomas de Jesus Fernandes, AfD: Nein.

(Heiterkeit bei Andreas Butzki, SPD:
Ah, das war ja klar! –
Zuruf von Patrick Dahlemann, SPD)

Darüber hinaus sind Bettensteuern in den Kommunen abzulehnen. Wir sprechen uns klar dagegen aus. Stefanie Heckel, die Sprecherin des DEHOGA, äußerte sich dazu, ich zitiere: „Wir kämpfen weiter gegen die Bettensteuern. ... Wir haben die Verfassung auf unserer Seite.“ Der Verband hält es für diskriminierend, dass für eine Steuer eine einzelne Branche gewählt wird.“

Wir als Tourismusland Mecklenburg-Vorpommern sollten positiv in die Zukunft schauen und an unsere Stärken glauben. Diese Aussprache allerdings bringt keinen Hotelier und keinen Gastronomen in diesem Land voran und sie wird auch keine neuen Touristen bringen.

(Patrick Dahlemann, SPD: Das steht aber im
Widerspruch zum Redebeitrag bisher! –
Zuruf von Andreas Butzki, SPD)

Ihre Hauptverantwortung ist es, für gute Rahmenbedingungen zu sorgen. Das werden wir auch immer wieder ansprechen.

(Andreas Butzki, SPD:
Gut, darauf warten wir.)

Ich bedanke mich.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD –
Andreas Butzki, SPD: Bahnbrechende Rede!)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Als Nächster hat das Wort für die Fraktion der CDU der Abgeordnete Waldmüller.

(Andreas Butzki, SPD: Aber nicht
so viel Geheimpapier verraten! –
Zuruf von Patrick Dahlemann, SPD)

Wolfgang Waldmüller, CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren!

Vielleicht vorweg: Herr de Jesus Fernandes, diese geforderte Landestourismuskonzeption ist kein Geheimpapier. Wenn Sie sich erinnern, das können Sie auch in den Protokollen nachlesen, von den unterschiedlichsten Parteien sind mehrfach Nachfragen diesbezüglich gemacht worden und es sind auch immer die Antworten dazu gegeben worden, warum die jetzt noch nicht da ist und warum sie möglicherweise im zweiten Quartal kommt. Das hängt an der Ressortbeteiligung.

(Andreas Butzki, SPD: Ist der DEHOGA auch im Tourismusverband Mitglied?)

Deswegen geht hier Gründlichkeit vor Schnelligkeit, wenn gleich auch ich der Meinung bin, dass sie so schnell wie möglich auf den Tisch muss. Aber es ist kein Geheimpapier.

(Henning Foerster, DIE LINKE:
Zwei Jahre überfällig! –
Zuruf von Andreas Butzki, SPD)

Meine Damen und Herren, das Thema Tourismus steht heute auf der Tagesordnung der Aussprache – ein wichtiges, ein sehr wichtiges Thema, und zwar auch aus volkswirtschaftlichen Gesichtspunkten. Herr Glawe hat das schon gesagt, aber ich möchte, bevor ich weitere Ausführungen mache, noch einmal ganz bewusst die Bedeutung des Tourismus für Mecklenburg-Vorpommern hervorheben.

(Patrick Dahlemann, SPD: Sehr richtig!)

Herr Glawe hat es gesagt, 7,8 Milliarden werden jährlich an Umsatz gemacht. Das sind knapp 8 Milliarden, die wir hier haben. 66 Prozent kommen aus dem eigenen Bundesland und 27 Prozent aus den anderen Bundesländern. Wenn man hochrechnet, was das für Mecklenburg-Vorpommern an Wertschöpfung bedeutet, dann sind das 4,1 Milliarden im Jahr, was umgerechnet 12 Prozent unseres Bruttoinlandsproduktes ausmacht. Daran alleine sehen Sie schon diese maßgebliche Bedeutung für die Wirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern. Herr Glawe hat es gesagt, wenn 18 Prozent aller Beschäftigten in Mecklenburg-Vorpommern im Tourismus direkt oder indirekt beschäftigt sind, dann zeigt das, dass der Tourismus mit den direkt und indirekt Beschäftigten der größte Arbeitgeber in Mecklenburg-Vorpommern ist, wenn nicht auf Usedom und auf Rügen – das sage ich – nahezu jeder vom Tourismus betroffen ist. Das heißt, die Beschäftigungswirksamkeit des Tourismus im Land Mecklenburg-Vorpommern ist dort die Nummer eins. Abgesehen davon erwirtschaftet der Tourismus Steuereinnahmen. Ich meine, es sind round about 380 Millionen im Jahr, die Mecklenburg-Vorpommern zugutekommen.

Sie sehen, und das wollte ich an den Anfang stellen, dass der Tourismus eine herausragende Bedeutung hat und dass man immer aufpassen muss, was man von sich gibt oder wie man urteilt. Er ist eine tragende Säule und eine der wichtigsten Institutionen für den Beitrag zur Entwicklung in den einzelnen Regionen. Deswegen will ich kleine Bedenken äußern. Herr Glawe hat es gesagt, das Wirtschaftsministerium ist der Finanzierer des Tourismus. Ich sage, das sind die Organisationsstrukturen. Was ich mir wünschen würde, ist, dass gerade diese Finanzierung über alle Ressorts als Landesaufgabe verstanden wird und dementsprechend auch eine Beteiligung über alle Ressorts erfolgt. Der neue Chef der Staatskanzlei Herr Meyer ist bekanntlich Präsident vom Deutschen Tourismusverband. Das ist, glaube ich, ein gutes Omen. Ich erhoffe mir mit ihm, und da bin ich mir völlig sicher, auch eine andere Wertschätzung bei uns in der Landesregierung.

(Heiterkeit bei Andreas Butzki, SPD:
Was war denn das eben? Arbeitet
Harry nicht ordentlich?)

Lassen Sie uns also heute ...

Bitte?

(Heiterkeit bei Andreas Butzki, SPD:
Arbeitet Harry nicht ordentlich?)

Hast du mir gerade zugehört?

(Heiterkeit bei Andreas Butzki, SPD: Hast du gerade gesagt! Das haben alle gehört. –
Heiterkeit bei Martina Tegtmeier, SPD –
Zuruf von Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE)

Ich habe gesagt, dass die Finanzierung momentan ausschließlich aus dem Wirtschaftsministerium kommt, dort die Mittel aber begrenzt sind und ich mir in der Landesregierung eine ressortübergreifende Wertschätzung wünschen würde.

(Patrick Dahlemann, SPD:
Auch das wird zur Chefsache
gemacht in Mecklenburg-Vorpommern. –
Zuruf von Andreas Butzki, SPD)

Das zeigt man in Form einer Beteiligung.

(Henning Foerster, DIE LINKE:
Reden Sie nicht miteinander, dass
Sie das hier vortragen müssen?)

Lassen Sie uns also heute im Plenum gern Eindrücke von positiven und auch schwierigen Entwicklungen sammeln, lassen Sie uns Ideen entfalten, wie wir gute Entwicklungen vorantreiben oder aber auch bedrohlichen Entwicklungen entgegenwirken! Lassen Sie mich aber bitte eins vorwagsagen, und zwar, dass wir dabei den Tourismus – bitte aufpassen –, dass wir den Tourismus im Land nicht schlechtreden,

(Andreas Butzki, SPD: Genau.)

nur weil wir einmal kein Rekordjahr haben.

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Man muss nicht immer Erster sein.)

Deswegen irritiert mich auch heute der SVZ-Artikel, der, wenn ich das richtig gelesen habe, ich habe noch nicht alles gelesen, aber, wenn ich das richtig gelesen habe, schonungslos die Schwächen und so weiter aufzeigt oder mehr oder weniger anmarkert, was hier alles verkehrt läuft. Ich möchte da Herrn Pubantz, der den Artikel geschrieben hat, daran erinnern, ...

(Bernard Wildt, BMV: „Ostsee-Zeitung“!)

In der „Ostsee-Zeitung“.

... dass die Herausforderung in dem Landestourismuskonzept darin besteht, diese veränderten Rahmenbedingungen, die wir in der Vergangenheit hatten, also investitions- und wachstumsgetrieben, zu einer qualitätsgesteuerten Entwicklung und Wachstum umkehren müssen. Die Landestourismuskonzeption zeigt auf, wie der Schalter jetzt umgelegt wird. Nur, es ist eben kein Schalter, sondern es ist eine Entwicklung, die wir in Zukunft gehen müssen. Deswegen bitte immer aufpassen, was man schreibt und wie man es sagt.

Was haben wir nun für eine Situation im Tourismus? Natürlich waren wir erfolgsverwöhnt oder sind erfolgsverwöhnt, aber wenn jemand dachte, dass das immer so

weitergeht, dann würde ich doch sagen, irgendwann sind auch mal Grenzen in der Kapazität erreicht, wo sie gar nicht mehr weiterwachsen kann, und diese Situation, denke ich, haben wir erreicht. Wir sind in Mecklenburg-Vorpommern in einer sogenannten „Reifephase“, der Markt ist gesättigt, die Investitionen werden weniger, die Wachstumsraten schwächen sich ab. Aber bedenken Sie, dass wir trotzdem in Mecklenburg-Vorpommern immer noch einen unglaublich hohen Marktanteil haben, die Betriebe rentabel laufen und wir in der BRD, in der Bundesrepublik nach wie vor Urlaubsland Nummer eins sind.

Die Herausforderung, die sich jetzt stellt, ist, aus der Position der Stärke heraus, nicht, wenn man erst mal runter ist, sondern aus der Position, die wir haben, aus der Position der Stärke heraus die Zukunftsfähigkeit des Tourismus in Mecklenburg-Vorpommern zu erhalten. Dazu gehört natürlich auch Selbstkritik, keine Frage, der muss man sich immer stellen.

Es gibt selbstverständlich Gründe für die Sättigung. Herr Schulte hatte das vorhin gesagt. Das eine ist das Wetter. Das ist in anderen Bundesländern natürlich genauso, doch es hat schon einen Einfluss, gerade im Campingbereich, im Strandkorbbereich, auf alle, die draußen sind und vom Wetter abhängig sind, das macht schon was aus. Aber es ist auch die Qualität, es ist die Digitalisierung, es ist die Infrastruktur, es ist der Wettbewerb unter den Regionen, es sind die Fachkräfte, es sind viele Themen, wo man nicht ein Thema alleine herausgreifen kann.

Man muss dabei sehen, was meines Erachtens heute verkehrt rüberkommt, dass man sagt, die Zufriedenheit in Mecklenburg-Vorpommern ist gesunken. Das ist nicht der Fall. Die Zufriedenheit ist gestiegen. Allerdings sind wir im Zufriedenheitsgrad an die fünfte Stelle gesunken. Das heißt aber, die eigentliche Zufriedenheit ist trotzdem bei uns gestiegen. Aber was ist der Grund dafür? Der Grund dafür ist, dass unsere Wettbewerber, gerade in Polen, in Schleswig-Holstein, eine dynamischere Entwicklung haben als wir in Mecklenburg-Vorpommern. Das ist aber auch eine andere Ausgangsbasis. Insofern muss man immer aufpassen – das ist das, was ich sagte –, man muss immer aufpassen, wie man argumentiert. Dass man absinkt oder wie auch immer, nein, das ist nicht der Fall. Aber wir müssen den Wettbewerb im Auge haben, und das ist zumindest eine Sache, ich sage mal, ein Währütteln auch über die momentane Situation.

Deswegen weiß ich nach den Ausführungen von Herrn Schulte, dass der Titel der heutigen Aussprache nicht so gemeint war, wenn ausgedrückt werden soll, es geht hier darum, den Spitzenplatz zu behaupten durch Investitionen, Angebote und Personal. Das wären theoretisch zwei Dinge, es wären Investitionen in Personal und Angebote. Allein diese Dinge, wenn man nur diese betrachtet, wäre das der Punkt, wo Sie vorhin sagten, Sie nehmen einen Schalter, drehen ihn um und dann geht es weiter. Nein, so ist es nicht, es ist zu vernetzt, es ist zu verzweigt und es sind so viele Einflussfaktoren, dass man das alleine nicht sagen kann.

Die Kernfrage über allem, die sich stellt, ist: Wie kann man den Tourismus in Mecklenburg-Vorpommern durch qualitatives Wachstum, seine Wirkung als Wirtschaftsfaktor und Treiber in Mecklenburg-Vorpommern und in der Regionalentwicklung weiter ausbauen? Das ist die Kernfrage. Da gibt es verschiedene Ansätze. Es geht um Zufriedenheit, aber nicht nur einfach so, sondern es geht

um die Zufriedenheit der Gäste. Da spielt Qualität, da spielt Angebot eine Rolle. Es geht aber auch um die Attraktivität der Branche schlechthin, und da geht es in der Tat um Löhne, Gehälter, auskömmliche Bezahlung, darum, für eine Leistung eine entsprechende Gegenleistung zu erhalten. Das ist ein Thema, wenn wir insgesamt vom Image der Branche reden. Es geht aber auch um die Mitnahme, die Akzeptanz und die Zufriedenheit der Bevölkerung. Das muss man genauso mitberücksichtigen, wenn man hier ansetzen will.

Gehen wir mal darauf ein, was Herr Schulte gesagt hat. Speziell neben diesen vielen Dingen, die wir dabei beachten müssen und die auf den Weg gebracht werden müssen bei einem Wandel in der Konzeption, gehen wir aber doch auf die Attraktivität der Branche ein, auf das Image der Branche. Da muss man aufpassen, dass man mit solchen Diskussionen nicht alles schlechtredet beziehungsweise es als unattraktiv in den öffentlichen Diskussionen darstellt, weil das nicht unbedingt dazu anregt, in der Tourismusbranche tätig zu werden.

Nehmen wir mal die Bezahlung. Das war ein Thema. Ich habe vernommen, dass sich die DEHOGA und die Sparten Gewerkschaft NGG am 27. November auf eine erhebliche Tarifsteigerung geeinigt haben.

(Henning Foerster, DIE LINKE:
Das war auch notwendig.)

Ja. Ich gebe Ihnen vollkommen recht, Herr Foerster. Aber sie haben sich geeinigt in der zweiten Runde. Die Beratungen scheinen nicht ganz so konfliktträchtig gewesen zu sein, wie manch einer hier glauben macht. Beide Vertragspartner haben Verantwortung für die Mitarbeiter im Gastgewerbe übernommen. Im Schnitt reden wir von vier- bis siebenprozentigen Steigerungen beim Entgelt und bei den Ausbildungsvergütungen von sogar zwölf Prozent. Das war in der Tat wichtig. Entlohnung spielt eine wesentliche Rolle, das ist überhaupt keine Frage. Aber wenn wir bei der Regionaldirektion Nord reingucken, wo denn die offenen Ausbildungsstellen sind, dann ist es genau in diesem Bereich, in der Hotel- und der Gastronomiebranche.

Jedenfalls, denke ich, geht die Entwicklung in die richtige Richtung. Man sollte das nicht alles schlechtreden, sondern man sollte mit dieser Entwicklung meines Erachtens werben. Man sollte aufzeigen, welche Entwicklungen es bei der Attraktivität des Berufsbildes gibt. Ich denke, eine Ausbildungskampagne, vergleichbar mit dem, was das Handwerk seit Langem sehr erfolgreich auf die Beine stellt, könnte für uns beispielgebend sein. Solch eine Kampagne müsste DEHOGA, NGG, Wirtschaftsministerium an einen Tisch bringen.

(Henning Foerster, DIE LINKE:
Die haben Sie doch schon beschlossen!)

Ich halte es auch für sinnvoll, das mit Landesmitteln zu begleiten, denn natürlich ist es im Landesinteresse – das haben alle Redner jetzt schon gesagt –, dass wir unsere Position eines Spitzenplatzes im Tourismus weiter behaupten. Dafür brauchen wir Personal und dafür müssen wir werben. Ich freue mich da auf die weiteren Gespräche.

Das Geschäft für die Touristiker ist nicht einfacher geworden und uns wäre geholfen, wenn wir uns die Probleme der Tourismusbranche wenigstens ohne Schaum

vorm Mund und ohne politische Wertung ansehen können. Selbstverständlich muss ich da das Arbeitszeitgesetz ansprechen. Natürlich müssen wir darüber reden, und zwar ohne Schaum vorm Mund,

(Henning Foerster, DIE LINKE:
Das ist aber kontraproduktiv.)

sondern als Problem der Branche. Sie wissen, dass hier die höchsten wöchentlichen Arbeitszeiten überhaupt nicht überschritten werden sollen, sondern man muss weg von der täglichen Abrechnung, damit die Tourismusbranche einfach flexibler reagieren kann. Ich halte diese Diskussion für wichtig. Gerade im Tourismusland Mecklenburg-Vorpommern sollten wir Interesse an einer sachlichen Diskussion haben. Ich wünsche mir jedenfalls diese Sachlichkeit, denn die würde verdeutlichen, auch in der heutigen Aussprache, dass sie ein Beitrag zur Wertschätzung der Branche ist. Es geht auch um die Wertschätzung der Branche und es geht um die Wertschätzung der Unternehmer dabei. Ich glaube, sie haben es verdient, entsprechend unterstützt zu werden, aber Wertschätzung gibt es eben nicht durch reden, Wertschätzung erfährt man durch handeln.

(Henning Foerster, DIE LINKE:
Na ja, da sage ich gleich was dazu,
wie Sie gehandelt haben!)

Werbewirksam, denke ich, wäre eine Herausstellung des ehrbaren Unternehmertums. Sie erinnern sich vielleicht, wir hatten schon mal die Diskussion zur Werbewirksamkeit durch die Herausstellung des ehrbaren Unternehmertums im Tourismus. Über eine solche Initiative müssen wir noch einmal sprechen. Mir schwebt so etwas vor wie eine Zertifizierung für besonders vorbildliche Touristik. Natürlich bedarf es da auch der Rücksprachen zwischen Wirtschaftsministerium, DEHOGA und NGG.

(Andreas Butzki, SPD: Wie viel Redezeit haben Sie denn eigentlich noch?)

Meine Damen und Herren, es gibt neben dem Punkt, den ich vorhin nannte für die Zukunft – Zufriedenheit und deren Aspekte, was ein Punkt sein muss –, noch weitere Punkte, die man selbstverständlich anschließen muss. Das sind die Punkte, was die Wertschöpfungssteigerung insgesamt betrifft. Dazu gehören die Bruttowertschöpfung, dazu gehört die Organisation, dazu gehören die Infrastruktur, die Mobilität, die Digitalisierung. Man muss vor allen Dingen auch immer gucken, ob man mit der touristischen Ausrichtung der einzelnen Gebiete, Regionen, noch immer auf dem richtigen Weg ist oder ob eine Neukonzeption oder eine Nachjustierung für Themen- und Zielgruppenmarketing notwendig ist, weil es ist ja so, die Urlaubswelten verändern sich, Ansprüche und Reiseverhalten ändern sich und es wird heute immer mehr nach Spezialisierungen gefragt. Diese müssen wir herausfinden, die müssen wir umsetzen. Da müssen wir die Branche mit auf den Weg bekommen, um auch bei der Wertschöpfungssteigerung vorne mit dabei zu sein.

Natürlich braucht es ebenso Rahmenbedingungen, die wir im Land mitbegleiten können. Die Tourismusbranche als solche, Tourismusverband, die Branche als solche hat ihre Hausaufgaben zu machen. Das muss alles zusammengehen. Die Landesregierung kann natürlich, muss auch begleiten, tut sie auch. Darauf muss man aber immer hinweisen, was für den Tourismus hinderlich

ist. Das ist dann, wenn es Probleme in der Infrastruktur gibt, natürlich ein Handicap, ohne das jetzt schlechtreden zu wollen. Die A 20 ist durchaus ein Problem, wir dürfen es nur nicht so als Problem in der Form beschreiben. Wir müssen aber schon sagen, dass wir jegliche Verzögerung,

(Zuruf von Andreas Butzki, SPD)

jegliche Verzögerung beim Umgang mit diesem Problem vermeiden müssen. Jegliche Verzögerung muss man da vermeiden.

Wir haben auch ein Gespräch mit dem Herrn Pegel gehabt. Wir sind der Auffassung, dass Herr Pegel schon alles in seiner Macht Stehende tut – jetzt ist er gar nicht da –, um diese Situation zu bereinigen, und auch die Notwendigkeit aufgezeigt. Aber nehmen Sie die B 96 auf Rügen, was dort für Staus sind, oder – hoch problematisch – das fehlende Verkehrskonzept auf der Insel Usedom. Hier müssen wir uns auch einmal klarmachen, dass unsere polnischen Nachbarn nicht schlafen. Denken Sie an die Destination Swinemünde!

(Beifall Dr. Ralph Weber, AfD)

Hier ist einiges im Werden, aber unter den gegebenen Bedingungen kann die Verkehrsinfrastruktur auf und nach Usedom dem unmöglich standhalten und deswegen brauchen wir schnellstmöglich entsprechende Verkehrskonzepte.

(Peter Ritter, DIE LINKE: So ist es.)

Das Gleiche gilt für das Internet, das ist klar. Im Kabinett wurde diese Woche der Breitbandatlas besprochen. Bei den Flächenländern sticht der Nachholbedarf Mecklenburg-Vorpommerns gerade deutlich hervor.

(Zurufe von Andreas Butzki, SPD,
und Dr. Ralph Weber, AfD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich denke, ich habe einige Punkte genannt,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Einige wenige. –
Zuruf von Andreas Butzki, SPD)

und möchte damit enden. Die Diskussion um den Tourismus ist gut und wird sich vertiefen, wenn das Landestourismuskonzept vorliegt. Dann werden wir intensiv darüber diskutieren mit der Branche. Ich glaube, es ist es wert, sich für den Tourismus einzusetzen aufgrund seiner Bedeutung für das Land Mecklenburg-Vorpommern, die ich anfangs benannt habe. Wir wollen diesen Spitzenplatz mit den geänderten Rahmenbedingungen behalten und deswegen braucht es dieses Landestourismuskonzept.

Wenn Sie mich in meinem Büro besuchen, Herr Glawe hat es schon gesagt, da hängt seit geraumer Zeit ein Plakat von der ITB. Es ist uns, und Herr Glawe hat darauf hingewiesen, gelungen, als erstes Bundesland auf der ITB Partnerland zu sein. Es ist eine herausragende Geschichte und ich möchte Sie einfach bitten, das mit zu bewerben, überall mit zu werben. Gehen Sie auf Facebook und abonnieren die Seite der ITB! Die ITB macht bereits international Werbung mit Mecklenburg-Vorpommern. Teilen Sie es! Geben Sie es weiter! Es ist eine wunderbare Sache. Es wird in diesen Tagen die ganze Welt auf Mecklenburg-Vorpommern schauen.

Es ist nicht nur das eine, sondern Sie müssen ebenfalls wissen, dass der Tourismus in Mecklenburg-Vorpommern auch für die zukünftigen Jahre im Fokus bleiben wird. Wir werden in 2019 den Deutschen Tourismustag in Rostock haben und wir werden in 2020 den German Travelmarkt haben. Sie sehen, eine Reihe von Herausforderungen. Ich bin positiv gestimmt, dass wir das alles gemeinsam schaffen. Es hilft nur nicht, wenn wir es schlechtreden, wenn der eine mit dem Finger auf den anderen zeigt, sondern wir müssen koordiniert miteinander diese Herausforderungen anpacken. Das wünsche ich mir. – In diesem Sinne vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Danke, Herr Abgeordneter.

Ehe ich den nächsten Redner aufrufe, möchte ich eine Bitte äußern. Manchmal ist der Geräuschpegel im Hause so groß,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Wenn mit Gummibärentüten geraschelt wird.)

dass es für einige Abgeordnete Schwierigkeiten gibt, überhaupt dem Geschehen noch zu folgen. Es lässt sich nicht immer vermeiden, dass man nicht auch mal ein Wort zum Nachbarn richtet, das will ich überhaupt nicht kritisieren, das ist so. Aber wenn Sie Gesprächsrunden bilden, wo sich sozusagen die vordere Reihe nach hinten umdreht und dann dort eine Diskussion beginnt, werde ich das zukünftig nicht mehr zulassen. Ich bitte Sie, das zu berücksichtigen.

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Jetzt erhält als Nächster das Wort für die Fraktion DIE LINKE der Abgeordnete Foerster.

Ach so, und da Herr Foerster noch nicht ganz am Pult steht, okay, begrüßen werde ich die Besucher, wenn sie alle sitzen, okay.

Henning Foerster, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich glaube, niemand hier im Saal wird ernsthaft bestreiten, dass der Tourismus für Mecklenburg-Vorpommern eine besondere

(Peter Ritter, DIE LINKE: Herausforderung ist.)

Rolle spielt. 131.000 Vollzeitbeschäftigte, also knapp 18 Prozent der Erwerbstätigen in unserem Land, leben davon, dass sich Menschen aus der gesamten Bundesrepublik Deutschland, aus Europa und seltener auch aus dem Rest der Welt aufmachen, um unsere Küsten und unser Binnenland zu besuchen.

Es ist gesagt worden, erstmals ist Mecklenburg-Vorpommern in diesem Jahr als Bundesland Partner auf der ITB. Insofern ist es schon folgerichtig, dass sich auch der Landtag mal mit den Entwicklungen in diesem Bereich beschäftigt. Ob allerdings die Rolle von Herrn Waldmüller bei der Akquise

(Peter Ritter, DIE LINKE: Die entscheidende! Die entscheidende Rolle!)

die entscheidende gewesen ist

(Heiterkeit bei Andreas Butzki, SPD)

oder nicht doch die Tatsache, dass Venezuela zurückgetreten ist und dann ganz schnell Ersatz hermusste, darüber will ich jetzt hier nicht weiter philosophieren.

(Wolfgang Waldmüller, CDU: Das können wir ja dann bilateral machen.)

Ich glaube, klar ist aber,

(Zuruf von Wolfgang Waldmüller, CDU)

dass Venezuela im Moment andere Sorgen hat, als sich als Tourismusland auf der ITB zu präsentieren.

(Tilo Gundlack, SPD: Reden Sie jetzt nicht das Land schlecht!)

Nach vielen sehr guten Jahren musste die Branche 2017 einen Dämpfer hinnehmen, das ist gesagt worden. Bis einschließlich Oktober sind die Übernachtungen um 2,1 Prozent zurückgegangen und im Jahresvergleich fehlen somit 300.000 Übernachtungen. Das ist nicht schön, aber das ist auch nicht das Ende des Tourismuslandes Mecklenburg-Vorpommern, das ist auch kein Sturz von der Klippe ohne Bungee-Seil, aber es ist durchaus ein Warnschuss, der Gehör finden sollte, meine Damen und Herren, denn man hat es sich recht bequem gemacht in den letzten Jahren. So lautet auch das Fazit aus dem Tourismusbarometer des Ostdeutschen Sparkassenverbandes. Diese Einschätzung trifft den Nagel auf den Kopf, denn dass Tourismus kein Selbstläufer ist, das hat die Landesregierung stets betont, gehandelt, Herr Waldmüller, hat sie aber lange Zeit nicht.

Sie haben hier mehrfach die Fortschreibungen der Tourismuskonzeption angesprochen. Die aktuelle stammt noch aus dem Jahr 2010 und die darin enthaltenen Ziele und Maßnahmen waren eigentlich auf einen Zeithorizont bis 2015 ausgelegt. Wenn Sie so viel von Herausforderungen sprechen, dann muss ich Sie fragen: Was ist denn nach 2015 passiert? Hat denn nun die Landesregierung die alte Tourismuskonzeption evaluiert? Hat sie nachgesehen, welche Ziele erreicht und welche nicht erreicht wurden? Hat man sich das Marktumfeld mal wieder angesehen? Hat man neue Trends identifiziert? Zumindest lange Zeit wohl nicht, meine Damen und Herren von SPD und CDU.

Auch die Landesregierung hat es sich offensichtlich bequem gemacht und das lässt nur den Schluss zu, dass man auch da davon ausgegangen ist, dass der Laden schon irgendwie laufen würde. Mehr als zwei Jahre lang läuft Mecklenburg-Vorpommern nämlich nun schon ohne Tourismuskonzeption durch die Weltgeschichte, ohne neue Impulse und ohne Plan. Insofern kommt der Warnschuss zur rechten Zeit, damit auch Sie als Landesregierung den gemütlichen Ohrensessel wieder verlassen und sich am Strandkorb zu schaffen machen.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Dazu braucht es allerdings mehr als eine unverbindliche Aussprache nach dem Motto: „Schön, dass wir mal wieder über den Tourismus geredet haben“, denn selbst beschlossene Anträge – und deswegen habe ich mich vorhin durchaus amüsiert, Herr Waldmüller – bieten, wie

wir in Vorbereitung auf diese Landtagssitzung recherchiert haben, keinerlei Gewähr dafür, dass die Landesregierung am Ende auch tatsächlich tätig wird.

Das möchte ich Ihnen gerne an einem Beispiel illustrieren: Im August letzten Jahres haben wir als Fraktion eine Kleine Anfrage gestellt, um zu erfahren, was aus dem Auftrag des Landtages geworden ist, der 2013 in der 35. Sitzung erteilt wurde, also vor mehr als vier Jahren. Herr Waldmüller, vielleicht erinnern Sie sich. Der sperrige Titel des Antrages lautete: „Ausbildungsoffensive zur Attraktivitätssicherung der Ausbildungsberufe im Hotel- und Gaststättengewerbe entwickeln“. Das haben Sie sich heute übrigens wieder gewünscht. Im Antragstext hieß es wie folgt: „Die Landesregierung wird gebeten, unter der Koordinierung des Ministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus sowie unter Einbeziehung der IHK und des DEHOGA, ein Bündel von imagewerbenden Maßnahmen zur Qualitätssicherung der Ausbildungsberufe im Hotel- und Gaststättenwesen zu entwickeln.“

(Peter Ritter, DIE LINKE: He!)

Klingt ganz toll.

Die Nachfrage von uns, was denn nun aus diesem beschlossenen Auftrag für imagewerbende Maßnahmen wurde, ergab eine weniger tolle Antwort. Und jetzt halten Sie sich fest, ich darf das zitieren: „Im Ergebnis wurde festgestellt, dass alle Beteiligten bereits seit Jahren intensiv an einer Attraktivitätssicherung und an einer Attraktivitätssteigerung der Ausbildung im Hotel- und Gaststättenbereich arbeiten.“

(Peter Ritter, DIE LINKE: Na immerhin!)

Und weiter: „Eine gezielte Imagekampagne zur Werbung von Jugendlichen, um ihnen die Perspektiven der Ausbildungsberufe im Tourismus aufzuzeigen, hat es bisher nicht gegeben. ... Es ist bisher keine Evaluierung erfolgt.“

Was hat also Ihr wegweisender Antrag von vor vier Jahren bewirkt? Real null Komma nix. Letztlich ist dieses Engagement des Landtages also verpufft. Gut also, dass wir hier mal wieder darüber gesprochen haben!

Meine Damen und Herren, dass die SPD zu dem Thema nun diese Aussprache beantragt hat, passt gewissermaßen wie die Faust aufs Auge – nicht nur aufgrund des eben geschilderten Beispiels, denn wir reden in dieser Landtagssitzung ja auch noch über einen konkreten Antrag, in dem Fall zum Kinder- und Jugendtourismus. Da machen wir es dann konkret, da sprechen wir über notwendige Investitionen und über Qualität. Das wird auch kein allgemeines Laberrhabarber, sondern da können Sie dann gleich mal beweisen, wie ernst es Ihnen wirklich ist. Nur mal nett über Tourismusentwicklung plauschen oder handeln und konkrete Maßnahmen beschließen, das liegt nun in Ihrer Hand.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Natürlich, und da gebe ich Herrn Waldmüller recht, hängt die Entwicklung des Tourismus nicht nur von den Entscheidungen oder Aktivitäten – oder man müsste ja mit Blick auf meine Beispiele Nichtaktivitäten sagen – der Landesregierung ab. Die Politik setzt einen Rahmen und die Branche selbst, also die einzelnen Akteure und Unternehmen, sind es letztlich, die die Fäden in der Hand haben.

Wenn wir über Investitionen in der Branche reden, dann geht es natürlich nicht nur um bauliche Investitionen – hier fordert der Tourismusverband ein Modernisierungsprogramm –, sondern auch um Reserven im Social-Media-Bereich, also was die Bewerbungen der touristischen Angebote im Land angeht. Es geht um bessere Kooperation zwischen Tourismusverband und Agrarmarketing, insbesondere auf der regionalen Ebene, und es geht natürlich auch um das Aufzeigen alternativer Routen. Wie kommt man angesichts der Problemlagen auf der A 19 und A 20 im Sommer jetzt nach Mecklenburg-Vorpommern? Da gibt es, das weiß ich aus Gesprächen beim Tourismusverband, verschiedenste Ideen: zum einen, für alternative Anreiserouten zu werben, und zum anderen, wenn es dann tatsächlich zu Staus kommt, auch sogenannte Stau-Promoter einzusetzen, die zumindest die im Stau Stehenden beruhigen, ihnen Getränke anbieten und Ähnliches mehr. Das kennt man auch von der Deutschen Bahn.

Was leider vergessen wird, ist, wir brauchen auch Investitionen ins Personal. Da sieht es, gelinde gesagt, vielfach immer noch lausig aus. Deshalb war der Tarifsabschluss, den Herr Waldmüller angesprochen hat, zwischen NGG und DEHOGA, der Lohnerhöhungen von 8 bis knapp 13 Prozent in einer Zeitspanne bis 2019 vorsieht, ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung, schließlich wird im Hotel- und Gaststättengewerbe immer noch am wenigsten verdient. Hinzu kommt, Sie haben es selbst angesprochen, immer noch bleiben in diesem Bereich die meisten Ausbildungsplätze frei. Allerdings hat das nicht nur was mit der Entlohnung zu tun, Herr Waldmüller. Hier spielt tatsächlich auch das Image der Branche eine Rolle, für die Teildienste, fehlender bezahlbarer Wohnraum am Arbeitsort, Saisonbeschäftigungen und somit schwierige Voraussetzungen für eine Vereinbarkeit von Berufs- und Erwerbsleben prägend sind.

Deshalb kann ich nur an die Unternehmen appellieren, die massive Kampagne für eine Änderung des Arbeitszeitgesetzes einzustellen, denn da bin ich vollkommen anderer Auffassung als Sie, Herr Waldmüller. Letztlich erweist sich die Branche damit einen Bärendienst, denn ich weiß nicht, wie Sie junge Leute für einen Job in der Gastronomie oder Hotellerie gewinnen wollen bei den Dingen, die sie im negativen Sinne ohnehin schon mit den Arbeitsbedingungen verbinden, wenn Sie jetzt auch noch dafür werben, dass das Arbeitszeitgesetz aufgeweicht werden soll. Das würde keine Verbesserungen der Arbeitsbedingungen bedeuten und würde es folglich eher schwerer machen, junge Leute davon zu überzeugen, in dieser wichtigen Branche eine Ausbildung und später eine Arbeit anzutreten.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Deswegen sage ich Ihnen und auch an die Adresse derjenigen, die im DEHOGA-Bereich diese Kampagne fahren: Statt die Kraft in eine aus meiner Sicht wenig gewinnbringende Debatte zur Wochenarbeitszeit zu stecken, sollten Sie diese besser darauf verwenden, darüber nachzudenken, wie Sie die Arbeit im Tourismus tatsächlich attraktiver gestalten können.

Was tun zum Beispiel Unternehmen, um junge Mütter im Unternehmen zu halten? Mit 14- oder 15-Stunden-Tagen, ohne Wohnung am Ort und abgesicherte Kinderbetreuung wird das wohl nichts werden. Was ist Ihre Strategie, um das Personal auch in der Nebensaison halten zu

können? Es gibt gute Beispiele, Herr Waldmüller, davon brauchen wir allerdings mehr. Ich habe mich selbst davon überzeugt, habe mir das angeschaut, was in der Seenplatte in Zusammenarbeit mit der Arbeitsagentur passiert. Da ist es so, dass die Bundesagentur für Arbeit für einige Monate das Gehalt in der Nebensaison weiterzahlt unter der Voraussetzung, dass die Beschäftigten aus der Tourismusbranche sich im ÜAZ weiterqualifizieren.

Als Politiker sind wir alle aufgefordert, darüber nachzudenken, wie man die Unternehmen bei all den angesprochenen Vorhaben unterstützen kann. Das ist richtig, denn eines ist klar: Wenn die Gäste weniger werden und die Einnahmen sinken, dann steht logischerweise auch die Frage, wie ich meine Beschäftigten bezahlen und halten kann. Wie kann das Land an dieser Stelle helfen?

Aus unserer Sicht zum Beispiel mit Investitionszuschüssen für saisonverlängernde Maßnahmen, also Angeboten, damit unsere Gäste einen Grund haben, auch jenseits von Sommer, Sonne, Strand zu uns zu kommen. Da passiert einiges, das will ich nicht verhehlen, aber da geht aus unserer Sicht sicherlich noch mehr.

Es gibt auch direkte Unterstützungsmöglichkeiten. Ich will jetzt nicht jedes einzelne Modellprojekt hier vortragen, aber ich will auf ein aktuelles Beispiel gerne eingehen. 2017 hat die Landesregierung eine Modellförderung an 15 Betriebe ausgereicht unter dem Titel „Saisonzuschuss“. Dabei hat man den ausgewählten Betrieben über die Nebensaison hinweg Zuschüsse zu den Personalkosten gezahlt, damit diese die Beschäftigten über die Saure-Gurken-Zeit halten konnten. Nach unseren Recherchen hat die Landesregierung für dieses Thema 72.000 Euro in die Hand genommen. Ich kürze das jetzt mal ab und berichte vom Ergebnis: Die Landesregierung sagte selbst, das war ein Erfolg. So ist es eingeschätzt worden auf einer Veranstaltung, wo die Ergebnisse vorgestellt wurden.

Jetzt könnte ich fragen: Wenn es ein Erfolg gewesen ist, wie geht es denn weiter mit dem Modellprojekt oder erfolgt da gar eine Verstetigung? Da muss ich dann sagen, offenbar gar nicht, denn wir haben das noch mal im Rahmen einer Kleinen Anfrage evaluiert und jetzt zur Antwort bekommen: „Die Landesregierung zieht ein Förderprogramm zur Förderung von ganzjähriger Beschäftigung im Hotel- und Gaststättengewerbe unter anderem deshalb nicht in Erwägung, weil die Kostenbelastung primär beim Land, die Einspareffekte über die Träger der Bundesagentur für Arbeit jedoch primär beim Bund liegen würden.“ Zitatende.

Da sage ich, Klasse! Sie haben also 72.000 Euro in ein Modellprojekt gesteckt oder, man könnte auch sagen, in einem Modellprojekt versenkt, von dem Sie vorher gewusst haben, dass es keine Fortsetzung finden wird. Das ist schade, vor allem für die Saisonbeschäftigten, deren Hoffnung auf eine ganzjährige, heimatnahe Beschäftigung erneut enttäuscht wurde.

Auch hier ist das Fazit: Gut, dass wir mal darüber geredet haben. Passiert ist nichts, außer einer Ausgabe von 72.000 Euro und einem neuen Leitz-Ordner für ein Modellprojekt in den Schubladen von Minister Harry Glawe.

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Gut angelegtes Geld!)

Da kann ich nur sagen, nicht Harry wirkt, sondern Glawe wirkt, hatten Sie, glaube ich, letzters gesagt. Die Frage ist nur, wie.

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion der CDU –
Unruhe auf der Regierungsbank –
Harry Glawe, CDU:
Ja, Glawe wirkt! Genau. –
Zuruf von Thomas Krüger, SPD)

Meine Damen und Herren, so werden wir die Probleme nicht lösen. Ich habe an dieser Stelle die Hoffnung und den Wunsch,

(Zuruf von Marc Reinhardt, CDU)

dass wir mit der neuen Tourismuskonzeption auch über solche Fragen zu einer vernünftigen Diskussion und vor allen Dingen zu Ergebnissen kommen und dass es vor allem nicht bei einer Beschreibung der sattem bekannten Probleme bleibt, sondern dass sie konkrete, zeitlich terminierte und finanziell untersetzte Vorhaben enthält: Was soll wann mit welchen Mitteln mit welchen Partnern gemacht werden? Darauf erwarten wir und vielmehr noch die Branche und ihre Beschäftigten Antworten. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Danke, Herr Abgeordneter.

Jetzt hat für die Fraktion BMV das Wort der Abgeordnete und Fraktionsvorsitzende Herr Wildt.

Aber bevor Sie Ihr Wort nehmen, Herr Wildt, möchte ich gerne unsere neuen Gäste begrüßen. Wenn ich richtig informiert bin, ist das wiederum eine 9. Klasse aus der Don-Bosco-Schule aus Rostock. Ist das richtig? – Herzlichen willkommen!

Herr Wildt, Sie haben das Wort.

Bernhard Wildt, BMV: Vielen Dank, Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Landtagsabgeordnete! Werte Gäste und liebe Mitbürger! Besonders dankbar bin ich natürlich für dieses Thema heute. Ich komme ja selbst aus dem Tourismus und muss auch sagen, selbstverständlich ist es richtig, dass es eine ganz hervorragende und tolle Branche ist. Das Image dieser Branche kann man gar nicht hoch genug einschätzen. Ich selbst finde es immer ganz hervorragend, wenn Urlauber bei uns ankommen, abgearbeitet und grau, und dann nach einer gewissen Zeit wieder abreisen, entspannt und fröhlich. Also eine schönere Branche kann es eigentlich überhaupt nicht geben.

(Andreas Butzki, SPD: Der Werbefilm ist gut!)

Das ist der Werbefilm gewesen. Ansonsten muss ich auch sagen, der Tourismus in den letzten 25 Jahren ist eine Erfolgsgeschichte in Mecklenburg-Vorpommern. Herr Glawe kommt heute bei uns gut weg. Das ist so, das sollten wir auch nicht schlechtreden. Der Tourismus hat eine hervorragende Entwicklung genommen, aber, und Herr Waldmüller hat es richtig gesagt, man muss jetzt nachjustieren. Wir sind jetzt an einem Zeitpunkt, wo man sagen muss, wir können nicht einfach immer alles so fortschreiben, wir müssen nachjustieren.

Wenn man etwas nachjustieren möchte, dann sollte man doch erst mal mit ein paar grundsätzlichen Überlegungen beginnen. Auch da muss ich Herrn Waldmüller recht geben, wir sind an Kapazitätsgrenzen angekommen. Damit meine ich nicht so sehr im Investitionsbereich, Geld ist sozusagen unbegrenzt vorhanden, da könnten wir immer weiterbauen. Die Natur gibt auch noch ein bisschen was her, obwohl man da jetzt schon langsam aufpassen muss, damit wir die Naturschönheit unseres Landes nicht überstrapazieren. Vor allen Dingen aber ist die Kapazitätsgrenze bei den Menschen erreicht. Ich möchte allen in Erinnerung rufen, wir machen hier eine Politik für die Menschen in unserem Land, für unsere Bürger,

(Beifall Ralf Borschke, BMV)

und da ist das Arbeitskräftereservat von Menschen, die im Tourismus arbeiten möchten, tatsächlich erreicht. Es können gar nicht noch mehr Menschen im Tourismus arbeiten, die müssten dann von außerhalb Mecklenburg-Vorpommerns hierherkommen. Wenn wir eine Politik machen wollen für unser Land, für die Menschen in unserem Land, dann sind wir da schon an der Kapazitätsgrenze. Es gibt hier und da natürlich immer noch ein bisschen Potenzial, aber im Großen und Ganzen haben wir diese Grenze erreicht. Im Binnenland sieht das ein bisschen anders aus als an der Küste.

Ich möchte auf die drei großen Themenblöcke, die angesprochen wurden, eingehen. Das eine ist der Bereich der Investitionen, sozusagen das Sachanlagevermögen in privater Hand. Da kam, Herr Schulte, von Ihnen so ein klein bisschen der Vorwurf, na ja, es gibt gutgehende Betriebe und die können das alles selbst, die können auch diese Investitionen selbst vornehmen. So habe ich es jedenfalls verstanden. Ich möchte das insofern ein bisschen geraderücken, dass die Hotelbetriebe oder die ganzen Tourismusbetriebe schwerpunktmäßig von der Sommersaison leben, und das wird auch so bleiben. Trotz aller saisonverlängernden Maßnahmen wird es so bleiben. Die Betriebe laufen überwiegend gut, sie werden auch gut bewirtschaftet, aber die Rendite wächst nicht in den Himmel. Stellen Sie sich einfach mal vor, BMW oder VW würde nur ein halbes Jahr die Autofabriken laufen haben und in den Wintermonaten müsste man zumachen. Dann hätte mancher auch ein großes Problem, die Rendite so zu erwirtschaften, um die Fabriken immer wieder à jour zu halten. Das heißt, das ist im Tourismus in einer Sommersaisonregion wie bei uns schon ein bisschen anders. Da muss die Landespolitik etwas genauer hinschauen, wo auch weiterhin zu unterstützen ist. Wir werden das nicht komplett ohne Unterstützung schaffen können.

Der zweite Punkt ist die Investition des Landes, der Politik selbst. Was kann man dort tun? Da sind viele Dinge angesprochen worden. Verkehrsprobleme sind natürlich ein ganz zentrales Problem. Viele Urlauber sind genervt, wenn sie schon mit großen Staus bei uns ankommen. Aber noch viel schlimmer ist es, wenn sie mit dem Auto da sind, durch die Gegend fahren wollen und stehen dann stundenlang im Stau,

(Thomas Krüger, SPD: Aber da gibt es Länder, wo es deutlich schlimmer ist.)

denn die Mobilität der Urlauber ist natürlich gegeben. Da erwarte ich schon auch vom entsprechenden Ministerium, dass man da ein bisschen,

(Thomas Krüger, SPD: Die Situation bei uns ist aber relativ entspannt.)

dass man da genauer hinschaut

(Andreas Butzki, SPD: In der Schweiz ist es noch schlimmer!)

und zum Beispiel versucht, im Sommer die Baustellen in den touristischen Schwerpunktregionen wie Rügen, Usedom oder auf dem Darß besonders schnell abzuarbeiten. Ich denke, da ist etwas mehr möglich, das muss vielleicht nicht alles so nach Schema F ablaufen. Vielleicht kann man da mal hinschauen und sagen, das ist ein absoluter Brennpunkt, da muss auch mal über Nacht gearbeitet werden, um diese Störungen aus dem Verkehrsfluss so schnell wie möglich herauszubekommen.

Ein weiterer wichtiger Punkt, Sie sprachen gerade über die Eisenbahn. Natürlich kann man auch da noch einiges verbessern. Wir haben nicht den Verkehrsverbund, wie das andere Bundesländer haben, zwischen Bus und Bahn und es ist deswegen für unsere Urlauber leider nicht so attraktiv, mit dem Bus oder mit der Bahn zu fahren, weder bei der Anreise noch, was viel wichtiger wäre, während ihres Urlaubs. Dort sind die Schwerpunktaufgaben der Landesregierung. Der Verkehrsfluss muss ordentlich organisiert werden.

Das Nächste ist das vielfach angesprochene Thema Personal. Da ist es naturgemäß ein Schwerpunkt der Linksfraktion, immer wieder darauf hinzuweisen, dass es an der Bezahlung liegt, wenn nicht genügend Menschen im Tourismus arbeiten wollen.

(Henning Foerster, DIE LINKE:
Es ist viel mehr als nur die Bezahlung.)

Es ist noch mehr als die Bezahlung, da gebe ich Ihnen recht. Es sind die Arbeitsbedingungen.

Die Arbeitsbedingungen können Sie naturgemäß im Tourismus nicht komplett ändern. Wir haben eben diese anderen Zeiten, sagen wir mal. Die Urlauber wollen natürlich abends nicht vor der verschlossenen Tür stehen oder sich wie früher irgendwo für einen Tisch im Restaurant anmelden müssen, sondern die möchten frei ihren Urlaub genießen. Da muss man ein bisschen flexibler sein. Das ist den meisten Mitarbeitern im Tourismus absolut bewusst und viele mögen das auch. Das ist so eine gewisse Kultur im Tourismus. Aber ich gebe Ihnen recht, man muss aufpassen, dass es nicht über Gebühr ausgenutzt wird. Da sind auch die Arbeitgeber in der Pflicht. Die guten Arbeitgeber machen das auch, die möchten gerne ihr Stammpersonal halten, die möchten nicht jedes Jahr immer wieder mit neuen Aushilfen anfangen, die wollen ihr Stammpersonal halten und das möglichst über den Winter bringen. Die Betriebe entlassen ihre Mitarbeiter nicht gerne im Herbst, weil sie es so lustig finden, im Herbst die Leute zu entlassen und im Frühjahr wieder neu zu suchen,

(Henning Foerster, DIE LINKE:
Das hat auch keiner behauptet!)

sondern sie tun das aus wirtschaftlichen Gründen. Da muss man noch etwas mehr ins Detail schauen. Gleich haben wir den nächsten Tagesordnungspunkt und der

greift dieses Thema auf. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion der BMV)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Danke, Herr Abgeordneter.

Es hat noch mal ums Wort gebeten für die Fraktion der AfD Herr de Jesus Fernandes.

Thomas de Jesus Fernandes, AfD: Sehr geehrtes Präsidium! Werte Abgeordnete! Liebe Gäste! Ich stelle fest, dass alle Fraktionen erkannt haben, wie wichtig der Tourismus für unser Land ist, und ich hoffe auch, dass festgestellt wurde, dass alle wissen, dass unsere schöne Naturlandschaft ein ganz großes Pfund ist, mit dem wir punkten können, und zwar fast das einzige.

(Thomas Krüger, SPD: Es gibt auch Menschen, die das anders sehen.)

Darum möchte ich gerne appellieren an die Regierungsfaktionen: Zerstören Sie die Natur nicht weiter durch unnötige Windparks! Alle Fraktionen – das ist mir aufgefallen zum Beispiel jetzt eben bei der BMV, die BMV sagt „nachjustieren“ –, alle wollen nachjustieren und an Schräubchen drehen. Wenn wir schon ein wackelndes Haus haben,

(Thomas Krüger, SPD: Wo wackelt denn das Haus, Herr Kollege?)

dann können wir da oben nicht noch eine Etage draufbauen und hoffen, dass es nicht mehr wackelt.

Was mir absolut zu kurz gekommen ist, ist das Fundament, und das sind nun mal die Rahmenbedingungen, für die Sie alle verantwortlich sind. Wir leben im Internetzeitalter und da muss es möglich sein für Urlauber, vor allem für Familien, das kennen Sie aus Ihrer eigenen Erfahrung, wenn Sie in den Urlaub fahren, dann möchte sich jemand auch Arbeit mitnehmen können und möchte seine zwei Stunden von mir aus abends noch am Rechner ein bisschen was rumtippen

(Thomas Schwarz, SPD: Im Urlaub?)

oder sich Informationen holen, wo man mit der Familie am nächsten Tag hingehet, übers Handy et cetera. Das ist gang und gäbe. Wenn ich in den Urlaub fahre, mache ich das so. Dann setzte ich mich nicht 14 Tage vorher hin und schreibe mir einen 14-Tage-Urlaubsplan, sondern da will ich das alles vor Ort mir erkunden über das Internet, über das Handy. Wir können auch von Fahrradtouren sprechen. Die meisten haben jetzt vorne so ein kleines Navi drauf, damit sie gucken können, wo sind die nächsten Sehenswürdigkeiten et cetera.

(Zuruf von Thomas Krüger, SPD)

Dafür sind Breitband und auch das Mobilfunknetz super auszubauen, damit das alles funktioniert. Selbiges für Wasserwanderer, die nutzen das auch. Die brauchen das sogar für ihre Navigation, wenn sie die Gewässer nicht kennen. Auch das funktioniert nur, wenn man gute Anbindungen an das Mobilfunknetz hat.

Des Weiteren möchte ich den Appell an Sie richten, schaffen Sie Anreize, dass, wenn man als Urlauber

schon schwer mit dem Auto hierherkommt, wenigstens die Möglichkeit besteht, das Auto stehen zu lassen und als Urlauber anderweitig zu seinen Urlaubszielen zu kommen.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Das wollte ich noch loswerden.

(Thomas Krüger, SPD:
Das sind Sie jetzt losgeworden.)

Ich freue mich darauf, wenn wir das Thema im Ausschuss behandeln, und dann können wir auch über Einzelheiten noch diskutieren. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Ums Wort gebeten hat der Minister für Landwirtschaft und Umwelt. Herr Minister, Sie haben das Wort.

Einen Moment noch! Ich will gleich darauf aufmerksam machen, dass diese Redezeit zusätzlich zur angemeldeten der Landesregierung ist und wieder den Oppositionsfaktionen zur Verfügung steht.

Minister Dr. Till Backhaus: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Ich will es relativ kurz machen. Ich fühle mich irgendwie angesprochen, an irgendwelchen Schräubchen zu drehen. Ich will nur darauf hinweisen, wenn man vom Naturtourismus redet, ist Mecklenburg-Vorpommern mittlerweile zu der Destination in Deutschland geworden.

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD:
Das soll auch so bleiben.)

Ich glaube, Sie wissen das gar nicht.

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD:
Das weiß ich! Das weiß ich!)

Wenn Sie auf der Grünen Woche gewesen wären, dann hätten Sie erlebt, wie und mit welchem Gesamteindruck wir dort für das Land Mecklenburg-Vorpommern Werbung machen, insbesondere für den Naturtourismus und ganz stark ausgerichtet auf Familien mit Kindern. Da sage ich auch noch mal sehr klar, was wir in den letzten Jahren im Bereich der Umwelt getan und damit ins Hinterland gezogen haben. Auf 10 Prozent der Fläche des Landes Mecklenburg-Vorpommern werden heute 30 Prozent des Umsatzes in den ländlichen Gebieten gemacht, insbesondere in den Großschutzgebieten. Wissen Sie, dass wir 3 Nationalparke haben von 15 in Deutschland?

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD:
Na selbstverständlich, das habe ich doch gerade erwähnt.)

Nee, haben Sie eben nicht, weil Sie es einfach nicht wissen.

(Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

Wissen Sie, dass wir 3 Biosphärenreservate von 16 in Deutschland haben? Wissen Sie, dass wir das erste nationale Monument haben? Wo ist denn das?

(Zuruf von Thomas Krüger, SPD)

Da müssen Sie mal bei sich die Schraube nachdrehen vielleicht.

(Heiterkeit vonseiten der Fraktionen
der SPD, CDU und DIE LINKE –
Tilo Gundlack, SPD: Da hast du recht!)

Da sage ich dann nur mal, na ja, hat er ja. Er hat ja von der Schraube gesprochen.

Er weiß es nicht. Das sind die Ivenacker Eichen, tausendjährige Eichen. Wann waren Sie das letzte Mal da? Noch nie waren Sie da.

(Horst Förster, AfD:
Natürlich waren wir da!)

Mit dem Baumwipfelpfad, wenn Sie sich das anschauen. Wir haben in kürzester Zeit allein im letzten Halbjahr über 50.000 Besucher, sonst waren im ganzen Jahr 10.000/12.000 Leute da.

(Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

Oder wissen Sie, dass wir sieben Naturparke haben in Mecklenburg-Vorpommern? Wissen Sie, dass wir zurzeit dabei sind, mit Hochdruck in Zusammenarbeit mit dem Wirtschaftsministerium, mit dem Energieministerium, dem Infrastrukturministerium eine Verbindung zu schaffen, einen Weg, einen Naturweg, Nature Way, von Mecklenburg-Vorpommern, wo wir diese ganzen Großschutzgebiete miteinander verknüpfen, um damit Erlebnisreisen quer durch das Land zu entwickeln? Da kann man sich hier nicht hinstellen, um an irgendwelchen Schrauben zu drehen, sondern man muss ein Ziel haben.

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD:
Wie denn ohne Fundament?!
Wie denn ohne Fundament?!)

Wenn man kein Ziel hat, und genau das ist ja bei Ihnen so, dann stimmt jede Richtung.

(Tilo Gundlack, SPD: Mit Ihrer Unwissenheit haben Sie den Punkt getroffen!)

Insofern kann ich Ihnen nur sagen, ich bin sehr stolz auf das, was unsere Leute gerade auch im Hinterland im touristischen Bereich bei der Erschließung dieser Strategien von Kirchen bis hin zu besonderen Sehenswürdigkeiten entwickelt haben.

(Andreas Butzki, SPD: Und Tiergärten!)

Ich bin fest davon überzeugt, das geht auch aus allen Studien hervor, dass das ein ganz wichtiges Segment des Qualitätstourismus in Mecklenburg-Vorpommern darstellt, und daran werden wir weiterarbeiten.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD
und Karsten Kolbe, DIE LINKE)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Noch mal ums Wort gebeten hat für die Fraktion der AfD der Abgeordnete Herr Professor Weber.

Dr. Ralph Weber, AfD: Liebe Bürger von Mecklenburg und Vorpommern! Werte Frau Präsident! Werte Kollegen! Liebe Gäste!

(Peter Ritter, DIE LINKE: Frau Professorin Weber!)

Zunächst mal: Sollen wir jetzt künftig auch dazu übergehen, Herr Minister, und Fragen stellen, wann waren Sie das letzte Mal ...?

Ich hatte eine Kleine Anfrage wegen der Biberpopulation und den Biberschäden auf Usedom an Ihr Ministerium gerichtet. Da kam als Antwort, dass davon nichts bekannt ist. Da war längst alles bekannt, als Sie das beantwortet haben. Sie haben sogar lobenswerterweise Biberscouts ausgebildet und eingesetzt, um dem Herr zu werden. Also wollen wir mal das Kind im Dorf lassen!

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD –
Minister Dr. Till Backhaus: Er hat ja gesagt,
wir sollen an den Schrauben drehen.)

Eigentlich wollte ich zu was ganz anderem sprechen, und zwar wollte ich erwidern oder entgegnen zu dem, was Herr Wildt gesagt hat. Ich war drauf und dran, aufzuspringen und, Bernhard, dir ein Taschentuch zu reichen.

(Andreas Butzki, SPD: Das möchte ich sehen!)

Die armen Hoteliers, wie schlecht es denen auf Usedom und Rügen doch zu gehen scheint!

Also ich möchte mal sagen, natürlich müssen wir was dazu tun, dass die Verkehrswege verbessert werden. Wenn ich meine Bürgersprechstunde auf Usedom abhalte, die dauert zwei Stunden, dann bin ich mit dem Fahrrad von Wolgast bis zur Bürgersprechstunde und zurück im Sommer länger im Stau als die Bürgersprechstunde stattfindet. Insofern, da ist viel im Argen. Aber umso mehr sind auch die Hoteliers und die Gaststättenbetreiber aufgerufen, den Inneninselverkehr mit den Pkw einzudämmen. Dazu wäre es notwendig, dass man beispielsweise in den hoteleigenen Parkhäusern die Parkgebühren für jeden Tag reduziert, in denen das Auto stehen bleibt, dass man für diejenigen, die mit der Bahn anreisen, eine „abfütterbare“ Bahncard einführt, in der Gestalt, dass man 2 oder 3 Euro Erlass bekommt, wenn man die Bahncard vorlegt und in einem Hotel oder in einer Gaststätte vorweist und so weiter.

Da ist auch Verantwortung der Tourismusbetreiber auf den Inseln vorhanden und das würde in einem modernen, umweltschonenden Tourismuskonzept sehr hilfreich sein. Ich kann nur appellieren an alle, die im Tourismus beteiligt sind, auf diesem Wege weiter voranzuschreiten und nicht immer nur dafür zu sorgen, dass man noch besser mit dem Auto auf die Insel kommt und dann auf den Inseln im Stau steht. Das ist der falsche Weg. – Danke schön.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor und ich schließe damit die Aussprache.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 23:** Beratung des Antrages der Fraktion der BMV – Sonderprogramm zur Förderung von Auszubildenden, auf Drucksache 7/1595.

**Antrag der Fraktion der BMV
Sonderprogramm zur Förderung
von Auszubildenden
– Drucksache 7/1595 –**

Das Wort zur Begründung hat der Fraktionsvorsitzende. Herr Kollege Wildt, Sie haben das Wort.

Bernhard Wildt, BMV: Vielen Dank, Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Landtagsabgeordnete! Werte Gäste und Mitbürger! Das passt jetzt thematisch sehr gut zu der Aussprache, die wir im Vorfeld hatten. Wir haben über freie Ausbildungsstellen gesprochen. Gerade im Bereich des Tourismus ist es teilweise nicht mehr möglich, diese Ausbildungsplätze zu besetzen. Andererseits gibt es aber auch Auszubildende, die noch nicht versorgt sind, die keine Ausbildungsstelle in ihrem direkten Wohnumfeld gefunden haben.

Wir sind durch das Programm MobiPro-EU auf die Idee gekommen, ob man so etwas nicht auch vergleichbar in unserem Land Mecklenburg-Vorpommern einrichten könnte. Wir finden das Programm sehr gut. Es gibt Jugendliche, die zum Beispiel aus südeuropäischen oder osteuropäischen Ländern zur Ausbildung nach Deutschland kommen. Das wird gefördert durch die Bundesregierung, durch einen Zuschuss zu den Lebenshaltungskosten, auch gerade zu den Fahrtkosten, die ja doch erheblich sein können. Wir haben aber den gleichen Fall auch bei uns in Mecklenburg-Vorpommern und ich muss sagen, es fällt gerade in unseren Orten auf, dass die jungen Auszubildenden, die aus der Heimat kommen, sagen, na ja, der Kollege, der jetzt aus Spanien kommt, der bekommt diesen Zuschuss, ich komme aus Neubrandenburg, ich musste auch umziehen, ich muss mir ein Zimmer suchen, ich hätte auch gerne diesen Zuschuss.

Das ist eigentlich ein Argument, was man nicht so ohne Weiteres vom Tisch wischen kann. Deswegen möchten wir gerne, dass ein ähnliches Programm aus Landesmitteln für Jugendliche in Mecklenburg-Vorpommern aufgelegt wird. Das betrifft natürlich nicht nur den Tourismus, das kann auch in eine ganz andere Richtung gehen, das kann ein Jugendlicher von Rügen sein, der zum Beispiel in Rostock einen technischen Beruf erlernen möchte, den er zu Hause nicht erlernen könnte. Das Ganze dient also nicht nur der Gleichbehandlung, sondern es dient auch der Erhöhung der Zahl der Jugendlichen, die ihren Wunschberuf erlernen können, auch wenn der Ausbildungsplatz eben nicht in der Nähe des Wohnortes, am Wohnort der Familie liegt.

Wir versprechen uns davon, dass die Zahl der Ausbildungsabbrecher verringert wird, dass ebenfalls die Zahl der jungen Erwachsenen ohne Berufsausbildung, die es leider immer noch gibt, verringert wird. Wir versprechen uns eine Entlastung der Familien, denn viele Familien gehen bis ans Äußerste ihrer Belastungsgrenze, um den Kindern eine Ausbildung in ihrem Wunschberuf zu ermöglichen. Deswegen ist es natürlich auch eine Erhöhung der sozialen Gerechtigkeit, weil es eben nicht nur vom Geldbeutel der Eltern abhängen darf, ob der junge Erwachsene seinen Wunschberuf erlernen kann oder nicht.

Insgesamt führt das besonders im ländlichen Raum zu einer Verbesserung der Lebensbedingungen, denn gerade dort sind ja die Ausbildungsplätze nicht so ohne Weiteres vorhanden, jedenfalls nicht in der Breite, wie sie die Jugendlichen gerne hätten. Nicht zuletzt auch aus Sicht der Wirtschaft unternehmen wir damit zumindest einen kleinen Teil – das ist ein konstruktiver Vorschlag –, um dem drohenden Fachkräftemangel entgegenzuwirken, der täglich offensichtlicher wird in bestimmten Berufen, in bestimmten Regionen, nicht flächendeckend, darauf

weisen die Arbeitsamtsdirektoren ja immer ausdrücklich hin. Wir haben keinen Fachkräftemangel querbeet, aber in bestimmten Berufen und zu bestimmten Jahreszeiten haben wir einen erheblichen Mangel. Dagegen kann man am besten vorgehen, wenn entsprechend ausgebildet wird und die jungen Auszubildenden auch Freude an ihrem Beruf bekommen können.

Natürlich stehen immer schnell die Vorwürfe im Raum, wie es auch gerade wieder zu hören war, die reichen Hoteliers haben sowieso Geld genug, die können das alles selbst bezahlen. Das ist absoluter Unfug und ich weiß auch nicht, was so eine Neiddebatte hier immer soll. Es geht doch letzten Endes darum, dass wir als Land den jungen Auszubildenden nur dann diesen Zuschuss zahlen möchten, wenn die Arbeitgeber auch ihren Teil der Pflicht erfüllen, wenn sie sich an die Tarifverträge halten. Es kann überhaupt nicht die Rede davon sein, dass man mangelnde Zahlungsbereitschaft der Arbeitgeber ausgleicht.

Wer sich das als Arbeitgeber tatsächlich nicht komplett leisten kann, der wird dann wahrscheinlich über kurz oder lang vom Markt verschwinden, der ist einfach nicht erfolgreich und macht damit Platz für andere, für erfolgreichere Unternehmen. Das ist eben Marktwirtschaft im besten Sinne, denn Marktwirtschaft soll am Ende natürlich dazu führen, dass die Arbeitnehmer auch gut bezahlt werden. Das ist ja der Sinn der ganzen Sache und nicht, dass die Arbeitnehmer ausgebeutet werden. Das ist ja nicht zuletzt bei uns die soziale Marktwirtschaft.

Insofern bitte ich Sie also herzlich, diesem Antrag zuzustimmen, und zwar möchte ich gerne um die Überweisung in die Ausschüsse bitten, denn wir müssen natürlich noch ein paar Dinge dabei klären, zum Beispiel, wie die Anrechnung vom Ausbildungs-BAföG und so was genau funktionieren kann. Das ist auch nicht ganz so trivial. Deswegen bitte die Überweisung in den Bildungsausschuss und mitberatend an den Finanzausschuss und Wirtschaftsausschuss. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall Ralf Borschke, BMV)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Danke, Herr Fraktionsvorsitzender.

Sie würden uns bitte noch mitteilen, in welche Ausschüsse Sie den Antrag überwiesen haben wollen?!

(Zurufe aus dem Plenum:

Das hat er doch gerade gesagt. –
Bernhard Wildt, BMV: Bildungsausschuss!
Mitberatend Finanzen und Wirtschaft! –
Simone Oldenburg, DIE LINKE: Wenn
alle Stricke reißen, an die Fraktion.)

Ich hatte es nicht verstanden. Bildung/Wissenschaft, Wirtschaft und Finanzen, okay.

Im Ältestenrat ist vereinbart worden, eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 120 Minuten vorzusehen. Ich sehe und höre dazu keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Ums Wort gebeten hat zunächst die Ministerin für Bildung, Wissenschaft und Kultur. Frau Hesse, Sie haben das Wort.

Ministerin Birgit Hesse: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Schülerinnen und Schüler! Ich denke, das ist gerade für Sie, für euch eine interessante Debatte, weil es Sie oder euch vielleicht betreffen könnte.

Lieber Herr Wildt, Ihr Anliegen ist berechtigt, zu gucken, wie wir eigentlich die Ausbildung noch stärken beziehungsweise auch die Azubis stärken können. Ich finde aber – und seien Sie mir nicht böse, dass ich es so direkt sage –, der Vergleich mit MobiPro, also ein EU-Projekt, der hinkt und ist ein bisschen abenteuerlich. Ich will Ihnen das gerne erklären. Ich finde, Sie versuchen hier – wir bewegen uns in der EU, da kann man vielleicht auch mal mit Obst argumentieren –, Sie versuchen aus einer Birne einen Apfel zu machen, denn wenn man sich mal anguckt, warum dieses Bundesprogramm MobiPro ins Leben gerufen worden ist, dann ist es ein ganz anderer Ansatzpunkt als der, den wir in Mecklenburg-Vorpommern haben.

Warum gab es MobiPro? Das wissen Sie, Sie haben es anskizziert. Weil es gerade in den südlichen Ländern Europas eine sehr hohe Jugendarbeitslosigkeit gegeben hat und noch gibt. Deswegen wurde dieses Programm ins Leben gerufen, um diesen jungen Menschen eine Perspektive in einem anderen Land zu geben. Das ist bei Weitem nicht auf Mecklenburg-Vorpommern zu übertragen, denn hierzulande gibt es 11.000 gemeldete Ausbildungsplätze und daraus gut 9.000 Bewerberinnen und Bewerber. Was will ich damit sagen? In der Regel hat hier jeder die Chance, einen Ausbildungsplatz zu bekommen.

(Simone Oldenburg, DIE LINKE: Das ist ja nun auch eine Milchmädchenrechnung.)

Diejenigen, die nun die Schule abschließen, haben einen bunten Strauß an Perspektiven, aus denen sie wählen können. Das berichten uns die Vereine, Verbände, die Kammern. Händeringend werden Azubis gesucht. Insofern, glaube ich, brauchen wir ein Programm wie MobiPro überhaupt nicht.

Viele Unternehmen haben bereits darauf reagiert – das habe ich in vielen Gesprächen mit den Kammern und Verbänden und auch mit Unternehmen vor Ort erfahren – und sagen sehr wohl, wir müssen etwas für die Attraktivität der Ausbildung machen, die deswegen auch viele Schritte wie das Werben um junge kluge Köpfe auch getan haben. Ich glaube, das ist der richtige Appell, der Wirtschaft zu sagen, kümmert euch um eure Azubis, geht an die Schulen, klärt auf.

(Beifall Andreas Butzki, SPD)

Was wir als Land gemacht haben – ich finde, das ist auch absolut richtig –, wir haben gesagt, wir müssen noch mehr aufklären, gerade im Bereich der beruflichen Ausbildung, der beruflichen Bildung, Stichwort „duale Ausbildung“. Das heißt, wir haben noch mal die Verwaltungsvorschrift geschärft, also diese ganze berufliche Orientierung zieht sich jetzt durch die unterschiedlichen Schulstufen. Insofern, denke ich, haben wir ein gutes Rüstzeug gelegt, um das zu tun, was wichtig ist, nämlich eine frühzeitige Orientierung für junge Menschen, welche berufliche Laufbahn sie einschlagen wollen. Das haben wir gemacht, und ich finde, das ist der richtige und wichtige Punkt.

Vor allen Dingen – das finde ich auch richtig – haben wir Folgendes gemacht: Wir haben gesagt, auch an den Gymnasien brauchen wir eine Berufsorientierung. Wir haben jetzt eine Berufs- und Studienorientierung.

(Simone Oldenburg, DIE LINKE: Lehrplan.)

Die Betonung liegt auf „Beruf“, weil es einfach wichtig ist, dass Perspektiven und Alternativen zum Studium aufgezeigt werden. Das heißt also, nicht jeder, der Abitur macht, muss auch zwangsläufig ein Studium machen. Eine duale Ausbildung bietet gerade hier in Mecklenburg-Vorpommern gute Chancen, in den Betrieben aufzusteigen. Insofern denke ich, ist uns ein guter und kluger Schritt gelungen, noch mal mehr aufzuklären über den Wert, den Stellenwert einer dualen Ausbildung. Ich glaube, da sind wir uns alle einig.

Was wir auch gemacht haben: Es gibt selbstverständlich eine Unterstützung für Anfahrten bezogen auf die Praktika bei uns im Land. Wir haben entsprechend eine Richtlinie, wo auch Gelder abgerufen werden können. Davon machen viele Azubis Gebrauch.

Ein letzter Punkt, den ich gerne noch ansprechen möchte, ist, dass wir im Bereich der außerschulischen Berufsorientierung Geld in die Hand genommen haben, 1,3 Millionen Euro, um auch dort noch mal die Wertigkeit der beruflichen Ausbildung deutlich zu machen.

Sie sehen also, es ist ein guter Gedanke von Ihnen, aber wir machen vieles. Und MobiPro ist für mich nicht der geeignete Weg, um das Ziel zu erreichen, das Sie skizziert haben. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Danke, Frau Ministerin.

Für die Fraktion der AfD hat jetzt das Wort der Abgeordnete Obereiner.

Bert Obereiner, AfD: Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Wir haben ja bereits auf nationaler Ebene die Bundesausbildungsbeihilfe, wir haben auch das BAföG. Wie das im MobiPro-Programm jetzt integriert werden soll, erschließt sich uns nicht. Die in der Antragsbegründung aufgeführten neuen Ziele können unseres Erachtens auch mit den vorhandenen Instrumenten erreicht werden. Die müssen dann modifiziert werden. Das Anliegen dieses Antrages ist natürlich positiv zu bewerten, dagegen haben wir auch nichts.

Ich habe mir mal die Entwicklung der Ausbildungsvergütung in Ostdeutschland in den letzten zehn Jahren auf der Seite des Bundesinstituts für Berufsbildung herausgesucht. Da haben wir im Durchschnitt einen Anstieg der Ausbildungsvergütung, der tariflichen Ausbildungsvergütung von nominal fünf Prozent pro Jahr. Das ist ja nun nicht so schlecht. Die Situation hat sich also auf der Entgeltseite in den letzten zehn Jahren schon deutlich verbessert, was die Ausbildungsvergütung betrifft. Wie Sie ein Bundesprogramm in ein Landesprogramm integrieren wollen, erschließt sich uns jetzt nicht. Das verstehe ich nicht, das kann ich nicht nachvollziehen. Wenn wir die Qualität der Berufsbildung mit den vorhandenen Mitteln verbessern wollen, dann, denke ich, wäre es vielleicht besser, den Fokus auf die Lehrkörper an den Berufs-

schulen zu lenken, speziell vor dem Hintergrund der Überalterung, die dort in den letzten Jahren leider aufgetreten ist.

Dann hatten wir ja in der letzten Woche vom Wirtschaftsausschuss einen Termin in der IHK in Neubrandenburg. Es war von der BMV-Fraktion niemand dabei. Da hatte uns die IHK geschildert, dass die Probleme unter anderem auch daran liegen, dass die Berufsschulstandorte immer stärker zentralisiert werden. Vielleicht sollte man dort etwas mehr ansetzen, als jetzt dieses zusätzliche Programm einzuführen. Einer Überweisung in die Ausschüsse werden wir allerdings zustimmen. – Danke.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Für die Fraktion der CDU hat jetzt das Wort der Abgeordnete Reinhardt.

Marc Reinhardt, CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen! Die AfD – ach, die AfD hätte ich beinahe gesagt –, die BMV, Herr Wildt, Sie haben ja den Antrag gestellt: ein Konzept zur Ausbildungsförderung für Mecklenburg-Vorpommern vorlegen. Wir wissen, die duale Berufsausbildung ist bekanntlich eine ganz starke Säule der mittelständischen Wirtschaft und auch ein Projekt, worum uns in Europa sehr viele beneiden.

(Andreas Butzki, SPD: Genau.)

Zur Umsetzung – die Ministerin hat es ja schon gesagt –: Sie wollen sich an MobiPro-EU orientieren, das will ich jetzt nicht weiter ausführen, aber wir haben gehört, das Programm hatte quasi so einen solidarischen Gedanken, die Ministerin hat es gesagt, dass wir südeuropäischen Ländern vermehrt angeboten haben, dass, wenn sie dort Jugendliche haben, die das möchten, wir sie in anderen Ländern aufnehmen und sie hier bei uns eine Berufsausbildung machen können.

Ich finde, dass wir uns an diesem Programm nicht so wirklich orientieren können. Ich will aber auch sagen, wir haben etwas recht Ähnliches, die Ministerin ist ganz kurz darauf eingegangen. Es war, glaube ich, Anfang der letzten Legislaturperiode, da haben sozusagen die Väter dieser Initiative – Torsten Renz, mein Parlamentarischer Geschäftsführer sitzt ja da,

(Simone Oldenburg, DIE LINKE: Ooh!)

ich gehörte auch dazu, und irgendwann kam auch Herr Butzki dazu und hat das unterstützt,

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Butzki wurde Patenonkel.)

und wir wollen doch nicht den damaligen Bildungsminister, der heute Finanzminister ist, vergessen – so eine Initiative ins Leben gerufen. Damals waren in diesem Topf zur Unterstützung von Fahrtkosten und auswärtiger Unterbringung 100.000 Euro.

(Heiterkeit bei Simone Oldenburg, DIE LINKE)

Heute sind in diesem Topf 340.000 Euro.

Ja, ich komme auch gleich zu den Problemen,

(Simone Oldenburg, DIE LINKE:
Das ist in Ordnung.)

die haben wir, seit es dieses Programm gibt. Die Idee, die dahintersteckt – das, glaube ich, können auch Sie sagen, Frau Oldenburg –, die ist nach wie vor gut, aber in der verwaltungstechnischen Umsetzung gibt es bis heute Defizite. Das liegt zum einen daran, dass wir, gerade, was die Sozialgesetzgebung betrifft und was die Anrechnung von Hartz IV und so was betrifft, das auf Bundesebene noch nicht wirklich gut geregelt haben. Es liegt vielleicht auch daran – und daran wollen wir arbeiten –, diese Verordnung ist gerade in der Überarbeitung. Zurzeit greift sie ja nur, wenn man maximal 500 Euro Ausbildungsvergütung hat. Wir wissen aber, der Durchschnitt liegt irgendwo bei 800 Euro. Wir sind bestrebt, damit das Geld wirklich abfließt, dieses Jahr diesen Wert anzupassen, möglichst auf 600 Euro oder auch darüber. Es muss uns ja gelingen, dass diese 340.000 Euro, die im Haushalt stehen, tatsächlich von den Jugendlichen genutzt werden können.

(Andreas Butzki, SPD: Genau.)

Im letzten Jahr, das wissen wir, sind davon nur 112.000 Euro abgeflossen. Das ist natürlich nicht befriedigend. Deshalb müssen wir hier nachbessern. Das hat für meine Fraktion und gerade für die beiden Väter, die das damals initiiert haben, eine große Bedeutung. Da werden wir auch mit unserem Koalitionspartner weiter im Gespräch bleiben. Wir haben uns ja das Ziel gesetzt, zum nächsten Ausbildungsbeginn, also quasi im August/September des Jahres, die Neuregelung in Kraft treten zu lassen.

Ansonsten will ich nur mal kurz wiederholen, Herr Wildt, die Ministerin hat es gesagt, wir haben heute 9.000 Bewerber und 11.000 bis 12.000 Stellen zu vergeben. Insofern ist das schon eine recht komfortable Situation.

(Henning Foerster, DIE LINKE:
Im Gastgewerbe bleiben die
Stellen trotzdem unbesetzt.)

Ich will noch mal auf 1996, als ich aus der Schule gekommen bin, hinweisen. Wir waren 30.000 Schulabgänger und hatten auch nur 12.000 Ausbildungsplätze. Da war das ...

(Zuruf von Simone Oldenburg, DIE LINKE)

Ja, man darf aber immer noch mal darauf verweisen. Ihr macht das ja auch so gerne, Frau Simone Oldenburg. Insofern kann ich auch darauf verweisen.

(Simone Oldenburg, DIE LINKE:
Herr Vater Marc Reinhardt.)

Ich will nur damit sagen, die Demografie hat hier einen ganz kleinen positiven Effekt, nämlich, dass es heute möglich ist, dass keiner der Schulabsolventen Mecklenburg-Vorpommern verlassen muss, so, wie das früher war. Wir haben heute genug Ausbildungsmöglichkeiten, wir haben genug Studiemöglichkeiten. Wir haben auch im Landesdienst, bei der Polizei genug Ausbildungskapazitäten, die zur Verfügung stehen, und können den jungen Leuten sagen, ja, es ist möglich, ihr könnt euch eine Zukunft von Anfang an in Mecklenburg-Vorpommern aufbauen.

(Zuruf von Thomas Krüger, SPD)

Daran werden wir mit unserem Koalitionspartner gemeinsam weiterarbeiten und ich lade Sie alle recht herzlich dazu ein. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Danke, Herr Abgeordneter.

Für die Fraktion DIE LINKE hat jetzt das Wort der Abgeordnete Foerster.

Henning Foerster, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren!

Herr Wildt, zunächst mal: Die Intention des Antrags der Fraktion BMV wird von uns uneingeschränkt geteilt. Die Probleme, die Sie beschrieben haben, sind schon sehr häufig Thema im Hohen Haus gewesen, auch namentlich hier eingebracht durch meine Fraktion. Dennoch muss ich Ihnen sagen, auch wir glauben, dass man das Problem grundsätzlicher angehen muss als mit einem Sonderförderprogramm, das sich an die Konditionen von MobiPro-EU anlehnt und das dann bestenfalls wieder nur für einen befristeten Zeitraum wirken kann.

Den Erfolg dieses Sonderprogramms, das Sie quasi als Blaupause genommen haben für Ihren Antrag, muss man schon sehr differenziert betrachten. Denn bevor Sie das hernehmen und sagen, auf der Basis dieser Dinge möchten Sie hier Ähnliches für deutsche Auszubildende auf den Weg bringen, sollten Sie sich mal mit Trägern, die sich mit der Umsetzung dieses Themas beschäftigt haben, oder mit den Betrieben unterhalten.

(Andreas Butzki, SPD: Genau.)

Ich will einige Dinge nennen, die dazu auch an mich im Rahmen von Vor-Ort-Besuchen herangetragen worden sind.

Die Träger würden Ihnen das Problem des 10-Prozent-Eigenanteils nennen, für den keine Sachkosten geltend gemacht werden konnten, für den man auch nicht über Drittmittel oder Einnahmen im Projekt eine Finanzierung herbeiführen konnte. Die würden Ihnen was erzählen zu dem bürokratischen Aufwand, der in diesem Fall mit der Dokumentation für den Fördermittelgeber einhergegangen ist. Und wenn Sie in die Unternehmen gehen, dann werden Sie dort merken, dass es einerseits viel Lob für die Motivation der jungen Leute geben wird, andererseits werden Ihnen die Unternehmer aber auch vom extremen Heimweh, von mangelnden Deutschkenntnissen und von der Notwendigkeit, nicht nur Ausbildungsbetrieb, sondern ein Stück weit auch Mutter- und Vaterersatz zu sein, berichten.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Da können sie ja zu Marc Reinhardt gehen, der war Vater des Programms.)

Diese gesamte Gemengelage hat dazu geführt, dass es eben nicht gelungen ist, etliche Jugendliche langfristig an den Betrieb zu binden.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Vater, Vater, ik fass dir nicht an.)

Ein nicht unbeträchtlicher Teil ist inzwischen schon wieder in seine Heimatländer zurückgekehrt.

Dass sich die Unternehmen insbesondere im Handwerksbereich und auch im Gastrobereich trotzdem gern weiter engagieren möchten, kann man nachvollziehen mit Blick auf die angerissene Fachkräfteproblematik. Allerdings sahen sie das Aus für dieses Sonderprogramm kritisch, das ist doch sehr enttäuschend für sie gewesen. Sie haben sehr deutlich gesagt, dass Maßnahmen ohne dauerhafte finanzielle Förderung, zum Beispiel für Sprachkurse, Reisekosten, Unterbringung oder sozialpädagogische Unterstützung, so nicht auf den Weg gebracht werden können, und sie haben kritisiert, dass dieses Aus vollkommen intransparent war. Da spielt natürlich das Bundesarbeitsministerium auch eine entscheidende Rolle. Das will ich nur sagen zum Dilemma „zeitlich befristete Förderprogramme“ im Allgemeinen und zu dem von Ihnen hier vergleichsweise Herangeführten im Speziellen.

Jetzt allerdings noch einige Anmerkungen grundsätzlicher Art: Ich denke, wir stimmen darin überein, dass sich die Lebenssituation von Auszubildenden in den letzten Jahren stark verändert hat. Die jungen Leute beginnen immer später mit der Ausbildung als noch zu Zeiten der Einführung des Berufsbildungsgesetzes. Wenn man das mal nachschaut, dann sieht man, dass in den letzten Jahren weniger als die Hälfte der Bewerberinnen und Bewerber aus dem aktuellen Schulabgangsjahr kam. Bei nahezu jedem fünften Bewerber lag der Schulabgang sogar ein Jahr und bei fast jedem dritten sogar schon zwei Jahre und länger zurück.

Woran liegt das? Zum einen probieren sich junge Leute natürlich heutzutage gerne aus. Sie nutzen dabei die Formate wie das Freiwillige Soziale Jahr, das Freiwillige Ökologische Jahr oder den Bundesfreiwilligendienst.

(Thomas Krüger, SPD: Das ist auch gut so.)

Andererseits ist es so, dass, wenn sie dann durch sind und sich entschieden haben, völlig neue Herausforderungen auf sie zukommen als noch vor 20, 30 oder 40 Jahren. Denn fast immer und überall wird ja nach wie vor ein Höchstmaß an Flexibilität und auch Mobilität von ihnen verlangt. Wer dann zumindest in seinem Wunschberuf hofft, im Bewerbungsverfahren den Zuschlag zu bekommen, der muss im Zweifel bereit sein, weitere Entfernungen zu überwinden, zu pendeln oder den Wohnort zu wechseln.

Dann treten genau die Herausforderungen ein, die Sie mit Ihrem Antrag aufgegriffen haben, das heißt, ich muss ein Internatzimmer finanzieren oder ich muss im Zweifel auch eine Wohnung am Ausbildungsort beziehungsweise am Ort der Berufsschule finanzieren. Dafür ist es natürlich essenziell, was ich für eine Ausbildungsvergütung bekomme. Wenn ich mir das anschau – das ist geregelt im Berufsbildungsgesetz –, dann steht da unter Paragraph 17, dass eine angemessene Ausbildungsvergütung zu zahlen ist. Ich finde dort aber keinerlei Wert. Für die Auszubildenden ist die Zahlung einer angemessenen Vergütung aus unterschiedlichsten Gründen sehr wichtig. Zum einen ist sie pünktlich und zuverlässig gezahlt natürlich ein Ausdruck der Anerkennung ihrer schon geleisteten Arbeit und zum anderen ist sie auch notwendig, um ein vom Elternhaus weitgehend unabhängiges Leben führen zu können.

Jetzt haben Sie etwas zu tariflichen Vergütungen gesagt. Ich finde es gut, dass Sie in Ihrem Antrag ausdrücklich geschrieben haben, Sie wollen, ich sage mal, keine Möglichkeit schaffen, dort irgendetwas quer zu subventionieren, so will ich es mal ausdrücken. Für tarifgebundene Ausbildungsbetriebe sind die Vergütungen verbindliche Mindestbeträge, das heißt, ich darf nicht runtergehen. Aber wenn die Ausbildungsbetriebe nicht tarifgebunden sind, dürfen die Ausbildungsvergütungen nach Branche und Region von den ortsüblichen Ausbildungsvergütungen um bis zu 20 Prozent unterschritten werden. Da kommen wir dann natürlich zu einem großen Problem.

Ich hatte jüngst angefragt, wie sich die Zahl der tarifgebundenen Ausbildungsbetriebe in Mecklenburg-Vorpommern entwickelt hat. Das waren 2011 3.500 und heute sind es 4.000. Wenn man sich das absolut anschaut, was das für die Zahl der Auszubildenden bedeutet, dann haben wir heute rund 15.000, die eine tarifliche Ausbildungsvergütung bekommen. Das sind etwa 1.000 mehr als vor fünf Jahren. Allerdings will ich anmerken, für Entwarnung ist es viel zu früh, weil nach wie vor lediglich 43 Prozent der Ausbildungsbetriebe überhaupt tarifgebunden sind. Selbst da, wo es tarifliche Ausbildungsvergütungen gibt, ist nicht alles Gold, was glänzt, denn was am Ende tatsächlich gezahlt wird, hängt natürlich von der Organisationsmacht der Gewerkschaften in der jeweiligen Branche ab. Da wissen wir, dass ein Gleisbauer am Ende natürlich was anderes verdient – schon in der Ausbildung – als ein Bäcker oder ein Friseur.

Das wäre nicht das ganz große Problem, wenn es für Auszubildende ähnlich wie für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer eine branchenübergreifende gesetzliche Untergrenze geben würde, also konkret eine Mindestausbildungsvergütung. Da will ich jetzt gar nicht über die Höhe streiten, damit könnte man sich auseinandersetzen, aber ich finde es schon ein Stück weit paradox, dass wir auf der einen Seite für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer einen Mindestlohn haben, aber für die jungen Leute, die sich in der Ausbildung befinden, keine Mindestausbildungsvergütung.

(Bernhard Wildt, BMV: Das stimmt.)

Ich will noch mal zwei, drei Zahlen nennen, damit nachvollziehbar wird, warum wir die eigentlich auch in Mecklenburg-Vorpommern gut gebrauchen könnten. Im letzten Ausbildungsreport des DGB – der ist zugegebenermaßen schon drei Jahre alt, da wird es auch eine Entwicklung gegeben haben, aber nichtsdestotrotz noch mal die Zahlen, um das zu versinnbildlichen – wurde festgestellt, dass 37,6 Prozent der Azubis zwischen 250 und 500 Euro im Monat verdienen, 44,1 Prozent zwischen 500 und 750 Euro monatlich und nur 14,7 Prozent mehr als 750 Euro.

(Vizepräsidentin Beate Schlupp übernimmt den Vorsitz.)

Die negativste Zahl waren die 3,6 Prozent der Azubis, die für ihre Arbeit sogar weniger als 250 Euro bekommen haben, was auch damals schon deutlich unter dem Hartz-IV-Satz für Jugendliche ab 14 und insbesondere natürlich ab 18 Jahren lag.

Noch mal: Ich will gern zugestehen, die heutigen Zahlen werden schon wieder etwas anders, will heißen, sicherlich auch etwas besser aussehen. Aber völlig klar muss uns doch sein, dass Ausbildungsvergütungen zum einen

die Leistung der Auszubildenden würdigen müssen und zum anderen deutlich über dem Existenzminimum liegen sollen. Ansonsten brauchen wir uns über die Herausforderungen, die Sie zu Recht beschrieben haben, gar nicht mehr zu unterhalten.

Es ist angeklungen, bei den Steigerungen der letzten Jahre haben die Lehrlinge in Mecklenburg-Vorpommern im Durchschnitt der tariflichen Ausbildungsvergütung der Bundesrepublik Deutschland gelegen. Aber wenn wir von Durchschnitt reden, dann müssen wir auch dazusagen, dass wir niedrige Ausgangswerte haben. Insofern hier davon zu sprechen, dass die Kuh schon vom Eis ist, wäre sicherlich eine gewagte Behauptung. Deswegen muss sich auch an der Stelle was tun, ansonsten werden sich Jugendliche weiterhin in der heutigen Zeit den Ort und den Ausbildungsbetrieb gegebenenfalls außerhalb von Mecklenburg-Vorpommern suchen, den sie für den besten halten. Ich glaube, auch vor dem Hintergrund müssen wir tatsächlich noch mal über die Unterstützungsmöglichkeiten reden – über das Wie insbesondere.

Was sind noch die Herausforderungen für junge Leute gerade in dem Bereich, den Sie mit dem Antrag angerissen haben? Das klang ja vorhin in der Aussprache schon an. Ich habe es anklingen lassen, es geht natürlich um eine vernünftige, will heißen, bezahlbare Unterbringung am Ausbildungs- und Berufsschulstandort. Und wenn wir über die Hotel- und Gastronomiebranche reden, dann ist ja völlig klar, dass gerade an der Ostseeküste ein Azubi mit seinen finanziellen Möglichkeiten Probleme bekommen wird, eine Wohnung an seinem Ausbildungsort beziehungsweise auch am Standort der Berufsschule zu finden. Wenn er solche Möglichkeiten nicht findet und aus diesem Grund pendeln muss, stellt sich natürlich auch die Frage der Fahrtkosten. Das ist ja genau das Thema, über das wir hier reden.

Worin ich nicht mit Ihnen übereinstimme, ist Ihre Analyse mit Blick auf die Unternehmen. Natürlich sind die erst mal gefragt. Die könnten ja beispielsweise auch Geld in die Hand nehmen und sagen, ich finanziere dir ein Ausbildungsticket oder gebe dir zumindest einen Fahrtkostenzuschuss. Da passiert nach meiner Einschätzung noch zu wenig.

(Andreas Butzki, SPD: Genau.)

Die Landespolitik, das ist vom Kollegen Reinhardt angerissen worden, hat zwar das Problem erkannt, aber wenn ich mir die Förderrichtlinie anschau, die er hier zitiert hat, dann gilt wohl wieder mal der alte Spruch: „Gut gemeint ist noch lange nicht gut gemacht.“

(Marc Reinhardt, CDU:
Wir arbeiten ständig damit.)

Ja, seit 2015 gibt es diese Richtlinie, über die man zumindest theoretisch Unterstützung erhalten kann. Wenn wir uns das aber mal praktisch angucken, dann kommt die Förderung bei relativ wenig Auszubildenden an.

Ich habe mir die Zahlen noch mal geben lassen. Im Schuljahr 2016/2017 wurden immerhin noch 535 von 739 Anträgen bewilligt. Bis zum 4. Oktober des aktuellen Schuljahres waren es 84 von 132. Woran das liegt, klang bei Ihnen an, ohne dass Sie es dezidiert ausgeführt haben, Herr Reinhardt. Das hat etwas damit zu tun, dass sie

nur in den Genuss dieser Förderung kommen können, wenn sie als Auszubildende brutto weniger als 500 Euro Ausbildungsvergütung bekommen. Nur dann können sie 175 Euro Unterkunftszuschuss pro Halbjahr bekommen beziehungsweise, wenn sie eine Fahrstrecke von bis zu 300 Kilometer zwischen Ausbildungs- oder Wohnort und Unterrichtsort haben, können sie nochmals 140 Euro je Halbjahr bekommen. Allerdings dürfen sie dann nicht sozial benachteiligt sein, also sie dürfen nicht mit ihren Eltern oder ihrem Partner in einer sogenannten Bedarfsgemeinschaft leben oder selbst Hartz IV beziehen, denn dann wird diese Leistung angerechnet und verschwindet sofort im Hartz-IV-Topf.

Das ist auch wieder so ein Beispiel für diese unselige Hartz-Gesetzgebung, die Entwicklung eben nicht befördert, sondern oftmals hemmt. Da muss man schon fragen, wer sich so was ausdenkt. Ich glaube, wenn Sie den Azubis in unserem Land helfen wollen, meine Damen und Herren von SPD und CDU, dann müssen Sie sich dringend dafür einsetzen, dass diese unsägliche Anrechnung aufgehoben wird. Denn wegen der niedrigen Einkommen und der Ausbildungsvergütung wären viele Jugendliche in unserem Land auf diese Hilfen angewiesen, aber so, wie es jetzt konzipiert ist, macht es gar keinen Sinn, weil das Geld eigentlich gar nicht bei denen ankommt, die es am meisten benötigen würden.

Was ist denn – und das ist vielleicht schon ein bisschen Ursachenforschung –, was ist denn ursächlich dafür, dass ich so lange Wege zur Ausbildung habe? Die Landesregierung hat ja die Berufsschulen und damit auch die Auszubildenden im Land seit Jahren nicht nur personell vernachlässigt, was zu vielen Stundenausfällen geführt hat und auch weiterhin führt, sondern auch die Zusammenlegung zu sogenannten Landesfachklassen, die Zusammenlegung von Berufsschulen und die Ausdünnung der Ausbildungsberufe waren die Ursachen für weite Wege und die Notwendigkeit auswärtiger Unterbringung.

(Torsten Renz, CDU: Möglicherweise auch die Geburtenraten?! –
Zurufe von Andreas Butzki, SPD,
und Peter Ritter, DIE LINKE)

Herr Renz, Sie sind nun nicht Mitglied des Wirtschaftsausschusses. Wir hatten als Wirtschaftsausschuss in der vergangenen Woche die Möglichkeit, mit der IHK Neubrandenburg, die ja für das östliche Mecklenburg-Vorpommern zuständig ist, über genau diese Problematik zu reden. Und was hat man uns an der Stelle ins Stammbuch geschrieben? Da wurde gesagt, 71 Berufe oder 50 Prozent der Berufe in Mecklenburg-Vorpommern werden nur noch in Landesfachklassen ausgebildet.

(Torsten Renz, CDU: Ja, aber was ist denn nun mit der Geburtenrate und der demografischen Entwicklung?)

Im Vergleich zum Bundesdurchschnitt beklagen in Mecklenburg-Vorpommern mehr als doppelt so viele Unternehmen zu weite Wege zur Berufsschule. Nur noch vier Ausbildungsberufe werden durch alle acht Schulträger vorgehalten und für 189 Berufe sind andere Bundesländer als Einzugsbereich aufgenommen worden.

(Torsten Renz, CDU:
Und was ist die Ursache dafür?)

Das wiederum führt mich dann zum wirklich letzten Punkt meiner Rede. Es gibt ja ein Urteil des Verwaltungsgerichtshofes Baden-Württemberg vom 28.06.2016. Da ist sinngemäß gesagt worden, es sind nicht nur Zuschüsse zu zahlen, sondern die realen Kosten. Wenn wir das in der Vergangenheit thematisiert haben, dann hat die Landesregierung immer gesagt, sie prüft dieses Urteil, das jetzt auch schon mehr als ein Jahr. Ich würde gerne mal wissen – vielleicht kann sich ja mal jemand von der Regierungsbank dazu herablassen, hier etwas dazu zu sagen –,

(Andreas Butzki, SPD: Oh, oh, oh!)

wann denn diese lange Prüfung abgeschlossen ist.

(Unruhe vonseiten der Fraktion der SPD)

Meine Damen und Herren, zusammengefasst ist das Thema, das die BMV-Fraktion gesetzt hat, wichtig und treibt uns ebenso um. Wir werden der Überweisung zustimmen. Sollte sie nicht zustande kommen, werden wir uns enthalten, weil wir den Weg nicht für den richtigen halten, den Sie hier aufgezeigt haben. Aber einer Beratung im zuständigen Ausschuss beziehungsweise in den zuständigen Ausschüssen würden wir uns natürlich nicht verweigern wollen.

(Zuruf von Andreas Butzki, SPD)

Jetzt noch eine Sache, Frau Hesse: Sie hatten in Ihrem Redebeitrag darauf abgestellt, dass es ja jetzt ein Fach Studienorientierung gibt, was nicht nur darauf abzielt, wenn ich das richtig verstanden habe, Werbung für das Studium zu machen, sondern auch die duale Ausbildung an den Schulen stärker im Bewusstsein der jungen Leute zu verankern – grundsätzlich ein zu begrüßender Schritt. Allerdings gibt es dafür, soweit mir bekannt ist, nach wie vor gar keinen Lehrplan. Insofern wäre das auch noch mal ein Auftrag an die Landesregierung, hier tätig zu werden, damit das am Ende tatsächlich zu dem Fortschritt führt, den Sie ja ganz offenkundig damit anstreben. Da haben Sie auch unsere Unterstützung, denn die ausschließliche Orientierung aufs Studium ist sicherlich nicht der richtige Weg. Aber, wie gesagt, den Lehrplan, müssten Sie dann mal beizeiten liefern. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE
und Bernhard Wildt, BMV)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Das Wort hat jetzt für die Fraktion der SPD der Abgeordnete Herr Butzki.

Andreas Butzki, SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Werte Kolleginnen und Kollegen!

Herr Foerster, ich staune immer wieder, wie Sie Ihre Themen jedes Mal so umfangreich darstellen können.

(Henning Foerster, DIE LINKE:
Wenn man sich Mühe gibt, dann geht das. –
Zurufe von Simone Oldenburg, DIE LINKE,
und Peter Ritter, DIE LINKE)

Ich will kurz was sagen: Ziffer 246 der Koalitionsvereinbarung sagt ganz eindeutig, die duale Berufsausbildung gehört zu den wichtigsten Standbeinen unserer wettbewerbsfähigen Wirtschaft. Beide Fraktionen wissen also, wie wichtig diese berufliche Ausbildung ist.

Herr Renz hat es in einem Zwischenruf kurz gesagt, die Situation auf dem Lehrstellenmarkt hat sich dramatisch verändert. Vor wenigen Jahren hatten wir noch 70.000 Berufsschülerinnen und Berufsschüler.

(Henning Foerster, DIE LINKE:
Herr Butzki, wir reden über
einen ganz konkreten Bereich.)

Hören Sie zu! Ich habe auch nicht so viel bei Ihnen dazwischengerufen. Sie werden das nachher noch hören.

Die Betriebe konnten sich damals die Lehrlinge aussuchen. Das war natürlich eine sehr komfortable Situation, und sie bekamen auch zusätzliche Anreize, wenn sie zusätzliche Lehrstellen geschaffen haben. Das ist jetzt weg, weil sich die Situation verändert hat. Wenn man sich überlegt, derzeit lernen an unseren beruflichen Schulen knapp 30.000 Berufsschülerinnen und Berufsschüler, die Zahlen sind also um die Hälfte zurückgegangen, dann ist es doch ganz klar, dass die Verantwortlichen der Landkreise und des Landes irgendwie reagieren und eine vernünftige Schulentwicklungsplanung machen müssen.

Herr Reinhardt hat gerade von der Verordnung gesprochen. Wir haben intensiv, auch bei uns im Landkreis Mecklenburgische Seenplatte, überlegt, wie wir die Berufsschulstandortstruktur vernünftig stricken können. Auf der einen Seite müssen wir eine gute fachliche Ausbildung gewähren und auf der anderen Seite müssen wir darauf achten, dass die Wege nicht zu weit werden. Und natürlich muss es, wenn weniger da sind – wir wollen im Land noch einiges anbieten –, einige Landesfachklassen geben. Natürlich ist das ein Problem.

Wir haben auch Schüler in Bundesfachklassen in einigen Berufen. Ich glaube, bei den Fischern haben wir zwei oder drei Ausbildungen, und das in einem Küstenland. Das ist dann sicherlich ein Problem.

(Simone Oldenburg, DIE LINKE: Ja, darum!)

Bei solchen Sachen wird es irgendwie immer zu Problemen kommen. Diesen Jugendlichen muss natürlich geholfen werden. Entsprechende Verordnungen – wir haben es schon gesagt – haben wir versucht, nicht versucht, haben wir in die Wege geleitet. Die Umsetzung ist sehr schwierig. Das hängt auch mit der BA zusammen, mit der Anrechnung und so weiter und so fort.

Für die Unterbringung am Ausbildungsort steht darüber hinaus noch die Berufsausbildungshilfe aus Bundesmitteln zur Verfügung. Aber – das ist schon mehrfach angeklungen – es liegt auch ein bisschen in der Verantwortung der Wirtschaft. Bei der Ausbildung – Herr Foerster hat das sehr ausführlich dargestellt, ich will das wirklich nur ganz kurz anreißen – brauchen sie natürlich eine faire Vergütung. Dafür arbeiten sie auf der anderen Seite gerade im Hotelwesen tatkräftig in den Unternehmen, in Hotels, in der Gastronomie und so weiter gut mit. Es sollte wirklich auch im Interesse der Wirtschaft liegen, den Kindern Perspektiven zu geben, und das geht schon mit einem vernünftigen Lehrlingsentgelt einher.

Eine stärkere Subventionierung – das wäre ja nichts anderes in Ihrem Vorschlag. Niedrige Ausbildungsvergütungen können natürlich keine sinnvolle Landespolitik sein angesichts des demografischen Wandels. Die Fach-

kräftesituation ist jetzt schon mehrmals angesprochen worden. Einige Branchen haben die Zeichen der Zeit erkannt. Wir dürfen nicht vergessen, unsere Jugendlichen werden immer mobiler und sie suchen sich dann auch ihre entsprechenden Ausbildungsplätze heraus.

Heute liegt uns nun Ihr Antrag vor, und ich nehme Ihnen wirklich ab, dass Sie sich ernsthaft mit der Situation der Auszubildenden in Mecklenburg-Vorpommern beschäftigen. Dabei haben wir sicherlich auch die gleiche Zielsetzung, nämlich die Verbesserung der Situation der Jugendlichen in den kleineren und größeren Firmen. Das soll ja eigentlich Ziel sein. Aber der Ansatz und der Weg unterscheiden sich. In Ihrem Antrag – das möchte ich hier ruhig noch mal sagen – haben Sie die Formulierung „einheimische Jugendliche“ verwendet. Ich weiß nicht, ob bewusst oder unbewusst, wie gesagt, das weiß ich nicht. Für mich ist das wirklich eine ungenaue Definition und es schließt auch von vornherein Personengruppen aus. Gerade im grenznahen Raum zu Polen sind beispielsweise schon viele polnische Jugendliche, die eine Lehrausbildung aufgenommen haben. Ich kann Ihnen das von meiner Heimatstadt Neustrelitz sagen: Wir haben aus unserer Partnerstadt Szczecin ebenfalls eine Jugendliche ausgebildet, die jetzt Verwaltungsfachangestellte ist und bei uns in der Neustrelitzer Stadtverwaltung eine sehr, sehr gute Arbeit leistet.

(Zuruf von Patrick Dahlemann, SPD)

Für unsere Fraktion ist es unabdingbar, dass wir da wirklich eine Gleichbehandlung haben.

Der zweite Absatz Ihres Antrages, Herr Wildt, stellt sich in einem großen Widerspruch dar. Sie wollen nur die Jugendlichen unterstützen, die nach einem gültigen Tarifvertrag bezahlt werden. Gerade die Auszubildenden, die nicht nach Tarif bezahlt werden, die nicht ihren Lebensunterhalt davon bestreiten können und die nicht aus Kostengründen oder nur unregelmäßig zu der zuständigen beruflichen Schule kommen, sind doch ein Problem.

Und dann – es wurde heute auch schon mehrfach gesagt – hat sich dieses Sonderprogramm MobiPro-EU nicht bewährt. Der Verwaltungsaufwand ist einfach viel zu groß, die Länder wurden bei der ganzen Ausarbeitung überhaupt nicht mit einbezogen. Ich will nicht sagen, es wurde übergestülpt, aber es war einfach da. Das Pilotprojekt war – in Anführungsstrichen! – „so gut“, dass es vorzeitig beendet wurde. Man kann also feststellen, in Einzelfällen hat es funktioniert, aber ansonsten war es eher problematisch und führte auch zu vielen Abbrüchen. Zur Fahrkostenregelung wurde schon einiges gesagt, das will ich jetzt weglassen.

Die aufgelisteten Zielpunkte sind alle erstrebenswert. Mit diesem Antrag werden wir das aber nicht erreichen. Die Wirtschaft, die Gewerkschaft und die Verbände dürfen wir nicht aus ihrer Pflicht entlassen und müssen sie wirklich intensiv in diese Beratungen miteinbeziehen. Wir haben es gehört, die IHK hat sich schon verständigt, ich bin auch ständig in Neubrandenburg beziehungsweise Herr Todt von der IHK war in Schwerin am Dienstag mit dabei. Man ist ständig in Kontakt mit den Leuten. Wie gesagt, wir haben eine vollkommene Umkehr der Zustände: 11.000 Lehrstellen, 9.000 Bewerber. Wenn die Unternehmen leistungsfähige Schülerinnen und so weiter haben wollen, dann müssen sie sich natürlich diesen neuen Herausforderungen stellen.

Neben den gut ausgestatteten beruflichen Schulen, die wir haben – und ich kann Ihnen sagen, die Landkreise geben sich da eigentlich sehr große Mühe –, brauchen wir natürlich ausgebildete Lehrerinnen und Lehrer. Das war ein Problem, das muss man so deutlich sagen: 2002 bis 2011 oder 2012 wurden überhaupt keine Berufsschullehrer hier im Land ausgebildet, das ist für mich eigentlich ein Unding. Das haben wir in der letzten Legislaturperiode geändert. Aber wir haben es am Dienstag – Sie waren ja mit dabei – von Herrn Todt von der IHK beziehungsweise von der Schulleiterin gehört, die gesagt hat, wir brauchen diese Seiteneinsteiger, wir brauchen diesen Praxisbezug. Natürlich muss das dann auch berufsbegeleitend vernünftig organisiert werden.

Und was für mich ganz wichtig ist, wir brauchen auch einen guten Übergang – das müssen wir organisieren – von den allgemeinbildenden Schulen zu den beruflichen Schulen. Dazu gehört eine langfristige Berufsorientierung, die an den Schulen durchgeführt wird, und vor allen Dingen gehören auch gut vorbereitete und durchgeführte Betriebspraktika dazu. Ich hatte Schüler, die hatten gar nicht so gute Zeugnisse oder gar nicht so gute schulische Leistungen, aber die haben sich in dem Praktikumsbetrieb bewährt und der hat gleich gesagt, du kannst sofort einen Lehrstellenvertrag haben, das andere kriegen wir so auf die Reihe. So kann man natürlich auch Nachwuchs gewinnen. Das muss den Jugendlichen gesagt werden, dass man solche Dinge wie Betriebspraktika gut nutzen kann. Es muss auch eine zielführende und wirklich gute Berufsberatung in Zusammenarbeit mit der Arbeitsagentur geben. Da gibt es sicherlich noch Reserven. Es muss uns gelingen, dass alle, die für die berufliche Ausbildung in unserem Bundesland Verantwortung tragen, dieser auch gerecht werden.

Die duale Berufsausbildung ist ein Erfolgsmodell. Wir werden von vielen dafür bewundert und wir müssen es weiter ausgestalten. Die Jugendlichen, die eine Berufsausbildung in M-V aufnehmen – das dürfen wir nicht vergessen –, diese Jugendlichen bleiben auch bei uns im Land. Die, die Abitur machen, studieren an irgendwelchen Hochschulen oder Universitäten im ganzen Bundesgebiet oder vielleicht auch in Europa, und dann wird es schwierig, die wieder ins Land zurückzuholen. Deswegen müssen die Betriebe, genauso wie die Kreise mit den beruflichen Schulen und das Land natürlich auch, ihrer Verantwortung gerecht werden.

Diesem Antrag werden wir heute nicht zustimmen. Wir werden auch nicht einer Überweisung zustimmen, weil dieser Antrag ganz konkret nicht zielführend ist. Nichtsdestotrotz müssen wir uns über die berufliche Ausbildung weiter verständigen. Dazu ist jede Idee gefragt. Deswegen bin ich Ihnen sehr dankbar, dass Sie, auch wenn wir dem heute nicht zustimmen können, weil es einfach nicht zielführend ist, hier darüber debattiert haben. Wie gesagt, wir werden dem nicht zustimmen, auch nicht einer Überweisung. – Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Das Wort hat für die Fraktion der BMV der Fraktionsvorsitzende Herr Wildt.

Bernhard Wildt, BMV: Ja, vielen Dank.

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kollegen im Landtag! Erst mal möchte ich mich herzlich bedanken für die

Art und Weise, wie wir jetzt über diesen Antrag gesprochen haben. Ich habe in allen Fraktionen doch deutlich wahrgenommen, dass man sich intensiv damit beschäftigt und versucht hat, sozusagen auch über die Worte hinaus zu verstehen, worum es geht. Das finde ich schon mal sehr positiv, das haben wir leider gar nicht so häufig hier im Landtag.

Herr Butzki, ich möchte als Erstes auf das Wort „Einheimische“ eingehen. Das möchte ich schon klarstellen, weil Sie mich gefragt haben, was meine ich mit „einheimisch“. Einheimische sind für mich die Jugendlichen und jungen Erwachsenen, die hier im Land Mecklenburg-Vorpommern leben. Genau um die geht es aus meiner Sicht. Wir können kein Programm für ganz Deutschland aus Mecklenburg-Vorpommern heraus finanzieren. Darin sind natürlich nicht die Bewohner von anderen Bundesländern enthalten, irgendwo muss man die Grenze ziehen. Das hat aber nichts mit der Herkunft der Jugendlichen zu tun. Das können also Ihre polnischen Jugendlichen sein, sobald sie auf unserer Seite der Grenze leben, da habe ich überhaupt nichts dagegen.

(Andreas Butzki, SPD: Gut, dann haben Sie das richtiggestellt.)

Nur, um das klarzustellen.

(Beifall Christel Weißig, BMV)

So, liebe Frau Ministerin Hesse, Sie sagten, ich hätte Äpfel mit Birnen verglichen,

(Simone Oldenburg, DIE LINKE: Weil aus Äpfeln Birnen macht man nicht.)

das möchte ich so nicht stehen lassen.

Oder machen wollen.

Ich möchte es mal so sagen: Die Äpfel waren einfach die Anregung dafür, Obst zu servieren.

(Heiterkeit bei Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE – Ministerin Birgit Hesse: Das war gut.)

Es ist wirklich auch nicht mehr als eine Anregung gewesen.

Herr Foerster, ich gebe Ihnen ja recht, dass dieses auslaufende Programm MobiPro-EU durchaus Probleme bereitet hat, nicht nur in der bürokratischen Umsetzung, sondern auch, weil es schwierig ist, aus dem warmen Spanien weit weg von zu Hause hier erfolgreich eine Ausbildung zu absolvieren. Also ein Winter auf Rügen ist schon eine Herausforderung,

(Heiterkeit bei Peter Ritter, DIE LINKE)

gerade für jemanden, der weit weg von zu Hause ist. Das hat aber alles nichts damit zu tun, mit dem Programm, so, wie wir uns das vorstellen und wie Sie es, denke ich mal, auch aufgegriffen haben. Es geht ja darum, den Jugendlichen, die hier im Lande leben, zu helfen, auch außerhalb von ihrem Wohnort eine Ausbildung machen zu können.

Der wichtigste Aspekt – darauf möchte ich noch mal hinweisen – ist einfach die Fairness für den ländlichen

Raum. Es ist eben ein Unterschied, ob wir uns jetzt alle – alle Arbeitgeber, alle Auszubildenden, die eine Lehrstelle suchen – in Berlin oder in Rostock befinden. Dann ist es natürlich relativ einfach, eine passende Ausbildungsstelle zu finden. Wenn ich aber irgendwo in der Provinz lebe, finde ich nicht die Lehrstelle in meiner Nähe, die ich gerne hätte, ich muss entsprechend umziehen und das produziert zusätzliche Kosten.

Das kann man auch nicht so ohne Weiteres dem Arbeitgeber zumuten oder aufhalsen, denn es kann ja nicht sein, dass der Ausbildungsbetrieb, der weiter entfernt liegt, sozusagen die doppelte Ausbildungsvergütung zahlen muss im Vergleich zu jemandem, der das Glück einer zentralen Lage hat. Im Zweifel ist es sogar so, dass der Ausbildungsbetrieb im ländlichen Raum ohnehin schon schwer zu kämpfen hat, weil er zum Beispiel von den Autobahnen oder den Ballungsräumen weiter entfernt ist. Dem dann noch die zusätzlichen Kosten alleine aufbürden zu wollen, ist auch nicht fair. Also weder der Jugendliche noch der Betrieb sollten dort ganz alleingelassen werden.

Das sehen ja alle so, das sehen alle Fraktionen so. Deswegen gab es auch dieses Programm von den Vätern Renz und ...

(Marc Reinhardt, CDU: Reinhardt!)

Reinhardt – ja, Entschuldigung, Herr Reinhardt –, von Ihnen beiden. Aber dieses Programm ist offensichtlich noch nicht so positiv ...

(Zuruf von Simone Oldenburg, DIE LINKE)

Herr Butzki war ja auch irgendwie mit dabei.

... das Ganze ist ja nicht so positiv verlaufen, wie man sich das erhofft hat. Von daher müssen wir dieses Thema weiter aufgreifen. Im Grunde genommen wäre es mir natürlich lieb, Sie würden es jetzt in den Ausschuss verweisen. Wenn Sie es nicht verweisen, werden wir uns trotzdem im Ausschuss damit beschäftigen.

Und da, Herr Reinhardt, bitte ich darum, dass Sie das nicht immer nur mit Ihrem Koalitionspartner besprechen, sondern auch mit den Oppositionsfraktionen. Ich glaube, wir haben sogar gute Ideen, die wir beitragen können. Das läge mir am Herzen, dass insbesondere die LINKEN, die das Thema ja auch sehr stark verfolgen, und die BMV häufiger mit einbezogen werden und nicht nur Ihr Koalitionspartner.

(Simone Oldenburg, DIE LINKE: Genau.)

Frau Hesse, ich möchte auch noch mal betonen, diese ganzen Werbeaktionen, die an den Hochschulen stattfinden, sind natürlich sehr gut. Das ist mir auch bekannt von meinen eigenen Kindern. Das ist ein sehr positives Programm und wird sehr, sehr gut angenommen, aber es hat natürlich mit dem Thema, was ich heute angesprochen habe, gar nichts zu tun. Es geht ja nicht darum, dass die Kinder keinen Ausbildungsplatz hätten – das ist mir auch bekannt, dass es mittlerweile sehr viele Ausbildungsplätze gibt, mehr als wir Jugendliche haben –, sondern es geht wirklich ganz knallhart um diesen finanziellen Nachteil, den bestimmte Jugendliche haben, und wo man versuchen könnte, den abzumildern, wenn man das möchte. Ich habe wahrgenommen, dass dieser Wille

eigentlich da ist, und jetzt wollen wir mal sehen, wie wir da zurande kommen und ob wir ein neues Programm auflegen können.

Der Hinweis auf MobiPro-EU dient natürlich auch ein bisschen dem Werbeeffekt. Es ist eben eine Kampagne, die sehr gut wahrgenommen wurde. Viele Jugendliche kennen das, teilweise auch mit negativen Worten, dass sie sagen, ach, guck mal, da bekommen Jugendliche etwas, was ich nicht bekomme. Wenn man nun gleichziehen würde und sagt, nein, wir machen das auch für unsere eigenen Jugendlichen, die sind uns genauso viel wert wie Jugendliche aus anderen Ländern, auch wenn es andere Ebenen betrifft – das ist mir schon klar, das eine ist ein EU-Programm oder ein Bundesprogramm, das andere ist ein Landesprogramm –, dann würden wir zeigen, dass es uns wichtig ist, unseren Jugendlichen zu vermitteln, jeder Jugendliche ist uns gleich viel wert und wir lassen keinen Jugendlichen zurück. Keiner soll jetzt allein sitzen bleiben, ohne die Möglichkeit, einen vernünftigen Beruf zu erlernen.

Wenn also die Debatte heute dazu beigetragen hat, dass wir da generell an einem Strang ziehen, dann bin ich im Moment erst mal zufrieden und verabschiede mich für heute. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion der BMV – Heiterkeit bei Simone Oldenburg, DIE LINKE: Tschüss! – Heiterkeit vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Ums Wort gebeten hat für die Fraktion der CDU der Abgeordnete Herr Renz.

Torsten Renz, CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Sehr geehrter Herr Foerster!

(Henning Foerster, DIE LINKE: Na endlich mal wieder wir zwei, Herr Renz!)

Ja, das hätte nicht sein müssen heute, aber ...

(Heiterkeit bei Andreas Butzki, SPD – Simone Oldenburg, DIE LINKE: Das stimmt! Das stimmt!)

Es hätte wirklich nicht sein müssen, aber das, was Sie hier heute inhaltlich so geboten haben, das ruft einfach die CDU, in diesem Falle mich, dazu auf, doch mal ein paar Sätze zu sagen,

(Zuruf von Simone Oldenburg, DIE LINKE)

weil Sie leider auch nicht auf einen inhaltlichen Zwischenruf von mir eingegangen sind,

(Henning Foerster, DIE LINKE: Nee, das waren viele.)

sondern Sie haben suggeriert, die böse Landesregierung, die hat jetzt einfach im Bereich der beruflichen Bildung Landesfachklassen gebildet, so unter dem Motto: „Das geht gar nicht.“

(Henning Foerster, DIE LINKE: Ich habe eine Problembeschreibung gemacht, Herr Kollege.)

Ja, das ist gut, dass man als Politiker eine Problembeschreibung macht. Noch besser ist es, wenn man zu den Politikern gehört, die dann auch Lösungsansätze finden,

(Henning Foerster, DIE LINKE:
Ja, da bin ich gespannt jetzt.)

Lösungsansätze finden.

(Simone Oldenburg, DIE LINKE:
Sie reden die ganze Zeit schon von
Ihrer Richtlinie, und die wirkt nicht.
Das ist auch keine Lösung.)

Das gilt besonders für die Opposition, insbesondere auch für Sie, Herr Foerster. Und ich finde, das ist in diesem Fall nicht redlich gewesen.

(Simone Oldenburg, DIE LINKE: Ach!)

Sie haben versucht darzustellen, dass Landesfachklassen ein Instrument sind, was die Landesregierung hier zur Anwendung bringt, einfach mal so, aus Lust und Laune heraus, und dass das nicht akzeptabel ist.

(Henning Foerster, DIE LINKE:
Das hat keiner gesagt. –
Zuruf von Andreas Butzki, SPD)

Sie haben keine Position dazu bezogen, Sie haben auf den Zwischenruf, was möglicherweise die Geburtenrate oder die Demografie damit zu tun hat, vielleicht auch bewusst nicht reagiert. Ich weiß nicht, warum. Sie können das gern noch mal klarstellen.

(Zuruf von Dr. Ralph Weber, AfD)

Deswegen will ich zwei, drei Gedanken noch mal dazu äußern.

Es ist doch für uns alle nicht schön, wenn wir solche Lösungen favorisieren und umsetzen müssen. Aber es ist eine gewisse Verantwortlichkeit, die wir haben, wenn es zum Beispiel auch um Ressourcen geht. Da will ich Ihnen ganz konkret mal sagen, wie das Anfang der 90er-Jahre war, und zwar an meinem persönlichen Beispiel: Ich habe Heizung/Sanitär unterrichtet in Güstrow, ab 1991 beginnend, und da haben wir aufgrund der demografischen Entwicklung in der Heizungsklasse 30 Lehrlinge gehabt und in der Gas-Wasser-Klasse haben wir auch 30 Lehrlinge gehabt. Der Bedarf am Markt war da, das spielte sicherlich eine Rolle, aber wir haben auch eine große Anzahl von Lehrlingen zur Verfügung gehabt. Weiterhin gab es Umschüler, die in diesem Bereich tätig waren. Die konnten wir alle fachlich gut unterrichten.

Es passierte Folgendes: Ungefähr zehn Jahre später hatten wir noch 15 Lehrlinge, 15 Heizungsbauer und 15 Gas-Wasser-Installateure. Das können Sie auch im gesamten Bereich des Handwerks so festmachen. Dann ist die Frage: Was machen Sie? Gehen Sie sehenden Auges sozusagen in die „Katastrophe“, weil Sie vielleicht in dem Jahr darauf nur noch zehn Lehrlinge haben und dann fünf, und stellen Sie weiterhin eine Fachkraft zur Verfügung, die unterrichtet? Sie können das in gewisser Weise kompensieren, weil das artverwandte Berufe sind, da können Sie gewisse Ausbildungsthemen gemeinsam unterrichten. 15 und 15 macht wieder 30, dann haben Sie noch eine Klasse,

(Henning Foerster, DIE LINKE:
Es geht darum, warum wir unter
den neuen Voraussetzungen
Unterstützung brauchen.)

aber irgendwann haben Sie einen Bereich der Spezialisierung und der Gas-Wasser-Installateur ist für die Lüftungstechnik einfach nicht zuständig.

(Henning Foerster, DIE LINKE:
Und wie wir eine wirksame
Unterstützung hinkriegen.)

Im Lüftungsbereich haben Sie eben nur noch 10 oder 15 Lehrlinge und dann müssen Sie, nachdem Sie die Problembeschreibung vorgenommen haben, auch Sie in diesem Fall, sagen, wie der Lösungsansatz lautet. Wenn Sie bessere Lösungsansätze haben, als Landesfachklassen zu bilden, dann können Sie die hier präsentieren. Die Landesregierung hat Landesfachklassen gebildet, das heißt, die Gas-Wasser-Installateure und die Heizungsbauer haben schrittweise ihren Ausbildungsort nach Rostock verlegen müssen.

(Henning Foerster, DIE LINKE:
Ja, und deswegen muss ich
diejenigen unterstützen, die eine
auswärtige Unterbringung brauchen.
Davon rede ich ja die ganze Zeit.)

Das ist für den Einzelnen möglicherweise schlecht, aber wir mussten als Land, über den Kreis und so weiter Millionen Investitionen tätigen, um zum Beispiel ein Labor für Gas-Wasser-Installateure und für Heizungsbauer aufzubauen – eine Millionen-Investition. Dann stellt sich die Frage: Tätige ich diese Millionen-Investition in Güstrow, wo ich perspektivisch weiß, es sind dort zehn Lehrlinge, oder konzentriere ich die Ausbildung? Das gehört zur Wahrheit dazu. Dann haben wir, sprich die Landesregierung, solche Entscheidungen getroffen.

Das kann man in vielen Bereichen, in vielen unterschiedlichen Berufen so handhaben. Dann kann man strategisch arbeiten, indem man sagt, okay, ich konzentriere Heizung/Sanitär in Rostock und auf der anderen Seite – möglicherweise Industriemechaniker, das Beispiel mit den Zahlen erspare ich mir, das ist jetzt nämlich genau das Gleiche – konzentriere ich möglicherweise die Industriemechaniker, die Tischler und so weiter, da läuft ja das Gleiche ab, zum Beispiel in Güstrow, so, wie ich dort die landwirtschaftliche Ausbildung konzentriere, und verteile das möglichst gerecht im Lande. Das ist eine Strategie, die natürlich bei dem Einzelnen möglicherweise nicht so gut ankommt.

Was muss die Politik dann machen? Die Politik muss dann die Rahmenbedingungen so verbessern, dass es auch zumutbar ist, dass Betriebe weiter ausbilden wollen und dass Lehrlinge bereit sind, diese Herausforderung anzunehmen. Das ist schon immer so gewesen, in allen Gesellschaftsordnungen. Auch ich habe schon zu DDR-Zeiten im Internat wohnen müssen. Da waren eben solche Relationen: Ich habe damals 120 Mark Lehrlingsgeld bekommen. Es war aber so, dass man für einen Betrag von ungefähr 30 Mark in dem Wohnheim gewohnt hat, sodass ausreichend Geld zur Verfügung stand für das normale Leben drum herum. Da gibt es unzählige Beispiele. Mein Bruder zum Beispiel war in seiner Tischlerausbildung in Ludwigslust.

(Simone Oldenburg, DIE LINKE:
Sie müssen jetzt aber nicht die
ganze Familie aufzählen!)

Aber was sich so ein bisschen von der Mentalität geändert hat – das ist meine Auffassung –, ist die Tatsache, dass die heute alle umfallen wollen, wenn sie eine Woche irgendwo außerhalb sein sollen. Ich lasse jetzt die Geldgeschichte mal weg.

(Zuruf von Jeannine Rösler, DIE LINKE)

Diese Flexibilität, die gab es schon immer, die müssen wir auch immer einfordern und das ist nicht gleich der Weltuntergang. Wir müssen nur die Lösungen schaffen, dass es – und da sind wir, glaube ich, auf einem guten Weg, diese 300.000 Euro, von denen wir gesprochen haben – finanziell leistbar ist, aber jeder muss seinen Hintern auf Deutsch gesagt auch mal bewegen und bereit dazu sein, und dann werden wir das auch hinkriegen.

Diese rechtlichen Probleme, die uns jetzt noch aufhalten, gilt es, aus dem Weg zu räumen, dass wir auch weiter eine hochwertige Ausbildung in Mecklenburg-Vorpommern realisieren können. Ich kann Sie als Opposition, Sie, Herr Foerster, als Person nur auffordern, wie Sie es auch bei anderen Themen gemacht haben, nicht nur das Problem zu beschreiben, sondern Lösungen auf den Tisch zu legen, und dann können wir gerne darüber diskutieren. – Danke schön.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Ums Wort gebeten hat für die Fraktion DIE LINKE der Abgeordnete Herr Foerster.

Henning Forster, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren!

Ich habe nur eine Minute, Herr Renz, deswegen ganz kurz zu den Einlassungen von Ihnen. Ich habe beschrieben, wie die strukturellen Voraussetzungen heute sind und welche Probleme sich damit verbinden, und habe dann daraus ableitend gesagt, dass wir uns vor diesem Hintergrund natürlich überlegen müssen, wie wir unter den neuen Rahmenbedingungen Auszubildende heute besser unterstützen können. Ich habe nicht gefordert, dass es wieder in jedem Dorf und jeder Stadt eine Berufsschule geben muss, um die Landesfachklassen zu verhindern. Es ging hier heute die ganze Zeit darum, wie man unter den aktuellen Rahmenbedingungen Auszubildende in Mecklenburg-Vorpommern besser unterstützen kann. Wenn Sie das nicht verstanden haben, ist das Ihr Problem. Unser Petition war eine bessere Unterstützung und dafür haben wir konkrete Vorschläge gemacht. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Aussprache.

Im Rahmen der Debatte ist beantragt worden, den Antrag der Fraktion der BMV auf Drucksache 7/1595 zur federführenden Beratung an den Bildungsausschuss sowie zur Mitberatung an den Finanzausschuss und an den Wirtschaftsausschuss zu überweisen.

(Unruhe bei Torsten Renz, CDU)

Herr Renz, wir sind in der Abstimmung.

Wer stimmt für diesen Überweisungsvorschlag? – Die Gegenprobe. – Gibt es Stimmenthaltungen? – Damit ist der Überweisungsvorschlag mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, CDU und dem fraktionslosen Abgeordneten, bei Zustimmung der Fraktionen DIE LINKE, BMV und AfD abgelehnt.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion der BMV auf Drucksache 7/1595. Wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um ein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Gibt es Stimmenthaltungen? – Damit ist der Antrag der Fraktion der BMV auf Drucksache 7/1595 mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, CDU, AfD, dem fraktionslosen Abgeordneten, bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE und Zustimmung der Fraktion der BMV abgelehnt.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 24:** Beratung des Antrages der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und BMV – Verfassungsgegnern weiterhin entschieden entgegnetreten – NPD von der staatlichen Finanzierung ausschließen, Drucksache 7/1591.

**Antrag der Fraktionen
der SPD, CDU, DIE LINKE und BMV
Verfassungsgegnern weiterhin entschieden
entgegnetreten – NPD von der staatlichen
Finanzierung ausschließen
– Drucksache 7/1591 –**

Das Wort zur Begründung wird nicht gewünscht.

Im Ältestenrat ist vereinbart worden, eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 90 Minuten vorzusehen. Ich sehe und höre dazu keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat für die Fraktion der SPD der Fraktionsvorsitzende Herr Krüger.

(Der Abgeordnete Thomas Krüger
spricht bei abgeschaltetem Mikrofon. –
Ministerin Stefanie Drese und
Maika Friemann-Jennert, CDU:
Mikro! Mikro!)

Thomas Krüger, SPD: Sehr geehrte Damen und Herren! Aus gutem Grund hat das Land Mecklenburg-Vorpommern das Verbotsverfahren gegen die NPD mit vorangetrieben. Darin waren sich seinerzeit hier im Hohen Hause alle demokratischen Fraktionen einig – eine Einigkeit, die es selten gibt, aber eine Einigkeit, die seinerzeit sehr wichtig war.

Wir haben im Parlament vor einem Jahr schon einmal über die Folgen, über das Urteil gesprochen und ich habe seinerzeit ausgeführt, dass ich das Verbotsverfahren und das Urteil für einen Erfolg halte, denn obwohl die NPD selbst nicht verboten worden ist, hat das Verfassungsgericht doch zwei wichtige Tatsachen festgestellt. Zum einen hat das Verfassungsgericht festgestellt, dass es sich bei der NPD um eine verfassungsfeindliche Partei handelt, und zum Zweiten hat das Verfassungsgericht uns einen Weg aufgewiesen, einen Weg, wie wir mit den Verfassungsfeinden umgehen können, nämlich den Weg, dass wir über die staatliche Parteienfinanzierung etwas machen können. Diesen Weg sollten wir auch beschrei-

ten, ich meine den Ausschluss der NPD von der staatlichen Parteienfinanzierung.

Meine Damen und Herren, es ist auch niemandem logisch zu erklären, warum wir auf der einen Seite Mittel aufwenden für Demokratie, für Teilhabe, und auf der anderen Seite die Feinde der Demokratie und ihre Strukturen durch staatliche Mittel stützen. Allein für das Jahr 2017 hat die NPD aus dem Landeshaushalt Mecklenburg-Vorpommern 12.000 Euro bekommen. Die Gesamtpartei der NPD – wenn man sich die Finanzen mal anschaut, da kriegt man den Rechenschaftsbericht aus dem Jahr 2015 –, im Jahr 2015 hat die NPD deutschlandweit 1,3 Millionen Euro staatliche Mittel bekommen, Geld, das wir hätten nicht auszahlen sollen aus meinem Gefühl heraus. Da lag das Urteil aber noch nicht vor. Meine Damen und Herren, diese öffentliche Alimentierung von Verfassungsfeinden muss aufhören!

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD
und Christel Weißig, BMV)

Meine Damen und Herren, das Urteil des Verfassungsgerichtes ist nun schon ein Jahr alt. Das Urteil hatte zur Folge, dass wir das Grundgesetz geändert haben. Ich zitiere das geänderte Grundgesetz im Artikel 21, Zitat: „Parteien, die nach ihren Zielen oder dem Verhalten ihrer Anhänger darauf ausgerichtet sind, die freiheitliche demokratische Grundordnung zu beeinträchtigen oder zu beseitigen oder den Bestand der Bundesrepublik Deutschland zu gefährden, sind von staatlicher Finanzierung ausgeschlossen.“ Zitatende. Eine Entscheidung, meine Damen und Herren, die ich ausdrücklich begrüße.

Mit der Grundgesetzänderung im Juli des letzten Jahres verband der Bundesrat eine einstimmige EntschlieÙung. In der EntschlieÙung hat man geklärt, dass man eben die NPD von der staatlichen Parteienfinanzierung ausschließen wollte. Seitdem ist einige Zeit verstrichen. Der Versuch ist gemacht worden, einen gemeinsamen Antrag von Bundesrat, Bundestag und Bundesregierung zu initiieren. Der Antrag liegt noch nicht vor, meine Damen und Herren, aber aus unserer Sicht ist es Zeit, der NPD die staatlichen Gelder zu entziehen. Es ist Zeit, den Verfassungsgegnern, den Gegnern von Demokratie, den Gegnern von Staat und offener, toleranter Gesellschaft diese Mittel zu entziehen. Wir wollen eben diesen Leuten, den Verfassungsfeinden, nicht länger Zeit geben. Deswegen haben wir den interfraktionellen Antrag gemeinsam mit anderen Fraktionen – mit der Fraktion der LINKEN, mit der Fraktion der CDU und der Fraktion BMV – aufgesetzt. Dafür bin ich auch sehr dankbar, dass wir das hier gemeinsam gemacht haben.

Wir wissen, dass mittlerweile parallel zu unserer Antragseinbringung die Länder sich verabredet haben, voraussichtlich im Februar einen Antrag im Bundesrat einzubringen zur Entscheidung. Dennoch, denke ich, sollten wir hier gemeinsam diesen Antrag verabschieden, diesen Antrag auch verabschieden als Bekräftigung und Fortsetzung unseres gemeinsamen Engagements gegen die NPD. Wie in den vergangenen Wahlperioden stehen wir gegen Extremismus, gegen Rassismus, gegen Fremdenfeindlichkeit zusammen, egal ob in der Form von der NPD oder in anderen Varianten. – Besten Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD, CDU und Christel Weißig, BMV)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Ums Wort gebeten hat nun der Minister für Inneres und Europa Herr Lorenz Caffier.

Minister Lorenz Caffier: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Abgeordneten! Ich denke, der Kollege Krüger hat hier bereits alle wesentlichen Inhalte zum Bemühen dieses Antrages noch mal ausgeführt. Ja, es ist schon schwierig genug, der Bevölkerung zu erklären, wieso eine verfassungsfeindliche Partei bestimmte Regelungen trotzdem wahrnehmen darf. Insofern ist es, glaube ich, vollkommen folgerichtig, dass man sagt, man kann nicht noch mit Steuergeldern sanktionieren, obwohl das oberste Gericht die Verfassungsfeindlichkeit bestätigt hat. Der Knackpunkt war ja in der Urteilsbegründung – kurz auf den Punkt gebracht –, dass die Partei nach Auffassung des Bundesverfassungsgerichts nicht so groß ist, dass von ihr Gewaltpotenzial ausgeht, im prozentualen Anteil. Dazu kann man stehen, wie man will, es ist eine Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts, die hat man zu respektieren.

Allerdings hat uns das Gericht als einen Wink mit dem Zaunpfahl – was für ein Bundesverfassungsgericht schon sehr unüblich ist – mit auf den Weg gegeben, dass wir über die Frage des Entzuges der Parteienfinanzierung bei der NPD, bei einer verfassungsfeindlichen Partei, nachdenken sollen. Das haben wir getan. Ich freue mich, dass das Parlament – davon gehe ich jedenfalls aus – heute noch mal mit großer Mehrheit dem Antrag Folge leistet, denn wir planen, am 31. Januar im Rahmen des Bundesrates den Antrag auf die Tagesordnung zu setzen, sofern die Anträge in den nächsten Tagen in den Länderkabinetten verabschiedet werden. Das Saarland ist federführend und wird die sofortige Sachentscheidung fordern im Bundesrat. Und nach meiner Einschätzung wird es auch die dementsprechende Mehrheit geben.

Wir haben uns für den Weg entschieden, weil wir nicht wissen, ob in naher oder näherer Zukunft schon eine Bundesregierung existiert, und so lange wollen wir nun alle nicht mehr warten. Deswegen, glaube ich, ist das auch die richtige Entscheidung,

(Zuruf von Marc Reinhardt, CDU)

und bin dankbar, wenn das Parlament noch mal mit großer Mehrheit auch diese Entscheidung mitträgt. – Recht herzlichen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD, CDU und Christel Weißig, BMV)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Vielen Dank, Herr Minister.

Das Wort hat jetzt für die Fraktion der AfD der Fraktionsvorsitzende Herr Kramer.

Nikolaus Kramer, AfD: Werte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Natürlich stimmen wir Ihrem Antrag zu. Da die anderen Fraktionen es aber nicht für nötig hielten, die AfD-Fraktion an diesem Antrag mitwirken zu lassen, entziehen wir uns dieser Debatte.

(Zuruf von Torsten Koplín, DIE LINKE)

Wer meint, der Schweriner Irrweg sei der richtige Weg, um sich konstruktiver Arbeit mit der AfD-Fraktion zu entziehen, ist auf dem sogenannten Holzweg.

Und, Herr Krüger, in Ihre Richtung möchte ich sagen, vielen Dank für Ihre richtigen Worte, jedoch erlauben Sie mir eine Korrektur: „Gemeinsam“ bedeutet „miteinander“ und „alle“. Und wir hätten uns sehr darüber gefreut,

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

wir hätten uns sehr darüber gefreut, hätten Sie uns auch in diesen Antrag miteinbezogen.

(Thomas Krüger, SPD: Das hat ja vielleicht Ursachen, warum wir es nicht gemacht haben. Vielleicht denken Sie da mal drüber nach!)

Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Das Wort hat jetzt für die Fraktion der CDU der Abgeordnete Herr Reinhardt.

Marc Reinhardt, CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Dass die AfD diese Marschrichtung vertritt, war erwartbar. Insofern kann uns das nicht weiter betrüben.

Wir haben es schon gehört, das Bundesverfassungsgericht hat am 17. Januar hierzu geurteilt, über das Verbot der NPD, hat dieses Verbot abgelehnt, aber wir haben in der Urteilsbegründung wesentliche Punkte: Erstens haben sie festgestellt – und das haben ja auch mein Kollege Krüger und der Innenminister schon gesagt –, die NPD verfolgt ganz klar verfassungsfeindliche Ziele, und zweitens, die NPD ist derzeit so unbedeutend, dass sie diese Ziele nicht verwirklichen kann. Die Richter haben daraus geschlussfolgert, dass sie deshalb zum derzeitigen Zeitpunkt nicht verboten werden kann.

Aber sowohl Gesellschaft als auch Politik sind nunmehr gehalten, mit dem Urteil umzugehen. Wir haben es gehört, das Bundesverfassungsgericht hat uns in seiner Begründung mit auf den Weg gegeben, dass es durchaus möglich ist, verfassungsfeindlichen Parteien, auch wenn sie zurzeit nicht in der Lage sind, das Gemeinwesen zu untergraben, trotzdem den finanziellen Boden zu entziehen. Da sind auch wir von der CDU-Fraktion ganz klar der Meinung, dass wir diesen Weg gehen sollten, und unterstützen deshalb die Initiative unseres Innenministers Lorenz Caffier ganz herzlich, dass wir gemeinsam eine Bundesratsinitiative auf den Weg bringen. Wir hoffen, dass dies dann auch mit der baldigen Regierungsbildung in Berlin in die Tat umgesetzt werden kann und wir den Verfassungsfeinden den finanziellen Boden entziehen. Dazu laden wir Sie alle herzlich ein, auch die Kollegen der AfD, wenn sie es sich noch überlegen wollen.

Ich bitte um Zustimmung und danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU und Christel Weißig, BMV)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Das Wort hat jetzt für die Fraktion DIE LINKE der Abgeordnete Herr Ritter.

Peter Ritter, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Sehr geehrter Herr Kollege Kramer, alles hat ja seine Ursache und seinen Grund. Auch, dass viele Ihrer Frakti-

onkollegen jetzt demonstrativ den Saal verlassen haben, hat bestimmte Hintergründe.

(Dr. Gunter Jess, AfD:
Gucken Sie mal zur SPD!)

Und dass die antragstellenden Fraktionen Sie nicht eingeladen haben, hier Miteinreicher zu sein, liegt allein an Ihrem Agieren auch als Fraktion hier im Landtag.

Am 25. Januar 2017 hat dieser Landtag bei Gegenstimmen der Fraktion der AfD beschlossen, ein klares Signal gegen den Rechtsextremismus und für Demokratie und Toleranz in unserem Land zu setzen. Ihr Parlamentarischer Geschäftsführer hat in dieser damaligen Debatte das NPD-Verbotsverfahren als „reine Geldverschwendung“ bezeichnet. Und da glauben Sie doch nicht im Ernst, sehr geehrte Herren von der AfD-Fraktion, dass wir vor diesem Hintergrund Sie einladen, einen gemeinsamen Antrag mit uns einzureichen, der so eine Geldverschwendung beenden soll, nämlich die Steuerfinanzierung für die NPD?!

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und DIE LINKE)

Es gibt im Übrigen noch einen zweiten Grund, der Sie unterscheidet in Ihrem Agieren, im Zusammenhang mit einer anderen Fraktion und einer aktuellen Debatte, die im Vorfeld dieses Antrages auch die Medien beschäftigt hat. Ich meine hier die Auseinandersetzung um den Kollegen Borschke, der zur Fraktion der BMV gehört. Und die Bürger für Mecklenburg-Vorpommern gehören zu den Miteinreichern. Ich will jetzt nicht die Entstehungsgeschichte dieser Bilder, die dann zu sehen waren, hier deutlich machen, aber es gibt einen sehr wesentlichen Unterschied: Der Kollege Borschke hat sich uns gegenüber erklärt. Er hat zu uns den Kontakt gesucht, er hat uns informiert über die Hintergründe und seine Position zu den aufgeworfenen Fragen, im Übrigen auch der Fraktionsvorsitzende der BMV-Fraktion. So etwas vermisse ich von Ihnen bis zum heutigen Tag, Herr Kollege Kramer, im Zusammenhang mit Ihrem ehemaligen Fraktionskollegen Holger Arppe. Es gibt also eine deutliche Trennlinie – auch wenn Sie räumlich sehr nahe zusammensitzen – in dieser Frage zwischen Ihnen und den Kolleginnen und Kollegen der BMV-Fraktion, die wahrscheinlich auch aus diesem Grund ihre alte Fraktion verlassen haben, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall Christel Weißig, BMV)

Das NPD-Verbotsverfahren war eben – anders, als der Parlamentarische Geschäftsführer der AfD-Fraktion ausgeführt hat – keine reine Geldverschwendung. Und ich will es noch mal sagen, dieser Antrag macht Schluss mit der Geldverschwendung, nämlich mit der Steuerfinanzierung der NPD.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und DIE LINKE –
Thomas Krüger, SPD: So ist es.)

Aber gestatten Sie mir noch zwei Anmerkungen zu diesem Antrag. Als Erstes müssen wir natürlich kritisch und selbstkritisch feststellen, dass es höchste Zeit ist für diesen Antrag. Man kann auch nicht alles auf die Regierungsbildung in Berlin schieben. Aber lieber spät als nie

und lieber sozusagen Rückenwind aus diesem Parlament für die anstehenden Verhandlungen in Berlin.

Auf den Tag genau vor einem Jahr hat dieser Landtag verkündet, dass das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes als Aufruf an Staat und Zivilgesellschaft zu verstehen ist, die Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus mit anderen geeigneten Mitteln als einem Parteienverbot zu führen. Ich verhehle nicht, dass mich das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes überzeugt hätte, und ich hätte mir gewünscht, dass unser gemeinsames Anliegen, die NPD zu verbieten, durch das Bundesverfassungsgericht bestätigt worden wäre. Das Gericht hat anders entschieden, wir haben es zu akzeptieren und zu respektieren, wie der Innenminister ausgeführt hat.

Wir wenden nun eines dieser Mittel an, die uns das Bundesverfassungsgericht mit auf den Weg gegeben hat, nämlich über andere Wege auch die Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus zu führen. Ich will aber zugleich deutlich machen, dass mit der Beschlussfassung des Landtages zu diesem Antrag für uns alle die Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus nicht beendet sein darf, weil auch die NPD – die NPD, deren Geldhahn wir jetzt über diesen Weg zuschließen wollen – nur ein kleiner Bestandteil der rechtsextremistischen Szene hier auch in Mecklenburg-Vorpommern ist. Deswegen ist es nur ein Einzelaspekt und es muss unsere große Herausforderung sein, uns über diesen Einzelaspekt hinaus mit dem rechtsextremen Gedankengut in Mecklenburg-Vorpommern auseinanderzusetzen und ihm seine Grundlagen zu entziehen.

Die dargestellte Grundgesetzänderung und der damit vorliegende Antrag waren auch in der Diskussion im Vorfeld im Bundestag nicht frei von juristischen, verfassungspolitischen oder demokratiethoretischen Zweifeln. Die Sachverständigenanhörung im Mai des letzten Jahres zur Änderung des Grundgesetzes hat zu teils recht unterschiedlichen Auffassungen geführt – auch das müssen wir im Blick behalten, wenn wir uns mit dieser Frage auseinandersetzen –, zu einem gewissen „verfassungspolitischen Grummeln im Bauch“, wie es der Parteienrechtler Morlock ausdrückte. Einerseits müsse der Staat nicht Parteien finanzieren, die ihn ablehnen oder gar bekämpfen, andererseits sei diese Grundgesetzänderung eine Misstrauenserklärung gegenüber der Urteilskraft der Bürgerinnen und Bürger. Auch das war in der Sachverständigenanhörung im Deutschen Bundestag zu hören, auch das sollte uns allen zu denken geben, wenn wir weitere Schritte gehen in der Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus.

Aber, liebe Kollegen, solange die jeweiligen Argumente sachlich und begründet vorgetragen werden, sollte man sie auch mit Respekt zur Kenntnis nehmen. Und genau das hat diesen Landtag immer ausgezeichnet, dass wir über Parteigrenzen hinweg uns mit Respekt begegnet sind in den unterschiedlichen Formen in der Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus. Das waren durchaus Sternstunden dieses Parlamentes und an diesem Weg sollten wir festhalten.

Also, der Landtag hat mit seiner Mehrheit bereits mit dem Beschluss vom Oktober 2012 eine Grundsatzentscheidung getroffen, indem er sich für ein NPD-Verbotsverfahren ausgesprochen hat. Die heutige Antragstellung ist eine richtige Schlussfolgerung, verbunden mit der Aufforderung meiner Fraktion an uns alle, die Ausein-

dersetzung mit rechtsextremem Gedankengut in diesem Land weiterhin konsequent zu führen. – Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD, CDU, DIE LINKE
und Christel Weißig, BMV)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Das Wort hat jetzt für die Fraktion der BMV der Abgeordnete Herr Dr. Manthei.

Dr. Matthias Manthei, BMV: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Verfassungswidrigen Parteien muss der staatliche Geldhahn zugedreht werden. Die NPD ist verfassungswidrig, das Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 17. Januar letzten Jahres wurde schon mehrfach angesprochen. Die NPD will nach den Feststellungen des Verfassungsgerichts die freiheitlich-demokratische Grundordnung beseitigen. Die freiheitlich-demokratische Grundordnung ist nun mal der elementare Verfassungskern der Bundesrepublik Deutschland.

Ich möchte nur kurz drei Punkte noch mal hervorheben, die auch der Argumentation des Bundesverfassungsgerichts im Wesentlichen zugrunde liegen.

Zunächst die Menschenwürde: Die freiheitlich-demokratische Grundordnung geht zunächst von der Menschenwürde aus. Hierzu zählt die Achtung eines jeden Menschen, egal welcher Hautfarbe, welcher Religion, welchen Geschlechts oder Sonstigem. Unvereinbar mit der Menschenwürde sind rassistische Diskriminierungen. Die NPD fabuliert von einer nebulösen Volksgemeinschaft und verletzt damit die Menschenwürde. Sie zielt auf Ausgrenzung und Verächtlichmachung ab.

Des Weiteren führt das Verfassungsgericht aus zur Demokratie. Auch die Demokratie gehört zu den wesentlichen Merkmalen der freiheitlich-demokratischen Grundordnung, und zum Wesen der Demokratie gehört zuvörderst die gleichberechtigte Teilhabe aller Staatsangehörigen an der politischen Willensbildung. Die NPD missachtet auch dies, denn sie will nur die teilhaben lassen, die auch ethnisch deutsch sind.

Und ein letzter Punkt: Nach den Feststellungen des Bundesverfassungsgerichts ist die NPD auch wesensverwandt mit dem Nationalsozialismus. Sie verachtet die demokratische Ordnung, ist jüdenfeindlich und verfolgt ein diffuses Volksgemeinschaftskonzept. Sie benutzt Vokabular der Nationalsozialisten und verfolgt das Ziel, die Geschichte zu revidieren. Eine Verbundenheit mit der Vorstellungswelt des Nationalsozialismus wird dokumentiert.

Das waren die drei wesentlichsten Argumente des Verfassungsgerichtes, die es, finde ich, wert sind, auch noch mal dargelegt zu werden.

Wer den Staat selbst abschaffen will, der darf auch nicht vom Staat dafür bezahlt werden. Unsere Demokratie muss wehrhaft sein. Es ist eine permanente Gefahr einer Demokratie, dass ihre Feinde die Freiheiten missbrauchen, um die Demokratie selbst abzuschaffen. Die NSDAP hatte schon 1928 keinen Hehl daraus gemacht. So schrieb in diesem Jahr Joseph Goebbels, Zitat anfang: „Wir gehen in den Reichstag hinein, um uns im Waffenarsenal der Demokratie mit deren eigenen Waffen zu versorgen. Wir werden Reichstagsabgeordnete, um die

Weimarer Gesinnung mit ihrer eigenen Unterstützung lahmzulegen. Wenn die Demokratie so dumm ist, uns für diesen Bären dienst Freifahrkarten und Diäten zu geben, so ist das ihre eigene Sache. ... Wir kommen als Feinde! Wie der Wolf in die Schafherde einbricht, so kommen wir.“ Zitatende. Wir werden die Dummheiten aus der Weimarer Zeit nicht wiederholen!

Abschließend ist darauf hinzuweisen, dass der nunmehr grundgesetzliche Ausschluss verfassungsfeindlicher Parteien von der Parteienfinanzierung natürlich generell gilt. Herr Krüger hat das auch schon gesagt. Es ist ganz grundsätzlich richtig, dass verfassungsfeindliche Parteien nicht auch noch von dem Staat Geld bekommen, den sie beseitigen wollen. Verfassungsfeinde jedweder Couleur dürfen nicht das Geld des Steuerzahlers erhalten. Das ist die grundsätzliche Überzeugung der BMV. Verfassungsgegnern ist immer entschieden entgegenzutreten, egal, aus welcher Richtung sie angreifen.

Da ich noch ein paar Sekunden Zeit habe, noch ein persönliches Wort zu dir, Nikolaus, als Fraktionsvorsitzendem, was die Frage der Zusammenarbeit angeht. Das muss die AfD-Fraktion zunächst einmal mit sich selbst klären. Der Parlamentarische Geschäftsführer hat mir gegenüber persönlich wiederholt uns als BMV-Politikern den – wörtlich – „Krieg“ erklärt. AfD-Funktionäre,

(Zuruf aus dem Plenum: Hört, hört!)

AfD-Funktionäre – ich sage bewusst Funktionäre, nicht nur einfache Mitglieder – wollen insbesondere mich, Zitat, „an die Wand stellen“, sodass erst mal hier die AfD selbst mit sich aufräumen muss, bevor sie von anderen irgendeine Zusammenarbeit verlangt.

(Bernhard Wildt, BMV: Sehr richtig!)

Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und BMV)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Ums Wort gebeten hat noch einmal für die Fraktion der SPD der Fraktionsvorsitzende Herr Krüger.

Thomas Krüger, SPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren!

(Simone Oldenburg, DIE LINKE:
Dem ist nichts hinzuzufügen.)

Herr Kramer, ich habe mir die Frage gestellt, vor welchem Hintergrund gerade zu Beginn der Debatte ein Teil Ihrer Fraktion aufgestanden ist und rausgegangen ist. Vielleicht könnten Sie mir noch mal erklären,

(Jürgen Strohschein, AfD:
Bei Ihnen sitzen auch nicht mehr.)

können Sie noch mal erklären, warum gerade zu dieser Debatte die Leute rausgegangen sind. In meiner Fraktion hat das zum einen damit zu tun, dass die Ministerinnen und Minister vorne sitzen, zum anderen, dass wir einen relativ hohen Krankenstand momentan haben, in der Tat, aber gerade zu dieser Debatte ist beispielsweise Professor Weber, der den ganzen Tag da war, jetzt rausgegangen. Hängt das vielleicht mit der einen oder anderen

Äußerung von Herrn Weber zusammen? Hängt das vielleicht damit zusammen, dass Teile Ihrer Fraktion ein Problem haben mit diesem Antrag? Vielleicht könnten Sie uns da mal aufklären. – Besten Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD,
DIE LINKE und Christel Weißig, BMV)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Ums Wort gebeten hat noch einmal für die Fraktion der AfD der Fraktionsvorsitzende Herr Kramer.

(Zuruf von Patrick Dahlemann, SPD)

Nikolaus Kramer, AfD: Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Auch wenn ich vorhin gesagt habe, dass wir uns der Debatte entziehen, möchte ich Ihnen aber dennoch auf Ihre konkret an mich gerichteten Fragen antworten, Herr Krüger.

Nein, es liegt nicht daran, dass einzelne Abgeordnete der Fraktion ein Problem mit diesem Antrag haben oder ein Problem mit der Abstimmung zu diesem Antrag haben. Auch meine Kollegen haben ein menschliches Bedürfnis,

(Torsten Koplín, DIE LINKE: Dann
können sie ja wieder reinkommen.)

und so, wie Sie richtig festgestellt haben ...

Herr Krüger, Sie haben mir eine Frage gestellt, jetzt beantworte ich Ihnen die Frage.

(Zuruf von Thomas Krüger, SPD)

Dann wäre ich Ihnen auch dankbar, wenn Sie mir zuhören. Vielen Dank.

(Thomas Krüger, SPD: Sehr gerne.)

Wie Sie richtigerweise festgestellt haben, ist der Professor Weber den ganzen Tag bis eben hiergeblieben, und jetzt hat Herr Weber ein persönliches Bedürfnis. Dass das nun mit dem Antrag zusammenfällt, scheint ein unglücklicher Zufall zu sein.

(Patrick Dahlemann, SPD:
Reiner Zufall! Reiner Zufall!)

Vielen Dank.

(Zuruf von Henning Foerster, DIE LINKE)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Ums Wort gebeten hat noch einmal für die Fraktion DIE LINKE der Abgeordnete Herr Ritter.

Peter Ritter, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Persönliche Bedürfnisse sind natürlich zu berücksichtigen. Ich habe aber das große Bedürfnis, dass wir hier eine klare Positionierung dieses Hohen Hauses zu diesem Thema erreichen. Deswegen beantrage ich namens der antragstellenden Fraktionen namentliche Abstimmung. – Danke schön.

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Meine sehr geehrten Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Aussprache.

Im Rahmen der Debatte ist beantragt worden, über den Antrag der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und BMV auf Drucksache 7/1591 eine namentliche Abstimmung durchzuführen.

Wir beginnen nun mit der Abstimmung. Dazu werden Sie hier vom Präsidium namentlich aufgerufen und gebeten, vom Platz aus Ihre Stimme mit Ja, Nein oder Enthaltung abzugeben. Damit Ihr Votum korrekt erfasst werden kann, bitte ich Sie, sich nach Aufruf, wenn möglich, von Ihrem Platz zu erheben und Ihre Stimme laut und vernehmlich abzugeben. Darüber hinaus bitte ich alle im Saal Anwesenden, während des Abstimmungsvorgangs von störenden Gesprächen Abstand zu nehmen. Ich bitte nunmehr den Schriftführer zu meiner Rechten, die Namen aufzurufen.

(Die namentliche Abstimmung wird durchgeführt.)

Ist noch ein Mitglied des Hauses anwesend, das seine Stimme abgeben möchte?

(Eva-Maria Kröger, DIE LINKE:
Ja, ich möchte das! –
Die Abgeordneten Dietmar Eifler,
Birgit Hesse, Eva-Maria Kröger und
Jochen Schulte werden nachträglich
zur Stimmabgabe aufgerufen.)

Ich frage noch einmal, ob noch ein Mitglied des Hauses anwesend ist, das seine Stimme noch nicht abgegeben hat und dies tun möchte. – Das scheint nicht der Fall zu sein.

Von daher schließe ich die Abstimmung, bitte die Schriftführer, mit der Auszählung zu beginnen, und unterbreche die Sitzung für zwei Minuten. Die Sitzung ist unterbrochen.

Unterbrechung: 14.02 Uhr

Wiederbeginn: 14.04 Uhr

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich bitte, wieder Platz zu nehmen, damit ich das Abstimmungsergebnis bekannt geben kann. Die unterbrochene Sitzung ist eröffnet.

Ich gebe jetzt das Abstimmungsergebnis bekannt. An der Abstimmung haben insgesamt 61 Abgeordnete teilgenommen. Mit Ja stimmten 61 Abgeordnete. Daraus lässt sich ableiten, dass es keine Neinstimmen und keine Enthaltungen gab. Damit ist der Antrag der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und BMV auf Drucksache 7/1591 einstimmig angenommen.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 25:** Aussprache gemäß Paragraf 43 Ziffer 2 der Geschäftsordnung des Landtages zum Thema „Gemeinsame Agrarpolitik nachhaltig gestalten – Veränderungen anschieben“.

**Aussprache gemäß § 43 Ziffer 2 GO LT zum Thema
Gemeinsame Agrarpolitik nachhaltig gestalten – Veränderungen anschieben**

Im Ältestenrat wurde vereinbart, eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 120 Minuten vorzusehen. Ich

sehe und höre dazu keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat für die Fraktion der SPD die Abgeordnete Frau Aßmann.

Elisabeth Aßmann, SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich glaube, wenn man die Debatte der letzten beiden Tage – oder von gestern und heute – verfolgt hat, dann sollte am Ende jedem klar sein, dass wir im EU-Haushalt vor massiven Veränderungen stehen. Eine Ursache dabei ist natürlich auch der Brexit, also der Austritt Großbritanniens als zweitgrößter Netto-Einzahler in der Europäischen Union. Es gibt verschiedene Zahlen, die kursieren, was das am Ende für einen Einnahmeverlust bedeutet. Die Zahl, die wohl am greifbarsten ist, sind 60 Milliarden Euro, die der Brexit die EU kosten wird. Dazu kommen neue Herausforderungen, die zum Beispiel auch in der EU-Außenpolitik oder in der Sozialpolitik in Zukunft angepackt werden müssen, und damit werden wir eine deutliche Veränderung der Finanzströme innerhalb der Europäischen Union haben.

Nun kann man sich natürlich immer viel wünschen, aber letztendlich muss man doch zur Kenntnis nehmen, dass es vor diesem Hintergrund einfach ein Irrglaube ist, davon auszugehen, dass im EU-Agrarhaushalt alles so bleiben wird, wie wir es im Moment haben. Insofern bin ich meinem Fraktionskollegen und Minister Till Backhaus unglaublich dankbar, dass er mit dem Entwurf, der aus seinem Hause kam, zur Veränderung der Gemeinsamen Agrarpolitik, zur Neuausrichtung, ein griffiges Papier vorgelegt hat und die Diskussion um die Neuausrichtung der GAP jetzt tatsächlich so richtig in Fahrt gekommen ist.

Wenn wir uns mal anschauen, wie es im Moment aussieht: Wir haben massive Unterschiede in den einzelnen Mitgliedsstaaten. Alle zerren am Handtuch des Geldes. Jeder will natürlich so viel Geld wie möglich für seine Landwirtschaft und für seine ländlichen Räume aus dem EU-Agrarhaushalt haben. Wir haben zunehmend einen Verlust der Akzeptanz der vermeintlich pauschalen Direktzahlungen und wir haben einen immer größer werdenden Ruf nach mehr Umweltleistungen und nach mehr Tierwohl. Das heißt, die Neuausrichtung der Gemeinsamen Agrarpolitik ist im Grunde genommen eine sehr große Chance, um hier auch wieder mehr Akzeptanz in dieses Politikfeld zu bekommen. Es ist doch am Ende besser, auf einem neuen Weg zu stolpern, als auf der Stelle zu trampeln. Wir müssen natürlich darauf achten, dass die Schlaglöcher, über die wir dann eben stolpern, am Ende nicht so groß sind, dass wir eine Vielzahl von Betrieben dabei in diesen Löchern versenken.

Und was ist immer wieder auch die Hauptforderung der Sozialdemokratie? Wir wollen öffentliches Geld für öffentliche Leistungen, und dafür müssen wir natürlich auch erst mal definieren, auch auf europäischer Ebene, was sind denn tatsächlich diese öffentlichen Leistungen, die die Landwirtschaft für die Gesellschaft erbringt und erbringen kann. Wenn wir dann diese öffentliche Leistung mit einem Gewinnanreiz ausrichten und sagen, okay, der Landwirt oder die Landwirtin kann tatsächlich mit der Erbringung dieser öffentlichen Leistung auch Geld verdienen, dann sollte hier ein klarer Anreiz entstehen.

Wie so etwas aussehen kann, das wird sicherlich Minister Backhaus in seiner Rede erläutern, indem er den einen

oder anderen Zungenschlag aus dem Vorschlag, den er gemacht hat, bringen wird. Man kann natürlich viel darüber diskutieren, ob die Zahlen, die dort ins Gespräch gekommen sind – die 100 Euro Grundprämie beispielsweise –, ob das jetzt alles so griffig ist und was das für den einen oder den anderen Betrieb am Ende bedeutet, aber ich glaube, es geht hier vielmehr darum, wirklich über ein grundsätzlich neues Prinzip zu reden in der Gestaltung der Direktzahlung, in der Gestaltung der europäischen Agrarpolitik, als dass wir uns an einzelnen Zahlen irgendwie aneinander aufreiben sollten, denn die Rechnung wird dann gemacht, wenn wir wissen, wie groß der europäische Agrarhaushalt tatsächlich ist. Bis dahin kann man sich viel wünschen, man kann viel rechnen, man kann viel spekulieren, aber griffig wird es erst, wenn wir eine genaue Zahl haben.

Wenn wir die europäische Agrarpolitik neu ausrichten wollen, dann müssen wir zunächst dahin kommen, dass wir überhaupt mal klare Ziele formulieren: Was wollen wir eigentlich mit der europäischen Agrarpolitik machen, mit dem einzigen in der Breite vergesellschafteten Haushalt, den wir in der Europäischen Union haben, und wo auch gut ist, dass wir ihn vergemeinschaftet haben.

Wir müssen dabei natürlich auch die Konsequenzen ziehen aus der Wasserrahmenrichtlinie, wir müssen die Konsequenzen ziehen aus der Nitratrichtlinie, wir müssen die Konsequenzen daraus ziehen, was wir in unserer Umwelt wahrnehmen. Die Studien, die wir haben – sei es das Niederwild, seien das Insekten, seien das Vögel und so weiter –, wir müssen diese Hinweise, die wir haben, ernst nehmen. Und wenn wir genaue Ziele formuliert haben, müssen wir jedes Ziel mit seiner eigenen Maßnahme untersetzen, denn es nützt doch am Ende nichts, wenn wir Ziele haben, die wir nicht konkret mit Maßnahmen, um sie zu erreichen, dann auch untersetzen.

Wie kann so etwas aussehen? Wenn man jetzt mal schaut, man könnte sich zum Beispiel vorstellen, dass man sagt, okay, es gibt eben ein Ranking für bestimmte Umweltleistungen, die Betriebe erbringen, und je nachdem, wie viel man schafft, bekommt man es vergütet oder nicht. Man kann es natürlich auch machen, wie der Vorschlag vom Minister lautet, dass man sagt, für einzelne Leistungen einen fixen Betrag. Wo man am Ende landet, ist, glaube ich, in der jetzigen Diskussion noch gar nicht so wichtig. Wichtig ist, dass wir ein Anreizsystem schaffen, und zwar ein ehrliches Anreizsystem.

Was wir brauchen, ist, dass wir mehr gleiche Bedingungen in der EU schaffen. Natürlich ist es gut, wenn am Ende jeder Nationalstaat auch die Möglichkeit hat, ich sage mal, die Taschen auf seine Jacke selber draufzünähen und zu sagen, ich habe die großen Rahmenbedingungen und ich richte das für mich am Ende anhand meiner Bedingungen vor Ort aus. Das ist wichtig und trotzdem muss die Jacke am Ende für alle Mitgliedsstaaten passen, und das ist gar nicht so einfach, die jetzt 28 und dann 27 unter einen Hut zu bekommen. Daran werden wir viel arbeiten müssen.

Wenn wir zu gleichen Bedingungen kommen, sind wir natürlich auch bei gleichen Standards, sei es im Umweltschutz, sei es im Tierwohlbereich oder aber auch in der Sozialpolitik. Da merken wir einfach, dass es an diesem Agrarhaushalt ganz viele Schnittstellen gibt mit anderen Politikfeldern. Wir müssen es schaffen, diese Politikfelder besser miteinander zu verzahnen, und gleichzeitig müs-

sen wir es schaffen, das ganze System zu vereinfachen. Da haben wir natürlich eine große Chance in der Digitalisierung, indem wir versuchen müssen zu sagen, dass die einzelnen, ich sage mal, Systeme, die wir haben, besser miteinander kompatibel sind, dass wir Daten nicht mehr fünfmal erheben müssen,

(Thomas Krüger, SPD: Ganz wichtig.)

bloß, weil wir fünf unterschiedliche Systeme haben für Datenerfassung, dass es einfach auch möglich sein muss in Zukunft, einmal die Daten zu erheben und zu sagen, ich kann sie nutzen für meinen Agrarantrag, ich kann sie nutzen für meine Düngebilanzierung, ich kann sie nutzen für meine Anbauplanung. Die Kontrollbehörden können sie nutzen, um sich ein Bild zu machen, bevor sie in den Betrieb kommen, dass man dann nicht zu Beginn des Tages erst mal zwei Stunden irgendwie Daten zusammensuchen muss, bis überhaupt die eigentliche Vor-Ort-Kontrolle losgehen kann. Das ist sicherlich etwas, woran wir extrem arbeiten müssen, dass wir die Digitalisierung tatsächlich auch als ehrliche Chance begreifen, unsere Systeme zu vereinfachen.

Das heißt auch, wir brauchen vergleichbare Rahmenbedingungen und einfache Antragssysteme. Das habe ich gesagt. Und am Ende geht es darum, was wollen wir denn eigentlich auch bei uns in Deutschland? Welche Marktbedingungen wollen wir? Warum sagen wir denn nicht, wir grenzen unseren Markt an bestimmten Bereichen ab? Wir haben das gemacht bei der Käfighaltung. Wir haben gesagt, wir wollen keine Eier mehr aus Käfighaltung, weder, dass sie hier produziert werden, noch, dass sie als Frischei bei uns in den Laden kommen. Und ich kann mir das gut vorstellen, dass wir das bei den Schweinen ähnlich handhaben können, indem wir sagen, was als Frischfleisch in der Theke liegt, das muss nach unseren Rahmenbedingungen produziert werden, das darf auch nur so produziert werden, wenn es eingeführt werden soll. Das wäre doch ein Schritt zu sagen, wir gehen aktiv mit vollem Gang voran und wir wollen wirklich ehrlich diesen Tierbereich vorantreiben.

(Dr. Ralph Weber, AfD: Gilt das auch für geschächtetes Fleisch?)

Dafür brauchen wir ein Investitionsprogramm, das ist klar, das werden wir machen müssen. Das wird uns auch sehr viel kosten, wenn wir das so umsetzen wollen. Aber wir brauchen nicht nur ein Investitionsprogramm in der Tierhaltung, sondern wir brauchen natürlich auch ein Investitionsprogramm in den Lagerkapazitäten für Wirtschaftsdünger beispielsweise, in präzise Pflanzenschutztechnik, in mehr Tierwohl auch in anderen Bereichen als bei Schweinen. Das ist teilweise auf Länderebene ja so geregelt, aber ich glaube, dass wir da tatsächlich mal zu einem einheitlichen Vorsprung auch auf nationaler Ebene kommen müssen. Und Fakt ist doch, dass wir uns genau jetzt wirklich um die Neuausrichtung der GAP bemühen müssen, und zwar gemeinsam mit den Betrieben, gemeinsam mit den Verbänden, gemeinsam mit den Verbrauchern und mit allen verantwortlichen Politikern. – Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: An dieser Stelle möchte ich auf der Besuchertribüne Bürgerinnen und Bürger

aus Dragun begrüßen. Herzlich willkommen! Ich freue mich, dass unser Thema auch das Interesse des Berufsstandes gefunden hat, und begrüße deren prominente Vertreter.

Jetzt hat das Wort der Minister für Landwirtschaft und Umwelt Herr Dr. Backhaus.

Minister Dr. Till Backhaus: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich bin zunächst meiner Fraktion natürlich sehr, sehr dankbar, dass wir diese Aussprache führen können, denn Sie können mir glauben, seit mehr als zwei Jahren arbeite ich an einem alternativen Konzept zur Entwicklung der europäischen Agrarpolitik und der Politik für die ländlichen Räume. Gerade auch in den nächsten Tagen wird dieses Thema selbstverständlich bei den Verhandlungen in Berlin eine große Rolle spielen. Im Übrigen, ich will es an dieser Stelle auch noch mal sagen, heute Morgen haben wir ja schon ein bisschen über die europäische Gesamtpolitik und deren Ausgestaltung geredet. Da ist gesagt worden von Teilen der Opposition, das ist alles so unkonkret. Jetzt wird es gleich konkret.

Ich darf Ihnen heute auch noch mal sagen, aus den vielen, vielen Gesprächen, die ich am Rande der Grünen Woche geführt habe mit Vertretern aus verschiedensten Nationen Europas bis zu der Delegation unserer Partnerregion aus dem Leningrader Gebiet, mit denen ich immer auch diese Themen angesprochen habe, zum Teil sehr intensiv in den Verbänden, natürlich im Berufsstand, aber auch in den Tierschutzverbänden, in den Umweltverbänden, alle sagen mir, Herr Backhaus, das, was Sie hier vorgelegt haben, geht genau in die richtige Richtung. Im Übrigen ist der Präsident Juncker bereits im Besitz dieses Papiers. Sowohl der Kommissar Oettinger als auch der Agrarkommissar Hogan kennen unser Papier. Manchmal habe ich den Eindruck, wenn ich das so sagen darf am Anfang, wenn die Europäische Kommission von einem Papier „Veränderungen gestalten“ spricht und unser Papier heißt „Veränderungen anschieben“, ich glaube, dann liegt der Weg nicht ganz weit davon entfernt.

Insofern glaube ich auch an dieser Stelle sagen zu dürfen, ja, wenn man Europa schätzt, wenn man die Vorteile und Vorzüge von Europa wirklich wahrnimmt, dann gehört die europäische Agrarpolitik ausdrücklich dazu. Für viele ist sie etwas sperrig, weil man zu wenig davon hört, vielleicht auch glaubt, dass es immer noch eine Spielwiese der Landwirtschaftslobbyisten ist, aber da es hier in weitesten Teilen um die Landwirtschaft, aber auch um die ländlichen Räume geht, in denen 70 Prozent der Bevölkerung Europas leben, ist dieses Thema brandaktuell und wir haben alles dafür zu tun, dass wir das, was wir heute erreicht haben – im Übrigen auch, was die Mittel anbetrifft –, dass wir dieses Niveau möglichst halten.

Mein, unser Konzept geht davon aus, dass wir die Mittel, die wir heute haben, im Wesentlichen behalten. Und ich rufe den Kritikern oder denjenigen, die meinen, sich als Agrarexperten aufspielen zu wollen, ausdrücklich zu, lesen Sie in Ruhe das Konzept, berechnen Sie das in Ruhe im Rahmen von Beispielbetrieben und Sie werden sehen, dass das, was wir Ihnen heute anbieten, der Landwirtschaft anbieten, deutlich günstiger ausfällt für den größten Teil der Betriebsarten, die wir in Mecklenburg-Vorpommern haben, als das, was zurzeit als Alternative vorliegt.

Ich will am Anfang ausdrücklich sagen, das, was die Kommission zurzeit andenkt, mit Degression und Kapung, lehne ich nach wie vor ab. Das würde für Mecklenburg-Vorpommern bedeuten, dass wir etwa 120 Millionen von 350 Millionen Euro verlieren. Ich gehe davon aus, dass das, was wir vorgelegt haben, in einer Größe nach wie vor ausgenutzt werden kann zwischen 98 und 95 Prozent, also wir nur das, was wir eingepreist haben aus dem Brexit, dem Ausstieg von Großbritannien aus der Europäischen Union, verlieren.

Natürlich geht es bei der GAP, also bei der Gemeinsamen Agrarpolitik, in erster Linie um die Landwirte. Unser Konzept, das ist ja schon deutlich geworden in der Rede von Frau Aßmann, betrifft ausschließlich die Landwirte, nämlich die sogenannte erste Säule, aus der die Landwirtschaft heute über pauschale – pauschale! – Ausgleichszahlungen Geld erhält. Genau diese pauschale Ausgleichszahlung wollen wir in eine neue Richtung bringen, nämlich in eine leistungsorientierte Umweltzusatzleistung.

Ich will das überschreiben mit der Kernbotschaft, ich glaube, die allgemeine Bevölkerung ist bereit, in Europa und insbesondere in Deutschland, den Landwirten nach wie vor Geld zu geben, dafür, dass wir hochwertige Lebensmittel bekommen, ein ganz, ganz hohes Gut. Im Übrigen sind die meisten Europäer glühende Verfechter einer regionalen Agrarwirtschaft, weil sie gerne wissen möchten, unter welchen Bedingungen heute Tiere gehalten werden und unsere Lebensmittel produziert werden. Ein Zukunftsmodell ist für mich ganz klar die regionale Produktion von Lebensmitteln. Der Binnenmarkt von 500 Millionen Einwohnern ist für uns ein ganz großer Schwerpunktbereich, und das wird sich weiter festigen.

Das Gleiche gilt im Übrigen dafür, dass ich glaube und fest davon überzeugt bin, dass die meisten Menschen in Deutschland, in Europa sich wünschen, dass für die nachfolgenden Generationen die natürlichen Ressourcen erhalten bleiben, nämlich sauberes Wasser, guter Boden, eine hohe Artenvielfalt, und dass wir Beiträge zum Klimaschutz leisten. Ich glaube, dafür sind die Menschen in Europa, in Deutschland bereit, weiterhin Geld zur Verfügung zu stellen. Und das ist ein neuer Ansatz, nämlich genau diese Ziele zu verfolgen.

Frau Aßmann hat ja richtigerweise darauf hingewiesen, wir haben Probleme im Umweltbereich. Als Umweltminister dieses Landes sage ich, ich werde meinen, unseren Berufsstand – dem ich ja auch sehr nahe bin –, als Landwirt werde ich meinen Berufsstand nicht verleugnen. Ausdrücklich sage ich das. Aber nehmen wir bitte doch zur Kenntnis, dass wir die Wasserrahmenrichtlinie der Bundesrepublik Deutschland, Europas nicht erfüllen. Das heißt, wir haben zu viele Nährstoffe im Wasser, im Grundwasser, im Oberflächenwasser. Wir erfüllen die Meeresschutzrichtlinie der Europäischen Union nicht. Unsere Weltmeere leiden nach wie vor unter dem Druck von zu hohen Nährstofffrachten. Wir alle machen uns große Sorgen um die Artenvielfalt. Natürlich kann die Landwirtschaft als einziger und wichtigster Partner in diesem Bereich einen hervorragenden Beitrag leisten und dafür muss die Gesellschaft dann auch was bezahlen.

Und ich sage hier auch noch mal, die Landwirtschaft soll – und das ist der Paradigmenwechsel, den ich gerne einleiten möchte – mit diesen zusätzlichen Umweltleistungen nicht nur einen Verlust ausgeglichen bekommen,

so ist es nämlich heute, sondern man soll mit einer Leistung in einer Leistungsgesellschaft dann auch Geld verdienen. Die Landwirtschaft soll für diese zusätzlichen Leistungen für Tierwohl, für Artenvielfalt, für Klimaschutz, für sauberes Wasser, für gesunde und artenreiche Böden und eine gute Fruchtfolge, dafür sollen die Landwirte Geld bekommen und damit sollen sie Geld verdienen.

Ich bin schon sehr, sehr positiv berührt, dass ich zur Kenntnis nehme, dass alles, was wir bis jetzt vorgestellt haben, in Brüssel, in Berlin, aber auch hier im Lande in weiten Teilen nicht nur akzeptiert wird, sondern zum Teil sogar positiv aufgenommen worden ist. Denn wenn irgendjemand glaubt, auch im Bauernverband, es bleibt alles so, wie es ist, der muss sich doch getäuscht fühlen. Wir müssen den Menschen die Wahrheit sagen! Wenn die Kommission erklärt und auch der Europäische Rat – oder verfolgen Sie die Diskussion in Davos zurzeit aktuell –, dann nehme ich doch zur Kenntnis, dass wir in Europa riesige Sorgen und Probleme haben, was die Frage der Migration anbetrifft, aber auch die ökonomische Situation in den europäischen Mitgliedsstaaten. Natürlich nehme ich auch zur Kenntnis, dass wir eine hohe Arbeitslosigkeit haben, insbesondere in den südlichen europäischen Regionen. Nehmen wir das doch bitte schön zur Kenntnis! Da wird man Geld umverteilen müssen.

Und wenn im Übrigen der, ich glaube, der CDU-angehörige Kommissar Oettinger, den ich persönlich schätze, sagt, wir werden Geld aus der ersten Säule der Agrarwirtschaft herausnehmen und dieses für neue Ziele in Europa und für Mehrwert einsetzen, dann müsst ihr euch in der CDU damit mal auseinandersetzen, wo die Reise hingehen soll. Insofern will ich noch mal ausdrücklich sagen, dass die Europäische Union natürlich vor der Pflicht steht – um nicht noch weitere Disharmonien innerhalb der europäischen Familie zu haben –, dass man hier Lösungen anbieten muss, um den Zusammenhalt in Europa zu gewährleisten. Dabei wird dieser Haushalt eine wichtige Rolle spielen, denn, meine sehr geehrten Damen und Herren, den meisten ist es wahrscheinlich hier bewusst, auch das ist eine konkrete Aussage, wir werden mit dem Ausstieg Großbritanniens insgesamt als Nettozahler 13 Milliarden Euro aus dem EU-Haushalt verlieren. Insgesamt fließen zurzeit immer noch – ich finde, das ist eine hochinteressante Zahl – 137 Milliarden Euro, 137 Milliarden Euro des Gesamthaushaltes und damit rund 38 Prozent der EU-Gelder, nach wie vor in den EU-Haushalt des Agrarbudgets.

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD:
Wie viel haben wir denn eingezahlt
vorher, Herr Backhaus?)

Das sind immerhin von dem Gesamtvolumen der 137 Milliarden 53 Milliarden Euro, die in die Landwirtschaft, in ländlichen Räumen hineinfließen. Das heißt, damit ist das der höchste Anteil, den wir dabei haben.

Sie sehen also, meine sehr geehrten Damen und Herren, es geht hier um richtig viel Geld, das natürlich auch in Mecklenburg-Vorpommern dringend notwendig ist. Insofern bin ich unserer Ministerpräsidentin sehr, sehr dankbar, dass sie in Sondierungsgesprächen festgeschrieben hat, dass Deutschland bereit ist, mehr Geld für Europa zur Verfügung zu stellen, und im Übrigen in den Sondierungsgesprächen auch festgeschrieben worden ist, dass der Agrarhaushalt möglichst stabil gehalten werden soll.

Aber ich sage hier auch noch mal sehr klar und deutlich, wenn irgendjemand glaubt, er kann mit Besitzstandsdenken weiterkommen, oder wer glaubt, es wird immer so weitergehen, wie wir es heute haben, wer glaubt, dass wir das so umsetzen können, der wird sich da getäuscht fühlen. Wir brauchen neue Lösungsansätze, um auch in Zukunft mit diesem Geld in der Landwirtschaft wirksam helfen zu können. Und ich gönne es jedem Landwirtschaftsbetrieb, der in unser Leitbild passt, nämlich eine bäuerlich geprägte Landwirtschaft zu entwickeln, die vor Ort ihre Verantwortung trägt, die im Übrigen damit wieder mehr noch an zusätzlichen Leistungen für die Ökologie, aber auch für die Ökonomie Umsätze bringt. Wir werden alles daransetzen, diese stabil zu halten.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, unser Konzept ist mit Praktikern, mit Wissenschaftlern, mit Beratern und natürlich auch mit Experten aus der Praxis entwickelt worden. Damit will ich noch mal ausdrücklich sagen, es ist hier nicht am Grünen Tisch bei mir entstanden, sondern wirklich mit analysierten Betriebsbeispielen gerechnet worden. Ich bin davon überzeugt, dass dieser Vorschlag richtig ist und dass damit dieses Geld und dieses Prinzip den Landwirten zugutekommen wird. Und ich glaube auch, dass es richtig ist, dass der Grundanspruch, den ich selber mal entwickelt habe, nämlich öffentliches Geld für öffentliche Leistungen, weiter konsequent umgesetzt werden muss.

Aber lassen Sie mich das etwas konkreter vorstellen. Wir wollen eine neue erste Säule schaffen. Das ist ein Weg, der in Europa im Übrigen auch mehrheitsfähig ist. Es gibt in der Politik, in der CDU, bei mir in der eigenen Fraktion, aber auch bei den Umweltverbänden Vorstellungen, die gesamte erste Säule abzuschaffen und das, was heute in der ersten Säule ist, in die zweite Säule zu transferieren. Dafür gibt es in Europa keine Mehrheiten. Das muss man einfach zur Kenntnis nehmen und daher gehen wir eben von einer neuen ersten Säule aus, die ganz konsequent diesem Leistungsziel entspricht. Alles, was auf der landwirtschaftlichen Fläche geschieht, soll und wird damit in einer neuen ersten Säule zusammengeführt. Die neue erste Säule setzt sich insofern aus fünf Komponenten zusammen. Ich will die nur kurz angesprochen haben:

Nämlich eine Grundprämie, über die Höhe kann man sich streiten, aber da wird schon mal festgelegt, dass wir höhere Standards in Europa haben, um wettbewerbsfähig zu sein und damit letztendlich auch wichtige Beiträge zu leisten. Um diese aufzustocken, wollen wir dann eine zusätzliche ökologische Zusatzleistung vergüten und damit nicht nur honorieren, was sie leisten, sondern es soll damit auch Gewinn gemacht werden. Damit sollen Prämienzahlungen für Agrarumwelt- und Klimaschutzmaßnahmen um mindestens zwischen 15 und 30 Prozent angehoben werden, und damit könnten sie gutes Geld verdienen. Diese deutlichen Leistungsanreize sind aus meiner Sicht auch dringend notwendig, um in den europäischen Umwelt- und Klimaschutzzielen überhaupt voranzukommen.

Der Katalog der freiwilligen Leistungen – im Übrigen ist das gerade in der Sonder-Agrarministerkonferenz bestätigt worden –, dieser Katalog wird mit der Kommission einmal abgestimmt und hat dann für die gesamte Förderperiode über sechs beziehungsweise sogar bis zu neun Jahre Gültigkeit. Dieses Prämiensystem wird deutlich vereinfacht, und im Übrigen wird auch die Digitalisierung, die wir in unserer Fraktion in der kommenden Woche

diskutieren werden, dazu einen entscheidenden Beitrag leisten. Ich kann mir zum Beispiel vorstellen, dass wir eine Zentrale in Deutschland einrichten, am liebsten in Mecklenburg-Vorpommern, wo wir dann diese Direktzahlungen – in Klammern: ökologische Zusatzleistungen – hier in diesem Lande abwickeln und damit letzten Endes für junge Menschen im digitalen Zeitalter mit einer Zentrale für Deutschland, ähnlich wie wir es im Tierbereich haben in Bayern mit der HIT-Datenbank, dass wir das für Deutschland entwickeln und umsetzen.

Und ich will ausdrücklich Junglandwirten und damit jungen Menschen die Chance geben, wieder einzusteigen in die Landwirtschaft. Der soziale Aspekt spielt bei mir natürlich auch eine große Rolle. Wenn Sie sich überlegen, der Durchschnittsbetrieb in Europa hat heute 16 Hektar oder 16,1 Hektar, und wir haben heute Betriebe mit 5 Hektar in Polen und Rumänien, von denen die Menschen leben müssen. Das heißt, auch die kleineren Betriebe sollen in unserem Konzept eine Chance bekommen.

Ich will das insofern auch abkürzen: Etwas ganz Neues, was wir dabei haben, ist, dass wir zum ersten Mal für die Tierhalter – das war übrigens schon eine Forderung von verschiedensten Bauernverbänden und aus verschiedensten Regionen, aber auch von verschiedensten berufsständischen Interessenvertretungen – eine Tierprämie wieder einführen, um damit Arbeit und Wertschöpfung zu unterstützen. Auch dies haben wir mit aufgenommen.

Insofern darf ich Ihnen ausdrücklich sagen, wir wollen mit der ersten Säule die Landwirtschaft aktiv unterstützen und die Besonderheiten in den Regionen aufnehmen. Auch die traditionelle Landwirtschaft ist dabei natürlich im Fokus. Wir wollen auf der anderen Seite die zweite Säule, die ländlichen Räume, weiter stabil entwickeln. Und da bin ich ja auch froh, dass wir schon 1,5 Milliarden Euro zusätzlich zu dem, was wir heute haben, in die zweite Säule hineinbekommen.

Abschließend: Ich verstehe manchmal auch die Skepsis und die Unsicherheit. Das ist heute leider so. Aber unterm Strich stehen Veränderungen an und wir müssen uns diesen Veränderungen stellen. Ich darf Ihnen abschließend ausdrücklich sagen, die bisherigen Äußerungen der Kommission weisen darauf hin, dass ich mit unserem Vorschlag dicht an den Kommissionsvorschlägen liege. Auch auf der Sonder-Agrarministerkonferenz, das will ich hier noch mal ausdrücklich betonen, hat der Kommissar Hogan zwei wichtige Grundaussagen getroffen.

Ich darf zitieren, erstens: „... die europäische Gemeinsame Agrarpolitik muss Anreize für eine nachhaltige Entwicklung der Landwirtschaft ... schaffen und dazu beitragen, dass Umwelt- und Klimaziele besser erbracht werden.“ Ich glaube, das können wir unterschreiben, das ist bei uns im Papier ausdrücklich drin.

Und zweitens: Die neue GAP, die neue Gemeinsame Agrarpolitik, „muss flexibler werden“. Die Landwirtschaft braucht „mehr Wahlfreiheit“ für das System und sie muss unbürokratischer werden. Genau das haben wir verfolgt, dieses Ziel. Eine stärkere Berücksichtigung „regionaler Besonderheiten“ ist deshalb unabdingbar. Damit Zitatende.

Ich sage Ihnen insofern noch mal, ich bin froh, dass wir einen einstimmigen Beschluss, der sich weitestgehend auch an diesen Dingen, die ich Ihnen vorgestellt habe,

orientiert, auf der Sonder-Agrarministerkonferenz am letzten Donnerstag haben entscheiden können. Und wer mir vorwirft, der Landwirtschaft das nicht zu gönnen, dieses Geld, ich glaube, der hat das Papier entweder noch nicht gelesen oder hat es nicht verstanden, oder er kann es nicht lesen oder will nicht wahrhaben, dass wir Veränderungen bekommen.

Insofern ist für mich vollkommen klar, wir brauchen die Landwirtschaft alle für unsere Zukunft. Ohne die Landwirtschaft hat Mecklenburg-Vorpommern, hat Europa keine Zukunft, und die ländlichen Räume gehören dazu. Insofern bin ich dankbar für diese Aussprache und ich bin mir sicher, wir werden die nächsten Wochen und Monate, im Mai kommt die Mittelfristige Finanzplanung der Europäischen Union auf den Tisch, da werden wir im Übrigen schon mal genau wissen, welche Anteile wir bekommen werden. Ich werde alles dafür tun, dass wir für Mecklenburg-Vorpommern, für die Landwirtschaft und die ländlichen Räume eine hohe Stabilität behalten, aber wir müssen Veränderungen anschieben. – Herzlichen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Das Wort hat jetzt für die Fraktion der AfD der Abgeordnete Herr Strohschein.

Jürgen Strohschein, AfD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Bürger und Abgeordnete!

(Thomas Krüger, SPD: Und Bürgerinnen!)

Können wir auch noch, ja, können wir auch noch machen, um gendergerecht zu sprechen.

Seit den 1960er-Jahren eilen wir im Rahmen der Gemeinsamen Agrarpolitik, kurz GAP, von Reform zu Reform. Anfangs gab es das Bestreben, die Versorgungssicherheit der europäischen Bevölkerung zu gewährleisten und das Ausbluten des ländlichen Raumes zu verhindern. Später sollten Reformen die Konkurrenzfähigkeit der heimischen Landwirtschaft auf dem Weltmarkt sicherstellen.

Danach gerieten auch Faktoren wie Umwelt- und Naturschutz unter dem Begriff der Nachhaltigkeit immer stärker in den Fokus. Der Anspruch auf möglichst günstige Lebensmittel und einen hohen Fleischkonsum steht konträr zu den Ansprüchen auf möglichst viel Nachhaltigkeit. Dieser Zielkonflikt sollte stärker ins Bewusstsein der Menschen gerückt werden. Lagen die Verbraucherpreise in den 60er-Jahren in Deutschland noch bei 20 Prozent der Gesamtausgaben eines Haushalts, hat sich diese Zahl bis heute auf 10 Prozent halbiert. Noch nie waren Lebensmittel in Deutschland in solchem Überfluss und so günstig verfügbar wie heute, und das möchte auch niemand ernstlich ändern.

So wird die Debatte um den Ruf nach mehr Ökologisierung auf dem Rücken unserer Landwirte ausgetragen. Dabei sind es gerade unsere Landwirte, die durch Fachkompetenz und das Eingehen unternehmerischer Risiken dafür Sorge tragen, dass wir das Wort „Hunger“ nicht mehr kennen.

(Beifall Jens-Holger Schneider, AfD)

Durch die Steigerung der Produktion auf der Fläche konnten große Flächen einer Natunierung,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Was für ein Ding?)

Entschuldigung, Renaturierung zugeführt werden, denn, auch das sei erwähnt, noch nie war die Fläche der Naturschutzgebiete in Deutschland so groß wie heute.

Wenn wir nun dem Ruf nach weniger Flächenleistung bei gleichbleibenden Konsumansprüchen folgen würden, hätte das drastische Folgen. Die ökologische Landwirtschaft ist nicht in der Lage, auf der landwirtschaftlichen Nutzfläche Deutschlands ausreichend Lebensmittel zu produzieren. Etwas mehr Ehrlichkeit würde dieser ganzen Debatte nur guttun.

(Thomas Krüger, SPD:
Deswegen sagt ja auch keiner,
dass wir 100 Prozent Öko wollen.)

Das würde bedeuten, dass Sie sich den Vorstellungen der GRÜNEN und diverser Nichtregierungsorganisationen anschließen

(Thomas Krüger, SPD:
Das tut doch keiner.)

und den Deutschen vorschreiben, schon bald nur noch 50 Prozent des bisherigen Fleischkonsums zu beanspruchen.

(Thomas Krüger, SPD: Wer tut denn das?)

Wollen Sie das auch, Herr Krüger?

(Thomas Krüger, SPD: Nein, wollen wir nicht. –
Zuruf von Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE)

Die Diskussionen um Tierwohl und den Einsatz von Kunstdünger und Agrochemie entgleiten zunehmend einer rationalen und wissenschaftlichen Basis. In den letzten Jahren waren es die Flächenprämien von rund 300 Euro je Hektar, die gerade den kleinen Betrieben überhaupt ein Einkommen generiert haben. Hohe Pachtzahlungen, die schlechten Ernten der letzten zwei Jahre und niedrige Erzeugerpreise, besonders bei Milch, ließen viele Betriebe rote Zahlen schreiben. Deshalb müssen wir Verständnis dafür haben, dass den Landwirten gegenwärtig an tief greifenden Reformen nicht gelegen ist.

Wenn die deutsche Landwirtschaft ihre Produktivität durch die Ökoträumerei gut situierter Stadtkreise verliert, verlagern wir die Produktion ins Ausland. Das sind nicht unsere europäischen Nachbarländer, sondern der gesamte Weltmarkt inklusive Brasilien und China. Und dort wird wohl weniger auf die Ansprüche der deutschen Ökobewegten geachtet werden. Auch die AfD wünscht eine umweltschonende Landwirtschaft und eine hohe Produktivität, aber wir müssen uns an den Realitäten orientieren und nicht am Wunschenken jener Kreise, die angeblich von Landwirtschaft mehr verstehen als unsere Bauern.

Wie sieht die Realität aus? Die Landwirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern wird von Ihren Vorstellungen, Herr Minister Backhaus, ins Mark getroffen. Hier sind die Betriebe nicht die, die nach links-grüner Auffassung das Weltklima vergiften, Insekten ausrotten und das Grundwasser verseuchen. Hier werden Futtermittel aus Brasilien eingeführt und Schweinepfoten nach China exportiert. Was Mecklenburg-Vorpommern bleibt, ist ein Centge-

schäft bei der Schweinehaltung und natürlich die Gülle, die örtlich konzentriert anfällt. Das ist ein lokales Problem. Auf das gesamte Bundesland gesehen ist die Güllemenge aber unproblematisch und könnte sogar ausgeweitet werden. Wird sie verteilt beziehungsweise fällt sie lokal an, dann wird mit ihrer Hilfe Kunstdünger eingespart. Dazu ist es aber nicht hilfreich, wenn die Zeiten, in denen die Ausbringung erlaubt ist, ohne sachlichen Grund immer wieder eingeschränkt werden.

Überhaupt haben wir hier die merkwürdige Situation, dass in den letzten Jahren die Kleinbetriebe weggestorben sind. 600 sollen es seit 2001 sein. Andererseits produzieren größere Ställe aber nur circa 50 Prozent unseres eigenen Fleischaufkommens in Mecklenburg-Vorpommern. Es ist ein Ergebnis der Landwirtschaftspolitik, die Sie und die EU zu verantworten haben, Herr Minister Backhaus. Ich denke da nur an das Wegbrechen vieler Schlachthöfe in Mecklenburg-Vorpommern. Dass Megaställe der dominierende Faktor unserer Tierhaltung sind, dieser Entwicklung haben Sie tatenlos zugeschaut und beklagen jetzt die Folgen.

(Minister Dr. Till Backhaus: Das
ist doch Quatsch! So ein Blödsinn!)

Einzig bei der Herstellung von Produkten, die für die sofortige Verrottung vorgesehen sind, ist die Landwirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern Spitze. Ich spreche hier von Mais und Raps für die Biogaserzeugung und die Treibstoffbeimischung, die angebaut werden. Dadurch werden Flächen in Anspruch genommen, die für die von Ihnen gelobte Biodiversität zur Verfügung stünden und für die Produktion von Futtermitteln.

Ich möchte noch einmal unterstreichen, wenn wir keinen Rapsanbau für die Beimischung von Benzin und auch nicht die Biokraftwerke hätten hier in Mecklenburg-Vorpommern, dann müssten wir natürlich mehr Stilllegungsflächen haben, um noch mehr Überproduktion zu verhindern.

(Minister Dr. Till Backhaus:
So was Widersprüchliches!)

Darüber muss man auch mal nachdenken und man sollte so was in Zukunft mehr fördern.

(Zuruf von Minister Dr. Till Backhaus)

Stattdessen werden Futtermittel aus Südamerika importiert und dort wird der Regenwald abgeholzt. Dazu kommen Zucker und Palmöl, die auch die Treibstoffe ökologischer und korrekter machen sollen, in Wirklichkeit aber in den Produktionsländern riesige Schäden anrichten.

Folglich ist auch dieser Zweig unserer heimischen Landwirtschaft kein Sieg für die Ökologie. So beschwören Sie die Wertigkeit der Landwirtschaft für den europäischen Gedanken, treiben aber die Landwirte durch die Globalisierung in ein Hase-und-Igel-Spiel, das sie gegen einen Weltmarkt, dem jegliches Ökobewusstsein fehlt, gar nicht gewinnen können. Und gekrönt wird das Ganze durch die absurden Vorstellungen zur Energiewende.

Statt sich tatsächlich auf eine sinnvolle Umgrenzung eines Produktionsausbaus, beispielsweise im Rahmen der EU, zu konzentrieren und dort einheitliche Standards herzustellen, die einen fairen Wettbewerb ermöglichen, wollen Sie alles gleichzeitig: EU-Einigung und Globalisie-

rung. Hätten wir nicht schon in der sogenannten Flüchtlingspolitik ein lebhaftes Bild Ihres unbedingten Willens zum totalen Chaos gesehen,

(Thomas Krüger, SPD: Jetzt wird es langsam aber richtig sachlich.)

in der Landwirtschaft wird es exemplarisch vor Augen geführt, wenn wir ganz konzentriert auf Mecklenburg-Vorpommern schauen. Und für dieses Bundesland sind wir hier ja zuständig.

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD: Sehr richtig!)

Nachdem die Karre so in den Dreck gefahren wurde, wollen Sie den Bauern sagen, ein Teil der Brüsseler EU-Millionen wird jetzt mal flott gestrichen. Was das Förderinstrument schlechthin angeht, mit dem Brüssel sich schon vor Jahrzehnten an dieser Stelle als Problemlöser aufnötigte, so kann man den Vorstellungen zum ELER, also zur Förderung des ländlichen Raumes, nicht entnehmen, dass es einen Bürokratieabbau einerseits und echte Erfolge andererseits endlich geben wird.

Das war nicht so weit.

(Heiterkeit vonseiten der Fraktionen der SPD und DIE LINKE – Thomas Krüger, SPD: Falsche Seite! Hat der Referent nicht richtig zusammengeheftet, die Seiten! – Minister Dr. Till Backhaus: Das war eben gut! – Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Also, wir machen weiter.

Die Lösung aller dieser Probleme ist sicherlich nicht die gefühlte Rückkehr ins landwirtschaftliche Mittelalter und ein radikaler Bruch mit der Entwicklung, die Sie so gewollt haben müssen. Sie sind der dienstälteste Landwirtschaftsminister in Deutschland, und das ist ein Ehrentitel, der dann auch mal das Ausmaß der Verantwortung deutlich macht, die Sie tragen. Sie waren bei vielen Reformen mit dabei, Herr Minister. Was wir brauchen, ist für den Bereich der ausreichenden Versorgung mit Grundnahrungsmitteln eine Regulierung der Nahrungs- und Futtermittelimporte im Rahmen der EU-Politik, die Wahrung des hohen Standards in der Berufsausbildung und Fortbildung unserer Landwirtschaft, das Vertrauen in die Innovationskraft der Landmaschinentechnik einerseits und der Agrarchemie andererseits sowie einen drastischen Bürokratieabbau, und für den Bereich Ökologie ein Vertrauen auf die Innovationskraft der Landtechnik in Sachen mechanischer Unkrautbekämpfung und dem präzisen Ausbringen von immer weniger Pflanzenschutzmitteln sowie ein Vertrauen auf weiter wachsendes Bewusstsein der Menschen für gesunde Lebensmittel und in der Folge eine wachsende Zahlungsbereitschaft.

Die AfD ist für eine gesunde Nahrungsmittelproduktion. Die bisherigen Problemverursacher waren die Fleischverarbeiter und sonstigen Hersteller. Das gesündeste Fleisch produzieren nun einmal die Weideviehhalter, aber Weideviehhaltung und Wolf, das passt nicht zusammen.

(Minister Dr. Till Backhaus: Das jetzt auch noch!)

Für den Schutz des Weideviehs vor dem Wolf ist ein enormer Kostenaufwand erforderlich,

(Thomas Krüger, SPD: Da hat er aber gut die Kurve gekriegt.)

der diese Form der Tierhaltung in Zukunft aus dem Rennen werfen wird – ein weiteres Beispiel dafür, dass Ihre Landwirtschaftspolitik nicht zu Ende gedacht ist. Die Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) reiht sich ein in eine Reihe von Maßnahmen, die einer Zwangsökologisierung gleichkommen – Dauergrünlanderhaltungsgesetz, Düngemittelverordnung und jetzt die Vorschläge von Herrn Minister Backhaus. Unsere Bauern sollen mit belastenden Auflagen an einem Weltmarkt teilnehmen, der sich um ökologische Produktionsweisen wenig schert.

(Minister Dr. Till Backhaus: Sie haben mein Papier nicht gelesen, Entschuldigung!)

Anstatt hier Abhilfe zu schaffen, kürzen wir ihnen die Subventionen, zwingen ihnen noch mehr Bürokratie auf und werfen ihnen laufend Knüppel zwischen die Füße. Wenn die deutsche Gesellschaft einen ökologischen Sonderweg gehen will, dann soll sie ihn auch bezahlen. Alles andere ist schlichtweg unehrlich. – Danke schön.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD – Thomas Krüger, SPD: Stürmischer Beifall!)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Das Wort hat jetzt für die Fraktion der CDU der Abgeordnete Herr Kliewe.

(Minister Dr. Till Backhaus: Da bin ich ja mal gespannt, was jetzt kommt.)

Holger Kliewe, CDU: Ja, meine sehr verehrte Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Werte Gäste! Wir befassen uns heute mit dem Antrag der SPD zur Neuausrichtung und Neugestaltung der Agrarpolitik, den der Minister ja auch schon bei uns im Agrarausschuss vorgetragen hat,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Nee, Aussprache auf Antrag der SPD. Ihr seid euch da nicht einig.)

und es ist gut, dass wir heute über die Agrarpolitik hier in diesem Hohen Hause reden können.

Ich möchte zunächst näher auf die Ziele und Forderungen unserer Fraktion zur Neuausrichtung der Agrarpolitik eingehen. Die Neugestaltung der Gemeinsamen Agrarpolitik wird die Zukunft des ländlichen Raumes, der Landwirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern, aber auch in Deutschland und in der Europäischen Union maßgeblich mitbestimmen. Insbesondere geht es hier um die Fragen: Wie viel Geld wird zukünftig im Agrarhaushalt für die Agrarpolitik zur Verfügung stehen? Wie wird sich der Brexit auswirken? Welche Maßnahmen werden für die Unterstützung der Agrarmärkte in Zukunft ergriffen werden? Wie werden die Haushaltsmittel der Europäischen Union auf die einzelnen Staaten verteilt? Wie sehen die Direktzahlungen aus? Wie werden die Belange des ländlichen Raumes, des Umweltschutzes, des Klimaschutzes hier berücksichtigt? Und, ganz wichtig: Wie wird das Verhältnis zwischen erster und zweiter Säule weiter ausgestaltet werden?

Am 29. November 2017 hat EU-Kommissar Phil Hogan auf seiner Vorstellung der Neuausrichtung der Gemeinsamen Agrarpolitik Folgendes präsentiert: Grundzüge der Vorschläge des Kommissars sind eine starke Verantwortung der Mitgliedsstaaten an sich, was, denke ich mal, auch zu befürworten ist, stärkere Vergütung von konkreten Leistungen, die durch die Landwirte erbracht werden,

(Minister Dr. Till Backhaus: Aha!)

und eine starke Förderung kleinerer Unternehmen. Ich denke mal, da spricht er aus europäischer Sicht.

Wir haben natürlich bei uns in Mecklenburg-Vorpommern doch relativ große Agrarstrukturen, und auch Herr Minister spricht in seinem Papier von der Unterstützung der kleineren Unternehmen. Da müsste man noch mal genau definieren, wie weit geht denn bei uns ein kleines Unternehmen? Also bei uns sind Unternehmen mit 250 bis 300 Hektar, teilweise 400 Hektar eigentlich kleine Betriebe. Angesichts der schwierigen Situation in den letzten zwei Jahren, wo im landwirtschaftlichen Bereich durch Witterungseinflüsse und Preisverfall nicht immer Geld verdient wurde, haben es diese Strukturen im Moment relativ schwer. Also hier wäre dann wirklich noch mal zu definieren, was ist ein kleiner Betrieb, auch gerade für uns in Mecklenburg-Vorpommern.

Wir als CDU sind der Auffassung, dass die Vorschläge nur zum Teil geeignet sind, um die künftigen Herausforderungen wie Sicherung der Welternährung, Schutz des Verbrauchers, aber auch Schutz des Klimas und der Umwelt zu bewältigen. Wir haben Bedenken, inwieweit vor dem Hintergrund der ständig wachsenden Weltbevölkerung deren Ernährung abgesichert werden soll. Deshalb müssen wir in einer landwirtschaftlichen Gunstregion, in der wir uns hier in Deutschland ja bewegen oder in der wir leben dürfen, alles daransetzen, unsere Böden optimal dafür auszunutzen, um hier wertvolle und hochwertige Lebensmittel zu produzieren.

Mit der stärkeren Verantwortung der einzelnen Mitgliedsstaaten entfernen wir uns natürlich immer weiter von dem so wohlgepriesenen Schlagwort „Gemeinsame Agrarpolitik der Europäischen Union“. Wenn die Mitgliedsstaaten hier sehr viel selber regeln dürfen, was sicherlich zur Entbürokratisierung auch bei uns im Land beitragen wird, können wir aber dieses Thema „Gemeinsame Agrarpolitik“ vielleicht nicht mehr oben drüberschreiben. Und ja, auch die Vorstellungen, die hier schon vorgetragen wurden, wie Kappung und Degression, lehnen wir als CDU natürlich für unsere Landwirte, gerade bei unseren größeren Strukturen hier, endgültig ab.

Wir lehnen auch die Verknüpfung der Zahlungen aus der ersten Säule der Gemeinsamen Agrarpolitik über das bereits heute geltende Maß hinaus kategorisch ab. Es dürfen in der gegenwärtigen Situation – ich habe es vorhin erwähnt, die Landwirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern wie auch in Deutschland hat zwei schwierige Jahre hinter sich – eigentlich die Zahlungen in der ersten Säule nicht angepackt werden. Für uns ist es nicht hinnehmbar, dass die Leistungen unserer Bauern für den Klima- und Umweltschutz nicht angemessen honoriert werden. Gerade die Erfahrungen mit dem Greening haben gezeigt, dass die Bürokratie bei solchen Maßnahmen sehr aufgebläht ist und teilweise weder von der Verwaltung und schon gar nicht von den Landwirten entsprechend zu bewältigen ist.

Mit der beabsichtigten stärkeren Förderung kleinerer Unternehmen und junger Landwirte werden natürlich gerade, ich habe es vorhin erwähnt, wettbewerbsfähige Strukturen in unserem Land benachteiligt, wenn wir bei uns nicht dieses Thema für Mecklenburg-Vorpommern anders definieren, als es vielleicht der Europäische Rat tun wird. Mit der Einführung einer Kappung von Ausgleichszahlungen oder einer stärkeren Förderung der ersten Hektare werden neue Ungerechtigkeiten heraufbeschworen. Wir sind der Auffassung, dass jeder Hektar, egal ob Acker- oder Grünland, die gleiche Unterstützung erhalten muss. Hierbei dürfen die Gesellschaftsform und die Betriebsgröße keine Rolle spielen.

Wir fordern Planungs- und Investitionssicherheit der Gemeinsamen Agrarpolitik. Es kann nicht sein, dass wir alle drei, vier, fünf Jahre unsere Politik komplett über den Haufen werfen, die Landwirte keine Planungssicherheit haben. Hier brauchen wir verlässliche Rahmenbedingungen, die wirklich über einen längeren Zeitraum für die Landwirte greifen, damit die Landwirte ihre Produktion diesen Rahmenbedingungen anpassen können und ihre Produktion so ausrichten können, dass sie am Ende damit auch Geld verdienen können.

(Thomas Krüger, SPD: Zu Recht, aber der Brexit kommt.)

Und wir wollen den bürokratischen Aufwand für unsere Landwirte verringern.

Die nunmehr auf dem Tisch liegenden Vorschläge des EU-Kommissars verdeutlichen, dass die Bundesregierung im Interesse der Landwirte und der landwirtschaftlichen Unternehmen noch sehr dicke Bretter bohren muss. Aus diesem Grund sind wir der Auffassung, dass alle Bundesländer gemeinsam mit der Bundesregierung mit einer Stimme in Brüssel sprechen müssen, um hier für Deutschland – ich sage mal auch noch, für die Landwirte hier in Deutschland – das Meiste herauszuholen. Ein Ausscheren einzelner Bundesländer beziehungsweise das Aufweichen der Position der Bundesregierung schwächt letztendlich unsere Position und kann sich nachteilig für den ländlichen Raum und für die Landwirtschaft auswirken. Wir sind der Auffassung, dass der mit der bisherigen Agrarreform eingeschlagene Weg zur Stärkung der Marktorientierung und zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit der landwirtschaftlichen Betriebe sowie der nachhaltigen Produktion fortgesetzt werden muss. Aus diesem Grund fordern wir eine starke erste Säule, die auch in Zukunft wesentlich zum Einkommen der Landwirte beiträgt.

Sehr geehrte Damen und Herren, allein im vergangenen Jahr hat die Europäische Union rund 47 Milliarden Euro – also ich habe hier andere Zahlen als der Minister, sollten wir vielleicht noch mal abgleichen, aber die haben wir irgendwo aktuell zusammengetragen – für die Unterstützung der Landwirtschaft und des ländlichen Raumes ausgegeben.

(Zuruf von Minister Dr. Till Backhaus)

Davon erhielt Deutschland 11,4 Prozent, das sind rund 5,5 Milliarden Euro.

(Minister Dr. Till Backhaus:
Das sind die Direktzahlungen.)

Das sind Direktzahlungen, ja.

Das ruft natürlich Kritiker auf den Plan, weil in den letzten Jahren die Landwirtschaft aufgrund vieler Anschuldigungen, die nicht immer stimmen, die auch nicht immer haltbar sind – darüber sind wir Landwirte ja oft sehr verärgert –, durch die Medienwirtschaft immer in eine Ecke gestellt wird, als wären wir die Umweltverschmutzer der Nation. Man muss dabei aber wissen, dass der Agrarhaushalt in der Europäischen Union der einzige Haushalt ist, der als gemeinschaftlicher Politikbereich angesehen wird. Da zerren natürlich viele an diesem Handtuch und wollen von diesem großen Budget Geld abhaben. Sollten wir aber Bereiche wie Soziales oder Verteidigung auch in der Europäischen Union vergemeinschaften, würden wir hier über einen doch viel größeren Rahmen sprechen und dann wäre anteilig der Bereich, der wirklich in die ländlichen Räume, die Landwirtschaft fließt, als marginal anzusehen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, leider wird es auch in Zukunft nicht ohne finanzielle Unterstützung für die landwirtschaftlichen Unternehmen in Mecklenburg-Vorpommern gehen. Dennoch stellt sich die Frage, wie die Beihilfen in Zukunft ausgestattet werden.

(Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke übernimmt den Vorsitz.)

Zahlreiche neue Mitgliedsstaaten fordern eine Anpassung der Ausgleichszahlungen. Gerade die baltischen Staaten, aber auch Rumänien, Bulgarien und Polen bekommen zum Teil weniger Geld als die Griechen oder die Deutschen. Deshalb ist es verständlich, dass mittel- und osteuropäische Beitrittsstaaten mit aller Macht eine Neuverteilung herbeiführen wollen.

Meine Fraktion hingegen ist der Auffassung, dass die Einkommensverhältnisse in diesen Staaten eine Berücksichtigung finden müssen. Wenn wir zum Beispiel davon ausgehen, dass ein Landwirt in Rumänien vielleicht 270 Euro pro Hektar bekommen würde, würde es im Prinzip bei der Einkommenssituation, die wir in Rumänien haben, zu völligen Verwerfungen kommen und es wäre völlig ungerecht. Da müsste ein deutscher Landwirt mindestens 1.000 oder 1.500 Euro bekommen, um einfach die Einkommenssituation abzubilden, die hier dann ausgeglichen werden soll mit diesen Zahlungen.

Wir sind der Auffassung, dass erstens der Weg der vorausgegangenen Reformen fortgesetzt und das Modell der multifunktionalen Landwirtschaft weiter im Agrarhaushalt abzusichern ist. Dabei ist am bisherigen Gesamtbudget festzuhalten. Das ist natürlich unsere Forderung, dass die Kürzungen, die von Brüssel hier kommen, so gering wie möglich ausfallen.

(Minister Dr. Till Backhaus: Müsst ihr mal mit Herrn Oettinger bereden!)

Das System der 2-Säulen-Agrarpolitik soll erhalten bleiben. Die Verschiebungen zwischen den Säulen lehnen wir ab. Die bisherige verstärkte Verknüpfung der Direktzahlungen an zusätzliche Umweltauflagen lehnen wir auch weiterhin ab.

(Minister Dr. Till Backhaus:
Oh! Na dann viel Spaß noch! –
Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Und bei der Überprüfung der Cross-Compliance-Regelungen, die wir in den letzten Jahren hier hatten,

haben wir festgestellt, dass die nicht immer das Ziel erreicht haben und aufgrund sehr hoher bürokratischer Auflagen viele Landwirte diese Thematik gar nicht aufgenommen und diese Maßnahmen nicht umgesetzt haben.

Abschließend ist auch nicht nachvollziehbar, warum wir die Verhandlungsposition Deutschlands durch einen, zurzeit erst mal, Alleingang, der nicht abgestimmt ist mit allen Bundesländern, unsere Position in Brüssel schwächen, warum wir juristische Personengesellschaften, gerade im Rahmen der Junglandwirteförderung, benachteiligen – also da muss unbedingt nachjustiert werden –,

(Minister Dr. Till Backhaus:
Das stimmt doch überhaupt nicht!
Das stimmt doch überhaupt nicht!)

warum wir nach Berechnung des Berufsstandes auf rund 150/160 Millionen Euro Einkommen verzichten im ländlichen Raum

(Minister Dr. Till Backhaus: Weil er mit schlechtesten Zahlen gearbeitet hat.)

und warum von vornherein eine Reduzierung der Direktzahlungen um zwei Drittel ins Spiel gebracht wird. Bei unserer Agrarstruktur, die wir haben, die, wie ich vorhin erwähnt habe, relativ groß ist, muss das Thema „kleine Betriebe“ noch mal neu definiert werden und die Vorschläge sollten auch unbedingt zu einer Entbürokratisierung beitragen.

Mein Fazit für die heutige Diskussion oder mein Vorschlag wäre: Wir brauchen eine wettbewerbsfähige Landwirtschaft, die sich am Weltmarkt orientiert, damit wir dort weiterhin konkurrenzfähig sind, unsere Produkte verkaufen können. Landwirtschaft bedeutet auch Wirtschaft, und, meine sehr verehrten Damen und Herren, da darf der Naturschutz nicht immer die erste Geige spielen. Es ist aber richtig, beides muss in Einklang gebracht werden. Und wir brauchen eine Verbesserung der Einkommenssituation der Landwirte und damit eine Stärkung des ländlichen Raumes. Dazu brauchen wir gerade in Mecklenburg-Vorpommern eigentlich mehr Tierhaltung, wir brauchen mehr Veredelung und wir brauchen mehr Vermarktung unserer tollen Produkte, damit wir hier langfristig die Einkommenssituation im ländlichen Raum verbessern werden. Denn es ist richtig, wir werden weniger Geld aus Brüssel bekommen,

(Zuruf von Minister Dr. Till Backhaus)

und dann müssen wir über neue Konzepte nachdenken, wie hier mehr Geld im ländlichen Raum verdient werden kann. Dafür haben wir als Politik die Rahmenbedingungen zu setzen. Ich lade Sie alle herzlich ein, daran mitzuarbeiten. – Danke schön.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU
und Jürgen Strohschein, AfD)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Danke, Herr Abgeordneter.

Jetzt hat für die Fraktion DIE LINKE das Wort der Abgeordnete Herr Dr. Weiß.

Dr. Wolfgang Weiß, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Vor allem liebe Koll-

ginnen und Kollegen von der SPD-Fraktion! Ich warne Sie jetzt schon, damit Sie nicht in Ohnmacht fallen, denn ich möchte mich ausdrücklich bei Ihnen bedanken, dieses Thema auf die Tagesordnung gesetzt zu haben.

(Thomas Krüger, SPD: Sehr gerne.)

Damit hat dieses Parlament sehr frühzeitig die Gelegenheit, klar zu definieren, welche Vorstellungen wir von der Ausrichtung der Gemeinsamen Agrarpolitik Europas ab 2021 haben, welche Art der Landwirtschaft wir wollen für Deutschland und Europa, wie wir zukünftig leben und wirtschaften wollen, insbesondere im ländlichen Raum. Denn aus Sicht meiner Fraktion bestimmt die zukünftige Agrarpolitik nicht nur, was und wie wir Lebensmittel in Europa erzeugen wollen, sondern auch den Umgang mit der Natur, der Umwelt, mit den natürlichen Ressourcen, mit dem Leben der Menschen, egal ob in der Landwirtschaft oder nicht, ob im ländlichen Raum oder im Urbanen. Für mich ist es eines der großen Zukunftsthemen.

Die Gemeinsame Agrarpolitik war und ist eines der ältesten und finanziell bedeutendsten Politikfelder der EU. Seit 1962 ist dieses Politikfeld vergemeinschaftet – Herr Kliewe hat es gerade erwähnt –, aber es war von Anfang an eben eine der drei Säulen der EWG. Vom Ursprung her war die Gemeinsame Agrarpolitik nichts anderes als eine Preisgarantie für die Erzeugnisse der europäischen Landwirte, verbunden mit einer restriktiven Abschottung des geschaffenen gemeinsamen Agrarmarktes durch die gemeinsame Marktordnung.

Es gibt sicher einige unter Ihnen, die sich noch – egal wo und wie aufgewachsen und sozialisiert – an die staatlichen Aufkaufprogramme der EWG oder dann später der EG erinnern. „Butterberge“, „Milchsee“, sogar „Fleischberg“, das sind Begriffe, die die Überschussproduktion einer gewissen Zeit kennzeichnen, nicht zu verwechseln mit der Vernichtung der Tomaten in der Tomatenschlacht in Spanien in Buñol. Aber mit Beginn der 90er-Jahre wurde die Gemeinsame Agrarpolitik dann liberalisiert und die Preisgarantien schrittweise durch Direktzahlungen an die Agrarbetriebe ersetzt.

Heute haben wir ein 2-Säulen-Modell. Ich will das hier nicht vertiefen, es ist schon sehr viel darüber gesagt worden. Allerdings sollten wir den Kern vielleicht noch mal ins Gedächtnis rufen. Die erste Säule beinhaltet die Direktzahlungen an die Landwirte sowie die gemeinsame Marktordnung für einzelne landwirtschaftliche Erzeugnisse und die zweite Säule ergänzt die GAP seit 1999 und zielt auf die Entwicklung des ländlichen Raumes, also zwei völlig unterschiedliche Systeme, die hier zusammengefasst worden sind.

Waren es 1984 circa 70 Prozent des gesamten EU-Haushaltes, so sind es derzeit immer noch fast die Hälfte der durch die GAP ausgegebenen Mittel in der EU. Das ist einer der Hauptgründe, warum gerade die Agrarpolitik innerhalb der EU so umstritten und umkämpft wird, nicht nur, weil vielleicht Landwirtschaft umstritten ist. Es geht darum, dass da sehr viel Geld liegt. Und sehr viel Geld bedeutet eben auch sehr viel Begehrlichkeiten. Genau deswegen ist es für uns besonders wichtig, wohin die Reise geht, weil es sich um öffentliches Geld handelt.

Am 29. November 2017 legte die EU-Kommission das bereits mehrfach erwähnte Hogan-Papier vor. Der Titel „Ernährung und Landwirtschaft der Zukunft“ spricht ei-

gentlich nicht so sehr für das, was drinsteht. Im Vorfeld fand dazu nämlich im ersten Halbjahr 2017 ein öffentlicher Konsultationsprozess statt und jeder Bürger, egal ob Landwirt, Nichtlandwirt oder öffentlicher Akteur, jeder Beteiligte aus der EU konnte seine Vorstellungen für die zukünftige Ausrichtung der Gemeinsamen Agrarpolitik äußern. Es gab immerhin 323.000 Einreichungen, ein für die EU einmaliger Beteiligungsprozess im öffentlichen Bereich. In der öffentlichen Kampagne, die folgte, haben sich dann noch mal fast 60.000 an einer Onlineumfrage beteiligt. Die Mitglieder des Agrarausschusses unseres Hauses waren ja auch dabei. Dieses große gesellschaftliche Interesse zeigt wieder einmal, dass die Themen Landwirtschaft und ländlicher Raum und die GAP die gesamte europäische Gesellschaft betreffen und dass die Auswirkungen der GAP weit über die Agrargemeinschaft hinausgehen.

Das Hogan-Papier bleibt aber in seinen Grundzügen der künftigen GAP ziemlich im Vagen. Und das sage ich durchaus in Anführungsstrichen. Klar ist lediglich, dass es nicht bei den bisherigen gemeinsamen agrarpolitischen Zielen bleiben wird und auch nicht bei den bisherigen gemeinsamen Möglichkeiten, weder finanziell noch inhaltlich. Das ist nicht nur den Auswirkungen des Brexit geschuldet, der ja per se eine Verkleinerung des EU-Haushaltes bewirkt. Frau Aßmann hat das vertieft, das brauche ich also nicht zu wiederholen.

Europaweit ist der öffentliche Druck gewachsen, die Agrarpolitik weiter zu ökologisieren, für bessere soziale Bedingungen der Landwirte und der Beschäftigten zu sorgen, Boden, Luft, Wasser besser zu schützen und mehr Klimaschutz in der Landwirtschaft durchzusetzen. Wer es sehen wollte, dem war es lange schon klar, dass die europäische Bevölkerung nicht mehr bereit ist, Milliarden Euro öffentlicher Gelder an Direktzahlungen zu leisten, ohne dass sich im Gegenzug die Art und Weise der Landwirtschaft ändert, dafür zu zahlen, dass immer mehr kleinere und kleinste Landwirtschaftsbetriebe verschwinden, riesige Anlagen in der industriemäßigen Tierproduktion in Europa mit gravierenden Folgen für Mensch, Tierwohl und Umwelt entstehen und riesige Agrarkonzerne die Gewinne einstreichen, während die Lebensbedingungen im ländlichen Raum nicht besser werden und eine zunehmende Fixierung auf die Urbanisierung des Lebens stattfindet.

Meine Damen und Herren, wenn Sie genau zugehört haben, wenn ich das so sage, dann rede ich nicht über die Anzahl der Tiere im Stall, sondern über die permanente Konzentration des Kapitals in immer weniger Händen, vor allem außerhalb der Landwirtschaft. Und wenn ich das so sage, dann nicht, weil ich glaube, dass man mit Urban Gardening oder anderen Strategien die Welt retten könnte, denn das geht wirklich an der Realität vorbei. Die zukünftige GAP muss für die Menschen in Europa transparenter, praktikabler, ökologischer, umwelt- und ressourcenschonender, menschenfreundlicher, tiergerechter, sozialer, nachhaltiger und gerechter werden.

Deshalb findet meine Fraktion es gut, dass im Dezember aus dem Hause Backhaus Vorschläge an die GAP nach 2020 unter dem Titel „Veränderungen anschieben“ vorgelegt wurden. Ja, es war ein Alleingang des Agrarministeriums, ein Alleingang des Agrarministers, genauer gesagt, der sich mit diesem Papier vielleicht auch etwas zu weit aus dem Fenster gelehnt hatte, oder vornehmlich, ich weiß es nicht, aber es sind Vorschläge aus Mecklen-

burg-Vorpommern und so sind sie auch dargestellt worden.

Herr Backhaus, das könnte man kritisieren, diesen Alleingang, wenn man sich übergangen fühlt, aber über Gefühle reden wir hier nicht.

Reflexartig kamen sofort Proteste und Unverständnis vom Koalitionspartner und aus den Reihen des Bauernverbandes. Vorwürfe, dass diese Vorschläge ohne Absprache vorgelegt wurden, kann ich nachvollziehen, aber weder von der CDU – deutschlandweit und hierzulande – noch vom Bundes- und Landesbauernverband habe ich eigene Vorschläge zur Weiterentwicklung der GAP in dieser Art und Weise gehört. Bei Teilen der CDU und des Bauernverbandes geht es offensichtlich oftmals eben doch nur nach dem Grundsatz, der der Reuter'schen Landesverfassung für Mecklenburg entstammt: „Allens bliwwt bi'n Ollen.“

Aber das wird unter Garantie nicht passieren und deshalb kann ich es wiederum nachvollziehen, dass diese sehr detaillierten und durchgerechneten Vorschläge ohne Beteiligung des Koalitionspartners, der berufsständischen Vertretungen und von Verbänden sozusagen im stillen Kämmerlein ausgearbeitet wurden. Das Ministerium war aber doch nicht ganz allein. Zusammen mit Praktikern des Gutes Dummerstorf, der Landesforschungsanstalt und der Fachleute des Ministeriums wurde ein Papier erarbeitet, das aus meiner Sicht, aus der Sicht meiner Fraktion, der landwirtschaftspolitischen Sprecher der Landtagsfraktionen und der Bundestagsfraktion der LINKEN durchaus das Potenzial hat, die Gemeinsame Agrarpolitik der Europäischen Union in die richtigen Bahnen zu lenken. Denn über eines müssen wir uns im Klaren sein, hier und überall: Die bisherige GAP hat nicht die gewünschten Ergebnisse erzielt, weder im sozialen, im ökonomischen noch im ökologischen Bereich. Die GAP war und ist nicht nachhaltig, nachhaltig im Sinne von Sustainability. Es wird ohnehin höchste Zeit, dass sie es wird.

Unserer Meinung nach geht es allerdings zukünftig nicht ohne Direktzahlungen an die Landwirte. Deswegen ist ein Teil dieser Direktzahlungen ja in der Säule eins in Ihrem Vorschlag auch enthalten. Wer über eine generelle Abschaffung der Direktzahlungen nachdenkt oder diese fordert, muss sich darüber im Klaren sein, dass gerade die kleinen und kleinsten Agrarbetriebe in Europa in ihrer Existenz bedroht werden. Allerdings kann es aus unserer Sicht auch nicht darum gehen, das meiste öffentliche Geld an Betriebe auszureichen, die über die großen Flächen verfügen, nur darum, weil sie über diese Flächen verfügen. Eigentlich ist der Besitz an Fläche, wenn er so bezuschusst wird, eine Art negative Grundsteuer. Schade, dass mir der Finanzminister gerade nicht zugehört hat, aber da würde ich als Finanzminister mal auf die Barrikaden steigen.

Der von Minister Backhaus vorgeschlagene Umbau der ersten Säule findet deshalb unsere Zustimmung. Ähnliches hat DIE LINKE in der Bundestagsfraktion schon bei der Diskussion um die GAP 2013 vorgeschlagen. Über allen Direktzahlungen sollte das Motto stehen: „Öffentliche Gelder soll es nur noch für konkrete öffentliche Leistungen geben.“ Wer keine sozialen, ökologischen Leistungen erbringt, sollte nicht weiter mit öffentlichen Geldern rechnen.

Dabei müssen aber landwirtschaftliche Betriebe aus unserer Sicht Anreize erhalten, diese öffentlichen Leistungen

auch zu erbringen. Der bisherige reine Verlustausgleich für die Erbringung ökologischer Leistungen muss dahin gehend umgewandelt werden, dass es sich lohnt, mit diesen Leistungen Geld zu verdienen. Herr Backhaus hat es ja vorhin auch so formuliert. Den Vorschlag aus seinem Hause, eine wesentlich geringere Grundprämie als Direktzahlung einzuführen und wesentlich mehr Geld für Programme, für Umweltleistungen und Klima- und Ressourcenschutz auszugeben, sehen wir deswegen positiv. Über Einzelheiten und die konkrete Ausgestaltung kann man sich natürlich trefflich streiten, aber die Richtung muss stimmen. Und das Ansinnen, die bisherige zweite Säule der GAP für Investitionen in den öffentlichen Bereich des ländlichen Raums zu nutzen, scheint mir auch ein richtiger Schritt in die richtige Richtung.

Meine Fraktion bekennt sich zu einer multifunktionalen, modernen Landwirtschaft. Wir wollen, dass in Europa gesunde Lebensmittel zu fairen Preisen erzeugt werden. Wir wollen, dass die Erzeuger dieser Lebensmittel gutes Geld bekommen. Wir wollen einen lebenswerten ländlichen Raum erhalten und schaffen, der auch zukünftigen Generationen Chancen auf ein gutes und gerechtes Leben sichert. Und da ist eben das gemeinschaftliche Wirken von Landwirtschaft und der gesellschaftlichen Träger im ländlichen Raum, denke ich mal, nicht nur wichtig, sondern notwendig. Das entspricht ungefähr auch dem eigenen Ansatz, den ich in meiner Studie 2013 vorgelegt hatte.

Herr Backhaus, ich denke, in Ihrem Ministerium liegt ein Exemplar davon auch vor.

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Das liest er täglich.)

Deswegen bekennen wir uns auch zu einer GAP, die mehr Chancen für die wirtschaftliche Entwicklung der ländlichen Räume, sozialen Fortschritt, verbesserten Umweltschutz und einen wirksamen Beitrag zum Ressourcen- und Klimaschutz birgt. Wir lehnen Subventionen auf Agrarexporte ab! Wir wollen weg von der Wachse-oder-Weiche-Devisen einer rein marktorientierten Landwirtschaft. Wer das will, der will jenen entfesselten Agrarkapitalismus, mit dem jährlich das Aus für drei bis fünf Prozent aller Betriebe seit vielen Jahrzehnten nicht nur gesichert ist, sondern eben praktisch auch stattfindet.

Deswegen sollten wir uns alle in die Diskussion um die Zukunft der Landwirtschaft in Europa einbringen, uns beteiligen. Um eine hohe gesellschaftliche Akzeptanz für die GAP zu erreichen, ist eine breite und öffentliche Debatte nötiger denn je. Meine Fraktion wird sich jedenfalls weiterhin einmischen, denn wir wollen eine positive Antwort auf die Frage haben: Wozu ist der ländliche Raum, wofür ist das Dorf gut? Das wollen wir positiv beantworten, und deswegen bin ich dankbar, dass wir hier diese Debatte führen. – Danke, dass Sie mir zugehört haben.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Danke, Herr Abgeordneter.

Ich rufe auf für die Fraktion der BMV den Abgeordneten Herrn Borschke.

Ralf Borschke, BMV: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolle-

gen! Liebe Gäste! Ich möchte drei Dinge kurz vorwegsa-
gen. Wir wollen uns eigentlich als Agrarland begreifen.
Da vermisse ich heute die Medien. Ich denke mal, da
hätte doch ein großes Interesse vonseiten der Medien
vorliegen müssen.

(Zuruf von Torsten Koplín, DIE LINKE)

Ich sehe hier keine Fernsehkamera mehr.

(Sebastian Ehlers, CDU: Da.)

Wo denn?

(Thomas Krüger, SPD: SVZ.)

Aha! Aber es ist sehr dürrftig.

(Zurufe von Sebastian Ehlers, CDU,
Marc Reinhardt, CDU, und
Wolfgang Waldmüller, CDU)

Die Reihen sind auch sehr gelichtet.

(Zuruf von Patrick Dahlemann, SPD)

Bei so einem wichtigen Thema finde ich das doch ein
wenig dürrftig.

(Unruhe vonseiten der Fraktion der CDU)

Mehrmals fiel hier das Wort, ...

Konzentration, meine Damen und Herren!

(Sebastian Ehlers, CDU: Jawohl!)

... mehrmals fiel hier das Wort „Nachhaltigkeit“.

(Marc Reinhardt, CDU: Jawoll!)

Ja, aber wenn unsere Landwirte nicht seit Generationen
nachhaltig wären, ich weiß nicht, wo unsere Ernährung
stehen würde. Würde es die Landwirte dann überhaupt
noch geben? Wie soll das funktionieren, wenn sie nicht
nachhaltig sind?!

Ich möchte nur kurz auf zwei Punkte eingehen, die wir
ausdrücklich begrüßen, und zwar ist das zum einen die
Vereinfachung der Antragstellung. Das ist dringend gebo-
ten, da stimmen wir Ihnen voll und ganz zu, und es bleibt
auch weiterhin unser Anliegen, uns für die Entbürokrati-
sierung der Landwirtschaft einzusetzen. Ich denke, dar-
über herrscht allgemeiner Konsens.

Kommen wir zu Punkt zwei. Die Schaffung einer flä-
chegebundenen Tierprämie für Rinder, Schafe und
Ziegen halten wir für absolut notwendig. Wir hatten sie
schon mal, dann wurde sie wieder abgeschafft. Jetzt
soll es sie erneut geben, und das ist auch richtig so.
Wer sich die Zeit genommen hat, sich mit der Lage zum
Beispiel unserer Schäfer zu beschäftigen, der weiß, dass
eine Tierprämie schon lange überfällig ist. Hier sind Sie
einem entsprechenden Antrag unsererseits zuvorge-
kommen.

(Thomas Krüger, SPD: So sind wir.)

Tja, können Sie mal sehen, wir liegen oft richtig.

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion der SPD –
Thomas Krüger, SPD: Gucken wir mal! –
Dr. Ralph Weber, AfD: Kein Grund, stolz zu sein!)

Eine Sache, die wir jedoch als problematisch ansehen,
ist die Umwandlung der Basisprämie, die 272 Euro be-
trägt, in eine Grundprämie von 100 Euro, die dann immer
noch an Umweltauflagen geknüpft sind. Erstens wird
dadurch die konventionelle Landwirtschaft mal wieder
benachteiligt. Das Gleichgewicht zwischen der ersten
und der zweiten Säule ist auf keinen Fall mehr gegeben.
Es ist immer noch die konventionelle Landwirtschaft, die
unser Land ernährt.

(Minister Dr. Till Backhaus:
Das soll sie auch weiter.)

Und nicht zuletzt sind Landwirte auch Unternehmer und
müssen Gewinne einfahren.

(Thomas Krüger, SPD: Da sind wir uns einig.)

Öko, meine Damen und Herren, macht die Welt nicht
satt. Die explodierende Weltbevölkerung kann nicht mit
Tofu oder Ökohühnchen ernährt werden.

(Zurufe von Jochen Schulte, SPD,
und Sebastian Ehlers, CDU)

Öko bedeutet ja auch, darauf möchte ich hinweisen,
Ertragseinbußen bis auf 30 Prozent der konventionellen
Landwirtschaft. Soll das etwa bedeuten, dass sich nur
noch eine bestimmte Oberschicht nachher das Fleisch
und gute Lebensmittel leisten kann?

(Thomas Krüger, SPD: Wer redet
denn davon, dass es nur Öko sein soll? –
Zuruf von Elisabeth Aßmann, SPD)

Schauen wir uns doch mal den Verbraucher an! Da wird
behauptet, man würde gerne mehr Geld für Fleisch aus-
geben, und deckt sich anschließend im Discounter mit
Billigfleisch ein.

Wenn man die zusätzliche Belastung der konventionellen
Landwirtschaft schon mit Blick auf die Ökologie in Kauf
nehmen möchte, müssen wir die von den Bauern er-
brachten Umweltleistungen wenigstens rentabel gestal-
ten.

(Thomas Krüger, SPD: Ja, richtig.)

Eine Aufbüdung gesellschaftlicher Aufgaben ohne Aus-
gleich auf die Landwirte lehnen wir ab!

(Jörg Heydorn, SPD: Darum gehts doch! –
Thomas Krüger, SPD: Genau das ist es!)

Sollten die Landwirte

(Jörg Heydorn, SPD: Darum gehts doch!)

solche Aufgaben übernehmen müssen, müssen Sie auch
für eine entsprechende finanzielle Absicherung sorgen.

(Thomas Krüger, SPD: Genau.)

Hier wird, Herr Krüger, meine Fraktion ansetzen und –
wie von Ihnen, Herr Dr. Backhaus, gewünscht – kon-

struktive Vorschläge einbringen. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion der BMV –
Christiane Berg, CDU: Oh!)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Danke, Herr Abgeordneter.

Ehe ich den jetzt noch angemeldeten Redner aufrufe, möchte ich gerne unsere neuen Besucher begrüßen. Das sind Vertreter des CDU-Kreisverbandes Rostock, wenn ich richtig informiert bin. Ist das so? – Herzlich willkommen!

(Beifall Marc Reinhardt, CDU –
Zuruf von Patrick Dahlemann, SPD)

Dann hat ums Wort gebeten Herr Heydorn für die Fraktion der SPD.

Jörg Heydorn, SPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Ich will vorwegschicken, ich bin kein Landwirtschaftspolitiker und auch kein Landwirtschaftsexperte, aber die Rede von dem Kollegen Kliewe hat mich doch herausgefordert, ein paar Fragen in den Raum zu stellen, und auch Herr Borschke redete hier gerade von der Ernährung der Weltbevölkerung.

Wenn wir uns die Situation in Mecklenburg-Vorpommern mal angucken, müssen wir ja feststellen, dass in nicht unerheblichem Umfang auf landwirtschaftlichen Flächen Dinge angebaut werden, die mitnichten der Ernährung dienen. Das ganze Thema mit dem Mais und auch Raps, was dann in die Biogasanlagen geht, was hat das mit Ernährung zu tun?

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD:
Sehr richtig!)

Und das sind ja nicht unerhebliche Flächen bei uns in Mecklenburg-Vorpommern.

Wenn Sie heute durch die Landschaft fahren, dann müssen Sie ja Glück haben, wenn Sie noch mal eine Feldlerche sehen, vom Kiebitz will ich überhaupt nicht reden. Wenn Sie früher durch Mecklenburg-Vorpommern gefahren sind im Sommer, hatten Sie die Scheibe schwarz von Insekten.

(Zuruf von Ralf Borschke, BMV)

Wenn Sie heute durch Mecklenburg-Vorpommern fahren, finden Sie so gut wie keine Insekten mehr auf Ihrer Autoscheibe. Das heißt also, vom Thema Biodiversität ist doch unser Land betroffen in ganz, ganz erheblichem Umfang.

(allgemeine Unruhe –
Zuruf von Dr. Ralph Weber, AfD)

Das heißt also, das Thema Artenrückgang grassiert.

Auf der anderen Seite – auch das ist ja hier ein Thema, Afrikanische Schweinepest, Wildschweinbestände und dergleichen –, auf der anderen Seite haben Sie eine Situation, wo bestimmte Tierarten sich explosionsartig vermehren, weil sie plötzlich ein Nahrungsangebot zur Verfügung haben, was früher einfach nicht da war, und jede Menge Deckung finden, wo man nicht reinkommt, ob das der Mais ist oder der Raps und so weiter und so

fort. Und wenn mir Leute sagen, na ja, Sie finden heute in den Städten mehr Fledermäuse als in der Offenlandschaft, dann stimmt doch was nicht. Da muss man mal der Frage nachgehen: Was passiert hier?

(Zuruf von Jürgen Strohschein, AfD)

Ich bin auch sehr dafür, wenn wir sagen, jeder Quadratmeter Ackerfläche ist gleich. Aber, Herr Kliewe, ich bin auch Steuerzahler, und das, was an Agrarsubventionen gezahlt wird, sind Steuermittel. Wenn ich dann hergehe und sage, mit den Steuergeldern, die ich ausbebe, verbinde ich letztendlich Gemeinwohlleistungen, dann ist das völlig berechtigt. Und seien wir doch mal ehrlich: Das, was hier über die Flächenförderung rausgeht, begünstigt meines Wissens diejenigen, die die größten Flächen haben.

(Dr. Ralph Weber, AfD: Genau.)

Wenn Sie sich unsere Situation in Mecklenburg-Vorpommern ansehen, dann müssen Sie sagen, die größten Flächen haben Leute, also einzelne Leute, die auch einen Haufen Geld noch in anderen Bereichen erwirtschaften, vielleicht noch mehr als in der Landwirtschaft. Und wenn hier Flächen verkauft werden oder verkauft werden sollen, sind es solche sehr reichen Menschen, die heute diese Sachen bezahlen können. Ich habe manchmal das Gefühl, das hat was mit Refeudalisierung zu tun. Früher hatten wir im Bereich der Landwirtschaft den Adel und heute ist der Geldadel da vorneweg. Und wenn man jetzt sagt, das ist nicht das, was künftig gewollt ist, sondern wir wollen da für mehr Gerechtigkeit sorgen, wir wollen für mehr Biodiversität sorgen,

(Zuruf von Marc Reinhardt, CDU)

wir wollen das Thema Tierschutz in dem Bereich nicht vernachlässigen, dann, finde ich, ist das aller Ehren wert. Natürlich muss das in irgendeiner Form wirtschaftlich stattfinden. Das ist eine ganz andere Geschichte. Aber wir müssen doch konstatieren, dass das, was im Bereich der Landwirtschaftspolitik, auch der europäischen Landwirtschaftspolitik, in den letzten Jahrzehnten stattgefunden hat, inzwischen an Grenzen stößt, wo man sagt, hier sind Korrekturen erforderlich, hier muss man gegensteuern. Und insofern – jetzt als Nichtlandwirtschaftspolitiker – begrüße ich das, was unser Landwirtschaftsminister an der Stelle angeschoben hat, ausdrücklich und finde, das geht in die richtige Richtung.

(Marc Reinhardt, CDU: Das sind unterschiedliche Auffassungen.)

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD –
Torsten Renz, CDU: Das ist ja wie ein Drehbuch hier.)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Danke, Herr Abgeordneter.

Für die Fraktion der CDU hat ums Wort gebeten die Vizepräsidentin Frau Kollegin Schlupp.

(Marc Reinhardt, CDU:
Jetzt muss sie mal geraderücken,
was die Kommunisten gesagt haben.)

Beate Schlupp, CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte die ganze Debatte jetzt nicht noch mal aufrollen, aber doch einige Punkte kurz ansprechen.

Die erste Frage von Herrn Heydorn möchte ich mit einer Gegenfrage beantworten: Können Sie sich noch erinnern, wer die Parole herausgegeben hat „Der Landwirt als Energiewirt“?

(Beifall vonseiten der Fraktionen der CDU, AfD und BMV)

Zum nächsten Thema: Es gibt nicht die Alternative zwischen „Alles bleibt beim Alten“ und dem Papier des Landwirtschaftsministers, sondern es ist durchaus auch vorstellbar ...

(Der Abgeordnete Jörg Heydorn bittet um das Wort für eine Anfrage.)

Nein, ich beantworte keine Fragen, ich möchte das hier kurz machen. Das können wir gerne bilateral diskutieren.

(Jochen Schulte, SPD: Dann muss man aber erst die Präsidentin fragen.)

Ich spare jetzt hier ein bisschen Zeit,

(Heiterkeit und Unruhe vonseiten der Fraktionen SPD, CDU und DIE LINKE)

da wir ja alle ein bisschen auf die Tube drücken. Wenn Sie mich jetzt weiter in Diskussionen verwickeln, wird das nicht passieren.

(Zuruf von Jörg Heydorn, SPD)

Gut. Ich habe Sie noch nie was gefragt, Herr Heydorn.

Fakt ist also, wenn wir das Papier des Landwirtschaftsministers kritisch sehen, heißt das nicht, wir wollen alles beim Alten lassen, sondern wir können uns vielleicht andere Wege der Veränderung vorstellen. Da kann man über das Tempo reden, da kann man über die Bedingungen reden. Und ich finde nicht, dass es zielführend ist, wenn man nach drei Jahren einer bestimmten Richtung dann anfängt, komplett wieder umzuschwenken. Von daher ...

(Elisabeth Aßmann, SPD: Das habe ich nicht verstanden.)

Wir reden über eine Ökologisierung, aber wir sind jetzt noch nicht mal drei Jahre in der neuen Förderperiode und diskutieren immer wieder darüber, jetzt wieder was Neues zu machen.

(Elisabeth Aßmann, SPD: Aber es hat sich doch gezeigt, dass es nicht gewirkt hat.)

Landwirtschaft wird nicht in Jahresscheiben gemacht, sondern braucht eine gewisse Planungssicherheit.

(Beifall Torsten Renz, CDU)

Ich glaube, wir würden der Ökologie einen größeren Gefallen tun, wenn es gelingen würde, dass innerhalb der EU alle Standards gleichermaßen von allen Ländern eingehalten würden.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der CDU, AfD und BMV – Torsten Renz, CDU: Sehr richtig!)

Dann würden wir, glaube ich, der Natur und der Umwelt einen größeren Gefallen tun, als uns permanent neue Förderprogramme auszudenken.

Natürlich nehmen alle – und ich denke, auch die Landwirtschaft – zur Kenntnis, dass es den Wunsch der Verbraucher nach mehr ökologisch und regional erzeugten Produkten gibt. Man muss aber ebenso sagen, und das gehört zur Wahrheit auch dazu, dass die Bereitschaft, das mit dem Geldbeutel entsprechend zu finanzieren, nicht auf breiter Basis durchgesetzt ist.

(Dr. Ralph Weber, AfD: Genau.)

Von daher haben wir noch keine eierlegende Wollmilchsau und deshalb gibt es auch andere Diskussionen, die wir hier zu führen haben.

Das führt mich dann zu den großen Strukturen, die angesprochen wurden. Klar ist, jede Investition in mehr Tierwohl kostet Geld und die großen Strukturen können das eher leisten, als es kleine Strukturen leisten können. Das muss man dem Verbraucher dann auch mal sagen. Auch da können wir eine Quadratur des Kreises versuchen, mir ist allerdings nicht bekannt, dass das bisher irgendwann gelungen ist.

Und dann kommen wir zum Thema Entbürokratisierung. Natürlich höre ich das sehr wohl. Das höre ich, aber ich weiß nicht, seit ich 2002 in den Landtag gekommen bin, hat man das hehre Ziel der Entbürokratisierung. Ich persönlich habe arge Zweifel, dass die Vorstellungen des Ministers mit dem Ziel der Entbürokratisierung tatsächlich vereinbar sind.

Also von daher muss man doch mal sagen, wir sind zur Diskussion bereit, wir sagen nicht, alles soll beim Alten bleiben, wir haben aber durchaus andere Vorstellungen über das Tempo und über die Art und Weise, wie das zu erreichen ist. Wenn wir vor dem Hintergrund von weniger Finanzen darüber reden, dass wir damit umgehen müssen, dann müssen wir auch über Absenkung der Bürokratiekosten reden. Ich denke mal, mit wenigen, einfach zu kontrollierenden Programmen und einer entsprechenden Grundprämie sind wir dem Ziel der Entbürokratisierung wahrscheinlich wirklich näher, als wenn wir jetzt anfangen, uns permanent neue, tolle Programme auszudenken,

(Zurufe von Elisabeth Aßmann, SPD, und Thomas Krüger, SPD)

die weder kontrolliert werden können noch von den Landwirten umgesetzt in der Form. Und dann werden die auch darauf verzichten, wenn sich irgendwann herausstellt, dass das Ganze, was sich in der Theorie so gut anhört, in der Praxis doch wieder Ecken und Kanten hat, die letztendlich die Durchführbarkeit gefährden. – Bitte schön.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der CDU, BMV und Jürgen Strohschein, AfD – Torsten Renz, CDU: Jawoll.)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Ums Wort gebeten hat noch einmal der Minister für Landwirtschaft und Umwelt. Herr Backhaus, Sie haben das Wort.

Minister Dr. Till Backhaus: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Also ich verstehe jetzt langsam die Diskussion manchmal nicht mehr. Ich glaube, uns allen ist es vollkommen klar, Frau Schlupp. Ich habe nach wie vor den Eindruck, Sie haben das Papier nicht gelesen, Sie haben es nicht verstanden und Sie wollen es wahrscheinlich auch nicht verstehen.

(Marc Reinhardt, CDU: Oder Sie wollen uns nicht verstehen.)

Wenn man sich ganz in Ruhe mit der Thematik auseinandersetzt, dann hilft es alles nichts, weil es ganz klare Mehrheiten gibt in der Gesellschaft, in Gesamteuropa.

(Beate Schlupp, CDU: Das habe ich doch gesagt.)

Es geht um Milliarden, die ich und wir der Landwirtschaft gönnen und die wir erhalten wollen. Die Masse der Bevölkerung sagt ja auch nach wie vor, wir sind bereit, Geld zu bezahlen, aber wir wollen wissen, wofür das Geld eingesetzt wird.

(Zuruf von Marc Reinhardt, CDU)

Wenn wir die Ziele, Entschuldigung, wenn wir die Ziele sehen, und das hat Herr Oettinger klipp und klar gesagt – gucken Sie sich das Papier an, das Reflexionspapier, ich habe den Eindruck, das haben Sie auch nicht gelesen –,

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

da gibt es ganz klare Hinweise darauf, dass das Geld einen Mehrwert für Europa zu erbringen hat. Das bedeutet unter anderem, dass die Ziele in Europa zu erfüllen sind, und das bedeutet den Klimaschutzbeitrag, das bedeutet ganz klar den Ressourcenschutz, das deutet ganz klar in Richtung Wasserschutz, Trinkwasserschutz und auch, was die Biodiversität anbetrifft, und zusätzlich selbstverständlich hochwertige Lebensmittel. Es geht hier nicht darum, irgendwelche Programme neu zu entwickeln – ich habe auch noch nicht einen Vorschlag von Ihnen mal gehört, wo Sie denn eigentlich hinwollen und was Sie machen wollen –,

(Marc Reinhardt, CDU: Da haben Sie nicht zugehört.)

sondern wir müssen in der allgemeinen Bevölkerung dafür werben, dass wir in der Zukunft überhaupt diese Mittel bekommen, ansonsten wird man das zusammenstreichen. Das sage ich Ihnen heute schon.

(Thomas Krüger, SPD: Ja, das ist das Problem.)

Dann wird das Jammern und Zähneklappern erst richtig losgehen. Deswegen erwarte ich jetzt endlich mal, wirklich endlich mal, auch von der CDU fachlich-sachliche Beiträge, wo die Reise hingehen soll.

(Zuruf von Marc Reinhardt, CDU)

Sie können sich ja mit dem Bauernverband darauf verständigen, und dann wollen wir mal sehen, was dabei herauskommt.

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Und zum anderen, ich sage das ganz bewusst auch in Richtung unseres Bauernverbandes, ist Mecklenburg-Vorpommern im Gegensatz zu den anderen Bundesländern genau diesen Weg schon gegangen, dass wir anbieten, Agrarumweltmaßnahmen zu entwickeln, die diesem mehrfach nutzen, und damit genau das erreichen, was Brüssel jetzt fordert, nämlich einen Mehrwert für Europa zu erzielen. Ich weiß noch, am Anfang der Diskussion hieß es, unser Eiweißprogramm, nationales Eiweißprogramm, in Deutschland endlich wieder Eiweiß herzustellen, damit wir nicht gentechnisch verändertes Soja aus Brasilien, Mexico oder Amerika – alles von Ihren bestimmten Freunden – hierherholen, dass wir das ablösen. Mittlerweile haben wir es mit dem Bauernverband. Das Programm sollte nicht angenommen werden, weil es angeblich nicht funktioniert.

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion der AfD)

Da können Sie drüber lachen, wie Sie wollen. Das weiß der Bauernverband auch. Heute haben wir über 100.000 Hektar drin. Und Ihr Kollege im Übrigen – Sie wissen auch, wen ich damit meine – hat mich dringend gebeten, doch dieses Programm wieder aufzumachen. Er war erst dagegen und jetzt ist er mit einem Mal dafür. Also bei allem Wohlwollen, so geht man nicht miteinander um.

(Marc Reinhardt, CDU: Nee, so gehen Sie nicht mit uns um! – Zurufe von Christiane Berg, CDU, und Beate Schlupp, CDU)

Deswegen möchte ich noch mal darauf hinweisen.

Selbstverständlich war ich es, dazu stehe ich auch, dass ich gesagt habe, die Landwirtschaft soll sich einen Teil der Energiewende mitverdienen, soll damit im Übrigen zusätzliches Einkommen erzielen und sie soll damit auch die Agrarmärkte entlasten, weil wir Überschüsse produzieren. Die sollten mit in eine Gesamtbilanz.

Die Landwirtschaft hat, ich glaube, da stimmen wir auch überein – leider, betone ich, da können Sie alle mit dem Kopf schütteln –, diesen wunderbaren Stoffstrom im Wesentlichen aus der Hand gegeben und an Großindustrielle gegeben, um nicht im Dorf die Energie und die Wärme zu produzieren und letzten Endes im Kreislauf. Da gibt es wunderbare Beispiele in diesem Lande, aber ein Großteil hat das in eine andere Richtung gedrängt und damit haben wir heute die Diskussion in der allgemeinen Gesellschaft zum Maisanbau und zum Teil zur Monokultur, dass manche Betriebe, im Übrigen auch in diesem Lande, Mais nach Mais, nach Mais, nach Mais anbauen.

(Zuruf vonseiten der Fraktion der AfD: Genau.)

Nehmen Sie das bitte zur Kenntnis! Das wollen wir nicht, das will auch die allgemeine Gesellschaft nicht.

(Zurufe von Marc Reinhardt, CDU, und Beate Schlupp, CDU)

Verstehen Sie das endlich! Das kann man so nicht weitermachen.

Und das Letzte ist noch mal, zu meinem Konzept, das im Übrigen von einer Reihe – Herr Liskow, Entschuldigung, da können Sie drüber lachen, wie Sie wollen –,

(Marc Reinhardt, CDU: Das macht er. –
Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

von einer Reihe anderer Bundesländer inhaltlich ausdrücklich unterstützt wird, auch von Bundesverbänden, die assoziiert sind mit dem Deutschen Bauernverband, habe ich schriftliche Stellungnahmen mittlerweile, ganz frisch Anfang der Woche gekommen, die das ausdrücklich begrüßen, was wir vorgeschlagen haben. Die nationalen deutschen Umweltverbände – zu denen kann man stehen, wie man will – haben mir schriftliche Stellungnahmen angezeigt und auch vorgelegt, wo sie sagen, jawoll, endlich mal ein Vorschlag aus Deutschland, den wir mitgehen können. Im Übrigen hat die zuständige Mitarbeiterin aus der Kommission in Brüssel, die jetzt die Rechtstexte formuliert, ausdrücklich gesagt, das ist ein sehr guter Vorschlag. Und unser Mitarbeiter – ich sage jetzt mal hier den Namen – Herr Dr. Wienkemeier wird nach Brüssel gehen und an den Rechtstexten im Interesse des Landes Mecklenburg-Vorpommern mitarbeiten. Ich glaube, das hat es noch nie gegeben in Mecklenburg-Vorpommern, dass ein Mitarbeiter direkt in die Erarbeitung der Rechtstexte mit eingebunden wird.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

So! Was wollen Sie eigentlich noch mehr?!

Ich sage es abschließend noch mal: Unser Konzept basiert auf der Grundlage von Ökonomie, Ökologie, soziale Verantwortung

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

plus Berücksichtigung der regionalen Besonderheiten. Und da stehe ich mitten in der Gesellschaft, wenn ich sage, das ist zum Wohle der Allgemeinheit, das Konzept ist ausgewogen. Natürlich kann man sich über die eine oder andere Fragestellung streiten, muss man auch, werde ich auch tun in Berlin in den nächsten Tagen, davon gehe ich aus. Aber eins sage ich Ihnen noch mal: Wer glaubt, es bleibt alles so, wie es ist, und wenn jemand glaubt, Besitzstandswahrung stehe im Vordergrund und wir hätten dafür zu sorgen, dass alles zu hundert Prozent nach unserer Nase geht,

(Zuruf von Thomas Krüger, SPD)

wie man es gerne möchte, das wird nicht funktionieren. Dafür ist mir diese Debatte viel zu wichtig. Wir brauchen eine klare Linie und wir brauchen ein Ziel. Wenn man kein Ziel hat, Frau Schlupp, stimmt jede Richtung. Bei uns stimmt das Ziel und bei uns stimmt auch die Richtung. – Herzlichen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD –
Heiterkeit bei Elisabeth Aßmann, SPD)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Der Minister hat jetzt insgesamt fünf Minuten länger als seine angemeldete Redezeit gebraucht. Die Redezeit steht jetzt den Oppositionsfraktionen BMV – nein, nicht BMV –, AfD und DIE LINKE zu.

Aber angemeldet hat sich jetzt erst noch mal der Abgeordnete Heydorn. Herr Heydorn, Sie haben das Wort.

Jörg Heydorn, SPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Ich hätte Frau Schlupp ja ger-

ne die Frage vom Mikro da vorne gestellt, aber ich will ihre gerne beantworten. Sie hat mir die Frage gestellt, ob ich weiß, wer dafür verantwortlich ist, dass man die Energiegewinnung heute in dem Umfang aus Pflanzen betreibt. Im Detail weiß ich das nicht, weil das ist, wie gesagt, nicht mein Politikfeld, aber ich hätte eine Antwort darauf. Also da fällt mir ein alter Spruch von Bertolt Brecht ein, der sinngemäß folgendermaßen lautet: Wer a sagt, braucht nicht b zu sagen. Er kann auch erkennen, dass a falsch gewesen ist. Also insofern wäre das jetzt meine Antwort auf die Frage von Frau Schlupp gewesen. – Danke schön.

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Jetzt hat sich noch mal oder hat sich überhaupt zu Wort gemeldet für die Fraktion der CDU der Kollege Abgeordneter Renz.

(Minister Dr. Till Backhaus: Jetzt kommt der noch!
Der soll mich nicht auf die Palme bringen! –
Marc Reinhardt, CDU: Der Minister will
dir das Wort verbieten, Torsten!)

Torsten Renz, CDU: Sehr geehrte Frau Vizepräsidentin!

(Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke
spricht bei abgeschaltetem Mikrofon.)

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr gerne korrigiere ich mich an dieser Stelle.

Meine sehr geehrten Damen und Herren und insbesondere auch werte Zuhörer! Ich bin nachweislich nicht der Agrarexperte, aber trotzdem kann man zu einem Tagesordnungspunkt sprechen, wenn es auch um die Art und Weise geht, wie in diesem Hohen Hause hier eine Debatte gefahren wird. Nur, weil man dienstältester Minister ist, hat man noch lange nicht das Recht – aus meiner ganz persönlichen Sicht –, hier Leute in einer Art und Weise anzusprechen und Unterstellungen auszusprechen ...

(Minister Dr. Till Backhaus:
Was für eine Unterstellung, bitte?)

„Sie haben das nicht gelesen“ ist ein Zitat gewesen, „Sie haben es nicht verstanden.“

(Peter Ritter, DIE LINKE: Ihr denkt
doch bitte daran, dass wir heute noch
eine Gedenkveranstaltung haben!)

Und ich glaube,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Euern
Quatsch könnt ihr woanders lösen!)

das tut diesem Hohen Hause bei so einer Debatte nicht gut.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der CDU, AfD und BMV)

Insofern, glaube ich, sollte jeder auch in diesem Punkt ein bisschen an sich selbst, an sein Auftreten denken und vielleicht dann mit etwas weniger Schaum vorm Mund, so muss ich das hier mal formulieren, diese Debatten führen.

(Minister Dr. Till Backhaus:
Herr Renz, Herr Renz, Herr Renz!)

Wenn in einer Koalition solche Debatten geführt werden, solche inhaltlichen Auseinandersetzungen, dann bin ich sehr wohl dafür, und deswegen ist es auch ein gutes Instrument, im Rahmen der Aussprache hier unterschiedliche Positionen darzulegen. Aber da appelliere ich eben an uns alle, zumindest zu versuchen, das, was ich soeben ausgeführt habe, zu berücksichtigen.

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD:
Auch für sich selbst.)

Wenn es um Inhalte geht, dann ist es eben in der Politik nicht so, dass es nur Schwarz und Weiß gibt und nur der eine immer recht hat. Insbesondere aber – ich kann es fachlich nicht einschätzen, es mag ja sein, dass das, was der Minister vorgetragen hat, tatsächlich die beste Lösung ist – braucht man dazu in dieser Demokratie das Ringen um Mehrheiten, und da kommt es auch auf den Ton an.

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Ihr habt doch die Mehrheit.)

Wenn uns als CDU hier schon eine gewisse Unfähigkeit vorgeworfen wird, möchte ich doch ganz einfach mal die Frage in den Raum stellen: Wenn es eine Agrarministerkonferenz vor circa zehn Tagen gab und dort ein Herr Vogelsänger aus Brandenburg als Minister mit am Tisch saß – nach meinem Kenntnisstand SPD-Mitglied – und den Vorschlägen dieses Ministers nicht zugestimmt hat, stelle ich mich doch auch hier nicht hin und sage, hat der das nicht gelesen, hat der das nicht verstanden oder Ähnliches, sondern ich muss es akzeptieren, dass ich in diesem Prozess im Moment vielleicht der Einzige bin, der diese Auffassung vertritt. Deswegen muss sie nicht falsch sein. Aber ich bitte, dann im Rahmen unserer demokratischen Spielregeln für Mehrheiten zu kämpfen, für Mehrheiten zu werben, Kompromisse einzugehen.

(Zuruf von Minister Dr. Till Backhaus)

Ich glaube, das ist der richtige Weg und die richtige Kulturdebatte hier in diesem Hause. – Danke schön.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Zu Wort gemeldet hat sich noch einmal der Abgeordnete Strohschein für die Fraktion der AfD.

Jürgen Strohschein, AfD: Frau Präsidentin! Abgeordnete! Liebe Gäste! Ich habe vorhin gesagt, Biogasanlagen sind auch dazu da, um die Mehrproduktion der Landwirtschaft abzubauen. So ist es auch. Aber das ist nicht das Einzige. Die Bauern, die Biogasanlagen haben, haben mir bestätigt, dass die Abfälle besser aufgeschlossen sind durch den Gärprozess und der Boden die besser verarbeiten kann, als wenn die Gülle direkt auf den Acker kommt.

Zweitens. Der Gestank auf den Dörfern ist durch die Biogasanlagen fast null. Ich wohne in der Nähe eines Kuhstalls, der ist vielleicht 800 Meter Luftlinie von mir entfernt, 550 Milchkühe und dann steht da noch ein bisschen Jungvieh rum. Wenn der Wind von da kommt – ich muss dazusagen,

(Thomas Krüger, SPD:
Was wollen Sie uns sagen?)

die Gülle wird ja heutzutage in offenen Behältern gelagert, es sind ja keine geschlossenen Behälter –, und wenn der Wind von da kommt, dann halten Sie es nicht aus. Wenn die Gülle ausgebracht wird, zu welcher Jahreszeit auch immer, und der Wind kommt von dort, stinkt das ganze Dorf.

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Mir stinkt es auch gleich.)

Und dann möchte ich noch folgenden Vorteil anmelden. Biogaskraftwerke sind Grundlastkraftwerke, die erzeugen Grundlaststrom und keinen Flatterstrom wie Windkraftanlagen und Fotovoltaikanlagen. Darum möchte ich, dass das Problem Biogaskraftanlagen einmal hier auf die Tagesordnung gesetzt wird

(Peter Ritter, DIE LINKE: Dann stellen Sie doch den Antrag! Das machen wir doch. –
Zuruf von Thomas Krüger, SPD)

und dass wir dann mal darüber sprechen, dass die wieder besser gefördert werden.

(Thomas Krüger, SPD:
Machen Sie einen Antrag!)

Ja, das wird auch kommen.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Na, dann los!
Schluss mit der Debatte jetzt, Antrag stellen!
Mein Gott, das ist ja nicht auszuhalten hier!)

Ist gut, Herr Ritter, bleiben Sie wieder ganz ruhig, sonst fallen Sie noch vor Wut vom Stuhl.

(Thomas Krüger, SPD: Schreiben Sie ein Konzept, machen Sie einen Antrag, dann können wir darüber diskutieren!)

Danke schön.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Es hat noch mal ums Wort gebeten der Minister für Landwirtschaft und Umwelt.

Minister Dr. Till Backhaus: Herr Renz, ich will ...

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Machen Sie bitte noch mal an?

(Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke spricht bei abgeschaltetem Mikrofon.)

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Ich will das wirklich auch kurz machen.

Herr Renz, ich will Ihnen Folgendes mit auf den Weg geben: Am 18.01. hat es die Sonder-Agrarministerkonferenz gegeben. Wenn Sie sich die Punkte anschauen, dann werden Sie genau die Punkte, die ich hier vorgetragen habe, wiederfinden.

(Torsten Renz, CDU: Sehr schön!)

Im Übrigen hat auf der Sonder-Agrarministerkonferenz auch Brandenburg zugestimmt. Es hat im November des

vergangenen Jahres eine Runde der neuen Länder gegeben, wo ich schon den Kolleginnen und Kollegen der neuen Länder gesagt habe, ich werde ein eigenes Konzept vorlegen, und das deckt sich nicht zu hundert Prozent mit dem, was die neuen Länder dort aufgeschrieben haben. Damals habe ich gesagt, ich mache aus Solidarität, weil die neuen Länder zusammenhalten müssen, alles mit, aber ich weise vorsorglich schon darauf hin, wir werden mit einem eigenen Konzept kommen.

Das hat im Übrigen auch Ihre Fraktion gewusst, dass ich an so einem Thema arbeite. Insofern kann ich Ihnen nur noch mal sagen, dieser Weg, der im Übrigen einstimmig war – fragen Sie Ihre Kollegen, die in der CDU Verantwortung tragen,

(Marc Reinhardt, CDU: Machen wir. –
Beate Schlupp, CDU: Das haben Sie ganz
anders erzählt auf der Grünen Woche.)

am 18.01. auf der Sonder-Agrarministerkonferenz hat es einen einstimmigen Beschluss aller Länder mit dem Bund gegeben, wo unsere Punkte mit enthalten sind –,

(Zuruf von Beate Schlupp, CDU)

das erfüllt mich mit Stolz, dass da unsere Punkte und genau das Konzept in den Grundzügen mit verankert sind. Nur, dass Sie das wissen.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Aussprache.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 26:** Beratung des Antrages der Fraktionen der CDU und SPD – Entwicklung der Mink-, Marderhund- und Waschbär-Population in Mecklenburg-Vorpommern, auf Drucksache 7/1333.

**Antrag der Fraktionen der CDU und SPD
Entwicklung der Mink-, Marderhund-
und Waschbär-Population in
Mecklenburg-Vorpommern
– Drucksache 7/1333 –**

Das Wort zur Begründung hat die Abgeordnete Frau Vizepräsidentin Schlupp.

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Drum prüfe, wer sich ewig bindet!)

Beate Schlupp, CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich bin mir nicht sicher, ob dieses Thema geeignet ist, diese doch etwas hochgekochten Emotionen nachhaltig herunterzuführen, aber ich werde mich zumindest bemühen, die Thematik sachlich abzuarbeiten, und hoffe, dass wir dann wieder zu einer nicht auf Personen zentrierte Debatte zurückkommen.

Wir haben uns in den zurückliegenden Monaten mehrfach mit Wolf, Biber und Schwarzwild befasst und rücken heute mit unserem Antrag andere Arten in den Vordergrund. Sogenannte Neozoen, nicht heimische Wildtierarten, nehmen zunehmend Einfluss auf die Lebensräume und die Entwicklung einheimischer Arten. Insbesondere Mink, Marderhund und Waschbär machen zahlreichen

einheimischen Vogelarten, aber auch Eigenheimbesitzern und Landwirten im wahrsten Sinne des Wortes das Leben schwer. Das hat im Übrigen unsere Kollegen in Sachsen dazu veranlasst, einen in der Überschrift gleichartigen Antrag auf den Weg zu bringen.

Vor diesem Hintergrund ist es notwendig, dass wir uns umfassend mit der Ausbreitung invasiver Arten und den daraus resultierenden Wechselwirkungen befassen. In Deutschland gibt es laut Management-Handbuch des Bundesamtes für Naturschutz 168 Tier- und Pflanzenarten, die nicht heimisch sind und nachweislich negative Auswirkungen auf die hier ansässigen Tiere und Pflanzen haben. Die Schäden in Deutschland und in der gesamten EU werden zunehmend größer. Sowohl die ökologischen als auch die wirtschaftlichen und gesundheitlichen Bedrohungen steigen.

Seitens der Europäischen Kommission wird der ökonomische Schaden durch invasive Arten auf circa 12 Milliarden Euro im Jahr beziffert. Deshalb hat sie eine Liste invasiver Arten erarbeitet, die Bestimmungen zur Vermeidung, Minimierung und Abschwächung nachteiliger Auswirkungen der Einbringung und Ausbreitung gebietsfremder Arten auf die Biodiversität und die damit verbundenen Ökosystemleistungen beinhaltet. Für die 37 invasiven Pflanzen- und Tierarten, die sich auf der Liste der Europäischen Union befinden, sind seitens der Mitgliedsstaaten verschiedene Maßnahmen umzusetzen. Hierzu wurde ein hierarchischer Ansatz zum Umgang mit diesen Arten, der Prävention, Früherkennung, Sofortmaßnahmen und Kontrolle beinhaltet, gewählt. Weitere Arten sollen künftig auf die Liste gesetzt werden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, mit unserem heutigen Antrag sprechen wir konkret von drei Arten, die sich ganz speziell in Mecklenburg-Vorpommern besorgniserregend ausgebreitet haben. Alle drei sind Säugetiere und verfügen über keine natürlichen Feinde. Umgangssprachlich werden sie häufig auch als „Plage“ bezeichnet.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Der Wolf auch nicht?!
Der Wolf ist auch kein Feind? Ich frag nur,
weil ich keine fachlich versierte Person bin.)

Also ich habe nicht gehört, dass es da nun großartige Übereinstimmungen gibt. Es gibt ja auch solche Sprüche, dass man gerne sehen würde, dass die Wölfe sich auf Biber spezialisieren. Ich meine, die Späße kenne ich alle, aber ich glaube, so ganz ernst zu nehmen ist das in dieser Situation nicht.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Schade!)

Um dieser Plage Herr zu werden, soll die Landesregierung bis zum 15. März 2018 im zuständigen Agrarausschuss berichten, welche Erkenntnisse zur Ausbreitung und Populationsentwicklung vorliegen, wie sich die Jagdstrecken dieser Wildtiere in den zurückliegenden Jahren entwickelt haben und welche wildbiologischen Ursachen für die Ausbreitung bekannt sind. Gerade weil wir wissen, dass aus der Jagdstrecke keine eindeutigen Rückschlüsse auf die Population und Populationsentwicklung gezogen werden können, wollen wir weitergehende Untersuchungen. Dabei, und dessen sind wir uns auch bewusst, fangen wir nicht bei null an. Es gibt verschiedene Studien, so zum Beispiel die Studie zu den gebietsfremden Raubsäugetern Marderhund, Waschbär und Mink in

Mecklenburg-Vorpommern – mit Forschungsschwerpunkt Mink, die ich hier anführen möchte.

In weiteren Schritten wollen wir mit Partnern aus Wissenschaft und Wirtschaft prüfen, inwieweit eine Verringerung der Reproduktionsrate umgesetzt werden kann. Hierbei können unseres Erachtens auch Medikamente oder der verstärkte Einsatz von Lebendfallen zum Einsatz kommen. Wir wollen kurzfristig präventive und jagdliche Maßnahmen zur Eindämmung der weiteren Ausbreitung ergreifen und die Bevölkerung hinsichtlich des Selbstschutzes vor wirtschaftlichen und gesundheitlichen Schäden sensibilisieren. Es kann beispielsweise nicht sein, dass Lebensmittel auf dem Kompost entsorgt werden und so ein Paradies für Waschbären oder andere Schädlinge entsteht.

Sehr geehrte Damen und Herren, ich möchte kurz auf die angesprochenen Tierarten eingehen, um Ihnen die Problematik zu erläutern. Beginnen möchte ich mit dem Waschbär. Er frisst besonders Vogeleier, Grasfrösche, Erdkröten und andere Lurche. Damit wird er zum Problem für einzelne geschützte Tierarten. Er ist in der Lage, ganze Brutkolonien von Möwen, Schwalben und anderen Vögeln an den Rand der Ausrottung zu bringen. So haben Waschbären in Thüringen bereits jeden fünften Horst des Uhus zerstört, berichtet der dortige Jagdschutzverband. Aber auch in den Horsten von anderen Greifvögeln und Störchen werden Waschbären aktiv. Das hindert die Vögel am Brüten und schadet letztendlich dem Bruterfolg.

Mittlerweile richtet der Waschbär seine Schäden allerdings nicht nur in der Natur, sondern auch im urbanen Raum an. Hierbei verstreut er beispielsweise Müll auf der Suche nach Futter, verwüstet Dachböden oder sorgt mit seinem Kot für gesundheitliche Gefahren im Wohnbereich. Wer bereits Erfahrungen mit einem Waschbären auf dem Dachboden gesammelt hat, der weiß, dass er gegen die Tiere fast machtlos ist. Sie haben keine natürlichen Feinde, finden genug zu fressen und fühlen sich fast überall wohl.

Ähnlich verhält es sich mit dem Marderhund und dem Mink. Der Marderhund stammt ursprünglich aus China, wurde später in Russland eingeführt und breitet sich von dort aus aus. Seit 1960 gibt es ihn bei uns. Auch er ist Allesfresser, vor allem nachtaktiv und hat keine Feinde.

Zuletzt möchte ich auf den Mink zu sprechen kommen. Der Mink wurde vor allem aus Pelztierfarmen, insbesondere von selbst ernannten Tierschützern, in die Freiheit entlassen. Der Mink ist ganzjährig aktiv und stört dadurch selbst Karpfen in ihrer Winterruhe. Er ist damit neben dem Kormoran ein massives Problem für unsere Fischer, wirkt aber auch negativ auf zahlreiche geschützte Tierarten.

Hinzu kommt, dass vor allem beim Marderhund und beim Waschbären eine Krankheitsübertragung auf den Menschen nicht ausgeschlossen werden kann. Die Tiere können stark von Milben, Zecken und anderen Parasiten befallen sein. Der Waschbär ist zudem Überträger des Waschbärspulwurms, der bei Aufnahme durch den Menschen über den Darm sogar Organe schädigen kann.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, zum Schutz der einheimischen Artenvielfalt und zum Schutz der Bevölkerung ist es daher zwingend notwendig, gegen diese Tiere

vorzugehen. Für die Bejagung gibt es in unserem Jagdgesetz eine ganzjährige Jagdzeit. Neben der Bejagung wollen wir auch andere Maßnahmen zur Verminderung der Reproduktionsrate diskutieren. Ziel muss es sein, die Bestände so zu regulieren, dass der Schaden an geschützten einheimischen Tierarten verringert wird und ökonomische Schäden für Eigenheimbesitzer und Landwirte minimiert und gesundheitliche Schäden ausgeschlossen werden.

Der vorliegende Antrag und die heutige Debatte sollen auf eine bestehende Problematik im Land aufmerksam machen und den Menschen bestehende Möglichkeiten aufweisen, um die weitere Ausbreitung von Waschbär, Marderhund und Mink aktiv zu begleiten. Ich bitte Sie daher um Zustimmung zu unserem Antrag. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Im Ältestenrat ist vereinbart worden, eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 120 Minuten vorzusehen. Ich sehe und höre dazu keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Zunächst hat das Wort für die Fraktion der AfD der Abgeordnete Strohschein.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Der schon wieder!)

Jürgen Strohschein, AfD: Ich glaube, hier haben schon welche von getrunken, ne?!

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Macht nichts. Weg mit dem Zeug!)

Macht nichts, ich bin ein zäher Hund. Bei mir haben sie schon Pflanzenschutzmittel ausprobiert.

(allgemeine Heiterkeit –
Peter Ritter, DIE LINKE: Ach, deswegen!
Ich habe mich schon gewundert. –
Zuruf von Minister Dr. Till Backhaus)

Frau Präsidentin! Abgeordnete, Gäste – ach, doch, ein paar Gäste sind da – und Bürger!

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Irgendwas bleibt immer übrig.)

Der Mink, auch amerikanischer Nerz genannt, lebt an Uferabschnitten unserer Seen und Flüsse. Ich möchte jetzt nicht alles wiederholen, was Frau Schlupp schon gesagt hat, das wäre zu eintönig, aber ich möchte sagen, dass der Mink auch den europäischen Nerz verdrängt hat, der sich nun bloß noch auf wenige Ostseeinseln zurückgezogen hat und dort unter Naturschutz steht, unter strengem Naturschutz, weil er nämlich die Weibchen begattet, und die werfen dann nur noch Totgeburten.

In den 90er-Jahren gab es diese Befreiungsaktionen, wovon Frau Schlupp schon gesprochen hat. Da wurden von Umwelt- und Tierschützern, von selbsternannten natürlich, sämtliche Käfigtiere entlassen und so konnten sich vom Mink nur noch 10 Prozent retten, denn die anderen 90 Prozent starben, weil sie als ehemalige Käfigtiere vollkommen degeneriert waren. Sie sind dann qualvoll gestorben. Aber diese 10 Prozent haben ausgereicht

zur Weitervermehrung und sind jetzt meines Erachtens in fast ganz Deutschland schon vertreten.

Der Marderhund ist eigentlich der Gefährlichste von allen oder der größte Räuber besser gesagt, denn durch sein geringes Gewicht kommt er leicht in sämtliche Sträucher und Bäume rein und räumt dann natürlich auch die Nester dort oben aus.

(Jörg Heydorn, SPD:
Der Marderhund kann nicht klettern.)

In meiner Region ...

(Jörg Heydorn, SPD:
Ein Marderhund kann nicht klettern.)

Was?

(Jörg Heydorn, SPD:
Sie reden vom Waschbären?!)

Ich rede vom Waschbären, ja. Entschuldigung, Entschuldigung!

(Peter Ritter, DIE LINKE: Das liegt
an den Pflanzenschutzmitteln.)

Gut. Also über den Marderhund möchte ich hier nicht viel reden, das hat ja Frau Schlupp schon getan,

(Simone Oldenburg, DIE LINKE:
Das kann man sich auch einteilen.)

ich möchte bloß noch sagen, er wurde 1934 erstmals bewusst in Hessen ausgesetzt, bewusst,

(Simone Oldenburg, DIE LINKE:
Ja, wieder im Westen.)

und hat sich jetzt sehr stark vermehrt. Er ist natürlich ein Kulturfolger und lebt deshalb nicht mehr auf dem Lande, sondern er kriecht auf die Hausböden und zerstört dort vieles.

So, jetzt kommen wir zum Waschbären. Wie gesagt, in meiner Gegend hat er ein Schwarzstorchnest ausgeräumt. Der steht natürlich unter strengem Naturschutz.

(Patrick Dahlemann, SPD: Den muss
man zur Verantwortung ziehen.)

Ich möchte noch ...

(Andreas Butzki SPD: Was heißt
„zur Verantwortung ziehen“?)

Ja, hab ich beantwortet.

Ich möchte noch eins anmerken: Eine Ausrottung dieser Arten ist nicht möglich, sondern nur eine Dezimierung. Die letztlich nicht besonders effizienten Versuche in der DDR in den 50er-Jahren, die Fuchspopulation mit Vergasung der Bauten stark einzudämmen, zeigten grundsätzlich keine großen Erfolge. Es bleibt eine Aufgabe der Jägerschaft, mit traditionellem Waidwerk die Population dieser Schädlinge gering zu halten. Wenn diese drei invasiven Arten in Zukunft aber nur noch in Lebendfallen gefangen werden sollen, dann müssen für unsere Jäger

und Fallensteller auch finanzielle Anreize geschaffen werden. Unsere Fänger haben auch Ausgaben bei der Anschaffung der Lebendfallen: gefahrene Kilometer und so weiter. Ohne den Fang in Fallen ist eine erfolgreiche Reduzierung nicht möglich.

Ein weiterer Anreiz für unsere Jäger oder Fallensteller – die gibt es auch, es gibt ja nicht bloß Jäger – könnte die Verwertung der Felle sein. In Baden-Württemberg hat der Deutsche Jagdverband die Fellwechsel GmbH gegründet. Seit Anfang 2017 werden in einer Abbalgstation in Rastatt die Felle einer Weiterverwertung zugeführt. Sie werden entweder gegerbt, getrocknet oder sonst als weiterverarbeitendes Produkt auf den Markt gebracht. In Mecklenburg-Vorpommern gibt es noch zwei Gerbereien: in Plau am See und bei Neubrandenburg. Um Kürschner ist es ebenfalls schlecht bestellt.

Die Voraussetzungen dafür, das Modell aus Baden-Württemberg auf Mecklenburg-Vorpommern zu übertragen, sind nicht allzu gut. Dennoch sollten Wirtschafts- und Agrarminister ein Pilotprojekt starten. Das wäre wünschenswert. Wir brauchen mehr Gerbereien und Abbalgstationen, um lange Transportwege zu vermeiden und die Verarbeitungskapazitäten zu steigern, denn ein Jäger, der ein paar Tiere gefangen hat, kann sie nicht noch 100 oder 150 Kilometer durch die Gegend fahren, der möchte das jetzt irgendwo in der Nähe abliefern. Eine Unterstützung müsste auch die Kürschnerausbildung erfahren, dann könnte die Nachfrage nach Pelzen durch intensivere Lebendfänge gestillt werden. Laut Aussage des Geschäftsführers einer Pelztierfarm, der im NDR zitiert wurde, ist eine Wirtschaftlichkeit der Pelztierzucht durch zu viele Vorschriften und Gesetze unwirtschaftlich geworden. Wenn das beabsichtigt war, dann ist das von Erfolg gekrönt.

Jetzt wird sicherlich der Bedarf an Fellen durch die skandinavischen Länder, Russland und China gedeckt, und wie es in Russland und China mit dem Tierschutz aussieht, kann sich jeder denken. Es muss eine Einfuhr von Fellen, die in Käfighaltung produziert wurden, verhindert werden. Vermieden werden kann das nur, wenn die Verwertung des von der Jägerschaft erlegten Raubzeuges grundlegend verbessert wird, und das sollte möglich sein. In der DDR hat das beispielsweise auch schon gut funktioniert.

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Ja, es war nicht alles schlecht.)

Es ist eine Sünde, wenn wertvolle Fellträger entsorgt werden.

Fellverwertung schafft Arbeitsplätze und verbessert die Einnahmen der Jäger und Fänger. Das ist ein guter Ansporn und sichert einen dauerhaften Erfolg, um das Raubzeug in Grenzen zu halten. Durch diese Schädlinge werden die Nester unserer Bodenbrüter aufgesucht. Selbst Junghasen und Rehe fallen ihnen zum Opfer. Warum sollten irgendwelche neuen Wege beschritten werden, um die Raubzeugpopulationen einzuschränken, wo es uns doch unsere Vorfahren gezeigt haben, wie wir hier vorgehen können? Ursprünglich wurde der Rohstoff Fell nur von Wildtieren gewonnen und dahin sollten wir wieder zurückkommen. – Danke schön.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD
und Holger Arppe, fraktionslos)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Jetzt hat ums Wort gebeten der Minister für Landwirtschaft und Umwelt. Herr Dr. Backhaus, Sie haben das Wort.

Minister Dr. Till Backhaus: Ja, nach einer hitzigen Debatte zur EU-Agrarpolitik sind wir jetzt beim Mink, Waschbären und Marderhund angekommen. Leider ist diejenige, die das Thema eingebracht hat, jetzt nicht da, aber vielleicht hört Frau Schlupp mich ja.

(Unruhe vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Ich soll berichten, wenn man es so will, wie sich in den letzten fünf Jahren die Populationen entwickelt haben. Da kann ich schon sagen, insbesondere für die drei Arten, beim Mink – ich gehe sogar in das Jahr 1972 zurück, seitdem haben wir Daten darüber, da gab es ihn hier noch nicht – hatten wir im letzten Jagdjahr, was uns zur Verfügung steht, 2016/17 74 Stück, im Jahr davor 37 oder in den Jahren 2012/13 waren es 109. Beim Mink ist es noch nicht das Problem, aber ich glaube, es geht vor allen Dingen auch darum, mal deutlich zu machen, wie sich die sogenannten Neozoen, also die nicht heimischen Arten und damit invasiven Arten, die sich hier mittlerweile eingelebt haben, entwickeln und welche Auswirkungen sie letzten Endes auf den gesamten Organismus der Region haben.

Wenn ich das beim Waschbären andeuten darf, dann ist es ja auch noch etwas Besonderes. Er ist, wenn man es so will, ein Generalist, wobei er eher vegetarische Züge hat, aber er ist auch in der Lage, tierische Produkte sehr gut zu verwerten. Da sieht die Sachlage dann schon deutlich anders aus: 1972 Null. Wenn ich mir allein das letzte Jagdjahr ansehe, wo 7.957 Waschbären durch die Jägerschaft erlegt worden sind, muss man heute feststellen, der Waschbär ist, wenn man es so will, seit 1990/91 massiv auf dem Vormarsch und er breitet sich immens aus. Man kann auch sagen, wir haben zum Teil eine Plage.

Deswegen haben wir wissenschaftliche Projekte, unter anderem in der Lewitz, ausprobiert und sind in der Lage, bei Prädatoren, also diesen Räubern, eine Nutzen- und Beutestrategie mal aufzustellen und welche Auswirkungen die insbesondere auf das Niederwild haben. Dazu hat es aus meiner Sicht ein sehr, sehr schönes und sehr gutes Symposium gegeben mit wissenschaftlicher Begleitung der Universität Tharandt, das haben wir auf den Weg gebracht, und da ist deutlich geworden, ja, es ist möglich mit der Prädatorenbekämpfung, wenn man es so will. Insbesondere spielt da nicht die Bejagung die Rolle, denn welcher Jäger macht so was schon gerne. Die Jägerschaft nun auch noch miteinzuspinnen, halte ich nicht für den richtigen Weg, sondern hier geht es tatsächlich um die Fallenjagd oder andere Maßnahmen.

Ähnlich verhält es sich mit dem Marderhund, wobei wir hier in den letzten Jahren einen Einbruch hatten. Wir haben, wenn man es so will, seit Anfang der 90er-Jahre ein ganz massives Ansteigen: 1991 mit 23 Stück auf der Strecke und im Spitzenjahr 2007/2008 waren wir bei 23.000 Stück oder Tieren. Im letzten Jagdjahr waren es 8.645. Es zeigt also, die invasiven Arten sind massiv auf dem Vormarsch und wir haben wirklich große Mühe, diese Arten noch zu beherrschen. Deswegen brauchen wir weitere wissenschaftliche Erkenntnisse. Da sind wir am Arbeiten, und das werde ich auch im Agrarausschuss vorstellen, so ist es ja gewünscht.

Auf der anderen Seite ist es natürlich so, dass wir Strategien haben, insbesondere auf den Vogelschutzinseln, die für uns von großer Bedeutung sind, wo wir prioritäre Lebensräume von besonderen Arten im Ostseeraum im Rahmen der FFH-Sensibilisierung umzusetzen haben. In gleicher Weise gilt es auch in der Fläche oder in den Gebieten, wo wir sehr starke Vogelschutzgebiete haben, auch hier diese Arten möglichst zurückzudrängen und dazu die Sensibilisierung der Bevölkerung zum Selbstschutz – im Übrigen auch vor volkswirtschaftlichen Schäden, denn wenn man erst mal einmal so einen Marderhund oder insbesondere die Waschbären im Haus drin hat, ist das ein Riesenproblem, erstens, ihn wieder loszuwerden, und zweitens, die Schäden, die er auch im zivilen Bereich, wenn ich das so sagen darf, anrichtet, zu regulieren – voranzutreiben. Insofern brauchen wir geeignete Maßnahmen, die wir aber eingeleitet haben.

Das alles will ich im Agrarausschuss vorstellen und ich gehe davon aus, dass sich dann diejenigen, die den Antrag eingebracht haben, an dieser Debatte beteiligen und vor allen Dingen auch an den Sitzungen teilnehmen. – Herzlichen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD und Jens-Holger Schneider, AfD)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Danke, Herr Minister.

Jetzt hat für die Fraktion DIE LINKE das Wort der Abgeordnete Herr Dr. Weiß.

Dr. Wolfgang Weiß, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Bei diesem Thema muss ich mich vielleicht doch stark zurücknehmen, denn als Geograf, auch wenn ich von der Wirtschafts- und Sozialgeografie komme, ist genau dieses Thema seit Langem, ja ich möchte vielleicht sagen, sogar ein Lieblingsbeschäftigungsnebenbei-thema. Deswegen werde ich versuchen, das doch sehr zu straffen, damit das nicht den Charakter einer Vorlesung bekommt.

Die heutige Debatte könnte man vielleicht mit zwei Zeilen aus Goethes Zauberlehrling zusammengefasst überschriften.

(Simone Oldenburg, DIE LINKE:
Walle! Walle?)

Nein, ich meine die andere:

(Heiterkeit bei
Simone Oldenburg, DIE LINKE: Ah!)

„Die ich rief, die Geister
Werd ich nun nicht los.“

Es ist zwar die gleiche Ballade, aber was solls. Es könnte sogar sein, dass die Tagesordnungen der Plenarsitzungen bis zum Ende der Legislaturperiode mit jeweils einer anderen Tier- oder Pflanzenart angereichert werden könnten, die in der Neuzeit eingewandert sind, ausgesetzt oder eingeschleppt wurden, aber, meine Damen und Herren, das ist ja nicht die Frage, denn vor 12.000 Jahren, als hier noch 3.000 Meter Eis lagen, also nicht nebeneinander, sondern übereinander, seitdem sind ja fast alle Pflanzen und Tiere, die hier leben, Neozoen und Neophyten.

Neben Waschbär, Marderhund und Mink könnten wir also auch über, wenn wir jetzt in der Neuzeit bleiben, die Chinesische Wollhandkrabbe, seit 1912 hier heimisch, die Biberratte, auch als Nutria bekannt, die Bisamratte, seit 1905 hier, das Kanadische Grauhörnchen, seit 1930, den Halsbandsittich – übrigens gibt es in Südwestdeutschland fast 30.000 Exemplare, die mittlerweile die Städte für sich erobert haben und vorzugsweise in Polystyrolschaumplatten der modernen Heizungsdämmung wohnen –,

(allgemeine Unruhe)

die Gartenameise, die Körbchenmuschel, ...

(Glocke der Vizepräsidentin)

Ich hoffe, Sie haben mich nicht gemeint damit?!

... den Ochsenfrosch und die Pazifische Auster und so weiter reden. Vielleicht zeigen aber auch einige Kollegen Interesse an der Rippenqualle, der Asiatischen Tigermücke, der Zitterspinne, die wir mittlerweile fast alle in unseren Haushalten haben,

(Heiterkeit bei Simone Oldenburg, DIE LINKE:
Also, Wolfgang, so nicht. – Heiterkeit bei
Peter Ritter, DIE LINKE: Nee, Wolfgang, hör auf! –
Heiterkeit vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

der Kräuseljagdspinne, ...

Doch, doch, doch! Auch du hast sie!

... dem Asiatischen Marienkäfer, der übrigens mal mit der Hoffnung eingeführt wurde, Schädlinge zu bekämpfen, aber jetzt mittlerweile Jagd auf den heimischen Siebenpunkt macht – der Siebenpunkt, der im Sächsischen ja so niedlich Motschekiebschen heißt, nicht wahr, Peter? –,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Ja,
das ist regional unterschiedlich.)

der Afrikanischen Nilgans, dem Asiatischen Karpfen, einer der 100 gefährlichsten Neobiotiker auf der entsprechenden Liste. Aber dann sollten wir auch den Mut aufbringen, in Kürze noch mal über den Nandu zu reden,

(Simone Oldenburg, DIE LINKE: Ja.)

uns dem Jagdfasan zu stellen, dem Damhirsch, der Gottesanbeterin, dem Sikahirsch, dem Mufflon oder der Rosskastanienminiermotte, die immerhin seit 1994 mit den Bundeswehrsoldaten aus dem Kosovo verstärkt eingeschleppt wurde, den Waschbärspulwurm und den Holzbohrwurm nicht zu vergessen, wie auch zehn Prozent der heute hier vorkommenden Pflanzenarten wie Ambrosia und Riesen-Bärenklau.

(Heiterkeit bei Andreas Butzki, SPD:
Die ganzen Vögel. –
Egbert Liskow, CDU: Thema!)

Meine Damen und Herren, das Ganze würde aber dem Ernst der Problemlage nicht gerecht, die wir heute zunehmend mit Neozoen oder Neophyten haben, für die heute die drei genannten invasiven Tierarten stellvertretend herhalten müssen. Als invasiv gelten allochthone Arten, also fremdstämmige Arten, welche die autochtho-

ne, die einheimische Biodiversität gefährden. In Deutschland rechnet man dazu – Frau Schlupp hat eine andere Zahl angegeben, aber die Zahlen ändern sich ja auch von Jahr zu Jahr – circa 300 Arten, invasive Pflanzen nicht mitgezählt.

Dabei gibt es auch Gefahren für die menschliche Gesundheit, und da bin ich sehr dankbar, dass vorhin bereits darauf hingewiesen wurde. Menschliche Gesundheit ist gerade durch die invasiven Arten gefährdet, über die wir viel zu selten reden. Die aktuelle Entwicklung wird durch den industriell beschleunigten Klimawandel, die Globalisierung mit weltweitem Austausch von Waren und Gütern sowie durch den Tourismus begünstigt, aber auch durch Unkenntnis, Fahrlässigkeit und mit Blick auf den Tierschutz auch durch kriminelles Handeln. Ich halte das alles für hochgefährlich, mindestens aber doch für bedenklich.

Neben Tieren und Pflanzen, die unbeabsichtigt durch Transporte und zufällig als blinde Passagiere mitgebracht werden, gibt es auch jene, die der Mensch mit Absicht aus einem fremden Habitat in ein anderes Ökosystem bringt. Das scheint eine der großen Herausforderungen für unsere einheimische Flora und Fauna zu sein. Eigentlich sollten Exoten, also gebietsfremde Arten, nicht in die freie Natur gelangen. So steht es jedenfalls im Bundesnaturschutzgesetz. Wer sein lästig gewordenes Geburtstags- oder Weihnachtsgeschenk – wir sind gerade wieder in einer solchen Phase – in die Freiheit entlässt, völlig egal, ob Vogelspinne, Fisch oder Schlange, muss mit einem Strafverfahren rechnen, aber es ist höchstwahrscheinlich, dass jemand, der so handelt, auch dabei erwischt wird.

Kommen wir zu Mink, Waschbär und Marderhund: Zu den Tieren ist bereits einiges gesagt worden, ich möchte deswegen nicht vieles wiederholen. Allerdings ist es, gerade was den Mink anbetrifft, klar, dass eine Bekämpfung in Deutschland allein völlig aussichtslos ist, denn dieses Tier ist in Europa großräumig so weit etabliert, dass es sofort wieder mindestens über Polen einwandern würde. Ähnliches ist auch beim Waschbären zu sagen, der mal als niedliches Knuddeltier für ein gutbürgerliches Zuhause eingeführt wurde. Das ist übrigens auch eins dieser Probleme bei der Behandlung solcher Sachverhalte: Wenn die Tiere Fell oder Federn haben und nicht mehr als vier Beine, dann nimmt man sie gerne an und dann wird es auch mit positiven Gefühlen belegt. Aber wehe, es hat kein Fell oder keine Federn und mehr als sechs Beine, dann ist es ganz schlimm. Dabei müssen die gar nicht so schlimm sein, für die Natur jedenfalls nicht.

Was den Waschbären anbetrifft, der in der Nähe des hessischen Edersees ausgesetzt wurde, ist für uns eine Sache vielleicht besonders interessant, wenn es um die Gefahren für unsere Umwelt geht. Mit drei Zahlen, die die Dynamik der Entwicklung aufzeichnen sollen, möchte ich da aufwarten: 1956 wurde der Bestand in der alten Bundesrepublik auf ungefähr 285 Tiere geschätzt – 285! Im Jahre 1970 waren es bereits über 20.000 Tiere und im Jahre 2005 wurde eine niedrige bis mittlere sechsstellige Zahl geschätzt. Wir gehen heute davon aus, dass allein diese Population pro Woche 10.000 Tonnen hochwertige Nahrung zu sich nimmt. Wo sie die hernimmt, wollen wir jetzt besser nicht fragen. Wir haben bei einer Exkursion in die Altmark mit Studenten Befragungen durchgeführt und es gab sogar den Fall, dass von betreffenden Familien Waschbären beobachtet wurden, die in die Häuser

eingedrungen sind. Ein Waschbär war so clever, dass er sogar den Kühlschrank öffnen konnte.

(Heiterkeit bei Simone Oldenburg, DIE LINKE:
Solange er sich dann nichts gebraten hat. –
Heiterkeit bei Ministerin Stefanie Drese)

Da ist es nicht einfach nur die Frage, dass diese Tiere irgendwie lästig werden oder dass sie möglicherweise eine Gefahr durch die Übertragung von Krankheiten darstellen, sondern gerade was den Waschbären betrifft, handelt es sich offensichtlich um ein hochintelligentes Tier. Bei all den Darstellungen, die wir im Internet finden, geben wenige nur die ostdeutsche Waschbärpopulation an, die im Jahre 1945 durch einen Bombentreffer in Strausberg bei Brandenburg, im brandenburgischen Strausberg, freigesetzt wurde. Das waren damals 14 Tiere, in der DDR relativ gut beschränkt entwickelt. Beide Populationen stellen übrigens genetische Flaschenhälse dar, die für die Forschung höchst interessant sind. Ich will das hier nicht weiter ausführen.

(Torsten Renz, CDU: Schade!)

Beim Marderhund hingegen ...

Ja, wir machen das dann lieber im kleinen Kreise Hochinteressierter.

(Heiterkeit bei Peter Ritter, DIE LINKE)

Im kleine Kreise lässt sich dann auch über den Marderhund trefflich reden, der schon vor dem Zweiten Weltkrieg mit rund 10.000 Tieren in der Ukraine angesiedelt wurde. Wir haben die Existenz dieser Tiere in Europa gewissermaßen der Bequemlichkeit russischer Pelztierjäger zu verdanken oder wir müssen das Ganze ausbaden. Im Krieg geriet die Population außer Kontrolle und seit 1960 sind diese Tiere auch in Deutschland zu finden. Und er wird bekämpft, er wird bekämpft: Allein 2015 in Mecklenburg-Vorpommern, in Brandenburg sind knapp 15.000 Tiere erlegt worden. Allerdings war die Staupe von 2007/2008 effektiver. Vielleicht ist das ein Hinweis auf Bekämpfungsmöglichkeiten, aber wollen wir mal nicht so gemein sein.

Meine Damen und Herren, nach so viel Problemaufriss komme ich nun doch noch zum Antrag. Da kann ich es kurz machen: Eigentlich hätte es gereicht, diesen Antrag zur Selbstbefassung im Agrarausschuss zu stellen. Ich hoffe, da landet er auch, damit wir nicht mehrmals das gesamte Hohe Haus ständig mit solchen konkreten Einzelproblemen belästigen müssen. Meine Fraktion könnte sich gut vorstellen, zur Problematik der Neozoen und Neophyten auch eine öffentliche Anhörung stattfinden zu lassen, um die Problematik zu vertiefen und den Punkt II des Antrags zu erfüllen.

Ganz nebenbei ein privater Werbeblock: Der Deutsche Verband für Angewandte Geographie wird im Sommer zu dieser Problematik eine wissenschaftliche Veranstaltung durchführen. Kommen Sie auf meine Seite, lassen Sie sich einladen!

Wir als Fraktion stimmen jedenfalls dem Antrag zu. – Danke schön.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE –
Andreas Butzki, SPD: War nun doch eine
Vorlesung. War nun doch eine Vorlesung.)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Jetzt hat das Wort für die Fraktion der SPD der Abgeordnete Heydorn.

(Minister Mathias Brodkorb:
Los, mach den Mink fertig!)

Jörg Heydorn, SPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Bei diesem Antrag schlagen schon zwei Seelen in meiner Brust. Also, ich finde es wichtig, dass wir diese Themen hier im Landtag aufrufen und uns damit beschäftigen. Auf der anderen Seite – ich bin selber Jäger – kenne ich die Schwierigkeiten, die damit verbunden sind, wenn man quasi mit jagdlichen Methoden diesen Arten wirklich hinterhergehen will.

Ich meine, wenn man sich die Rede von Herrn Dr. Weiß noch mal vergegenwärtigt, dann drängt sich schon die Frage auf: Macht das alles überhaupt Sinn bei dem Ausmaß an invasiven Arten, die wir inzwischen bei uns in der Bundesrepublik haben, oder sind wir nicht an dem Punkt, wo wir nur noch resignieren oder kapitulieren können und sagen, das lassen wir laufen? Ich wäre nicht dafür, das laufen zu lassen, ich bin sehr dafür, dass man diese Themenfelder weiter untersucht und dass man nach Möglichkeiten und Methoden sucht, wie man das ein Stück weit machen kann.

Ich befürchte nur, letztendlich ist man da bei dem Thema Bejagung. Und wer das Thema kennt, der weiß, also mit dem Gewehr jetzt in den Wald zu gehen und Waschbären, Marderhunde und Minks zu jagen, das funktioniert nicht. Das funktioniert schon, manchmal kommt einer vorbei, den kann man dann auch erlegen, aber damit nimmt man letztendlich keinen Einfluss auf die Population. Das ist eine Form von vorweggenommener Mortalität, im Einzelfall aber völlig unbedeutend.

Wir haben, darauf ist der Minister auch eingegangen, mal einen Versuch gehabt in der Lewitz an den Fischteichen, dort waren die Leute aus Tharandt dabei – wie heißt er? Doktor ...? –,

(Minister Dr. Till Backhaus: Stier.)

Dr. Norman Stier hat das Projekt geleitet und die sind da wirklich konsequent hergegangen und haben das mittels Fallen so weit zurückgedrängt, dass man sagen kann, das hat funktioniert und der Rückgang von bestimmten Arten, in dem Fall waren es im Wesentlichen Enten, war auch zu stoppen. Aber wer weiß, wie die Jagd in Mecklenburg-Vorpommern aufgestellt ist, der weiß, dass die Fallenjagd bei uns nur noch eine untergeordnete Bedeutung hat und nur noch von wenigen praktiziert wird.

Wenn wir im Rahmen unserer Untersuchung zu dem Ergebnis kommen, dass man die Fallenjagd deutlich intensivieren muss, muss man in dem Kontext natürlich die Frage beantworten: Wer macht das? Der Hobbyjäger wird das nicht hinkriegen, sondern dann muss man letztendlich bereit sein, denke ich, das Ganze auch finanziell entsprechend zu unterstützen und Strukturen hochzuziehen, die zumindest in den bestimmten Schwerpunktbereichen hergehen und versuchen, die Population der Neozoen, dieser drei Neozoen, die jetzt hier in Rede stehen, nachhaltig zurückzudrücken.

Sinnvoll ist es allemal, aber so, wie wir im Augenblick aufgestellt und verfasst sind, wird das nicht funktionieren. Das kann man erkennen, wenn man sich die Strecken-

zahlen noch mal vergegenwärtigt, auch darauf ist der Minister eingegangen. Ich habe das nicht im Detail vorliegen, aber ich kann mich erinnern, das ist noch gar nicht so lange her, da haben wir beim Waschbären und auch beim Marderhund einstellige Streckenzahlen in Mecklenburg-Vorpommern gehabt. Wenn man sich das heute anguckt – das sind Tausende von Tieren, die inzwischen hier in Mecklenburg-Vorpommern erlegt werden –, dann kann man sich natürlich auch vorstellen, wie die Gesamtpopulation aussieht.

Ein Satz ist heute nicht gefallen: Wenn man sich diese Raubsäuger anguckt, reden wir über Neozoen, aber es gibt natürlich einheimische Raubsäuger, die den Tieren, also den Vögeln und anderem Niederwild auch noch nachstellen. Ob das der Dachs ist oder der Fuchs – das kommt als zusätzliche Belastung noch obendrauf.

Im Ergebnis kann man sagen, sinnvoll ist eine Reduktion dieser genannten Neozoen in jedem Falle. Man muss gucken, ob man Möglichkeiten etablieren kann, das auch wirksam zu machen. Und wenn das im Ergebnis des Antrages dabei rauskommt, dann haben wir ein bisschen was gekonnt. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD
und Marc Reinhardt, CDU)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Für die Fraktion BMV hat jetzt das Wort der Abgeordnete Borschke.

Ralf Borschke, BMV: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Sehr geehrtes Präsidium! Der Deutsche Jagdverband fordert bereits seit einiger Zeit angesichts einer rasanten Ausbreitung und zum Schutz der heimischen Artenvielfalt eine flächendeckende Bejagung der im Antrag genannten Tierarten. Deshalb wird unsere Fraktion dem Antrag zustimmen.

Schauen wir uns mal die Ausbreitung der drei genannten Arten an. Wenn wir genauer ins Detail gehen, erkennt man, dass die Ausbreitung des Waschbären besonders auffällig ist. Er ist inzwischen in 43 Prozent der Reviere vorhanden, 19 Prozentpunkte mehr als bei der ersten Erfassung im Jahre 2006. Vor allem in Brandenburg, Hessen, Sachsen-Anhalt, Thüringen und Mecklenburg-Vorpommern taucht der Waschbär auf. Dort haben Jäger den Waschbären 2016 in 74 Prozent der Reviere nachgewiesen. Im Jahre 2006 haben wir in nur 42 Prozent ein Vorkommen gemeldet.

Der Mink ist als Fleischfresser an den Lebensraum Wasser gebunden. Das Hauptausbreitungsgebiet erstreckt sich von Sachsen-Anhalt über Brandenburg bis Mecklenburg-Vorpommern. Dort kommt er in 24 Prozent der Reviere vor, das sind 10 Prozentpunkte mehr als 2006. Am häufigsten haben Jäger den Marderhund in Mecklenburg-Vorpommern angetroffen, in 92 Prozent der Reviere, gefolgt von Brandenburg mit 84 Prozent. In Sachsen-Anhalt hat sich der Marderhund zwar nur in 64 Prozent der Reviere gezeigt, der Zuwachs war aber mit 29 Prozentpunkten am größten.

Aber kommen wir mal zu den Problemen, meine Damen und Herren: als Erstes der Marderhund. Ich zitiere mal Uwe Danger, er ist Geschäftsführer der Kreisjägerschaft in Schleswig-Holstein und sagt: „Die Tiere sind stark von Milben, Zecken und anderen Parasiten befallen. Sie können Tollwut oder den Fuchsbandwurm übertragen.“

Der Wurm kann beim Menschen zur Echinokokkose führen, einer lebensbedrohlichen Erkrankung. Gründe genug, weshalb der erfahrene Jäger ... davor warnt, einem Marderhund zu nahe zu kommen.“ Ich zitiere weiter: „Das ist eine Katastrophe für viele unserer heimischen Tierarten“, sagt Uwe Danger.“ Er sagt auch: „Bei Vogelarten wie dem Schilfrohrsänger, Kiebitz und der Rohrdommel beispielsweise haben wir bereits einen starken Artenrückgang festgestellt. Das ist in jedem Fall mit der Ausbreitung des Marderhundes in Zusammenhang zu sehen.“ Zitatende. Also mal nicht Glyphosat und die Bauern, sondern der Marderhund, der hier zugeschlagen hat.

(Marc Reinhardt, CDU: Und die Drossel!)

Die sogenannten Bodenbrüter und deren Gelege sind besonders gefährdet. Aber auch Hase, Fasan und Rebhuhn werden schnell Opfer des Fleisch- und Pflanzenfressers. Der Marderhund will morgens, mittags und abends essen, da kommt einiges zusammen.

Nun der Waschbär: Es ist sicher nicht mehr niedlich, wenn ein Waschbär den schicken Rasen vor Ihrem Haus regelrecht aufrüllt, um an Engerlinge und Regenwürmer zu kommen. Wirklich große ökonomische Schäden entstehen, wenn sich Waschbären den Dachboden eines Hauses als Wurfplatz aussuchen. In acht bis zehn Wochen ist dann so ziemlich alles zerstört.

Kommen wir zum Mink: Viele Teiche unterliegen der EU-Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie, der EU-Vogelschutzrichtlinie oder sind Naturschutzgebiete. Zum Leidwesen der Fischer bedingt dies auch den Schutz einiger Tierarten, die verheerende Schäden in der Teichwirtschaft verursachen und dadurch die wirtschaftliche Grundlage der Fischereibetriebe bedrohen, Stichwort „Kormoran“. Und nun kommt auch noch der nordamerikanische Nerz, also der Mink, dazu.

Aber ich möchte an dieser Stelle auch noch auf eine Tierart hinweisen, die haben wir noch vergessen.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Ach?!)

Wir möchten auch auf das Grauhörnchen, das aus Amerika stammt, hinweisen.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Ah! Na siehst du!)

Das Grauhörnchen breitet sich auf Kosten unserer einheimischen Eichhörnchen aus,

(Andreas Butzki, SPD: Darauf haben wir schon gewartet.)

was wir in Großbritannien sehen können. Heute kommen Eichhörnchen in Großbritannien nur noch in isolierten Restbeständen vor. In Deutschland ist das Grauhörnchen zwar noch nicht akut, aber vorbeugen ist bekanntlich besser als heilen. Ein Großteil der Bevölkerung in Großbritannien kennt das europäische Eichhörnchen nicht mehr, nur noch das Grauhörnchen. Die Grauhörnchen im Garten sind ihnen so vertraut, dass sie es nicht mehr missen möchten und dementsprechend wenig Verständnis für ihre Bekämpfung aufbringen. Das ist eine große Gefahr.

Hat der Mensch sich erst an etwas gewöhnt, ist es schwer, dagegen vorzugehen. Deshalb müssen wir bei

der Bekämpfung vom Marderhund und dergleichen eine Akzeptanz für die Bekämpfung in der Bevölkerung schaffen. Hierzu müssen Wege und Mittel akquiriert werden. Keinesfalls dürfen wir es bei diesen Tieren zu Verhältnissen wie bei Biber, Kormoran, Wolf und Co kommen lassen. – Vielen Dank.

(Simone Oldenburg, DIE LINKE: Herr Wildt, klatschen! Er ist fertig. – Heiterkeit und Beifall vonseiten der Fraktionen der AfD und BMV)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Danke, Herr Abgeordneter.

Jetzt hat das Wort für die Fraktion der CDU der Abgeordnete Kliewe.

Holger Kliewe, CDU: Meine sehr verehrte Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Werte Gäste! Als letzter Redner kann ich jetzt natürlich sagen, ich freue mich, dass wir hier fraktionsübergreifend zu diesem Thema fast einen einheitlichen Konsens haben. Deswegen werde ich im Interesse der fortgeschrittenen Zeit meine 27-seitige Rede hier nicht vortragen,

(Zurufe vonseiten der Fraktionen der CDU und AfD: Ooh! – Jochen Schulte, SPD: Da kommt es jetzt auch nicht mehr drauf an.)

sondern auch wir als CDU-Fraktion bitten Sie darum, diesem Antrag zuzustimmen. Wir werden es tun. – Danke schön für die Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der CDU, AfD, DIE LINKE, BMV und Thomas Schwarz, SPD)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktionen der CDU und SPD auf Drucksache 7/1333. Wer dem Antrag zustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um ein Handzeichen. – Danke schön. Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Das ist nicht der Fall, damit ist der Antrag der Fraktionen der CDU und SPD auf Drucksache 7/1333 bei Zustimmung der Fraktionen von SPD, CDU, AfD, DIE LINKE, BMV und des fraktionslosen Abgeordneten sowie einer Gegenstimme aus der Fraktion der AfD angenommen.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 27:** Antwort der Landesregierung auf die Kleine Anfrage des Abgeordneten Jörg Kröger, Fraktion der AfD, gemäß Paragraf 64 Absatz 3 Geschäftsordnung des Landtages – Notsicherungsfonds für Gutshäuser, auf Drucksache 7/1277.

Antwort der Landesregierung auf die Kleine Anfrage des Abgeordneten Jörg Kröger, Fraktion der AfD, gemäß § 64 Absatz 3 GO LT Notsicherungsfonds für Gutshäuser – Drucksache 7/1277 –

Die Antwort der Landesregierung lag bereits am 29. Dezember 2017 noch vor dem Antragsannahmeschluss für die Januarlandtagssitzung vor.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Aha!)

Ich bitte die Ministerin für Bildung, Wissenschaft und Kultur ans Rednerpult. Mit dem Fragesteller ist vereinbart worden, auf die Verlesung der Antworten der Landesregierung zu verzichten. Der Abgeordnete hat nunmehr die Möglichkeit, Nachfragen zu stellen.

Ich möchte den Abgeordneten darauf hinweisen, dass die Nachfragen sich auf die Antworten der Regierung zu beziehen haben.

Jörg Kröger, AfD: Vielen Dank, Frau Präsidentin! Sehr geehrte Frau Ministerin! Meine erste Frage lautet: Wann ist die in der Koalitionsvereinbarung der Regierungsparteien unter Punkt 271 angekündigte Überarbeitung des Denkmalschutzgesetzes zu erwarten?

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Bitte schön, Frau Ministerin.

Ministerin Birgit Hesse: Sie haben ja korrekt die Ziffer 270 im Koa-Vertrag zitiert, sehr geehrter Herr Abgeordneter. Insofern ist es auch so, dass wir beabsichtigen, die Umsetzung im Rahmen der Legislatur vorzunehmen. Wir haben derzeit noch keinen genauen Zeitplan, aber wir gehen davon aus, dass die Erste Lesung des Gesetzentwurfs im ersten Halbjahr 2019 erfolgen wird.

Jörg Kröger, AfD: Vielen Dank.

Auf die Kleine Anfrage zum Herrenhaus Löwitz zitierte die Landesregierung den zuständigen Landkreis Nordwestmecklenburg, es stünden keine Finanzmittel zur Erhaltung des Gutshauses zur Verfügung, Drucksache 7/1020. Meine zweite Frage: Trifft es zu, dass die untere Denkmalschutzbehörde nicht über ausreichende Mittel für die Ersatzvornahme zum Erhalt denkmalgeschützter Bauwerke verfügt?

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Bitte, Frau Ministerin.

Ministerin Birgit Hesse: Sehr geehrter Herr Abgeordneter, als ehemalige Landrätin kann ich Ihnen antworten, dass diese Aufgabe in den Wirkungskreis der Landkreise fällt. Insofern sind diese auch zuständig für die Einkreisung der entsprechenden Mittel für die Ersatzvornahme. Diese Übersicht liegt uns nicht vor.

Jörg Kröger, AfD: Danke.

Dazu habe ich dann direkt noch eine Nachfrage, wenn Sie gestatten.

Ministerin Birgit Hesse: Bitte.

Jörg Kröger, AfD: Vielen Dank.

Frau Ministerin, Sie waren, wie Sie schon sagten, Landrätin im Landkreis Nordwestmecklenburg, so waren Sie selbst Verwaltungschefin der unteren Denkmalschutzbehörde. Wie kann es sein, dass eine Behörde, wie im Fall Löwitz, ein Zwangsgeld verhängt und dies nicht beigefügt werden kann?

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Frau Ministerin.

Ministerin Birgit Hesse: Sehr geehrter Herr Abgeordneter, da ich diesen konkreten Fall nicht vor Augen habe, kann ich Ihnen darauf auch keine Antwort geben.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Sehr gut!)

Jörg Kröger, AfD: Danke.

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Damit ist die Frage beendet und ich schließe den Tagesordnungspunkt 27.

Wir kommen zum **Tagesordnungspunkt 28**, den ich hiermit aufrufe: Beratung des Antrages der Fraktion der AfD – Gutshäuser erhalten – Denkmalschutz konsequent umsetzen, auf Drucksache 7/1579.

**Antrag der Fraktion der AfD
Gutshäuser erhalten –
Denkmalschutz konsequent umsetzen
– Drucksache 7/1579 –**

Das Wort zur Begründung hat der Abgeordnete Herr Kröger für die Fraktion der AfD.

Jörg Kröger, AfD: Vielen Dank, sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Abgeordnete! Leiwie Mäkelböcker un Vorpommern! Die Europäische Kommission hat das Jahr 2018 als Europäisches Kulturerbejahr deklariert. Damit will sie auf die vielfältige erhaltenswerte Kultur unserer Geschichte im europäischen Raum aufmerksam machen.

Auch in unserem Land zwischen Elbe und Oder stoßen wir allerorten auf Relikte einer vergangenen Zeit, sei es in den prächtigen Handelsstädten oder den Residenzstädten oder eben auch im ländlichen Raum, der durch seine Gutshäuser geprägt wurde. Die Vernichtung weiter Teile des europäischen Kulturerbes während des Zweiten Weltkrieges führte im Jahr 1954 zur Verabschiedung der Haager Konvention zum Schutz von Kulturgut, bei bewaffneten Konflikten allerdings. Aus der Präambel dieser Konvention möchte ich trotzdem gern zitieren mit Ihrer Erlaubnis, weil es so schön passt: „Jede Schädigung von Kulturgut, gleichgültig welchem Volke es gehört, bedeutet eine Schädigung des kulturellen Erbes der ganzen Menschheit, weil jedes Volk seinen Beitrag zur Kultur der Welt leistet.“ Zitatende.

Nun sind wir in Europa glücklicherweise weit entfernt davon, dass unser Kulturgut durch einen kriegerischen Konflikt in Gefahr geraten könnte. Nein, meine Damen und Herren, hier im Lande ist es Gleichgültigkeit, die den Schaden anrichtet. Mecklenburg-Vorpommern war einst das Land der großen Gutsanlagen. Es war Bestandteil eines deutschen Kulturraumes von der dänischen Grenze bis hoch zum Baltikum. Hierzulande existierten einst 2.700 dieser Guts- und Herrenhäuser inklusive ihrer Wirtschaftshöfe. Die Wirren der Zeit haben rund 2.000 dieser historisch bedeutenden Bauten überstanden. Ihre Baustile reichen von der Renaissance bis in den Jugendstil und stellen eindrucksvolle Beispiele der Baukunst der jeweiligen Epoche dar.

Die Enteignung und Vertreibung der Gutsherren durch die Bolschewisten und das SED-Regime haben dieser Epoche ein jähes Ende bereitet und doch haben die meisten Bauten diese knapp 40 Jahre Sozialismus trotzig überstanden. Vielfach fanden sie nach der Wende engagierte Menschen und auch Investoren, die den Häusern eine neue Aufgabe gaben, denn durch die Bodenreform wurden die Gutsanlagen von dem dazugehörigen Ackerland getrennt und somit quasi ihrer originären Existenzgrundlage beraubt.

Knapp drei Jahrzehnte nach der Wende steht es um viele dieser wertvollen Bauten jedoch schlecht. Es betrifft jene, die für Spottpreise in meist gutem Zustand an Spekulanten verkauft wurden, die entweder die Sanierung nicht bewältigen konnten oder schlichtweg nicht wollten. Und so trat nach und nach Verfall begünstigt durch Vandalismus und Witterung ein. Die Natur erobert sich nicht nur das Bauwerk zurück, sondern erobert sich auch mit ihrem Wildwuchs gerade die Parks, die, oft von namhaften Gartenarchitekten ihrer Zeit angelegt, das Gesamtensemble komplettierten.

Meine Damen und Herren, die genaue Zahl der gefährdeten Objekte ist nicht einmal bekannt, aber es sollen geschätzt 200 bis 300 dieser Häuser vom Verfall akut bedroht sein. Für einige ist es bereits fünf nach zwölf, sie scheinen unrettbar verloren, aber viele Bauwerke können vor ihrem endgültigen Abgang bewahrt werden, sofern man denn möchte.

Wir haben im Sommer 2017 bereits die Einrichtung eines Notsicherungsfonds gefordert, der die Sicherung dieser bedrohten Bauten ermöglichen soll. Es geht nach wie vor darum, Zeit zu gewinnen, Wasser von den Häusern fernzuhalten und dem Vandalismus Einhalt zu gebieten. Unser Anliegen fand kein Gehör. Die CDU versprach, sich des Themas anzunehmen. Die SPD sah, vertreten durch die Ministerin, keinen akuten Handlungsbedarf, und somit stehen wir heute erneut mit unserem Anliegen, unser aller Kulturgut vor dem weiteren Verfall zu bewahren.

Unterstützen Sie uns dabei, denn mit jedem Winter, mit jedem Sturm schreitet die stille Vernichtung des kulturellen Erbes weiter voran, eines Kulturerbes, das in seiner Einzigartigkeit in Fachkreisen durchaus im Range eines anerkanntswerten Weltkulturerbes gehandelt wird, und eines Kulturerbes, das auch – ich möchte an einen anderen Tagesordnungspunkt heute anknüpfen – von touristischer Anziehungskraft ist! Es ist also höchste Zeit, meine Damen und Herren, und ich bitte Sie darum, unserem Antrag zuzustimmen. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Im Ältestenrat ist vereinbart worden, eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 120 Minuten vorzusehen. Ich sehe und höre dazu keinen Widerspruch, dann verfahren wir so. Ich eröffne die Aussprache.

Zunächst hat ums Wort gebeten die Ministerin für Bildung, Wissenschaft und Kultur. Frau Hesse, Sie haben das Wort.

Ministerin Birgit Hesse: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete!

Der Denkmalschutz hat es Ihnen offenbar angetan, werte Abgeordnete der AfD. Das freut mich, schließlich,

(Zurufe vonseiten der Fraktion
der CDU: Uns auch!)

schließlich ist Mecklenburg-Vorpommern reich an erhaltenswerten Kulturgütern, die unsere Landschaft prägen und zu denen auch die von Ihnen immer wieder hervorgehobenen Gutshäuser gehören.

(Beifall Jens-Holger Schneider, AfD)

Sie als weltweit einzigartiges Kulturerbe darzustellen, ist allerdings aus meiner Sicht etwas zu weit gegriffen.

Lassen Sie mich zuerst ein wenig Ordnung in Ihren Antrag und in die von Ihnen transportierten Zahlen bringen!

(Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

Ehemals gab es in Mecklenburg-Vorpommern um 2.700 Guts- und Herrenhausanlagen, davon sind etwa 2.000 erhalten, von denen wiederum aber rund 1.000 unter Denkmalschutz stehen. Von diesen 1.000 sind 50 akut vom Einsturz bedroht, weitere 80 sehen wir als gefährdet.

Etwa 17 Prozent der denkmalgeschützten Gutshäuser stehen leer. Dieser Leerstand gefährdet in der Tat die Bausubstanz, in einigen Fällen so stark, dass wir davon ausgehen, etwa 6 Prozent der Häuser nicht mehr als Baudenkmal im Bestand halten zu können. So viel zur Ausgangslage.

Sie schreiben selbst, die allermeisten der unter Denkmalschutz stehenden Gebäude konnten seit der Wiedervereinigung aufwendig saniert werden, und diese riesige Leistung möchte ich hier noch einmal betont wissen. Eigentümer, Fördermittelgeber der öffentlichen Hand und zahlreiche Stiftungen haben sie in einer gemeinschaftlichen Kraftanstrengung vollbracht.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU)

Das, was Sie hier suggerieren, dass alle unsere Guts- und Herrenhäuser vor dem Verfall sind,

(Zuruf von Marc Reinhardt, CDU)

das merken Sie schon an meiner Darstellung, ist nicht der Fall, denn es ist tatsächlich so, dass es eine tolle Leistung gerade hier in Mecklenburg-Vorpommern gewesen ist, diese Guts- und Herrenhäuser zu erhalten, und das ist deswegen auch ein Alleinstellungsmerkmal von Mecklenburg-Vorpommern.

(Zuruf von Patrick Dahlemann, SPD)

Ich möchte auch noch einmal betonen, dass das kein Selbstgänger war, denn es gibt engagierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der zuständigen Behörden, die zu diesem Gelingen beigetragen haben, indem sie einzelne Schritte aufwendig begleitet haben, Kontakte hergestellt haben zu möglichen Fördermittelgebern und Stiftern und das auch weiterhin tun.

Mit Blick auf Ihre Forderung gebe ich gern den Hinweis – ich habe es eben schon gesagt –, auch auf die kommunale Selbstverwaltung, über die finanzielle, personelle Ausstattung ihrer Behörden entscheiden die Kreise und kreisfreien Städte selbst. Die Landesregierung ist an dieser Stelle der falsche Adressat. Der Blick ins Denkmalschutzgesetz offenbart darüber hinaus, dass gemäß Paragraph 6 die Eigentümer, Besitzer und Unterhaltungspflichtigen von Denkmälern dafür zuständig sind, diese im Rahmen des Zumutbaren denkmalgerecht instand zu setzen, zu erhalten und pfleglich zu behandeln.

Paragraf 20 können Sie entnehmen, dass für die im Antrag genannten Ersatzmaßnahmen ebenfalls die Landkreise und kreisfreien Städte als untere Denkmalschutzbe-

hörde zuständig sind. Diese kommen ihren Aufgaben nach, zu prüfen, welche Schritte erforderlich sind, um Denkmale zu schützen, zu erhalten und Gefahren von ihnen abzuwenden.

Bei aller von Ihnen überflüssigerweise geforderten Konsequenz gilt es zwei Dinge zu beachten – zum einen mit dem Blick auf den Eigentümer oder sonstigen Unterhaltungspflichtigen die gesetzliche Einschränkung der Zumutbarkeit, zum anderen mit Blick auf eine Kostenübernahme durch die öffentliche Hand die Pflicht zur Wirtschaftlichkeit beziehungsweise Nachhaltigkeit, sprich: Konsequenter Denkmalschutz ist nicht barrierefrei. Einigen Eigentümern fehlt der Wille, das Objekt zu erhalten. Für einige Häuser gibt es keine Nutzungsperspektive. Manche Besitzer wollen nicht verkaufen, andere finden keinen Käufer oder für die ersatzweise Kostenübernahme mit öffentlichen Geldern fehlen die haushaltsrechtlichen Voraussetzungen.

Meine Damen und Herren, diese Hürden quittieren Land und Kommunen keineswegs achselzuckend. So nehmen sich die vier regionalen Planungsverbände der Guts- und Herrenhäuser bereits in verschiedener Hinsicht an. Die Planungsverbände Westmecklenburg und Mecklenburgische Seenplatte etwa setzen sich anlässlich der Teilfortschreibung der Kapitel Energie in dem Regionalen Raumentwicklungsprogramm mit den Landesschlössern und Weltkulturerbestätten beziehungsweise der Kulturlandschaft mit ihrem dichten Aneinanderreihen von Kulturparks auseinander. Der Planungsverband Vorpommern hat unterdessen sämtliche Guts- und Parkanlagen erfasst, einschließlich einer ersten Differenzierung in sanierte, teilsanierte und unsanierte Anlagen. Die Planungsverbände unterstützen dabei die Arbeit der unteren Denkmalschutzbehörde.

Mit Blick auf Ihre Katalogisierungsforderung kommt hinzu, dass auch die Mitarbeiter der unteren Denkmalschutzbehörde durchaus eine gute Übersicht über den Zustand ihrer Schützlinge haben. Wir als Land setzen unter anderem auf positive Beispiele und eine gute Öffentlichkeitsarbeit. Mecklenburg-Vorpommern beteiligt sich beispielsweise an einem deutsch-polnischen Projekt, in dem mehrere Bundesländer und Woiwodschaften eine Expertengruppe gebildet haben. Hier werden Objekte unterschiedlicher Erhaltungs-, Sanierungs- und Nutzungszustände exemplarisch vorgestellt und es entsteht eine Plattform innovativer Lösungen und Projekte. Im ersten Ergebnis dieser Arbeit ist eine Wanderausstellung entstanden, die auf der Leipziger Denkmalmesse 2016 mit einer Goldmedaille ausgezeichnet wurde.

Auch unsere Fachhochschulen widmen sich dem Denkmalschutz. In Neubrandenburg gibt es einen Forschungsschwerpunkt zur Gartendenkmalpflege. An der Fachhochschule Wismar beschäftigen sich Studenten und Wissenschaftler mit Mustersanierungen für Guts- und Herrenhäuser.

Zuletzt noch zu Ihrer wohlklingenden Idee, den unteren Denkmalschutzbehörden unbürokratisch Zugriff auf Fördermittel zu ermöglichen. Das halte ich für absolut kontraproduktiv, denn wenn wir aus diesem Topf die Mittel für Ersatzfonds schöpfen, bleibt weniger Geld für die überwiegende Mehrheit der Denkmaleigentümer, die ihren Pflichten mit großem eigenen Aufwand nachkommen. Hinzu kommen die gesetzlichen Hürden, von denen ich bereits sprach. Sie können aber sicher sein, dass das

Landesamt für Kultur und Denkmalpflege sich in seiner alltäglichen Arbeit darum kümmert, aufgeschlossenen Eigentümern aufzuzeigen, wie eine schrittweise Sanierung möglich ist, und sie so zu einem Handeln zu bewegen. Parallel unterstützt das Amt auch Kaufinteressen.

Ich komme zum Schluss: Ich muss ganz ehrlich sagen, wenn Sie meine Rede gehört haben, müssen Sie doch offensichtlich zu der Erkenntnis kommen, dass Ihr Antrag viel zu kurz gegriffen ist, wir im Bereich Denkmalschutz gut aufgestellt sind, vieles auch machen und vor allen Dingen viele engagierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sich darum kümmern. Das zu reduzieren auf Ihren Antrag, wäre mir zu wenig. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Für die Fraktion DIE LINKE hat jetzt das Wort der Abgeordnete Herr Torsten Koplín.

(Torsten Renz, CDU: Dann wird es kurz. –
Andreas Butzki, SPD: Das glaub ich auch.)

Torsten Koplín, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Die Rede hätte meine Kollegin, unsere Kulturpolitikerin Eva Kröger gern gehalten. Ich habe das übernommen, weil sie einen unabwendbaren Termin wahrnehmen muss, und habe auch eine Rede vorbereitet bekommen.

(Zuruf von Sebastian Ehlers, CDU)

Ich möchte aber zunächst auf die Einbringungsrede eingehen, die mich doch ein Stückchen weit verwundert hat: Sie haben zu Recht auf die Haager Konvention verwiesen, diese zitiert und gesagt, das passt so schön. Ich finde, es ist in der Tat passend, darauf hinzuweisen, dass die Kulturdenkmäler – insbesondere ebenso gelistet sind auch die Guts- und Herrenhäuser –, die Schlösser zum kulturellen Erbe der Menschheit gehören. Die Haager Konvention stellt insbesondere darauf ab, dass durch militärische Gewalt eben dieses kulturelle Erbe zerstört werden kann oder zerstört wurde und zerstört wird, wenn man bedenkt, wie viele kriegerische Handlungen es weltweit gibt.

Nun schlage ich mal den Bogen zu unserer gestrigen Diskussion in der Aktuellen Stunde. Wenn ich es recht in Erinnerung habe, hatten Sie kein Problem damit, dass Rüstungsgüter in Kriegs- und Krisengebiete kommen.

(Peter Ritter, DIE LINKE: So ist es.)

Wenn Sie damit kein Problem hatten, aber heute zitieren Sie die Haager Konvention, dass Rüstungsgüter angewandt kulturelles Erbe zerstören, dann ist es ein Widerspruch in sich. Da verstehe ich Ihre politische Position nicht ganz, muss ich Ihnen ehrlich sagen.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE –
Zuruf von Horst Förster, AfD)

Nein, nein, das ist der Zusammenhang, das ist der Zusammenhang. Wenn ich das zitiere

(Zuruf von Horst Förster, AfD)

und zu Recht zitiere, dann müsste ich eigentlich am gestrigen Tag eine andere Haltung an den Tag gelegt haben.

(Horst Förster, AfD: Das sind
doch zwei Paar Schuhe!)

Nein, Herr Förster, das sind nur zwei Paar Schuhe, wenn ich mir die Welt separiere in Sachverhalte. Aber die Welt ist sozusagen weg, es gibt wechselseitige Wirkungen.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Er hat ja auch
nie an NPD-Demos teilgenommen.)

Das muss ich Ihnen doch nicht erklären, Sie sind ein sehr intelligenter Mann, dass das eine mit dem anderen durchaus zusammenhängt.

Wir möchten Ihrem Antrag nicht zustimmen aus mehreren Gründen, nicht, weil wir da kein Problem sehen. Sie können, wenn Sie die Parlamentsdatenbank aufschlagen, auch sehen, wie oft und an welchen Stellen wir uns starkgemacht haben, damals noch als PDS oder dann als DIE LINKE, für den Erhalt des kulturellen Erbes und insbesondere der Schlösser, der Guts- und Herrenhäuser. Die Zahlen sind hier genannt worden, was darauf hinweist, dass allein die Aussage in Ihrem Antrag nicht stimmt, wir hätten keinen Überblick über die Situation, es müsste erst mal katalogisiert werden. Also in den Kreisen und in den Regionalverbänden, den regionalen Planungsverbänden sind die Angaben vorrätig, und darüber hinaus gibt es sehr lesenswerte Literatur.

Dr. Wolf Karge aus Schwerin hat mehrfach publiziert zum Thema „Guts- und Herrenhäuser in diesem Land“, hat sie aufgelistet, hat den Bestand beschrieben, die Historie beschrieben und auch die Nutzung, wo es denn eine Nutzung gibt. Also diesen Erkenntnisbedarf haben wir nicht. Wo wir in der Tat Handlungsbedarf haben, ist, den Schutz zu organisieren. Da ist von Zuständigkeiten die Rede gewesen. Wir LINKEN sehen die Zuständigkeit aber nicht allein auf der kommunalen Ebene,

(Andreas Butzki, SPD: Wohl wahr.)

Frau Ministerin, da unterscheiden wir uns schon. Da haben wir eine gemeinschaftliche Verantwortung, und Sie haben ja darauf hingewiesen, dass es in den Haushaltsberatungen nicht auskömmlich finanziert wurde. Nun sagen aber unsere Kolleginnen und Kollegen, die im Bildungsausschuss den Bildungsetat vor einigen Wochen verhandelt haben, dass gerade Sie es waren, die Änderungsanträge gestellt haben, die unter dem Strich im Saldo in diesem Bereich Kultur und Bildung mit weniger Mitteln auskommen sollten. Also Sie haben Anträge gestellt, die darauf hinauslaufen, dass gerade dieser Bereich geschwächt wird. Auch das passt nicht zu dem Anliegen, das Sie hier vortragen.

Das finde ich schade, weil wir in der Tat ein großes kulturelles Erbe haben, nicht nur die über 2.000 Guts- und Herrenhäuser, sondern insgesamt haben wir über 24.000 Baudenkmäler im Land. Und wenn wir darangehen, müssen wir großflächiger denken.

An der Stelle ist zunächst einmal ein konzeptionelles Herangehen gefordert. Wir LINKEN bereiten jetzt etwas vor, das darf ich schon mal ankündigen. In Kürze werden wir hierzu einen Antrag vorlegen, der die ganzheitliche Sicht aufmacht, denn es geht auch um Parkanlagen, es

geht auch um alte historische Wege, die mittlerweile durch landwirtschaftliche Nutzung, durch Wegebau und so weiter nicht mehr erkenntlich sind. Alte Karten geben dies aber her. Diese Wege, Wege übers Land, wenn man so will, zeichnen auch nach,

(Andreas Butzki, SPD:
Welches Jahrhundert denn?)

wie Menschen sich in vergangenen Jahrhunderten bewegt haben. Es ist sehr wertvoll, sich solcher Sachen bewusst zu werden

(Andreas Butzki, SPD: Na klar
Aber welches Jahrhundert?)

und da, wo es angebracht ist, entsprechend diese kulturellen Schätze auch zu heben. Das gehört dazu, wenn man sich über diese Dinge Gedanken macht, und das wollen wir gern tun, auch mit Ihnen gemeinsam. Diesen Antrag halten wir für zu kurz gesprochen.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit und darf, wie gesagt, ankündigen, dass wir demnächst selbst unsere Überlegungen vorstellen werden.

(Andreas Butzki, SPD:
Aber auch die Finanzierung.)

Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE –
Zuruf von Andreas Butzki, SPD)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Danke, Herr Abgeordneter.

Es hat für die Fraktion der CDU das Wort der Abgeordnete Herr Egbert Liskow.

(Ministerin Birgit Hesse:
Der Herr der Herrenhäuser.)

Egbert Liskow, CDU: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Auch ich habe die Ehre, meine Kollegin Frau von Allwörden zu vertreten, weil sie heute krank ist und als unsere Denkmalsprecherin das gern selbst gemacht hätte. Sie hat Entsprechendes vorbereitet. Da ich auch ein großer Freund und Fan von Guts- und Herrenhäusern, aber auch von Schlossanlagen,

(Torsten Renz, CDU: Insbesondere
von Schlössern in Vorpommern.)

von Denkmalen und Schlössern bin, spreche ich natürlich sehr gern,

(Marc Reinhardt, CDU:
Aber nicht Neustrelitz vergessen!)

und ich muss erst mal sagen, so ein Antrag ist immer wichtig, dass man im Landtag darüber spricht und dieses Thema noch mal aufruft.

(Zuruf von Marc Reinhardt, CDU)

Ich bin der Meinung, wir haben in den letzten 27 Jahren in Mecklenburg-Vorpommern unwahrscheinlich viel für den Denkmalschutz gemacht, auch für die Sanierung von

Schlössern und Herrenhäusern. Man sieht ja bei den Schlössern, wo das Land in Verantwortung steht, da sehr viel passiert in Mecklenburg. In Zukunft werden wir in Vorpommern das Schloss Ludwigsburg machen. Dazu hat sich die Koalition ja schon vereinbart.

Aber es gibt natürlich auch viele Guts- und Herrenhäuser, die leider noch nicht fertig sind. Der Verein der Freunde der Guts- und Herrenhäuser sagt immer wieder kritisch, da muss etwas gemacht werden. Das wissen wir ja auch. Das Problem liegt aber nicht am Land, sondern bei den Eigentümern.

(Dirk Lerche, AfD: Ja, genau.)

Die Eigentümer sind aus meiner Sicht zum Großteil nicht bereit, entsprechende Initiativen zu unternehmen. Deswegen haben wir uns dazu verständigt – das wurde ja von der AfD im Nachhinein auch mal gefordert, was die CDU schon längere Zeit besprochen hat –, dass wir einen Notsicherungsfonds brauchen. Dieser Notsicherungsfonds soll aber so funktionieren, dass, wenn ein Eigentümer seiner Pflicht nicht nachkommt,

(Dirk Lerche, AfD: Richtig!)

wir die Ersatzvornahme machen und sozusagen als Land eintreten und entsprechende Sanierungen an den Stellen in der Notsicherung vornehmen und diese dann in das Grundbuch eintragen, sodass wir den Eigentümer nicht aus der Verantwortung lassen.

(Dirk Lerche, AfD: Das ist auch richtig.)

Später, wenn diese Eigentümer bereit sind, an ihrem Eigentum etwas zu machen, kann natürlich das Land auch noch über entsprechende Denkmalschutzförderung nachdenken und dies unterstützen, wenn es im Interesse des Landes ist und im Interesse des Denkmals. Das ist, glaube ich, wichtig für uns.

Ich kann sagen, dass die CDU daran sehr interessiert ist, aber die Koalition genauso in Gänze, dass wir unsere Kulturgüter für die Zukunft erhalten.

(Vizepräsidentin Beate Schlupp
übernimmt den Vorsitz.)

Wir wissen, dass wir damit auch ein Pfund haben, mit dem wir wuchern können. Und ich habe unserer Ministerin genau zugehört, diese hat eigentlich auch alles das gesagt, was wir hätten sagen können. Wir haben die Geschichte im Blick. Wir wissen, was wir machen müssen. Wir werden uns unserer Verantwortung bewusst stellen und die Guts- und Herrenhäuser, die sozusagen erhaltungswürdig sind, auch erhalten und alles dafür tun, dass es so passiert. – Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit und wünsche uns noch einen schönen Abend.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Das Wort hat jetzt für die Fraktion der BMV der Fraktionsvorsitzende Herr Wildt.

Bernhard Wildt, BMV: Schönen Dank, Frau Präsidentin! Werte Damen und Herren Abgeordnete! Ich möchte mich bei dem Thema auch sehr kurzfassen. Ich denke, der

Antrag spricht schon für sich. Wenn man ihn noch mal in Ruhe durchliest, geht es letzten Endes auch um die konsequente Umsetzung der Gesetzeslage. Daran ist erst mal nichts zu beanstanden. Wer sich noch an die Berichterstattung im NDR erinnert, das war im Mai 2017, so ist es eigentlich genau die Lage, die in dem Antrag wiedergegeben wird.

Frau Ministerin, es ist ja so, dass Sie recht haben, wenn Sie beschreiben, was das Land alles unternimmt und welche Fortschritte wir erzielt haben. Diese Erfolge will Ihnen auch gar keiner nehmen. Aber man muss dann auch ehrlicherweise bei den Fakten bleiben und sagen, trotzdem haben wir ein Problem. Wir haben circa 200 Herrenhäuser, die in einem schlechten Zustand sind, wovon ein kleiner Anteil – Sie haben die Zahlen selbst genannt, 50 beziehungsweise 80 – tatsächlich sogar vom Einsturz bedroht ist.

(Egbert Liskow, CDU: Aber weil die Eigentümer nichts machen. – Zuruf von Andreas Butzki, SPD)

Weil die Eigentümer nichts machen, das ist genau der entscheidende Punkt, Herr Liskow.

Was macht man jetzt mit dieser Ausgangslage, wenn man weiß, dass die Eigentümer seit Jahren nichts machen? Wartet man noch ein Jahr, weil es vielleicht nächstes Jahr besser ist, oder will man noch mal ein Zeichen setzen und etwas härter durchgreifen? Das Land hat ja durchaus Möglichkeiten.

Ich habe gerade die Berichterstattung im NDR erwähnt. Dort sagt auch eine Behördenmitarbeiterin, die nicht genannt werden will,

(Zuruf von Andreas Butzki, SPD)

Sie unterstellt dem Land, die Denkmalschutzbehörden systematisch unterzubesetzen. Und das ist natürlich schon ein harter Vorwurf, der da im Fernsehen geäußert wurde. Es ist tatsächlich so – das ist wahrscheinlich keine Absicht –, dass die unteren Denkmalschutzbehörden so schwach ausgestattet sind, dass sie es nicht schaffen können, die vielen Denkmäler, die wir hier zum Glück im Lande haben, ordnungsgemäß zu betreuen. Deswegen meine ich, Sie dürfen es sich nicht ganz so leichtmachen und sagen,

(Andreas Butzki, SPD:
Aber anonym, so geht das nicht!)

hier gibt es dieses eine oder andere Haar im Antrag, das gibt es sicherlich, sondern es ist schon entscheidend, dass wir ein Stück weiterkommen, und da würde ich mir einfach wünschen, dass dieser Schritt etwas schneller kommt. Deswegen werden wir dem Antrag auch zustimmen. – Danke schön.

(Beifall Christel Weißig, BMV)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Das Wort hat jetzt für die Fraktion der SPD der Abgeordnete Herr Dahlemann.

Patrick Dahlemann, SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst will ich sagen, die Schlösser und Gutshäuser haben für uns in Mecklenburg-Vorpommern eine große Bedeutung. Sie

sind wichtig für unsere regionale Identität. Sie sind für viele von uns vielleicht auch, Herr Liskow – die Ministerin ist ebenfalls darauf eingegangen –, Identifikationsobjekt für Heimat, stehen für das Gefühl, zu Hause zu sein, sind für den einen oder anderen touristisches Highlight, Anziehungspunkt, Ausflugsziel, Romanvorlage und vieles mehr. Aber manchmal ist das Schloss oder das Gutshaus eben auch das Sorgenkind eines Bürgermeisters, einer Gemeindevertretung oder des privaten Eigentümers. Die Schwierigkeit liegt oft genau darin, die Historie dieser stolzen Häuser zu erhalten und gleichzeitig sich dem zu stellen, warum ein solches Haus Schwierigkeiten hat.

Das Gutshaus hat zur Landwirtschaft gehört und ich glaube, kaum ein Bundesland hat so große Schwierigkeiten wie wir mit einem Wechsel der Eigentumsverhältnisse und mit dem Wegbruch, mit den erheblichen Umbrüchen im Bereich der Landwirtschaft, dass wir da mittlerweile eine Trennung erfahren haben.

(Minister Dr. Till Backhaus:
Das war der kardinale Fehler.)

Ich glaube, deswegen müssen wir bei dem Thema – und da ist, glaube ich, der Landwirtschaftsminister bei uns – genau hingucken, welche Kraftanstrengung wir leisten können.

Aber, lieber Kollege Liskow, Sie sind darauf eingegangen, wir müssen denen, die sich dieser Verantwortung stellen, im privaten Eigentum tatsächlich jeden Taler zu investieren, Respekt und Anerkennung aussprechen und gucken, wo wir sie aus Landesmitteln unterstützen können. Die Ministerin ist sehr ausführlich auf die Ablehnungsgründe eingegangen, das will ich gar nicht weiter vertiefen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen der AfD-Fraktion, Ihr schönes Drohnenvideo haben wir uns natürlich angeschaut. Ich finde es ein bisschen mecklenburglastig. Da müssen wir mal gucken, ob Sie nicht in Vorpommern demnächst mal unterwegs sind und sich das eine oder andere Schloss und Gutshaus angucken. Aber auch insgesamt ist der Tenor sehr einseitig, der Tenor des Videos, der Tenor des Antrages.

Die Ministerin ist auf die Leistungen des Regionalen Planungsverbandes eingegangen, den Sie explizit in Ihrem Antrag erwähnen. Ich kann Ihnen sagen, einer meiner ersten Termine als Staatssekretär war eine Gesprächsrunde mit dem Regionalen Planungsverband Vorpommern, der sich wirklich sehr intensiv mit dieser Lage befasst hat und vielleicht auch für die anderen Planungsverbände bei uns im Land eine gewisse Vorreiterfunktion eingenommen hat. Dem schloss sich ein Projekt gemeinsam mit dem Tourismusverband Vorpommern an, wo man geschaut hat, wie man die tatsächlich schon sanierten Schlösser und Gutshäuser stärker und besser vermarkten kann.

Aber zu einer Betrachtung gehört auch, dass man sagen muss, wir haben enorm viel in dem Bereich geschafft. Ich nenne das Stichwort „Schloss Ludwigsburg“, Herr Kollege Liskow ist darauf eingegangen, wo wir, glaube ich, alle sehr eng beieinanderstehen müssen und hoffen, dass auch die Koalitionsverhandlungen ein solches Ergebnis rausbringen, bei dem wir wissen, wer künftig die Ansprechpartner dafür im Bund sind. Ich will auf Wasserschloss Quilow eingehen, wo vor allem der Wirtschafts-

minister mit einer erheblichen Summe reingegangen ist. Ich werde mir in den nächsten Wochen persönlich ein Bild vor Ort machen. Wir haben das Jagdschloss Granitz, wo wir als Land auch in Trägerschaft in Vorpommern in Verantwortung sind. Wir haben Schloss Neetzow, um noch mal ein privates Beispiel zu nennen, wo sich jemand wirklich auf den Weg gemacht hat, dieses stolze Haus zu erneuern. Und wenn man erlebt hat, dass die Gemeinde gerade ihren Wappenbrief vom Innenminister bekommen hat und das stolze Haus auf dem Wappen eine Rolle spielt, dann wissen wir, welche Bedeutung die Schlösser und Gutshäuser für uns haben.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, natürlich gibt es auch das eine oder andere Haus, wo wir durchaus noch etwas zu tun haben. Ich möchte für den nordvorpommerschen Bereich gern Divitz nennen, wo es schwer abzuwägen ist, warum wir in dem einen Haus in große Verantwortung gehen und an anderer Stelle nicht. Aber ich glaube, da sind wir uns einig, das ist für Bund, Land, aber auch unsere Landkreise ein Kraftakt, und deswegen muss immer ein gutes Nutzungskonzept dahinterstehen. Ich glaube, insgesamt haben wir ein Thema, bei dem die Bildungsministerin sehr engagiert mit ihren Mitarbeitern kämpft. Das sind auch die Rückmeldungen, die wir von den Beteiligten bekommen, und deshalb haben wir, glaube ich, ganz gute Mechanismen dazu.

Der Antrag ist uns an dieser Stelle doch zu einseitig und deswegen bin ich in der Ablehnungsbegründung dicht bei Herrn Kollegen Koplín, der sehr sachlich darauf eingegangen ist. Ich will schon gleich sagen, das klingt nach einem spannenden Anfütteln, was von der Fraktion DIE LINKE kommt.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Wir können auch einen gemeinsamen Antrag machen.)

Vielleicht ist das auch etwas, wo man mal darüber nachdenken kann, interfraktionell gemeinsam mit CDU- und SPD-Fraktion sich diesem Thema zu stellen,

(Thomas Krüger, SPD:
Sehr guter Vorschlag.)

um nicht wieder das typische Regierungs-und-Oppositions-Pingpong an dieser Stelle zu erleben.

(Thomas Krüger, SPD:
Sehr guter Vorschlag.)

Schon meldet sich der Parlamentarische Geschäftsführer Weber zu Wort. Der steht an dieser Stelle anscheinend mal wieder ein bisschen am Katzentisch.

Aber, meine sehr geehrten Damen und Herren, zum Schluss ein Werbeblock: Wer Lust hat, mehr über unsere Schlösser und Gutshäuser in Mecklenburg-Vorpommern zu erfahren, dem kann ich die Seite www.gutshaeuser.de nur ans Herz legen. Da kriegen Sie tatsächlich einen sehr breiten Überblick, was bei uns im Land alles geschafft wurde. Und sollte der eine oder andere von Ihnen noch Ideen haben in Sachen Hochzeit, auch dafür gibt es schöne Hinweise, wo man das im Land gut machen kann. Dabei viel Erfolg!

Wir lehnen den Antrag ab. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Das Wort hat jetzt für die Fraktion der AfD der Abgeordnete Herr Kröger.

Jörg Kröger, AfD: Werte Frau Präsidentin! Liebe Kollegen! Leiwe Mäkelbörger un Vorpommern! Wie wir eben festgestellt haben, liegen wir eigentlich alle gar nicht so weit auseinander. Herr Koplín möchte ein ganzheitliches Konzept, aber für ein ganzheitliches Konzept, würde ich sagen, um das umzusetzen, können wir auch nur schrittweise vorgehen. Insofern könnte man das als einen Schritt auf dem richtigen Weg zu einem ganzheitlichen Konzept betrachten.

Was die Ministerin angeht, ist es in der Tat so, dass wir über die jetzt wohl von allen Fraktionen hier im Raum stehende nicht bezweifelte Zahl von 200 Objekten im Lande reden, die akut vom Verfall bedroht sind. Und es geht auch nur darum, genauso wie Sie es gesagt haben, erst mal Ersatzvornahmen machen zu lassen und die unteren Denkmalschutzbehörden dafür personell und materiell auszustatten. Es spricht auch nichts dagegen, das grundbuchmäßig, was hier an Werten ausgegeben wird, eintragen zu lassen und dann im Bedarfsfall wieder zurückzuholen. Also insofern, denke ich mal, sind wir doch alle gar nicht so weit auseinander, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Natürlich ist die AfD eine konservative Partei im klassischen Sinne. Deswegen befasst sich dieser Antrag, den wir hier heute eingebracht haben, auch mit erhaltenswertem materiellem Kulturgut.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Gestern ging es an dieser Stelle auch um einen konservativen Antrag zum Erhalt unserer Sprache als immateriellem Kulturgut, als höchstem Kulturgut, das wir überhaupt haben. Dort verlautbarte man dann in der Diskussion unter anderem auch, dass aus Worten Taten werden.

Deswegen jetzt von mir noch mal ein eindringlicher Appell grundsätzlicher Natur: Für den Zusammenhang von Worten und Taten möchte ich an dieser Stelle über den Umgang mit diesen und eigentlich auch allen anderen Anträgen aus der Fraktion der AfD ein Wort verlieren. Es hat sich in Institutionen und Behörden eine Begrifflichkeit gebildet, mit der Unzulänglichkeiten wie das Abweichen von Regeln umschrieben und begründet werden. Das ist die Floskel von der gängigen Praxis, meine Damen und Herren. Der erste Schritt auf dem Weg zur gängigen Praxis ist immer ein Verstoß gegen den Grundsatz „Wehret den Anfängen!“, und ruckzuck ist man in stillschweigender Übereinkunft im Bereich der gängigen Praxis angekommen. Wenn ich also beim ersten Gutshaus nicht einschreite, ist es bald gängige Praxis, nichts zu unternehmen.

Meine Damen und Herren, ich erspare uns jetzt eine Aufzählung, wo es überall zur gängigen Praxis geworden ist, Regeln, Recht oder Gesetz nicht durchzusetzen. Nur eins noch: Auch dieses Haus kann sich davon nicht freisprechen, die Vorgehensweise der gängigen Praxis zu benutzen, und zwar als Substitut für den Schweriner Weg, denn trotz des offiziellen Nichtbeschreitens des Schweriner Weges ist es immerhin gängige Praxis, Anträge der AfD reflexartig abzulehnen.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD –
Zuruf von Martina Tegtmeier, SPD)

Wir laden Sie jetzt hiermit ein, meine Damen und Herren, die gängige Praxis ad acta zu legen und die aufgezeigten Mängel unseres Antrages gemeinsam zu heilen.

(Andreas Butzki, SPD:
Wir machen doch nicht Ihre Arbeit!)

Meine Damen und Herren, ich bitte also um die Überweisung in die Ausschüsse, damit wir all die guten Ideen, die hier aus den einzelnen Fraktionen geäußert wurden, zusammentragen können und meinerseits zu einem gemeinsamen Antrag zusammenzufassen, denn es waren viele gute Lösungsansätze zu hören. Zur Bekräftigung dieses Anliegens erlaube ich mir auch noch mal einige Namen aufzuzählen, damit Sie hören, wir haben uns gedanklich nicht nur hier, Herr Dahlemann, in der Region fortbewegt, sondern das war dem Wetter und der kurzen Tageszeit für Filmaufnahmen geschuldet.

(Zuruf von Patrick Dahlemann, SPD)

Deswegen fange ich jetzt einfach mal an: Alt Quitzow, Danneborth, Heidelberg, Fincken, Groß Kussewitz, Groß Lunow, Groß Ridsenow, Klein Kiesow, Kleekamp, Langen Brütz, Langenfelde, Lancken, Neparmitz, Nisbill, Flemming, Polkwitz, Ramelow, Tetzitz, Voßhagen, Zarnekow, Zolkendorf, Keez, Neese, Löwitz, Meierstorf, Schönhof, Testorf-Steinfurt, Beckentin, Raguth, Radepohl, Pötenitz, Hindenberg, Dargibell, Reddershof, Mittelhof,

(Christian Brade, SPD:
Das ist aber sehr einfallsreich.)

Vietlütbe, Alt Käbelich, Sarnow und so weiter, meine Damen und Herren.

Noch einmal: Es obliegt uns, heute dafür zu sorgen, dass wir nicht eines allzu fernen Tages uns die Frage anhören müssen: Warum habt ihr dieses Kulturgut nicht besser geschützt? – In diesem Sinne vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD
und Holger Arppe, fraktionslos)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor.

Bevor ich die Aussprache schließe, möchte ich den Antragsteller noch etwas fragen, denn er hat nur die Ausschüsse erwähnt. Herr Kröger, ich vermute jetzt mal, Überweisung federführend in den Bildungsausschuss und mitberatend in den Finanzausschuss?

(Jörg Kröger, AfD: Korrekt!)

Gut. Dann schließe ich jetzt die Aussprache und wir kommen zur Abstimmung.

Im Rahmen der Debatte ist beantragt worden, den Antrag der Fraktion der AfD auf Drucksache 7/1579 zur federführenden Beratung an den Bildungsausschuss und zur Mitberatung an den Finanzausschuss zu überweisen. Wer stimmt für diesen Überweisungsvorschlag? – Wer stimmt dagegen? –

(Horst Förster, AfD: Es geht
hier nicht um die Sache.)

Gibt es Stimmenthaltungen? – Damit ist der Überweisungsvorschlag zum Antrag der Fraktion der AfD auf Drucksache 7/1579 mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, CDU und DIE LINKE, bei Zustimmung der Fraktion der AfD, der BMV und des fraktionslosen Abgeordneten abgelehnt.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion der AfD auf Drucksache 7/1579. Wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Gibt es Stimmenthaltungen? – Damit ist der Antrag der Fraktion der AfD auf Drucksache 7/1579 bei gleichem Stimmverhalten abgelehnt.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 29:** Beratung des Antrages der Fraktion DIE LINKE – Strafvollzug zukunftsfähig aufstellen, Drucksache 7/1584.

**Antrag der Fraktion DIE LINKE
Strafvollzug zukunftsfähig aufstellen
– Drucksache 7/1584 –**

Das Wort zur Begründung hat für die Fraktion DIE LINKE die Abgeordnete Frau Bernhardt.

Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! In einem Bericht der „Ostsee-Zeitung“ vom 24. April 2017 kündigte die Justizministerin Frau Hoffmeister ein neues Strafvollzugskonzept an. Anschließend fragte ich auf dem Wege einer Kleinen Anfrage nach, was es mit diesem Konzept auf sich habe und wann es vorläge. Die Zielrichtung, die das Konzept haben müsste, müsste sich nach den Zielen des Paragraphen 2 des Strafvollzugsgesetzes Mecklenburg-Vorpommern richten, wo es unter „Ziel und Aufgabe des Vollzugs“ heißt: „Der Vollzug dient dem Ziel, die Gefangenen zu befähigen, künftig in sozialer Verantwortung ein Leben ohne Straftaten zu führen. Er hat die Aufgabe, die Allgemeinheit vor weiteren Straftaten zu schützen.“ Zitatende. Das heißt, die Resozialisierung der Strafgefangenen und der Schutz der Allgemeinheit sind die höchste Priorität.

In der Antwort auf Drucksache 7/798 hieß es dann, ich zitiere: „Das Vollzugskonzept soll auch zukünftig einen effizienten Justizvollzug gewährleisten. Hierzu werden die bestehenden Strukturen und Kapazitäten der Justizvollzugsanstalten, insbesondere unter Berücksichtigung der Haftzahlen überprüft. Im Strafvollzug sowie in der Sicherungsverwahrung ist der vergleichsweise hohe Anteil von Gefangenen mit Suchtproblematiken, Persönlichkeitsauffälligkeiten, geringem Bildungsniveau und steigendem Durchschnittsalter erkennbar.“ Zitatende.

Meine Damen und Herren, als ich die Antwort erhielt, las ich nichts von Resozialisierung, nur von Effizienz. Wir meinen, wenn man den Resozialisierungsgedanken auf die oberste Priorität legt, müsste man eine Analyse haben. Nur, wenn es eine Analyse der Ausgangsbasis gibt, kann man daraus abgeleitet Maßnahmen vorsehen, die sich nicht nur nach der Effizienz der Justizvollzugsanstalten richten, sondern wo zuvorderst der Resozialisierungsgedanke der Strafgefangenen steht.

Dass man dann aufgrund der Erkenntnisse schaut, welche personellen, räumlichen oder sachlichen Kapazitäten vorgehalten werden müssen, um den Strafgefangenen mit Suchtproblematiken, Persönlichkeitsauffälligkeiten und dem steigenden Durchschnittsalter gerecht zu werden,

sieht man an den Fragen, die sich zum Beispiel stellen: Sind zukünftig Pflegedienste in Justizvollzugsanstalten notwendig? Wie viele Psychologen oder Sozialpädagogen müssen vorgehalten werden, damit die Gefangenen resozialisiert werden können?

Das alles waren meine Erwartungen. Am 27. November 2017, also insgesamt gut sieben Monate, nachdem uns das Konzept angekündigt wurde, stellte es uns die Justizministerin im Rechtsausschuss vor. Ich fasse es mal im Wesentlichen zusammen: Man hat anhand der 4. Bevölkerungsprognose festgestellt, dass wir künftig unwesentlich weniger Häftlinge haben werden, dass wir für diese zu viele Haftplätze haben und dass deshalb die JVA Neubrandenburg Ende 2018 geschlossen wird.

Meine Damen und Herren, es wird Sie nicht überraschen, dass dieses Konzept meine ursprünglichen Erwartungen nicht erfüllt hat. Effizienz und Häftlingszahlen stehen vor dem Resozialisierungsgedanken. Es gibt jedoch zwei positive Überlegungen an dem Konzept, die ich besonders hervorheben möchte: Zum einen ist das der offene Vollzug für Frauen. Dass es diesen bisher nicht gab, hat meine Fraktion seinerzeit schon im Gesetzgebungsverfahren zum Strafvollzugsgesetz kritisiert. Das Justizministerium bedankt ihn ausdrücklich und das begrüßen wir. Zum Zweiten sollen zukünftig mehr junge Erwachsene in der Jugendanstalt Neustrelitz untergebracht werden. Diesen Punkt hatte ich bereits Anfang Juli letzten Jahres in einer Presseerklärung angeregt und er wurde offenbar auch berücksichtigt.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Siehst du, links wirkt! –
Zuruf von Sebastian Ehlers, CDU)

Auch das ist natürlich gut, da die Problemlagen bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen ähnlich sind und die Jugendanstalt Neustrelitz die entsprechenden Behandlungs- und Therapiemöglichkeiten vorhält.

Ansonsten ist das Konzept aber aus unserer Sicht sehr ernüchternd. Es ist aus unserer Sicht ein Standortkonzept und kein Vollzugskonzept. Lassen Sie mich zur Verdeutlichung auf unseren Antragstext eingehen. Punkt I Ziffer 1 fasst im Grunde genommen den Lösungsvorschlag im Gesetzentwurf der Landesregierung zum Strafvollzugsgesetz aus der letzten Legislatur zusammen. Er ist also vom Landtag schon beschlossen und hat deshalb nur deklaratorischen Charakter. Dass wir ihn trotzdem hier noch mal aufführen, hat den Grund, dass wir dieses Haus daran erinnern wollen. Wir haben nämlich den Eindruck, dass das manchmal vergessen wird.

Resozialisierung im Vollzug setzt voraus, dass die nötigen Mittel und das nötige Personal bereitgestellt werden. Im Gesetzgebungsverfahren zum Strafvollzugsgesetz hat meine Fraktion seinerzeit gefordert, dass der Auftrag des Gesetzes und die festgeschriebenen Aufgaben schon im Gesetzestext personell unteretzt werden müssen, um das Geschriebene nicht zu reinen Worthülsen verkommen zu lassen. Das ist damals leider nicht geschehen. Im September letzten Jahres stellte ich zum Beispiel eine Kleine Anfrage zur Situation der Psychologen im Strafvollzug. Die Landesregierung antwortete mir, dass in diesem Bereich insgesamt vier Stellen nicht besetzt seien, zu dem Zeitpunkt eine bereits seit fast anderthalb Jahren nicht und es seit 2015 insgesamt 28 Bewerbungen auf fünf offene Stellen gegeben hat, aber trotzdem die Stellen nicht besetzt wurden.

Es ist also nicht so, dass man diese Stellen überhaupt nicht hätte besetzen können und vier freie Stellen für Psychologen vor sich hertragen muss. Ich denke auch, dass jeder hier im Saal weiß, wie wichtig Psychologen im Strafvollzug für die Resozialisierung sind, gerade mit Blick auf die zunehmenden Persönlichkeitsauffälligkeiten, die die Landesregierung selber festgestellt hat. Es stellt sich doch die Frage, inwieweit eine umfassende Behandlung der Gefangenen mit dem vorhandenen Bestand an Psychologen überhaupt möglich ist – deshalb diese Erinnerung, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Punkt I Ziffer 2 unseres Antrags gibt eigentlich das wieder, was uns die Regierung in der eingangs erwähnten Kleinen Anfrage mitteilte: Die Klientel wird schwieriger. Wenn das die Regierung schon feststellt, sollte es auch Ihnen, meine sehr geehrten Damen und Herren Kollegen, nicht schwerfallen. Punkt I Ziffer 3 beschreibt noch einmal die Wertung des Strafvollzugskonzeptes der Regierung. Den Inhalt habe ich bereits skizziert und auch, warum wir damit nicht einverstanden sind.

In Punkt II legen wir dar, was für uns in ein Strafvollzugskonzept gehört, das diesen Namen auch verdient. Dazu gehört natürlich, moderne Aspekte des Strafvollzugs bei der Ermittlung der Häftlingsprognosen einfließen zu lassen. Wenn also der Strafvollzug völlig auf die Resozialisierung ausgelegt wird, muss man fragen, ob in gewissen Fällen der Vollzug noch das richtige Mittel zur Erreichung dieses Zwecks ist. Ersatzfreiheitsstrafen sind schon lange umstritten, weil sie ungerecht und rechtsstaatlich äußerst problematisch sind. Was die Sanktionsmöglichkeiten angeht, hat man ja mittlerweile das Fahrverbot zu den Freiheits- und Geldstrafen hinzugefügt. Es muss überlegt werden, welche Möglichkeiten es darüber hinaus gibt. Ebenso muss der Jugendarrest aus unserer Sicht auf den Prüfstand. Es mag sein, dass das grundsätzlich Bundesthemen sind, aber erstens kann man auch hier mit Initiativen tätig werden und zweitens hat bei der Ausgestaltung dessen auch das Land Spielräume.

In Punkt II Ziffer 2 sagen wir, dass die Analyse, die ich bereits erwähnt habe, vorzulegen ist. Erst wenn das alles vorliegt, können wir wirklich sagen, welche personellen, räumlichen oder sächlichen Bedarfe wir haben. Das wäre dann die dritte Forderung, auf die ich bereits eingegangen bin. Last, but not least halten wir es für wichtig, bei den Standortentscheidungen immer die Belange der Bediensteten unter Beteiligung der entsprechenden Berufsverbände einfließen zu lassen.

Das alles sind unsere Forderungen in dem Antrag, werte Kolleginnen und Kollegen. Lassen Sie mich zur ganzen Debatte um den Strafvollzug noch eins sagen: Raus aus dem Gefängnis kommen irgendwann alle Häftlinge, die Frage ist nur, wie wir es wollen, dass sie wieder rauskommen: So, wie sie reingekommen sind, oder bestmöglich resozialisiert? Das ist der Aspekt, unter dem der Strafvollzug betrachtet werden sollte. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Im Ältestenrat ist vereinbart worden, eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 120 Minuten vorzusehen. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Ums Wort gebeten hat die Justizministerin des Landes Frau Hoffmeister.

Ministerin Katy Hoffmeister: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Fraktion DIE LINKE bezieht sich in der Begründung ihres Antrages auf die Vorstellung des Konzepts „Organisation, Justizvollzug 2020“ am 29. November im Rechtsausschuss.

(Dr. Ralph Weber, AfD: In der Tat.)

Nun, meine Damen und Herren von der Fraktion DIE LINKE, sehr geehrte Frau Bernhardt, wenn sich für Sie daraus Fragen ergeben hätten, dann wäre es aus meiner Sicht sehr wünschenswert gewesen, Sie hätten diese im Rechtsausschuss gestellt, anstatt nun hier einen pauschalen Rundumschlag,

(Zuruf von Sebastian Ehlers, CDU)

einen Antrag zu präsentieren, der aus meiner Sicht nur auf Missverständnissen und unzutreffenden Annahmen beruhen kann.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Lassen Sie mich einige Punkte der Reihe nach ansprechen. Bei Ziffer 1 Ihres Feststellungsteils sind wir noch ganz einer Meinung. Dass ein auf Resozialisierung ausgerichteter Strafvollzug die besten Chancen bietet, Wiederholungstaten zu verhindern und somit zur Wahrung des Rechtsfriedens beizutragen, ist allerdings eine nahezu allseits geteilte Erkenntnis, deren Feststellung durch den Landtag aus meiner Sicht entbehrlich ist. Zu den Ziffern 2 und 3 komme ich im Rahmen Ihres Aufforderungsteils.

Meine Damen und Herren, da fordern Sie zunächst ein neues Konzept, in dessen Häftlingsprognosen moderne Aspekte des Strafvollzugs, wie etwa Haftvermeidungsprojekte oder alternative Sanktionsmöglichkeiten, einfließen.

Meine Damen und Herren, an der Haftvermeidung arbeiten wir bereits seit vielen Jahren, und das auch erfolgreich. Hervorheben möchte ich in diesem Zusammenhang, dass es in Mecklenburg-Vorpommern die Möglichkeit gibt, dass Verurteilte, die ihre Geldstrafen nicht bezahlen können, diese im Rahmen von freier gemeinnütziger Arbeit ableisten. Dieses früher unter dem Namen „Schwitzen statt Sitzen“ geführte Projekte hat sich zwischenzeitlich zu einem fest etablierten Bestandteil der Arbeit mit Straffälligen entwickelt. Dabei kann ein Tagesersatz der Geldstrafe durch sechs Stunden Arbeit abgeleistet werden, zum Beispiel in Form von Reparatur- und Aufräumarbeiten, beim Sportverein, bei einer Kirchgemeinde, einem Jugendklub oder in einer Suchtberatungsstelle.

Durch die gemeinnützige Arbeit kann der Täter besser die Verantwortung für seine Taten übernehmen und gleichzeitig einen Teil des entstandenen Schadens gegenüber der Gesellschaft wiedergutmachen. Häufig fehlt es den Verurteilten in der Tat an einer festen Tagesstruktur, an die sie über die gemeinnützige Arbeit wieder herangeführt werden können. Die sozialpädagogisch ausgebildeten Vermittlerinnen und Vermittler können darüber hinaus Hilfestellungen bei der Lösung sozialer und psy-

chischer Probleme geben und damit die Gefahr erneuter Straffälligkeiten reduzieren. Allein im Jahr 2016 konnten durch diese freie gemeinnützige Arbeit rund 44.000 Tage Ersatzfreiheitsstrafe und damit rund 1 Million Euro Haftkosten eingespart werden.

Im Weiteren werden wir uns für das Konzept allerdings mit denjenigen beschäftigen müssen, bei denen die Haft eben nicht vermeidbar ist. Diesbezüglich haben wir keine Anhaltspunkte dafür, dass unsere Prognosen nicht tragen würden. Auch aus Ihrem Antrag und Ihrer Einbringung ergibt sich dazu aus meiner Sicht nichts. Wenn Sie meinen, das vorliegende Konzept sei lediglich ein Standortkonzept, so liegen Sie falsch, denn Standortentscheidungen, wo machen wir was, sind ja kein Selbstzweck, dahinter stecken natürlich inhaltliche Überlegungen der Vollzugsgestaltung.

Lassen Sie mich dazu einige Beispiele nennen. So haben sich etwa in Bützow nach umfangreichen Baumaßnahmen die Voraussetzungen für eine sichere und behandlungsorientierte Vollzugsgestaltung in den letzten Jahren erheblich verbessert. Deswegen wird nicht nur der Langstrafenvollzug dorthin zurückkehren, sondern es wird auch dort neue spezielle Behandlungsangebote geben. So soll eine psychotherapeutische Abteilung für auffällige Gefangene mit diagnostizierten Störungen der psychischen Funktionsfähigkeit unter Einbindung von medizinischen Fachressourcen eingerichtet werden, außerdem wegen des Wandels in der Gefangenenstruktur eine geriatrische Abteilung und zusätzlich eine suchtherapeutische Abteilung mit dem Schwerpunkt „illegale Drogen“.

Aufgrund der zukünftig deutlich verbesserten räumlichen Gegebenheiten und der personellen Ressourcen werden in der JVA Bützow neben modularen beruflichen auch abschlussorientierte schulische und berufliche Ausbildungen vorgehalten. Außerdem soll das landesweite Angebot an Arbeitstraining und Arbeitstherapie bedarfsgerecht ausgebaut werden. Die JVA Stralsund wird neben dem Grundangebot ein spezielles Behandlungsangebot zur Rückfallprophylaxe bei Sexualstraftätern vorhalten, die nicht die Voraussetzungen für eine sozialtherapeutische Behandlung in der sozialtherapeutischen Abteilung der JVA Waldeck haben.

Es ist richtig, dass die Anstalt, auch um die Kapazitäten in der Jugendanstalt Neustrelitz dauerhaft besser auslasten zu können, ab dem 1. September 2018 für den Vollzug an jungen erwachsenen Männern geöffnet wird, und zwar für erstinstanzlich männliche Gefangene, die jünger als 30 Jahre sind und deren voraussichtliche Haftdauer drei Jahre nicht übersteigt. Dabei – das sei extra noch mal betont – werden natürlich die Trennungsgrundsätze eingehalten. Die Voraussetzungen in Neustrelitz sind dafür gegeben. Auch dahinter stehen natürlich inhaltliche Überlegungen. Mit den Gefangenen können die ihnen bekannten guten Behandlungs- und Bildungsangebote in Neustrelitz aufrechterhalten und noch gesteigert werden. Gleichzeitig stehen diese dann auch den jungen Erwachsenen zur Verfügung.

Meine Damen und Herren, die Klientel der Gefangenen muss auch nicht eigens neu und umfassend analysiert werden, wie der Antrag meint. Ebenso wenig bedarf es einer darauf aufbauenden Evaluierung der Vollzugsgesetze. Wir wissen, wen wir bei uns haben. In Mecklenburg-Vorpommern wurde im Jahr 2007 die Integrale

Straffälligenarbeit, vielleicht kennen Sie das, kurz InStar, eingeführt. Darunter verstehen wir eine gut verzahnte Kooperation zwischen Justizvollzug, Landesamt für Straffälligenarbeit und allen anderen am Prozess einer erfolgreichen Wiedereingliederung Verurteilter beteiligten Institutionen, insbesondere auch der Kommunen an erster Stelle.

Zunächst wurden die Abläufe in den Justizvollzugsanstalten und an den Schnittstellen zwischen Vollzug und Bewährungshilfe definiert und standardisiert. Im Laufe der Zeit wurden außerdem in Kooperation mit den Jugendgerichtshilfen, der Führungsaufsichtsstelle, der Polizei und der Forensischen Ambulanz die Wege und Strukturen geregelt. Letztlich bot InStar die Grundlage für ein elektronisch gestütztes Controlling der vollzuglichen Maßnahmen. Damit lassen sich effektiv erforderliche Behandlungsmaßnahmen planen und für die Steuerung erforderliche Daten erheben und natürlich auch auswerten. Aus alledem ergibt sich für uns ein Gesamtbild, auf das wir unsere Maßnahmen abstellen.

Meine Damen und Herren, in einigem, was ich Ihnen eben vorgestellt habe, liegen wir im Bundesvergleich weit vorn. Ich möchte nicht falsch verstanden werden, wir ruhen uns darauf nicht aus, sondern wir befinden uns in einem ständigen Prozess der Qualitätssicherung und Qualitätsweiterentwicklung. Selbstverständlich haben wir für all dies auch in unseren Überlegungen den personellen und den räumlichen Bedarf berücksichtigt. Ich denke aber, das alles zeigt, dass unser Organisationskonzept nicht nur dem demografischen Wandel Rechnung trägt, sondern für einen modernen Strafvollzug steht, der die Aufgabe der Resozialisierung der Gefangenen durch Betreuung, Behandlung und Ausbildung uneingeschränkt ernst nimmt.

Und wenn Sie, meine Damen und Herren von der Fraktion DIE LINKE, abschließend fordern, bei zukünftigen Standortentscheidungen die Belange der Bediensteten unter Beteiligung der entsprechenden Berufsverbände maßgeblich zu berücksichtigen, dann will ich Ihnen sagen, selbstverständlich berücksichtigen wir die Belange unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Das haben wir getan und das werden wir auch zukünftig tun. Allerdings muss natürlich genauso klar sein, dass wir uns an inhaltlichen Überlegungen zu orientieren haben, und zwar ganz genau in dem Sinne, den Sie in Ihrem Antrag an anderer Stelle ansprechen, nämlich der Schaffung der Voraussetzungen für einen erfolgreichen Strafvollzug.

Im Übrigen zeichnet sich auch beim weitesten Blick nach vorne im Moment nicht am entferntesten Horizont die Notwendigkeit von neuen, darüber hinaus gehenden Standortentscheidungen ab. So ergibt es sich für mich insgesamt, Ihren vorliegenden Antrag braucht es nicht, er ist aus meiner Sicht abzulehnen. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD, CDU und AfD)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Vielen Dank, Frau Ministerin.

Das Wort hat für die Fraktion der AfD der Abgeordnete Herr Förster.

Horst Förster, AfD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Werter Abgeordnete! Liebe Gäste, die kaum noch da sind! Zu

dem, was ich bisher gehört habe, kann ich zunächst zwei Stichpunkte als Antwort benennen: Mir fehlt hier und da der realistische Blick und mir fehlt der Opferschutz. Es ist natürlich völlig in Ordnung, wenn man die Resozialisierung stark betont, aber, wie ich es gestern bereits in einem anderen Zusammenhang sagte, häufig zeigt schon die Sprache, dass die Sache nicht ganz in die richtige Richtung geht.

Paragraf 2 des Strafvollzugsgesetzes sagt, wie schon zitiert: „Der Vollzug dient dem Ziel, die Gefangenen zu befähigen, künftig in sozialer Verantwortung ein Leben ohne Straftaten zu führen.“ Das hört sich gut an, setzt aber begrifflich voraus, dass die Gefangenen, die sich in Unfreiheit befinden – eingesperrt werden, auf gut Deutsch –, vorher nicht fähig waren, straffrei ein Leben zu führen. Wer wirklich nicht fähig ist, ein Leben ohne Straftaten zu führen, der landet nicht im Knast, sondern im Maßregelvollzug. Das ist nicht ganz so gemeint, das sage ich sehr wohl, aber es zeigt eine sehr einseitige Richtung, die sich dann natürlich auch in den Vollzugsplänen fortsetzt. Mir fehlt die Auseinandersetzung mit dem Begriff der Strafe.

Oft habe ich das Gefühl, dass diejenigen, die über diese Dinge reden, eigentlich Betroffene einer Straftat gewesen sein müssten. Ich habe kürzlich sehr nah im engeren Verwandtenkreis erlebt, dass eine 82-Jährige in einem Treppenhaus von einem Handtaschenräuber überfallen wurde, sehr schwer verletzt war, und ich habe erlebt, welche Folgen das hat. Für dieses Opfer, das jetzt nur beispielhaft genannt wurde, ist es kaum verständlich, wenn sich der Gesetzgeber – auch wenn wir vom Vollzug reden – nur damit auseinandersetzt, wie man diesen betreffenden Täter resozialisieren könne. Strafe heißt auch irgendwo Sühne. Das hört sich sehr altmodisch, fast nach Rache an, ist aber immer noch ein anerkanntes Strafzweckziel.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Die Strafe hat vor allem den Sinn, die Rechtsordnung zu verteidigen. Wenn nämlich Strafe nicht mehr Strafe ist, dann besteht eigentlich kein Grund, nicht straffällig zu werden. Wir merken es doch sehr deutlich, dass hier und da die Dinge nicht mehr im Lot sind. Wenn eine Gestalt eines großen Fußballvereins einen millionenfachen Steuerbetrug begeht, sich vielleicht mal sechs Monate in Haft befindet mit allen Annehmlichkeiten, die der Haftvollzug heute so mit sich bringt, und die weitere Haftdauer darin besteht, dass er abends dort schlafen geht, wie soll das denn den rechtstreuen Bürger veranlassen, seine Steuererklärung noch ehrlich zu gestalten?

Vielleicht wissen Sie auch, wie stark die regionalen Unterschiede sind. Zum Beispiel ist in Bayern alles etwas konsequenter mit der Folge, dass dort die Straffälligkeit 50 Prozent weniger ist. Je mehr man gen Norden geht, wird das sehr unterschiedlich, aber es ist alles etwas lascher. Deshalb meine ich, dass Strafe auch heißt, dass der Täter etwas empfinden muss, was das Gleichgewicht wiederherstellt. Er hat eine Straftat begangen, dafür muss er eine wirkliche Unannehmlichkeit empfinden. Wenn es nur um Resozialisierung ginge – damit fasse ich vielleicht einen ganz brisanten Fall an –, dann erklären Sie mir mal, wie dieser SS-Täter Gröning mit 96 jetzt eingesperrt werden soll! Strafe ist also auch ein Stück Strafe. Das steht aber an keiner Stelle, da es inzwischen Mode geworden ist, alles irgendwo euphemistisch zu

verharmlosen. Strafe ist und sollte Strafe bleiben, das muss deutlich werden, auch im Strafvollzug.

Wir haben uns gestern über die Genderproblematik, über Gleichstellung unterhalten. Da ist es als Erstes interessant, sich zu überlegen, mit wem wir es überhaupt bei den Straftätern zu tun haben. Ich war 15 Jahre Vorsitzender eines Schöffengerichtes und weiß deshalb, dass Frauen da keine Rolle spielen, die sind echt benachteiligt. Ich habe hier eine statistische Aussage von den 897 Strafgefangenen. Im Jahr 2016 waren es ganze 39 Frauen.

(Martina Tegtmeier, SPD:
Das finde ich jetzt nicht so schlimm.)

Ich auch nicht.

(Heiterkeit bei Martina Tegtmeier, SPD)

Ich war auch vorher davon überzeugt, dass dem so ist. Männer und Frauen sind eben verschieden, und Männer neigen eher zu Straftaten.

(Zuruf von Christel Weißig, BMV)

Aus meiner Praxis waren Frauen allenfalls imstande, meistens wegen falscher Aussage angeklagt, weil sie ihren Männern falsche Alibis gaben. An andere Fälle kann ich mich nicht erinnern.

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion der AfD –
Zuruf von Sebastian Ehlers, CDU)

Also wir müssen wissen, mit wem wir es zu tun haben, dann ist es nun mal so.

Und dann müssen sie wissen, wann sie in Deutschland in den Knast kommen.

(Zuruf von Sebastian Ehlers, CDU)

Sie fangen nicht mit 30 oder 25 an, zum ersten Mal ein Auto zu stehlen oder einen zu überfallen. Sie haben – und das sind ja meist die roten Akten bei uns –, sie haben da in der Regel mehrere grüne Blätter. Dass das mehrere grüne Blätter geworden sind, das liegt nach meiner Auffassung nicht daran, dass der Strafvollzug vielleicht nicht genügend auf die Resozialisierung achtet, sondern das liegt einfach daran, dass es nun mal Menschen gibt, die, aus welchen Gründen auch immer – meist kommen natürlich eine bestimmte Veranlagung, ein bestimmtes Milieu zusammen, das passt auch alles immer zusammen, und das ist nicht menschenverachtend –, irgendwo persönlich prädestiniert sind, Straftaten zu begehen. Trotzdem können sie einem, wenn man sie im Gerichtssaal sitzen sieht, durchaus leidtun, weil sie hier und da kaum eine andere Chance hatten. Die hatten ihre entsprechenden Eltern, die sich nicht darum kümmerten, und sie haben die verkorksten weiteren Lebensläufe. Das ist die Realität.

Dann aber zu glauben – und das ist ja so ein bisschen der Irrglaube –, in der Haftanstalt können die nun therapiert, von der Drogensucht und vom Rauchen befreit werden,

(Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE:
Dann lassen wir die jahrelang da drin
vergammeln. Das ist dann Ihre Antwort?!)

das können ganz ordentliche, liebe Männer werden, die sich jetzt dank ihrer Verantwortung der nicht ehelichen Kinder, die sie nämlich auch meistens haben, bewusst werden, das ist ein Irrglaube. Gleichwohl – ich will das jetzt nicht zu sehr vertiefen – ist es natürlich richtig, auch wenn nur ein geringer Prozentsatz begründete Erwartung ist, alles dafür zu tun, was man realistisch tun kann, damit diese Menschen eine positive Veränderung nehmen. Allerdings nannte ich bei dieser Zahl eben, glaube ich, nicht, dass von den 800 oder 900 Strafgefangenen 688 Rückfalltäter waren. Das zeigt auch, wie das Bild wirklich ist.

Und wenn ich das richtig verstanden habe, dann hat die Ministerin versprochen, ein Strafvollzugskonzept noch im Jahre 2017 zu erstellen, denn das, was wir haben, betrifft ja mehr die Örtlichkeit. Sie nicken, also habe das ich richtig verstanden, das liegt noch nicht vor und darüber will ich jetzt auch nicht meckern.

(Zuruf von Ministerin Katy Hoffmeister)

Es soll offensichtlich noch gemacht werden. Was Sie eben berichtet haben, waren, wenn ich das richtig verstanden habe, Einzelakte, die ich nicht kritisieren kann, nicht kritisieren will. Das hört sich alles ganz vernünftig an.

Nur, soviel ich weiß, ist es eben so, dass schon große personelle Probleme bestehen, meist jedenfalls ein sehr hoher Krankenstand zu verzeichnen ist und dass das zumindest ein Hinweis darauf ist, dass die Justizvollzugsbeamten sich sehr stark belastet fühlen. Sicherlich wird es bereits jetzt so sein und sich auch weiter so entwickeln, dass neue Probleme entstehen, insbesondere wohl durch den starken Anteil von Ausländern bei den Tätern im Strafvollzug. Darauf wird sicherlich auch in besonderer Weise zu reagieren sein.

Also ich denke mal, dieses Vollzugskonzept liegt noch nicht vor und ich halte es auch nicht für angebracht, das jetzt unangemessen zu kritisieren. Es ist sicherlich wichtig, dass man das alles schön zu Papier bringt, aber immer mit dem realistischen Blick und ohne zu hohe Erwartungen zu schüren. Meine Aufgabe sah ich vor allem darin, vielleicht etwas für Klarheit zu sorgen, dass man sich bewusst wird, wir haben es ganz überwiegend mit straffälligen Männern zu tun, die nicht zum ersten Mal straffällig geworden sind und bei denen realistisch kaum eine Erwartung besteht, dass aus einem Saulus ein Paulus wird. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Das Wort hat für die Fraktion der SPD der Abgeordnete Herr Friedriszik.

Dirk Friedriszik, SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Abgeordnete! „Strafvollzug zukunftsfähig aufstellen“ – so lautet der Titel des vorliegenden Antrags, und genau das praktiziert die Landesregierung. Der Justizvollzug in Mecklenburg-Vorpommern soll bis zum Jahr 2020 neu organisiert werden. Hintergrund sind Berechnungen, die von einer Belegungsprognose für das Jahr 2020 von 1.100 Gefangenen im Schnitt pro Tag ausgehen.

Mecklenburg-Vorpommern verfügt über insgesamt knapp 1.500 Haftplätze. Die Belegung der Justizvollzugseinrichtungen geht seit Jahren kontinuierlich zurück. Darauf hat

die Landesregierung reagiert und ein überzeugendes Konzept vorgelegt. Um dieser Entwicklung Rechnung zu tragen, ist dies geschehen. Dies gilt zum einen natürlich im Hinblick auf die Häftlingszahlen im Strafvollzug, vor allem aber geht es darum, diesen auch zukünftig so auszugestalten und zu optimieren, dass er den Anforderungen an einen modernen Strafvollzug entspricht.

Meine Damen und Herren, die Behauptung, das vom Justizministerium vorgestellte Strafvollzugskonzept sei lediglich ein JVA-Standortkonzept, wie die Fraktion DIE LINKE es glauben machen will, geht fehl. Es ist ebenso unzutreffend wie die Behauptung, dass die Entwicklung bei der Klientel der Gefangenen und ihre Auswirkungen auf Personal und Raumbedarf im Strafvollzug unzureichend berücksichtigt wurden. Auch der Feststellung, dass sich die Klientel der Gefangenen in den Justizvollzugsanstalten in den letzten Jahren verändert hat und vielfach umfangreichere Behandlungen und Therapiemaßnahmen erforderlich sind, wird Rechnung getragen. Um das zu erkennen, hätte ein genauer Blick in das Strafvollzugskonzept gereicht. Die einzelnen Aspekte hat die Ministerin Ihnen bereits umfänglich geschildert.

Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, die umfangreiche Darstellung der Ministerin mag Ihnen vielleicht etwas detailliert erscheinen, macht aber sehr gut deutlich, dass der vorliegende Antrag ins Leere geht, und zeigt, es handelt sich mitnichten um ein reines JVA-Standortkonzept.

Meine Damen und Herren, der Vollzug dient dem Ziel, die Gefangenen zu befähigen, künftig in sozialer Verantwortung ein Leben ohne Straftaten zu führen, und hat die Aufgabe, die Allgemeinheit vor weiteren Straftaten zu schützen. Dabei wirkt der Vollzug von Beginn an auf die Eingliederung der Gefangenen in das Leben in Freiheit hin. Das Leben im Vollzug ist den allgemeinen Lebensverhältnissen so weit wie möglich anzugleichen und schädlichen Folgen des Freiheitsentzuges ist entgegenzuwirken. Der Bezug der Gefangenen zum gesellschaftlichen Leben ist zu wahren und zu fördern. Den Gefangenen soll so bald wie möglich die Teilnahme am Leben in Freiheit gewährt werden.

Meine Damen und Herren Abgeordnete, im Hinblick auf das Ziel und die Aufgabe des Vollzuges sowie die Vollzugsausgestaltung wird der Strafvollzug in Mecklenburg-Vorpommern jedenfalls auch weiterhin zukunftsfähig aufgestellt sein. – Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD
und Sebastian Ehlers, CDU)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Das Wort hat jetzt für die Fraktion der BMV der Abgeordnete Herr Dr. Manthei.

(Der Abgeordnete Dr. Matthias Manthei verzichtet.)

Nicht? – Dr. Manthei verzichtet auf einen Wortbeitrag.

Dann hat jetzt das Wort für die Fraktion der CDU der Abgeordnete Herr Ehlers.

Sebastian Ehlers, CDU: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich habe es zuerst schon rübergerufen, Herr Kollege Ritter, vielleicht sollten wir doch die Ausschusssitzungen öffentlich machen, denn dann hätten die Leute draußen mal mitbekommen,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Warum nur „vielleicht“?)

dass, als die Ministerin das Konzept vorgestellt hat, es ziemlich dünn war, was von Ihnen im Rechtsausschuss kam. Da waren so gut wie gar keine Fragen, nachdem Sie vorher einen riesigen medialen Aufschlag gemacht haben und kritisiert haben, dass die Ministerin zuerst die Beschäftigten informiert und dann erst Sie. Also das fand ich schon sehr spannend. Wenn man die Mitarbeiter nicht informiert, ist es falsch, wenn man sie zuerst informiert, ist es falsch. Vielleicht müssen Sie entscheiden, was Sie wollen, werte Kolleginnen und Kollegen von den LINKEN.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Kann ich
Sie jetzt beim Wort nehmen?)

Die Ministerin hat ja die zentralen Punkte genannt. Ende November hat sie das Konzept im Rechtsausschuss vorgestellt mit dem Schwerpunkt der Schließung der JVA Neubrandenburg. Die Gründe sind hinlänglich bekannt. Wir haben derzeit 1.493 Haftplätze. Laut einer Prognose werden aber 2020 nur noch 1.155 Haftplätze benötigt. Das ist ja an sich erst mal eine positive Botschaft, andersrum wäre es schlimmer. Deswegen ist es, glaube ich, gegenüber dem Steuerzahler auch nicht zu verantworten, diese zusätzlichen Kapazitäten dort aufrechtzuerhalten.

Zu Ihrem Antrag und Feststellungsteil: Das hat die Ministerin auch gesagt, die Ziffer 1, glaube ich, kann man unterschreiben, aber diese zwei Sätze, denke ich, sind nicht tauglich, um hier einen Landtagsbeschluss zu fassen. Und dann bin ich schon sehr irritiert, wenn ich mir Ihre Ziffern 2 und 3 durchlese. Da würde mich mal interessieren, wie Sie zu dieser Annahme kommen, dass bestimmte Dinge unzureichend berücksichtigt sind.

(Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE:
Das hatte ich Ihnen doch erzählt. Viele
Psychologenstellen sind nicht besetzt.)

Vielleicht kommen Sie nachher in der Aussprache noch mal nach vorne, dann werden Sie sicherlich was dazu sagen. Das ist schon sehr abenteuerlich an der Stelle.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Wurde bei
der Einbringung alles schon beraten.)

Ich will klar und deutlich sagen, Haftvermeidung ist seit Jahren ein Thema. Wir haben uns als Fraktion im Rahmen unserer Sommertour in verschiedenen Einrichtungen informiert, da war das auch Thema. Statt Freiheitsstrafe wird dort beispielsweise soziale Arbeit verhängt. Das ist, glaube ich, sinnvoll, weil es finanziell günstiger ist. Das wird seit Jahren erfolgreich praktiziert und daran wird sich auch in Zukunft nichts ändern. Deswegen ist das an der Stelle überflüssig.

Außerdem unterstellt DIE LINKE, dass die Gefangenenklientel nicht analysiert wird. Da kann ich nur sagen, genau das wird doch mit dem Konzept gemacht. Ich finde, das ist im Ausschuss und auch heute noch mal sehr eindrucksvoll vorgestellt worden. Ich weiß ja nicht: Denken Sie, im Justizministerium sitzen irgendwelche Leute, die sich keine Gedanken machen und die sich mal am weißen Tisch irgendwo zwischen Frühstück und Gänsebraten so eine Schließung ausdenken? Da liegt doch eine tiefgründige Analyse zugrunde. Also ich bin

schon etwas überrascht, welchen Eindruck Sie von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und der Hausspitze im Justizministerium haben. Genau das wird nämlich gemacht, die Einzelfallbetrachtung. Jeder Gefangene wird betrachtet und es wird sich Zeit genommen, um dort ein Vollzugskonzept zu erstellen.

Dann spricht DIE LINKE – und das würde mich auch mal interessieren – von zukünftigen Standortentscheidungen. Wissen Sie da mehr als die Regierung und mehr als die Koalition? Welche zukünftigen Standortentscheidungen haben Sie denn im Blick? Wollen Sie etwa weitere Standorte schließen?

(Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE:

Das weiß ich doch nicht, was Sie vorhaben.
Das erfahre ich bestimmt erst aus der Presse.)

Dann bitte ich, das hier zu sagen, denn wir haben jetzt keine weiteren Standortentscheidungen in petto. Wenn Sie andere Pläne haben, dann legen Sie sie bitte auf den Tisch! Wir haben jetzt nicht vor, alle zwei Jahre ein neues Konzept zu machen. Das steht im Koalitionsvertrag drin, dass wir das vorhaben. Das ist lange bekannt.

Deswegen kann ich die Kritik, dass die Beschäftigten nicht mitgenommen werden, überhaupt nicht verstehen, weil wir uns sehr intensiv – auch im Sommer im Rahmen unserer Sommertour – mit dem Bund der Strafvollzugsbediensteten auseinandergesetzt haben. Da war vollkommen klar, dass was kommt, das wussten alle. Es piffen ja auch schon die Spatzen von den Dächern, wohin die Reise geht, weil ziemlich klar war, welche Einrichtungen auch aufgrund der baulichen Situation und der ganzen Gegebenheiten infrage stehen werden. Von daher hat uns die Gewerkschaft nur gesagt, wir brauchen bitte zügig eine Entscheidung, damit nicht länger Unklarheit besteht. Deswegen haben mich manche Reaktionen etwas irritiert. Aber das ist auch das Rollenspiel der Gewerkschaften. Es ist völlig in Ordnung, dass man da noch mal ein bisschen auf den Busch haut, aber es war eigentlich allen bekannt, wohin die Reise geht.

Und von daher auch noch mal zwei, drei Anmerkungen: Der Kollege Förster von der AfD hat die Spezifika der Frauen angesprochen, weil laut Konzept – die Ministerin hat es ja gesagt – in der JVA Stralsund jetzt zusätzliche Plätze geschaffen werden. Sie haben ein bisschen süffisant gesagt, früher gab es da bloß Inhaftierungen, weil sie nur die Falschaussagen zugunsten ihrer Männer getroffen haben. Da mich das auch interessiert, habe ich beim Besuch der Jugendanstalt in Neustrelitz genau danach gefragt, nämlich wegen welcher Straftaten die jungen Damen dort inhaftiert sind und ob es Unterschiede gibt. Da hat es mich als juristischen Newcomer sozusagen auf dem Gebiet im Rechtsausschuss überrascht, als mir der Anstaltsleiter gesagt hat, dass es inzwischen leider keine Unterschiede mehr gibt.

(Zuruf von Horst Förster, AfD)

Bei der Schwere der Straftaten gibt es keine Unterschiede mehr.

(Andreas Butzki, SPD: Nur von der Anzahl her.)

Das reicht von schwerer Körperverletzung – also das volle Programm, was man sich vorstellen kann. Das ist natürlich eine sehr, sehr bedenkliche Entwicklung und ich

finde es deswegen auch gut, dass man diese Klientel in den Blick nimmt.

Es gibt ja Termine, da steigt man ins Auto, fährt nach Hause und denkt schon an den nächsten Termin, aber der Besuch der Mutter-Kind-Station, wo Neugeborene mit ihren inhaftierten Müttern quasi die ersten Monate, teilweise Jahre ihres Lebens verbringen, hat mich – das muss ich ganz deutlich sagen – persönlich sehr berührt. Wenn man dort Neugeborene hinter Gittern sieht, ist das schon schwierig. Und wenn man dann noch hört, dass das vielleicht die beste Zeit des Lebens für die Kinder ist, dann stimmt das, zumindest mich persönlich, sehr nachdenklich.

(Jens-Holger Schneider, AfD: Ja.)

Das ist jetzt nicht das Thema dieser Debatte, aber das ist vielleicht mal ein Thema für eine etwas tiefgründigere Diskussion. Das hat seine Ursachen und das hat nicht nur etwas mit dem Thema Justiz an der Stelle zu tun, das ist ein gesellschaftliches Thema und sicherlich auch eine gesellschaftliche Herausforderung für uns alle.

Aber noch mal zurück zum Antrag: Da bin ich schon ein bisschen enttäuscht, denn das ist ziemlich dünn angeführt an der Stelle.

(Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE:
Da sind wir aber traurig.)

Es ist eigentlich von allen Rednern fraktionsübergreifend gesagt worden, dass die Dinge vernünftig auf dem Gleis sind. Wenn Sie Fragen oder Anregungen haben, dann hätten Sie die im Rechtsausschuss stellen können. Da kam nichts. Ansonsten wird hier heute die Bühne genutzt, um Dinge in den Raum zu stellen, Behauptungen aufzustellen, die so nicht wahr sind. Das Justizministerium und auch die Koalition haben einen Plan bei dem Thema. Da gibt es Analysen, bevor Standortkonzepte auf den Tisch gelegt werden.

Ich glaube, nach der Rede der Ministerin hätte man den Antrag auch zurückziehen können. Das werden Sie nicht machen, deswegen hoffe ich, dass Sie zu der einen oder anderen Frage, die ich aufgeworfen habe, noch was sagen. – Ansonsten herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Ums Wort gebeten hat noch einmal für die Fraktion DIE LINKE die Abgeordnete Frau Bernhardt.

(Andreas Butzki, SPD:

Ja, das haben wir auch erwartet. –

Torsten Renz, CDU: Gut Ding will Weile haben. –

Zurufe von Andreas Butzki, SPD,
und Torsten Renz, CDU)

Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Etwas Gutes hat diese Aussprache hier im Plenum gebracht: Ich bin froh, dass sich jetzt auch Herr Ehlers von der CDU für die Öffentlichkeit der Ausschüsse ausgesprochen hat

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

und damit der Forderung meiner Fraktionsvorsitzenden Simone Oldenburg gefolgt ist.

(Heiterkeit bei Sebastian Ehlers, CDU)

Wir werden das demnächst, denke ich, auch hier im Plenum beraten

(Zuruf von Henning Foerster, DIE LINKE)

und werden dann sehen, ob Sie zu Ihren Worten, die Sie heute haben verlautbaren lassen, stehen werden, Herr Ehlers.

(Heiterkeit bei Andreas Butzki, SPD: Man kann die Sätze auch ganz schön verdrehen. – Heiterkeit bei Sebastian Ehlers, CDU: Ich habe gesagt, manchmal wäre es gut.)

Gerade in den Haushaltsberatungen, wo wir auch im Rechtsausschuss eine öffentliche Anhörung hatten, war es schon ziemlich blamabel, wenn ich als Alleinunterhalterin dastehe und von den Koalitionsfraktionen,

(Torsten Renz, CDU: War das so schlecht, ja?)

aber auch von den übrigen Oppositionsfraktionen, wenig Nachfragen kommen.

(Andreas Butzki, SPD: Aber Selbstlob ist nicht gut. Selbstlob ist nicht gut.)

Das war einfach nur peinlich und der Haushaltsdebatte überhaupt nicht angemessen.

(Zuruf von Andreas Butzki, SPD)

Insofern bin ich für die Einführung der Öffentlichkeit der Ausschüsse und wir werden weiter dranbleiben.

Ansonsten waren die Ausführungen von allen Fraktionen heute eigentlich sehr wenig überzeugend. Ich finde es traurig, dass die BMV zum Strafvollzug überhaupt nichts zu sagen hat. Aber ich möchte mit einigen Dingen, die mir hier vorgehalten werden, aufräumen.

(Zuruf von Martina Tegtmeier, SPD)

Sowohl die Justizministerin als auch Herr Ehlers warfen mir vor, ich hätte keine Fragen gestellt. Zunächst einmal ist es der Fraktion DIE LINKE zu verdanken gewesen, dass wir dieses Strafvollzugsgesetz überhaupt im Rechtsausschuss hatten.

(Peter Ritter, DIE LINKE: So ist es.)

Nachdem wir aus der Presse von der Schließung der JVA Neubrandenburg erfahren durften,

(Henning Foerster, DIE LINKE: Ach so!)

haben wir es dann im Rechtsausschuss aufsetzen lassen. Und natürlich habe ich Fragen gestellt, wie immer, Herr Ehlers. Schauen wir gemeinsam im Protokoll nach, dann können wir es sehen. Im Übrigen gehe ich nicht davon aus, selbst, wenn ich keine gestellt hätte, dass sie ausreichend beantwortet gewesen wären. Wenn ich mir die Kleinen Anfragen zu dem Thema anschau, die ich im Nachgang gestellt habe, da konnten mir – das hatte

ich schon in der Einbringung gesagt – wenig Auskünfte zu der Zusammensetzung der Klientel gegeben werden. Insofern glaube ich, dass Fragen selbst an dieser Stelle nichts gebracht hätten.

(Torsten Renz, CDU: Das ist aber eine Vermutung jetzt.)

Zweitens sagte die Justizministerin, wir wissen, wen wir bei uns haben. Da muss ich mich wirklich fragen, warum die Kleinen Anfragen etwas anderes aussagen. Wenn wir nachfragen, wie viele Arbeitsplätze wir haben, wie viele arbeiten, wie viele Suchtproblematiken bestehen, wie viele Häftlinge Persönlichkeitsstrukturprobleme haben, dann können uns darauf einfach keine Antworten gegeben werden. Das ist alles schriftlich nachzuvollziehen, das können wir belegen mit Kleinen Anfragen.

Ich glaube schon, dass man, wenn Häftlinge Suchtprobleme, wenn sie Persönlichkeitsstörungen haben, sich die Frage gefallen lassen muss, wie wir darauf reagieren wollen. Wie wollen wir die Psychologen, wie wollen wir die sozialpädagogischen Dienste in Zukunft in den Anstalten darauf ausrichten? Wenn Sie, Herr Friedriszik, das im Rechtsausschuss, wo das Standortkonzept vorgestellt wurde, gehört haben, dann haben Sie mehr gehört als ich. Wenn, wie gesagt, selbst auf schriftliche Kleine Anfragen nicht mal die Antworten gegeben werden können, dann weiß ich nicht, was Sie haben.

(Zuruf von Dirk Friedriszik, SPD)

Sie haben kritisiert, dass wir das Standortkonzept kritisiert haben. Sie hatten in Ihrem Koalitionsvertrag doch vereinbart, dass der Justizvollzug auf moderne Füße gestellt wird. Das hatten Sie auch in Ihrem Koalitionsvertrag 2006 getan. Das Konzept, was 2007 vorgelegt wurde, das verdiente wirklich den Namen eines Konzeptes. Es hieß da „Die Zukunft des Justizvollzuges und der Sozialen Dienste der Justiz in Mecklenburg-Vorpommern“. Es war ein Konzept, wo Sie nachlesen können. Da gab es eine umfangreiche Ausgangslage und eine Prognose. Da war zu lesen, wie wir zukünftig weiter vorangehen müssen, um Menschen wieder mehr in Arbeit in den Justizvollzugsanstalten zu bekommen. Es war 67 Seiten lang und hatte wirklich Inhalt. Bei den 13 Seiten, die uns jetzt vorlagen, vermisste ich genau das, was wir damals schon hatten. Ich hätte mir gewünscht, Sie hätten sich an Ihre damaligen Vorgaben gehalten und hätten dies fortgeführt, evaluiert und uns konkrete Aufträge mitgegeben. Ich glaube, dann wären wir alle zufrieden gewesen und es hätte dieses Antrages von uns heute überhaupt nicht bedurft.

Lassen Sie mich deshalb einige Punkte etwas vertiefen. Das Erste wären die Ersatzfreiheitsstrafen, auch das hatten Sie angesprochen. Ich will hier nicht in epischer Breite eine Diskussion um dieses Thema führen, aber ich habe schon den Eindruck, dass vielen die eigentliche Problematik gar nicht bewusst ist. Diese komplett abzuschaffen, wäre eine Angelegenheit des Bundes. Nur so viel: Personen, die in einem Gericht zu einer Geldstrafe verurteilt werden, haben aus unserer Sicht nichts im geschlossenen Vollzug zu suchen. Hätte das Gericht sie im Gefängnis sehen wollen, hätte es auch eine Freiheitsstrafe verhängt, ausgeurteilt.

Diese ganze Diskussion kommt daher, dass man ein Druckmittel gegen diejenigen haben wollte, die zwar Geld haben, sich aber hartnäckig weigern, eine Geldstrafe zu

begleichen. Bei denjenigen sollte man sich lieber überlegen, wie man etwa durch Zwangsvollstreckungsmaßnahmen doch an das Geld kommt. Bei denjenigen, die die Geldstrafe nicht zahlen können, sollte klar sein, dass die Justizvollzugsanstalt nicht der richtige Ort ist. Man muss wissen, dass den Delinquenten auch Arbeit zum Ableisten ihrer Geldstrafe angeboten wird, so, wie es vorhin auch ausgeführt wurde, und dass letztlich nur diejenigen im Vollzug landen, die das nicht wollen oder nicht können.

Wenn man dann tiefer gräbt, stellt man fest, dass diese Menschen häufig Suchtproblematiken haben und überhaupt nicht mehr in der Lage sind, ihre Probleme selbst zu regeln, und letztendlich genau diese Umstände überhaupt zu ihrer Straffälligkeit geführt haben.

(Dr. Ralph Weber, AfD: Die Armen!)

Die Probleme dort liegen tiefer und lassen sich durch ein paar Wochen geschlossenen Vollzug nicht lösen.

Ich finde den Einwand von Ihnen, Herr Weber: „Die Armen!“ – ironisch gesagt –, sehr unangemessen.

(Zuruf von Dr. Ralph Weber, AfD)

Wenn Menschen Probleme haben, wenn sie von Arbeitslosigkeit betroffen sind, Suchtproblematiken oder persönliche Probleme haben, dann soll die Gesellschaft ihnen helfen, wieder auf die Füße zu kommen, um auch die Allgemeinheit, die Gesellschaft vor Straftaten zu schützen. Ihrem Nicken zu entnehmen, hoffe ich mal ...

(Dr. Ralph Weber, AfD: Die Gesellschaft soll den Opfern helfen und nicht den Tätern.)

Sie sollte auch den Straffälligen helfen, wieder den rechten Weg in der Gesellschaft zu finden.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Genau das schreibt unser Strafvollzugsgesetz in Mecklenburg-Vorpommern fest. Sie sind Jurist. Ich erwarte von Ihnen, dass Sie sich auch an geltendes Recht halten.

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion der AfD – Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

Die Probleme der Menschen liegen tiefer und lassen sich durch ein paar Wochen geschlossenen Vollzug nicht lösen. Die Zielrichtung des Vollzugs, die Resozialisierung, lässt sich schwerlich realisieren. Für diejenigen unter Ihnen, die gerne rechnen: Jeder Hafttag in Mecklenburg-Vorpommern kostet den Steuerzahler 174 Euro. Damit übersteigen die Haftkosten immer die eigentlich verhängten Geldstrafen.

(Dirk Lerche, AfD: Muss ja nicht so teuer sein.)

Das alles muss man so nicht haben. Mecklenburg-Vorpommern hat hervorragende Projekte zur Haftvermeidung mit sehr engagierten Mitarbeitern, nur redet irgendwie niemand darüber. Deshalb war es heute erfreulich, von der Justizministerin etwas darüber gehört zu haben. Wir halten es für nötig, diese Projekte zu stärken und auszubauen. Das ist für die Menschen besser und für das Land billiger.

Viel nahe liegender sind aus unserer Sicht die Defizite bei der Analyse der Gefangenenklientel, und das ist bei uns ganz klar ein landespolitisches Problem. Das ist mir bewusst geworden, als ich, wie gesagt, die Antworten auf die Kleinen Anfragen gelesen habe. Ich mache das mal an zwei Beispielen deutlich:

Sie wissen ja, dass wir den Arbeitsmöglichkeiten in den Justizvollzugsanstalten im Hinblick auf die Resozialisierung sehr große Bedeutung beimessen. Vor einiger Zeit fragte ich das Justizministerium im Rahmen einer Sitzung des Rechtsausschusses, wie es um das Angebot von Arbeitsplätzen und deren Ausnutzung in den Justizvollzugsanstalten bestellt ist. Man antwortete mir, dass das alles nicht so leicht ist und der Teil der Häftlinge, der arbeiten kann und will, immer geringer werde.

(Ministerin Katy Hoffmeister: Das stimmt doch nicht.)

Ich habe dann, wie gesagt, in einer Kleinen Anfrage nachgefragt, wie die genauen Zahlen diesbezüglich aussehen, und man sagte mir, dass diese nicht erfasst werden würden. Also liegen doch nicht alle Daten vor, so, wie uns hier heute weisgemacht werden will. Das ist natürlich problematisch, wenn man wissen will, wen man da einsitzen hat und wie man diejenigen in die Resozialisierung bringen will.

(Andreas Butzki, SPD: Also in Neustrelitz weiß man das.)

Hinsichtlich des Drogenkonsums in den Justizvollzugsanstalten sieht es ähnlich aus.

(Andreas Butzki, SPD: Sie erzählen hier was, was nicht stimmt.)

Auch dazu habe ich erst kürzlich eine Kleine Anfrage gestellt.

(Andreas Butzki, SPD: Frau Bernhardt, das stimmt nicht, was Sie sagen.)

Herr Butzki, wenn Sie von dem Thema keine Ahnung haben, seien Sie bitte ruhig!

(Andreas Butzki, SPD: Ich habe Ahnung.)

Sie können noch mal hier vor gehen.

(Zuruf von Andreas Butzki, SPD)

Ja, dann kommen Sie nachher hier vor und reden selber!

Auch dazu habe ich erst kürzlich eine Kleine Anfrage gestellt.

(Andreas Butzki, SPD: Ich lade Sie gerne mal ein.)

In den Justizvollzugsanstalten Stralsund und Neubrandenburg und in der Jugendarrestanstalt Neustrelitz wird ...

(Andreas Butzki, SPD: Da bin ich dabei, und das schon sechs Jahre.)

Können Sie jetzt mal ruhig sein?! Sie können gerne vorkommen und reden.

(Andreas Butzki, SPD:
Mach ich auch noch.)

Es ist wirklich anstrengend, ständig gegen Sie anzusprechen.

(Zurufe von Andreas Butzki, SPD,
und Marc Reinhardt, CDU)

Es nervt mich einfach nur noch an. Sie regen sich über meine Lautstärke auf, aber ich komme überhaupt nicht mehr gegen Sie an.

(Sebastian Ehlers, CDU:
Das ist die Lehrerstimme.)

Da lachen Sie nur, das ist das Einzige. Kommen Sie hier vor und sagen, was Sie wollen!

(Marc Reinhardt, CDU: Wir nutzen
das in Anbetracht des Zwischenrufs.)

In den Justizvollzugsanstalten Stralsund und Neubrandenburg und der Jugendarrestanstalt wird in einem positiven Drogentest nicht dokumentiert, auf welche Drogen positiv getestet wurde. Das halte ich für eine Therapie für wichtig. Wir reden schließlich über Konsumenten. Auch die Zahl der rauschbedingten Intoxikationen wird nicht erfasst. Mir ist klar, dass das praktisch nicht immer einfach ist, aber wir brauchen mehr Informationen, wie wir bei einem Häftlingsfall letztens erst sehen durften.

(Unruhe vonseiten der Fraktion der SPD)

Meine Damen und Herren, insgesamt sind die Informationen über die für die Resozialisierung wichtigen Tatsachen zu gering oder jedenfalls laufen sie an übergeordneter Stelle nicht zusammen.

(Heiterkeit bei Jochen Schulte, SPD –
Glocke der Vizepräsidentin)

Gerade das Wissen ist aber aus unserer Sicht notwendig, um Strafgefangene zu schützen.

Lassen Sie mich noch eins zur Schließung der Justizvollzugsanstalt Neubrandenburg und zur Beteiligung der Berufsfachverbände bei der Schließung der JVA Neubrandenburg sagen. Frau Justizministerin meinte, Sie hätten alle einbezogen. Der Bundesverband der Strafvollzugsbediensteten war beispielsweise in diesen Prozess nicht eingebunden worden. Nun sind wir als LINKE eigentlich nicht das Schild und Schwert der Beamenschaft, aber das, was man hier mit den Bediensteten gemacht hat, geht aus unserer Sicht nicht. Nur, weil es sich um Beamte handelt, kann man die Mitarbeiter nicht nach Belieben im Land hin und her versetzen.

Ich frage mich, welche alternativen Modelle man für die Schließung Ende 2018 erwogen hat. Man hätte beispielsweise schauen können, wie die Pensionierungen in Neubrandenburg aussehen, und entsprechend zunächst einzelne Stationen schließen können.

(Unruhe vonseiten der Fraktion der CDU –
Glocke der Vizepräsidentin)

Die räumlichen Gegebenheiten in Neubrandenburg lassen eine solche teilweise Schließung zu. Man hätte früh-

zeitig mit den Mitarbeitern über freiwillige Versetzungen, auch nach Waldeck oder Bützow, sprechen können. Am Ende hätte man Neubrandenburg vielleicht komplett schließen müssen, aber dann hätte es weniger Bedienstete getroffen und diese hätten sich länger auf die Situation vorbereiten können. Das alles sind Szenarien, die unserer Kenntnis nach nie diskutiert worden sind. Man hat gesagt, wir machen Neubrandenburg dicht, und für die Mitarbeiter hieß es, friss oder stirb.

Ich habe es in der Einbringung bereits gesagt: Wer so mit seinen Mitarbeitern umgeht, braucht sich über die Personalprobleme in der Zukunft nicht zu beschweren. Wir sind schon lange nicht mehr an dem Punkt, wo der öffentliche Dienst als das große Lebensziel gesehen wird,

(Andreas Butzki SPD:
Das ist eine reine Vermutung. –
Torsten Renz, CDU: Woher
wollen Sie das wissen?)

so, wie wir es auch in unserer Winterklausur der Linksfraktion erfahren konnten.

Reden Sie mal mit dem Deutschen Beamtenbund, Herr Renz, dann können Sie genau das erfahren!

(Torsten Renz, CDU:
Ich rede mit denen, aber ich höre
andere Stimmen. Es gibt Bewerbungen. –
Peter Ritter, DIE LINKE: Sie hören Stimmen,
Herr Renz?! Da würde ich mal ...)

Das meinen wir dann auch unter Punkt 4 unseres Antrages, wo es heißt, die Belange der Bediensteten zu achten.

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Und noch etwas zur Schließung der JVA Neubrandenburg, die Teil des Konzeptes ist: Die Schließung der JVA Neubrandenburg sehen wir problematisch. Zwischenlösungen – das hatte ich gesagt – wären möglich gewesen. Im Jahr 2007 hat man in dem Konzept, was ich vorhin erwähnt habe, bereits gesehen, dass es unwirtschaftlich ist. Dennoch hieß es in dem Konzept, ich zitiere: „Durch die Unterbringung dieser Gefangenengruppe werden eine Vielzahl von langen Transportwegen aus anderen Anstalten des Landes zur Gerichtsvorführung in Neubrandenburg und bei anderen Gerichten im Landgerichtsbezirk Neubrandenburg erspart.“

Genau das haben wir eigentlich jetzt verschärft, elf Jahre später. In Zukunft müssen Strafgefangene zur Gerichtsvorführung von Bützow in den Landgerichtsbezirk Neubrandenburg angefahren werden und von Bützow nach Pasewalk beispielsweise. Dadurch fallen hohe Transportkosten an und die Belastung der Bediensteten wird zunehmen. Auch den Aspekten der Resozialisierung mit dem Kontakt zur Familie ist durch eine solche Schwerpunktverlagerung nicht gerade Rechnung getragen worden, es ist kaum noch möglich. Hier sehen wir einfach, dass der Resozialisierungsgedanke vor der Wirtschaftlichkeit stehen muss. Wir werden weiter dranbleiben und nachfragen, wie sich das in Zukunft entwickelt. – Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit und die Zwischenrufe.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Bevor ich den nächsten Redner aufrufe, möchte ich doch den Hinweis geben, dass Zwischenrufe eigentlich zu den parlamentarischen Gepflogenheiten hier im Hause gehören. Wenn der Eindruck entsteht, dass es zu viel wird, dann obliegt es dem Präsidium, entsprechende Maßnahmen einzuleiten.

(Marc Reinhardt, CDU: Siehste!)

Jetzt rufe ich auf für die Fraktion der AfD den Abgeordneten Herrn Förster.

(Unruhe vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU – Jochen Schulte, SPD: So was dürfen Sie eigentlich nicht kommentieren, Herr Kollege. Glauben Sie mir das, ich spreche aus Erfahrung.)

Horst Förster, AfD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich möchte nur noch mal kurz ergänzend Stellung nehmen. Es war von den Geldstrafen die Rede, die mehr oder weniger gar nicht gepfändet werden dürften beziehungsweise in der Vollstreckung nicht als Ersatzfreiheitsstrafe vollstreckt werden können. Die Haftvermeidung ist ja völlig in Ordnung, aber in der Praxis können Sie sehen, wie schwierig es ist, das umzusetzen – das macht direkt die Staatsanwaltschaft –, wie schwierig es ist, die Leute wirklich unterzubringen und das dann auch konsequent zu beachten.

Da bin ich beim Wort „konsequent“. Das fängt schon ganz früh an. Im Grunde soll die Strafe letztlich eine Art pädagogische Maßnahme sein, auf bestimmtes Fehlverhalten zu reagieren. Ich habe ja ein bisschen dafür plädiert, dass der Strafvollzug eine gewisse Härte haben muss. Das heißt nicht, dass man gnadenlos sein muss. Das ist im Grunde wie bei der Kindererziehung. Wenn Sie Ihre Kinder lieben, dann müssen Sie irgendwo konsequent in der Erziehung sein. So ist das auch in der Strafrechtspflege. Es ist gesetzlich vorgeschrieben, dass Sie die Freiheitsstrafe unter sechs Monaten, auch wenn sie an sich in Betracht kommt, mehr oder weniger praktisch nicht verhängen dürfen, nur als absolute Ausnahme. Das soll dann immer eine Geldstrafe werden, weil eben die Freiheitsstrafe möglichst vermieden werden soll. Das ist die Vorgabe des Gesetzes.

Eine konsequente Anwendung des Strafrechts heißt auch, dass – das ist natürlich nicht eine Kritik am Vollzug, sondern an der Praxis in unserem Lande, und ich erwähnte schon mal, dass es in Bayern etwas konsequenter angewandt wird – in vielen Fällen, glaube ich, die Täter aus meiner Erfahrung nicht wieder bei Gericht gelandet wären, wenn man früher konsequent auf ihre Straftaten reagiert hätte.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD und Christel Weißig, BMV)

Es ist in der Richterschaft heute eine große, einfach eine psychische Hemmschwelle, wirklich Freiheitsstrafen ohne Bewährung zu verhängen. Oft ist es so, wenn Sie das sehen, zwei, drei Mal wird Bewährung gegeben, dann wird eine Gesamtstrafe gebildet, wieder Bewährung. Damit tut man den Leuten letztlich oft keinen Gefallen mehr, weil irgendwann doch der Punkt kommt, dass noch eine kleine Straftat hinzukommt und dann ist Schluss, aus.

Beim Strafrecht ist es auch die Frage der Abschreckung. Ich weiß, das ist ja gar nicht modern und es gibt sogar, glaube ich, Psychologen, die die Abschreckung infrage stellen. Da brauchen wir aber keine Lehrbücher, da muss man sich eigentlich nur an die eigene Nase fassen und überlegen, wie das denn im Leben so aussieht. Ich habe ein wunderbares Beispiel noch aus DDR-Zeiten. Wenn Sie die Transitstrecken befuhren, konnten Sie lebhaft erleben, wie sich die Leute auf der Westseite überhaupt nicht an die Geschwindigkeitsbeschränkungen hielten.

(Jochen Schulte, SPD: Hier! – Heiterkeit vonseiten der Fraktion der SPD)

Wenn man dann ...

Ich auch.

... über die Grenze fuhr, fuhr man ganz artig. Ich glaube, 90 oder 100 waren das. In den Maisfeldern waren die Schneisen, wo sie dann standen, da hatte der typische Westdeutsche ein bisschen das Gefühl, dass er, wenn er nicht richtig spurt, vielleicht irgendwo gefühlt in Sibirien landet.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Bautzen. – Heiterkeit vonseiten der Fraktion der AfD)

Die fuhren alle artig, hielten die Geschwindigkeitsbeschränkungen ein, und zwar nicht aus innerer Überzeugung, genauso wie Sie das Geld ja bei der Parkuhr nicht reinschmeißen aus Überzeugung, sondern weil Sie nicht erwischt werden wollen, weil die Ahndung unangenehm war. Die war so unangenehm, dass es sich nicht lohnte, gegen das Gebot zu verstoßen. Also Abschreckung funktioniert.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD – Peter Ritter, DIE LINKE: Es war nicht alles schlecht, sage ich ja.)

Und wer von uns füllt denn seine Steuererklärung wirklich mit letzter Überzeugung aus

(Minister Mathias Brodkorb: Ach?!)

und würde nicht vielleicht doch, jedenfalls, wenn er freiberuflich tätig ist, irgendein Honorar fallen lassen, wenn er nicht prinzipiell ...

(Zurufe vonseiten der Fraktion der SPD: Nein, nein, nein!)

Ja, gut, Sie sind da vielleicht dem Heiligen etwas näher.

... deshalb auch ehrlich ist, weil die Konsequenz neben der Strafe, die Peinlichkeit, natürlich abschreckend wirkt.

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Wobei das auch dazugehört: Die Strafe ist ja nicht nur das Stück Papier und dass man letztlich in Haft kommt, sondern es ist auch – jedenfalls für den normalen Bürger – diese unendliche Peinlichkeit, das anderen erklären zu müssen, jedenfalls, wenn man mitten im Leben steht und nicht die Straffälligkeit zur Normalität geworden ist.

(Zuruf von Christian Brade, SPD)

Beim Jugendstrafrecht ist das anders. Da ist es auch völlig in Ordnung, dass dort der Erziehungsgedanke im Vordergrund steht, aber im Erwachsenenstrafrecht kann in der JVA nicht alles nachgeholt werden, was vorher versäumt wurde. So, wie der Lehrer nicht in der Lage ist, dem Lehrling oder dem Auszubildenden Lesen und Schreiben beizubringen, die Bundeswehr – früher sagte man die Schule der Nation – nicht alle Versäumnisse in der Erziehung und Ausbildung nachholen kann, so ist um Himmels willen der Strafvollzug nicht die richtige Stelle, Persönlichkeitsstörungen, Suchtprobleme und andere Dinge zu behandeln.

(Zuruf von Dirk Friedriszik, SPD)

Es ist völlig in Ordnung und natürlich gut, dass der Strafgefangene, der wirklich will und wo man ein Bemühen sieht, auch entsprechende Angebote hat. Soviel ich weiß, gibt es Entzugstherapien oder überhaupt Hilfe in dieser Richtung. Es gibt auch Antigewalttraining, das gibt es alles. Aber es kommt bei Ihnen, Frau Bernhardt, deutlich durch, dass Sie offensichtlich die Vorstellung haben, dass man den Menschen, weil ja meist nur die Umwelt Schuld hat, völlig reparieren könnte. Das ist eine völlige Fehlvorstellung. Diese falschen Erwartungen sind schädlich, weil sie an der Realität vorbeigehen und auch dieses Land natürlich noch andere Aufgaben hat.

(Zuruf von Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE)

Vielleicht gibt es eine ganze Menge anderer Leute, die eine Therapie viel eher verdienen als die, die straffällig geworden sind. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Ums Wort gebeten hat Herr Dr. Manthei von der Fraktion der BMV.

Dr. Matthias Manthei, BMV: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich wollte natürlich der Höflichkeit halber noch mal kurz reagieren, weil wir beziehungsweise ich angesprochen wurde. Natürlich kann ich wie meine Vorredner auch alles sagen, was ich schon immer mal sagen wollte zum Strafrecht und zum Strafvollzug. Ich war über zehn Jahre Strafrichter, da habe ich gar kein Problem. Wir können hier gern stundenlang eine allgemeine Aussprache führen, aber ich bemühe mich eigentlich, bei den Anträgen auch zum Antrag zu sprechen und konkret auf das einzugehen, was dort beantragt wurde.

(Torsten Renz, CDU:

Sehr gut, Herr Manthei! –

Zuruf von Sebastian Ehlers, CDU)

Sie sagten, die BMV hat zum Strafvollzug keine Position. Das weise ich entschieden zurück. Wir können natürlich, wenn wir eine allgemeine Aussprache machen wollten, was scheinbar der eine oder andere Vorredner meinte, auch gerne eine lange Rede dazu halten. Zum konkreten Antrag war es tatsächlich schwierig. Ich kann mich da nur den Vorrednern anschließen. Wir verkennen keineswegs, dass es Probleme gibt in der JVA. Ich habe Ihre Kleine Anfrage mit großem Interesse gelesen. Die Drogenprobleme in den JVA sind so alt, wie es JVA und Drogen gibt, sage ich mal, was es nicht besser macht,

(Zuruf von Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE)

was es nicht besser macht, keine Frage. Ich weiß und ich gehe jedenfalls davon aus, dass das im Justizministerium bei den verantwortlichen Behörden bekannt ist.

Ich wollte eigentlich nur noch kurz sagen, dass ich der Meinung bin, man sollte das Problem im Rechtsausschuss weiterverfolgen, aber vielleicht etwas konkreter, insbesondere beim Drogenmissbrauch in den JVA. Ich wollte daher anbieten, dass wir als BMV-Fraktion mit dem Thema – dann aber etwas detaillierter, vielleicht nicht gleich mit so einem großen Rundumschlag – detailliert die konkreten Probleme ansprechen und versuchen, vielleicht im Wege von Anhörungen und weiteren Ermittlungen, sich damit zu beschäftigen.

(Zuruf von Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE)

Das wollte ich nur noch ergänzen. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion der BMV)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 7/1584. Wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Die Gegenprobe. –

(Peter Ritter, DIE LINKE: Ach, knapp!)

Gibt es Stimmenthaltungen? – Damit ist der Antrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 7/1584 bei Zustimmung der Fraktion DIE LINKE, ansonsten Ablehnung abgelehnt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir haben in der gestrigen Sitzung vereinbart, soweit das Zeitfenster es zulässt, den Zusatztagesordnungspunkt am Schluss der heutigen Sitzung aufzurufen. Offensichtlich ist dieses Zeitfenster nicht eröffnet, sodass wir den Zusatztagesordnungspunkt morgen am Schluss der Sitzung nach dem Tagesordnungspunkt 40 aufrufen. Ich sehe und höre dazu keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir sind damit am Schluss der heutigen Tagesordnung. Ich berufe die nächste Sitzung des Landtages für Freitag, den 26. Januar 2018, 9.00 Uhr ein.

Bevor ich die Sitzung schließe, möchte ich Sie alle herzlich zu der jetzt anschließenden Gedenkveranstaltung des Landtages Mecklenburg-Vorpommern für die Opfer des Nationalsozialismus und zur Enthüllung der Schrifttafel mit der Aufschrift „Zum ehrenden Gedenken an die Abgeordneten des Landtages, die nach 1933 Opfer totalitärer Verfolgung wurden“, die um 18.30 Uhr im vierten Obergeschoss im Bereich der Besucherlobby in der Nische vor dem Zugang zur Besuchertribüne stattfindet, einladen.

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluss: 18.18 Uhr

Es fehlten die Abgeordneten Ann Christin von Allwörden, Sylvia Bretschneider, Manfred Dachner, Vincent Kokert, Burkhard Lenz, Ralf Mucha, Nils Saemann und Susann Wippermann.

Namentliche Abstimmung

über den Antrag der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und BMV Verfassungsgegnern weiterhin entschieden entgegnetreten – NPD von der staatlichen Finanzierung ausschließen

– Drucksache 7/1591 –

Jastimmen

SPD

Albrecht, Rainer
Aßmann, Elisabeth
Dr. Backhaus, Till
Brade, Christian
Brodkorb, Mathias
Butzki, Andreas
da Cunha, Philipp
Dahlemann, Patrick
Drese, Stefanie
Friedriszik, Dirk
Hesse, Birgit
Julitz, Nadine
Krüger, Thomas
Pegel, Christian
Schulte, Jochen
Schwarz, Thomas
Selling, Erwin
Stamer, Dirk
Tegtmeier, Martina

CDU

Berg, Christiane
Caffier, Lorenz
Ehlers, Sebastian
Eifler, Dietmar
Friemann-Jennert, Maika
Glawe, Harry
Kliewe, Holger
Liskow, Egbert
Liskow, Franz-Robert
Reinhardt, Marc
Renz, Torsten
Schlupp, Beate
Waldmüller, Wolfgang

AfD

Förster, Horst
Grimm, Christoph
Hersel, Sandro

Dr. Jess, Gunter
de Jesus Fernandes, Thomas
Kramer, Nikolaus
Kröger, Jörg
Lerche, Dirk
Obereiner, Bert
Reuken, Stephan J.
Schneider, Jens-Holger
Strohschein, Jürgen
Dr. Weber, Ralph

DIE LINKE

Bernhardt, Jacqueline
Foerster, Henning
Kolbe, Karsten
Koplin, Torsten
Kröger, Eva-Maria
Larisch, Karen
Oldenburg, Simone
Ritter, Peter
Rösler, Jeannine
Dr. Schwenke, Mignon
Dr. Weiß, Wolfgang

BMV

Borschke, Ralf
Dr. Manthei, Matthias
Weißig, Christel
Wildt, Bernhard

fraktionslos

Arppe, Holger

Endgültiges Ergebnis:

Abgegebene Stimmen	61
Gültige Stimmen	61
Jastimmen	61
Neinstimmen	-
Enthaltungen	-